Sitzungsbericht

27. Sitzung der Tagung 1999/2000 der XV. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 11. Mai 2000

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 617).

2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 617).

3. Anfragebeantwortungen (Seite 617).

4. Ltg. 468/A-1/26: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher, Marchat u.a. betreffend das Verhältnis zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Mitgliedsländern.
Begründung der Dringlichkeit: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 622).

5. Ltg. 462/A-8/17: Antrag der Abgeordneten Moser u.a. gemäß § 35a LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Regionalentwicklung in Niederösterreich".
Redner: Abg. Moser (Seite 622), Abg. Sacher (Seite 625), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 627), Abg. Hinterholzer (Seite 629), Abg. Marchat (Seite 631), Abg. Feurer (Seite 633), Abg. Honeder (Seite 635), Abg. Waldhäusl (Seite 637), LR Mag. Sobotka (Seite 639), LHStv. Dr. Bauer (Seite 641).

6. Ltg. 444/B-35/2: Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 1999.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 644).
Redner: Abg. Mag. Fasan (Seite 644), Abg. Schimanek (Seite 646), Abg. Kautz (Seite 647), Abg. Hiller (Seite 649), LHStv. Prokop (Seite 651).
Abstimmung (Seite 654).

7.1. Ltg. 464/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.5 der XV. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 654).

7.2. Ltg. 379/B-2/3: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakete im Land Niederösterreich sowie in den Gemeinden St. Pölten, Amstetten, Baden, Klosterneuburg, Krems, Mödling und Wr. Neustadt.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 654).

7.3. Ltg. 388/B-2/4: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1998.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 655).

7.4. Ltg. 408/B-4/1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Landeshauptstadt St. Pölten.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 655).

7.5. Ltg. 433/B-5/1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 655).

7.6. Ltg. 446/B-5/2: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über den Abgabeneinhebungsverband Scheibbs und den Gemeindeverband für Abgabeneinhebung Krems.

Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 655).

Redner zu 7.1. – 7.6.: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 655), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 659), Abg. Mag. Fasan (Seite 661), Abg. Waldhäusl (Seite 664), Abg. Kautz (Seite 668), Abg. Kurzreiter (Seite 671), Abg. Haberler (Seite 673), Abg. Hrubesch (Seite 675), Abg. Rupp (Seite 678), Abg. Mag. Riedl (Seite 683), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 686), Abg. Marchat (Seite 690), Abg. Keusch (Seite 692), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 696).
Abstimmung (Seite 700).

8. Ltg. 445/U-1: Antrag des Umwelt-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984.
Berichterstatter: Abg. Honeder (Seite 700).
Redner: Abg. Mag. Fasan mit Resolutionsantrag (Seite 701), Abg. Haberler (Seite 704), Abg. Feurer (Seite 705), Abg. Friewald mit Abänderungsantrag (Seite 705), Abg. Mag. Fasan (Seite 707).
Abstimmung (Seite 708).

9. Ltg. 456/A-2/14: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Keusch, Hinterholzer, Dkfm. Rambossek u.a. betreffend Vermarktungsmaßnahmen für das Freizeitreiten in Niederösterreich.
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 709).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit Resolutionsantrag (Seite 709), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 712), Abg. Keusch (Seite 712), Abg. Mag. Heuras (Seite 713), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 715).
Abstimmung (Seite 715).

10. Ltg. 458/A-1/24: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a. betreffend vergünstigter Postversand.
Berichterstatter: Abg. Mag. Heuras (Seite 715).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger (Seite 716), Abg. Mayerhofer (Seite 716), Abg. Weninger (Seite 717), Abg. Dirnberger (Seite 718).
Abstimmung (Seite 719).

11. Ltg. 463/A-6/7: Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien betreffend Abg. Alfred Dirnberger, Strafantrag wegen § 111 und § 115 StGB.
Berichterstatter: Abg. Ing. Gansch (Seite 719).
Abstimmung (Seite 719).

12. Ltg. 468/A-1/26: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher, Marchat u.a. betreffend das Verhältnis zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Mitgliedsländern.
Berichterstatter: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 720).
Redner: Abg. Mag. Weinzinger mit Abänderungsantrag und Resolutionsantrag (Seite 720), Abg. Rosenkranz (Seite 726), Abg. Mag. Motz (Seite 728), Abg. Schittenhelm (Seite 730), LHStv. Dr. Bauer (Seite 732).
Abstimmung (Seite 733).

***

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER *(um 13.00 Uhr)*: Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Auer, Herr Abgeordneter Gebert, ab 16.00 Uhr Herr Abgeordneter Schimanek und ab 20.30 Uhr Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 467/A-1/25 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Kurzreiter, Feurer u.a. betreffend Änderung des NÖ Fleischuntersuchungsgebührengesetzes – dieses Stück weise ich dem Landwirtschafts-Ausschuss zu.

Ltg. 464/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 5 der XV. Gesetzgebungsperiode. - Dieses Stück wurde im Rechnungshof-Ausschuss behandelt und der Sammelbericht steht insgesamt auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 463/A-6/7 - Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien betreffend den Abgeordneten zum NÖ Landtag Alfred Dirnberger. - Diese Anfrage habe ich bereits am 17. April 2000 dem Verfassungs-Ausschuss zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuss ebenfalls bereits auf der heutigen Tagesordnung.

Ltg. 465/W-11 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wasserwirtschaftsfondsgesetzes – dieses Stück weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.

Eingelangt sind die Anfragen:

An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:

Ltg. 460/A-4/83 – Anfrage des Abgeordneten Muzik betreffend Nebenbahnen in Niederösterreich.

Ltg. 461/A-4/84 - Anfrage des Abgeordneten Muzik betreffend Ausbau der Schnellbahnlinie S 2.

An Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer:

Ltg. 459/A-4/82 - Anfrage des Abgeordneten Friewald betreffend NÖ Gebiete nach der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatrichtlinie

An Herrn Landesrat Knotzer:

Ltg. 466/A-5/110 - Anfrage des Abgeordneten Nowohradsky betreffend Aufsicht über die Durchführung der Gemeinderatswahlen.

Alle eingelangten Anfragen wurden an die zuständigen Regierungsmitglieder zur Beantwortung weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 436/A-4/75, Ltg. 457/A-4/81, Ltg. 460/A-4/83, von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop zu Ltg. 437/A-4/76, von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer zu Ltg. 453/A-4/80, von Herrn Landesrat Blochberger zu Ltg. 439/A-5/101, von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 448/A-5/105 und Ltg. 454/A-5/108 und von Herrn Landesrat Mag. Sobotka zu Ltg. 441/A-5/103.

Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LH Dr. Pröll betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“ in der Shedhalle durch Verfügungsmittel bzw. Ressortbudgetmittel des Landeshauptmannes, Ltg. 436/A-4/75:

„Ziel der Ausstellung ‚Gentechnik pro & contra‘ ist es, durch verständliche Aufbereitung wissenschaftlicher Fakten eine informierte Meinungsbildung in der Bevölkerung zu fördern – unabhängig davon, ob daraus eine zu- oder ablehnende Haltung zur Gentechnik resultiert. Aufgrund der Bedeutung der Diskussion über die Gentechnik wurde von mir Unterstützung in Aussicht gestellt, aus dem Bereich Rohstoffforschung wurde der Betrag von Schilling 300.000,- zur Verfügung gestellt.

Schulen sind ein Hauptzielpublikum der Ausstellungen, da gerade die zukünftige Generation über die Entwicklungen, Chancen und Risiken dieser neuen Technologie besser informiert werden sollte. Daher wurde auch der Besuch der Ausstellung Gentechnik pro & contra vom Bundesministerium für Unterricht in einem Schreiben an die Landesschulräte am 14. April 1998 explizit empfohlen.

In der Ausstellung werden neben den rein wissenschaftlichen Grundlagen der Genetik und Gentechnik auch deren heutige und zukünftige Anwendungen dargestellt. Auf allen derartigen Tafeln wird dabei zunächst die Anwendung erklärt und dann sowohl die Chancen als auch die Risiken angesprochen. Natürlich kann eine einzelne Bildtafel nicht alle Aspekte einer Anwendung ausdiskutieren, es wird aber sehr wohl die jeweilige Problematik angerissen. Zum vieldiskutierten Bt-Mais gibt es übrigens eine eigene Tafel, in der neue Studien zu Umweltrisiken (z.B. eine mögliche Schädigung des Monarchfalters) behandelt werden.

Eine ganze Serie von Tafeln ist speziell dem Pro & Contra wichtiger Fragen zur Gentechnik gewidmet. Sie sollen explizit die BesucherInnen anregen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Abwechselnd werden hier entweder pro oder contra Argumente genannt. Beispiele dafür: Wer garantiert die Sicherheit? Wo liegen die Grenzen? Ein Gewinn für die Umwelt? Auch dem vieldiskutierten Thema Lebensmittel-Kennzeichnung sind Tafeln gewidmet, auf denen eine strenge Überwachung derselben gefordert wird.

Eine tiefergehende Diskussion zu einzelnen Themen der Gentechnik wurde im begleitenden Rahmenprogramm zur Ausstellung Gentechnik pro & contra ermöglicht. Bei diesen Veranstaltungen wurde Wert darauf gelegt, jeweils VertreterInnen der pro- und contra- Seite einzuladen und möglichst auf Ausgewogenheit der Meinungen zu achten. Die Moderation wurde jweils Journalisten überantwortet. Bei den vier Podiumsdiskussionen in Niederösterreich waren einerseits VertreterInnen von Greenpeace, Global 2000, den Grünen, Austria Biogarantie und der ARGE-gentechnikfrei eingeladen, andererseits Repräsentanten von Novartis, Pioneer und dem Institut für Molekulare Pathologie. Auch Frau Abg. Mag. Weinzinger selbst hat an einer Diskussionsveranstaltung am 30.3.2000 mit dem Thema ‚Gentechnik & Landwirtschaft, Schädigung oder Rettung der Umwelt' teilgenommen.

Abschließend teile ich mit, dass ich dem Einsatz von Gentechnik vor allem in der Lebensmittelproduktion und der Landwirtschaft so lange skeptisch gegenüberstehe und berechtigte Bedenken teile, so lange keine wirklich seriöse Risikoabschätzung möglich ist."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Weninger an LH Dr. Pröll betreffend Projekt „Cable Liner" bei der Shopping City Süd, Ltg. 457/A-4/81:

„Das Projekt ‚Cable Liner' ist in der derzeit vorgesehenen Form ein Verkehrsmittel zur Verbesserung der inneren Erschließung des bestehenden Areals der SCS. Die Investition ist rein privatwirtschaftlich und basiert daher auf betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Ausgehend davon liegt es auch in der Verantwortung des Projektwerbers SCS, wann bestimmte Teilabschnitte des ‚Cable Liners' entsprechend dem Baufortschritt in Betrieb genommen werden können. Das Land Niederösterreich hat im Zuge der Projekterstellung keine Vorarbeiten geleistet.

Leistungen des Landes Niederösterreich beziehen sich im Zusammenhang mit diesem Projekt auf die notwendigen behördlichen Genehmigungsverfahren.

Das Projekt ‚Cable Liner' stellt aus gesamtverkehrlicher Sicht einen Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs dar. Seine Wirksamkeit bezieht sich dabei auf den Einkaufsverkehr der SCS und kann daher zur Verbesserung der gesamten Verkehrssituation im südlichen Wiener Umland nur punktuell beitragen.

Es gibt grundsätzliche Überlegungen der SCS als Betreiber des ‚Cable Liners', dieses Verkehrsmittel auch zur Erschließung anderer umliegender Betriebsgebiete zu nutzen bzw. über den ‚Cable Liner' einen direkten Anschluss an das städtische U-Bahn-Netz herzustellen. Auf Grund der bisher negativen Haltung der Stadt Wien wurden diese Überlegungen nie in konkrete Projekte gefasst."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Muzik an LH Dr. Pröll betreffend Nebenbahnen in Niederösterreich, Ltg. 460/A-4/83:

„Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich das Land Niederösterreich und die Österreichischen Bundesbahnen in einem aufrechten Vertragsverhältnis befinden, welches die Leistungen von Verkehrsdiensten der Österreichischen Bundesbahnen auf den niederösterreichischen Regionalbahnstrecken regelt. Sollten nun die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) durch Einstellung des Personenverkehrs auf bestimmten Strecken diesen Vertrag nur mehr teilweise erfüllen, haben diese Verhandlungen mit dem Land Niederösterreich aufzunehmen. Konkrete Antworten auf Fragen wie Art und Ausmaß der Reduzierung des Betriebsumfanges auf bestimmten Regionalbahnen bzw. die Frage ihrer gänzlichen Einstellung sind vor derartigen Verhandlungen nicht zu beantworten.

Oberstes Ziel ist es, den Personanverkehr auf allen vertraglich geregelten Regionalbahnen aufrecht zu erhalten, wobei sich der vereinbarte Landeszuschuss für den Betrieb des Regionalbahnnetzes auch in Zukunft nicht erhöhen darf. Sollten daher die festgelegten Verkehrsleistungen trotz Zuzahlung des Landes durch die ÖBB nicht betriebswirtschaftlich geführt werden können, ist in erster Linie ein anderer Betreiber zu suchen, der diese Verkehrsdienstleistungen auf der Bahn zu den vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen erfüllen kann. Ist dies nicht möglich, ist der jeweilige Bahnverkehr zur Sicherung der Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung durch entsprechenden Busverkehr zu ersetzen. Das Land Niederösterreich stellt dabei jene finanziellen Mittel bereit, welche durch Einstellung der betreffenden Bahnlinie aus dem Regionalbahnvertrag frei werden."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LHStv. Prokop betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra" in der Shedhalle aus dem Kulturbudget bzw. aus Budgetmitteln Ihres Zuständigkeitsbereiches, Ltg. 437/A-4/76:

„Zu 1. und 2.:

Die Ausstellung ‚Gentechnik pro & contra' in der Shedhalle wurde aus meinem Ressort weder finanziell noch in einer anderen Form unterstützt.

Zu 3. und 4.:

Mir ist nichts Näheres über die Abhaltung der Ausstellung und die Unterstützung seitens des Landes Niederösterreich bekannt, da ich in dieser Sache nicht zuständig bin.

Zu 5.:

Da in meinen Kompetenzbereichen keine Zuständigkeit für das Thema ‚Gentechnik' vorliegt, habe ich auch andere Informationsinitiativen weder finanziell, organisatorisch oder in anderer Form unterstütz.

Zu 6. und 7.:

Ich stehe dem Einsatz von Gentechnik ohne wissenschaftlicher Beweissicherung der Unbedenklichkeit sehr skeptisch gegenüber und begrüße daher jede objektive Information und wissenschaftliche Forschung über die Vor- und Nachteile der Gentechnik. Da ich aber in meinen Ressortbereichen keine Zuständigkeit für Forschungen und Veranstaltungen dieser Art vorfinde, habe ich eine kritische Auseinandersetzung mit den Gefahren und Risken der Gentechnologie nicht unterstützt und werde dies auch nicht fördern können."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger an LHStv. Dr. Bauer betreffend Zirkus Louis Knie, Ltg. 453/A-4/80:

„Seitens meines Kompetenzbereiches sind an den Zirkus Knie weder Subventionen oder sonstige finanzielle Zuwendungen noch Inserate oder Werbeeinschaltungen erfolgt. Es ist mir auch kein derartiges Ansuchen in den mir unterstehenden Abteilungen bekannt."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LR Blochberger betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra" in der Shedhalle aus Mitteln des Landwirtschaftsressorts, Ltg. 439/A-5/101:

„Zu 1. und 2.:

Die genannte Ausstellung wurde aus meinem Ressort weder finanziell noch organisatorisch oder in anderer Form unterstützt.

Zu 3. und 4.:

Da mein Ressort in die Organisation und Vorbereitung der Ausstellung nicht eingebunden war, ist mir nicht bekannt, wo und wie die Entscheidung zur Abhaltung der Ausstellung fiel und welche Grundlagen dafür maßgebend waren.

Zu 5.:

Von meiner Seite werden auch andere Informationsinitiativen zum Thema Gentechnik weder finanziell noch organisatorisch oder in anderer Form unterstützt.

Zu 6. und 7.:

Solange keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Unbedenklichkeit der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen vorliegen, ist eine solche Freisetzung abzulehnen. Darauf wird von meiner Seite immer auch dann hingewiesen, wenn bei Veranstaltungen oder Diskussionen Fragen über die Gefahren und Risken der Gentechnologie an mich herangetragen werden."

Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an LR Gabmann betreffend Europa-Plattform Pro Waldviertel und mit ihr in Verbindung stehender Initiativen, Ltg. 448/A-5/105:

„Frage 1.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat die ‚Waldviertel Fremdenverkehr Management G.m.b.H.' seit ihrer Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Folgende Förderungen wurden genehmigt - Abwicklung über Tourismusförderungsabteilung (WST3):

LEADER, Projekt: Jugendtourismus – Projektwochen mit Themenschwerpunkten, bewilligt Dezember 1996, förderbare Kosten S 383.423,-, bewilligt 280.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 280.000,-.

LEADER, Projekt: Fortsetzung Jugendtourismus 1997, bewilligt August 1997, förderbare Kosten S 483.000,-, bewilligt 386.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 386.000,-.

LEADER, Projekt: Jugendtourismus 1998, bewilligt August 1998, förderbare Kosten S 885.580,-, bewilligt S 480.000,-, bis dato ausbezahlt S 400.740,-.

LEADER, Projekt Jugendtourismus 1999, bewilligt November 1999, förderbare Kosten S 710.000,-, bewilligt S 550.000,-, hier erfolgte noch keine Auszahlung.

Frage 2.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat der Verein ‚Waldviertel Projekt Management – Telehaus Waldviertel' seit seiner Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Folgende Förderungen wurden genehmigt - Abwicklung über Wirtschaftsförderungsabteilung und ECO-PLUS:

LEADER, Projekt Telematik-Initiative Waldviertel (Tranche 97), bewilligt Februar 1998, Zuschuss S 1,035.000,-, zur Gänze ausbezahlt.

LEADER, Projekt Telematik-Initiative Waldviertel (Tranche 1998), bewilligt Oktober 1998, Zuschuss S 1,200.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 998.488,26.

LEADER, Projekt Telematik-Initiative Waldviertel (Tranche 1999), bewilligt September 1999, Zuschuss S 1,658.000,-, Akontierung S 829.000,-, Rest noch offen.

LEADER, Projekt Aufbau digitales Bildarchiv Waldviertel, bewilligt September 1999, Zuschuss S 1,041.000,-, noch keine Auszahlung.

Abwicklung über Wirtschaftsförderungsabteilung (WST2):

KMU, Projekt Mess- und Kalibrierungstechnik, bewilligt Oktober 1998, Zuschuss 244.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 118.000,-.

KMU, Projekt Kooperationsprojekt Textiles Waldviertel, bewilligt Oktober 1998, Zuschuss S 236.000,-, zur Gänze ausbezahlt.

KMU, Projekt Kooperationscluster Waldviertler Biohaus, Beratung, Coaching, bewilligt Oktober 1998, Zuschuss S 532.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 467.000,-.

Abwicklung über Tourismusförderungsabteilung (WST3):

LEADER, Projekt Schlüssel zum Waldviertel, Wertkartensystem, bewilligt November 1999, förderbare Kosten S 230.000,-, bewilligt S 184.000,-, tatsächlich ausbezahlt S 177.440,-.

Frage 3.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat die ‚Telehaus NÖ Ges.m.b.H.' seit ihrer Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Folgende Förderungen wurden bewilligt – Abwicklung über Wirtschaftsförderungsabteilung (WST2) und ECO-PLUS:

Regionalisierung Projekt Vermarktungszentrum Telehaus Edelhof, bewilligt Juni 1993, Darlehen S 730.000,-, zur Gänze ausbezahlt.

Frage 4.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat die ‚WBS Waldviertler Business-, Consulting- und Marketing-Service GmbH' seit ihrer Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Folgende Förderungen wurden bewilligt – Abwicklung über Wirtschaftsförderungsabteilung (WST2):

Arbeitsplatzprämie, Projekt Aufbau einer Multimediaproduktion, Erweiterung des Telekommunikationsbereiches, bewilligt April 1998, Zuschuss S 120.000,-, zur Gänze ausbezahlt.

Arbeitsplatzprämie, Projekt Erweiterung Telekommunikationsberatung und Aufbau Telelearning, bewilligt November 1999, Zuschuss S 120.000,-, zur Gänze ausbezahlt.

Anschlussförderung zur BÜRGES-Gewerbestrukturverbesserung (Bundesförderung), Projekt Ankauf einer Audio-Video-Schnittstelle, bewilligt Dezember 1998, Zuschuss S 19.840,-, zur Gänze ausbezahlt.

Frage 5.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat die ‚WVNET Information und Kommunikation GmbH' seit ihrer Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Es wurden keine Förderungen bewilligt.

Frage 6.
Welche Fördermittel in welcher Höhe für welche Projekte hat die ‚Teleport Waldviertel – Information und Kommunikation GmbH' seit ihrer Gründung vom Bundesland Niederösterreich erhalten?

Folgende Förderungen wurden bewilligt – Abwicklung über Wirtschaftsförderungsabteilung (WST2) und ECO-PLUS:

LEADER, Projekt Aufbau regionale Datenbank für Produkte und Dienstleistungen, bewilligt Dezember 1996, Zuschuss S 549.000,-, zur Gänze ausbezahlt."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger an LR Gabmann betreffend Zirkus Louis Knie, Ltg. 454/A-5/108:

„1. Hat der Nationalcircus in den letzten Jahren Subventionen oder andere materielle Zuwendungen seitens des Landes Niederösterreich erhalten?

Seitens der Wirtschafts- und Tourismusförderung hat es keine Subventionen oder andere materielle Zuwendungen gegeben.

2. Gab es Ansuchen des Nationalcircus Louis Knie um Subventionen oder andere materielle Zuwendungen seitens des Landes NÖ?

Es gab kein Ansuchen des Nationalcircus Louis Knie um Subventionen oder andere materielle Zuwendungen an die Wirtschafts- bzw. Tourismus-Förderungsabteilung.

3. Hat das Land Niederösterreich Werbeeinschaltungen, bezahlte Inserate oder Werbeauftritte anderer Form in Publikationen oder Werbeflächen des Nationalcircus Louis Knie platziert?

Seitens der Wirtschafts- und Tourismusförderung wurden weder Werbeeinschaltungen, noch Inserate oder Werbeauftritte finanziell unterstützt."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan an LR Mag. Sobotka betreffend Förderung der Ausstellung „Gentechnik pro & contra" in der Shedhalle aus dem Umweltbudget, Ltg. 441/A-5/103:

„Auf Grund der breiten Diskussion über die Vor- und Nachteile der Gentechnik wurde in meinem Zuständigkeitsbereich von der Finanzabteilung der Betrag von S 100.000,- zur Verfügung gestellt.

In der Ausstellung werden neben den rein wissenschaftlichen Grundlagen der Gentechnik auch deren zukünftige Anwendungen dargestellt. Die Ausstellung versucht, die Grundlagen und Anwendungen der modernen Gentechnik zu erklären und ausgewogen darzustellen. Über 165.000 Menschen haben die Ausstellung in anderen Landeshauptstädten besucht und viele Schulklassen haben Führungen durchgeführt.

Schulen sind ein Hauptzielpublikum der Ausstellung, da gerade die heranwachsende Generation über die Entwicklungen, Chancen und Risiken dieser neuen Technologie besser informiert werden sollte. Unter anderem wurde vom Bundesministerium für Unterricht in einem Schreiben an die Landesschulräte am 14. April 1998 der Besuch der Ausstellung empfohlen.

Die Ausstellung beinhaltet auch ein funktionsfähiges Gentechnik-Lobor, in dem Experimente vorgeführt werden. Ziel der Plattform Gentechnik & Wir, die Gentechnik pro & contra gestaltet haben, ist es, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, vor allem aber, bestehende Fehlinformationen in der breiten Öffentlichkeit auszuräumen. Ein weiteres Anliegen ist der konstruktive Dialog zwischen Bevölkerung, Umweltorganisationen, Politikern und Wissenschaftlern. Dazu gab es ein begleitendes Rahmenprogramm mit Diskussionsveranstaltungen, das weder mit Personal- noch Sachaufwand von mir gefördert wurde.

Abschließend möchte ich mitteilen, dass ich dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion ohne eine wissenschaftliche Beweissicherung der Unbedenklichkeit sehr skeptisch gegenüberstehe und daher jede objektive Information und wissenschaftliche Forschung über die Vor- und Nachteile der Gentechnik von mir begrüsst wird."

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Weiters eingebracht wurde ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher, Marchat, Gratzer u.a. betreffend das Verhältnis zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Mitgliedsländern, Ltg. 468/A-1/26. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klubobmann Mag. Schneeberger, die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Ich bedanke mich, dass es möglich geworden ist, mit einem so breiten Quorum heute diesen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Zeigt es doch, dass, wenn es um die Sache geht, der niederösterreichische Weg vom Konsens getragen ist.

Die anhaltende Diskussion über die Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten und die Reaktion der österreichischen Bevölkerung rechtfertigen die Dringlichkeit dieses Antrages und ich bitte daher um Zuerkennung der Dringlichkeit.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Hohes Haus! Gemäß § 28 Abs. 4 LGO wird über die Zuerkennung der Dringlichkeit ohne Debatte abgestimmt. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, einstimmig angenommen! Der Dringlichkeitsantrag wird daher, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, am Schluss der heutigen Tagesordnung behandelt werden.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter und kommen zur Aktuellen Stunde. Die Abgeordneten Moser, Mag. Riedl, Ing. Penz, Hiller, Erber, Lembacher und Kurzreiter haben gemäß § 35a LGO einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Regionalentwicklung in Niederösterreich", Ltg. 462/A-8/17, eingebracht. Gemäß § 35a Abs. 4 LGO wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Ich stelle fest, keine Gegenstimmen. Einstimmig angenommen!

Wir kommen daher zur Aktuellen Stunde. Die übliche Vorbemerkung: Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 35a Abs. 6 der Geschäftsordnung die Redezeit des ersten Antragstellers und der Mitglieder der Landesregierung auf 15 Minuten, die der übrigen Redner auf 10 Minuten beschränkt ist. Ich weise die Damen und Herren des Hohen Hauses darauf hin, dass eine Minute vor Ende der Redezeit das Licht am Rednerpult zu blinken beginnt. Am Ende der Redezeit leuchtet das Licht ohne zu blinken. Und dann kommen, wie immer, die Ermahnungen. Ich ersuche Herrn Abg. Moser als ersten Antragsteller, zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. MOSER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf zunächst einmal die Darlegung der Antragsteller in Zusammenhang mit der Regionalentwicklung in Niederösterreich hier hervorheben. Ich meine, dass meine Wortmeldung sowohl zur Aktualität als auch im Bereich des Inhaltes ausreichend Begründung ist, um diese Aktuelle Stunde heute hier durchzuführen. Denn Regionalentwicklung, glaube ich, ist in Niederösterreich grundsätzlich ein sehr wichtiges Thema. Es ist die Frage, ob wir, wie es ja auch irgendwo gestellt wird, mehr zentralstaatliche Verwaltung oder ein Verwaltungsstaat sein wollen. Oder ob wir lebendige und lebenswerte Regionen in unserem Lande vorfinden wollen. Und ich glaube, es ist daher, wenn man verschiedenste Punkte der gegenwärtigen Diskussion anspricht, hoch an der Zeit, dieses aktuelle Thema heute auch hier in einer Aktuellen Stunde zu behandeln.

Wenn wir belebte Regionen wollen, belebte Regionen, wo sich Eigeninitiative auch wirklich lohnt, wo die Dorferneuerung ins Bewusstsein der Menschen rückt und wo man sich auch wirklich in seiner Heimat zu Hause fühlen kann, dann haben wir von politischer Seite auch die Rahmenbedingungen zu setzen, damit dies auch in den Regionen draußen möglich wird. Unter „Region" verstehe ich nicht nur ein Gebiet, wo man auspendelt und zum Schlafen hinfährt, sondern vor allem ein Gebiet, wo sich Wohnen, Wirtschaften, Freizeit miteinander abspielt.

Wenn man die letzten Jahre betrachtet, dann wissen wir, dass eigentlich im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union diese Regionen ein entsprechendes Angebot bekommen haben. Der Fonds für regionale Entwicklung hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass über die Zielgebiete, Ziel 5a-, Ziel 5b-, Ziel 2-Gebiete, we-

sentliche Impulse in den Regionen draußen gesetzt werden konnten, indem entsprechende Projekte verwirklicht wurden. Ich möchte hier positiv betonen, dass es auch mit den neuen Angeboten eine Ausweitung des Förderangebotes insbesondere bei „LEADER Plus“ für Niederösterreich mit 71 Millionen Schilling gibt, wo eine Reihe von LEADER-Gruppen die Möglichkeit haben, Initiativen in den Regionen zu setzen, um Leben, Arbeit und Wirtschaft miteinander besser zu vereinen. Oder einen dritten Punkt: Die Frage des INTERREG-Projektes, nämlich die Ausdehnung von 17 auf 50 Millionen Schilling, mit der Kofinanzierung also das Doppelte, etwa über 100 Millionen Schilling stehen für diesen Bereich zur Verfügung.

Ich meine damit, dass gerade auch in den ländlichen Gebieten Tradition und Fortschritt miteinander zu verbinden ist. Ich verweise hier auf Projekte wie Telekommunikation, Telematikregion Waldviertel zum Beispiel angesprochen, verschiedene Tourismusprojekte, und natürlich auch, dass neben dem Dienstleistungsbereich auch in den ländlichen Gebieten der produzierende Bereich der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft einen entsprechenden Stellenwert hat.

Ich möchte einen zweiten Punkt der Regionalisierung und der Regionalentwicklung ansprechen. Wir wissen, dass die beste Regionalförderung dann gegeben ist, wenn auch die Gemeinden entsprechend finanziell mit Geld ausgestattet sind. Nun sind im Finanzausgleichsgesetz die Steuermöglichkeiten der jeweiligen Gebietskörperschaft geregelt. Und wir mussten gerade in der letzten Zeit erfahren, dass die Gemeinden in Zusammenhang mit der Änderung der Getränkesteuer hier nicht einen vollen Ausgleich bekommen haben. Dieser Solidarbeitrag oder Konsolidierungsbeitrag der Gemeinden wirkt sich natürlich auch dahingehend aus, dass weniger Einnahmen in den Gemeinden vorhanden sind. Und wir haben, glaube ich, hier eine große Verpflichtung, von den Gebietskörperschaften insgesamt – und auch deswegen ist die Aktualität gegeben - denn wenn nächste Woche die Verhandlungen intensiv beginnen um den Finanzausgleich, dass hier auch seitens der Gemeinden und der Regionen eingefordert wird, dass im Rahmen des Finanzausgleiches auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Gemeinden sichergestellt wird. Denn dieser Finanzausgleich, wo der Kopf in einer Gemeinde mit über 50.000 Einwohnern annähernd das doppelte an Gewichtung beinhaltet, das ist ein Relikt aus der Nachkriegszeit von zerbombten Städten und vieles mehr. Doch es ist, glaube ich, hier angebracht, dass man den Aufgaben der Gemeinden in den Regionen als Arbeitgeber, als Auftraggeber für die Wirtschaft einen entsprechenden Stellenwert zuordnet, damit die Infrastrukturkosten für den sogenannten ländlichen Raum, das heißt, für diese ländlichen Gebiete auch entsprechend erfolgen können. Wir wissen, dass das alles ja nicht ausreicht. Denn es gibt ja immer noch Gebiete, wo Abwanderung herrscht und ähnliches mehr.

Als dritten Bereich zum Thema Regionalentwicklung möchte ich hier im Besonderen ansprechen, dass neben den vielen Aufgaben, die in der Vergangenheit angeboten werden, und seitens des Landes Niederösterreich erfolgten, das Thema Natura 2000 natürlich wie ein Damoklesschwert über den Regionen hängt. Ich sage das deswegen so deutlich, denn es wurde bereits vor etwa fünf Jahren durch den damaligen Landesrat Wagner ein Antrag eingebracht, mit dem eine Gebietskulisse des Landes Niederösterreich von etwa einem Drittel der Landesfläche in diese Habitat-Richtlinien-Verordnung und im Vogelschutzbereich mit einbezogen wurde. Es geht ganz einfach nicht an, dass hier mit sehr geringer oder, ich möchte sagen, nicht sehr tiefgründiger Ausarbeitung der Unterlagen ein Antrag in die Landesregierung kommt, dem eigentlich das Fundament auf Grund der Richtlinien des Europäischen Rates fehlt.

Es geht darum, dass derartige Anträge nicht leichtfertig erfolgen können. Denn es gibt hier sehr viele Betroffene. Wir müssen sehen, durch diese Meldung und die daraus erfließenden rechtlichen Folgen ergeben sich eine ganze Reihe von Benachteiligungen für die Grundeigentümer und eine Reihe von Auswirkungen im Hinblick auf das Eigentumsrecht. Bewirtschaftungseinschränkungen, Verträglichkeitsprüfungen bei geplanten Projekten und vieles könnte man hier in diesem Zusammenhang anführen. Auf Grund der umfassenden Gebietsmeldung ist, glaube ich, auch für jedermann leicht erkennbar, dass nicht für alle gemeldeten Flächen die Anforderung des notwendigen Schutzes der Erhaltung natürlicher Lebensräume auch tatsächlich gegeben ist. Denn wenn in dieser Landesfläche insgesamt alle Autobahnen, Straßen, Siedlungsgebiete, Betriebsgebiete mit einer groben Abgrenzung ganz einfach mit drinnen sind, dann glaube ich, ist hier zunächst einmal die Forderung aufzustellen, mit einer entsprechend sachlichen Grundlage die Dinge auszuarbeiten.

Ein Zweites noch: Im Beschluss der Landesregierung vom 9. Dezember 1997 sind zwei Punkte enthalten, wo vor allem einmal die formale Absichtserklärung genannt ist, dass diese genannten Naturschutzgebiete nur formal oder formell erhalten bleiben sollen. Und auf der zweiten Seite, dass in jenen Fällen, wo aus abgrenzungstechnischen

Gründen land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen in größerem Umfang einbezogen werden müssen, keine Änderung der Bewirtschaftung erforderlich ist. In beiden Fällen hat sich herausgestellt, dass zumindest aus der derzeitigen Sicht diese Dinge nicht richtig dargestellt sind, sondern die Grundeigentümer enorme Auflagen zu befürchten haben. Und ich glaube, es geht hier darum, dass sehr rasch Antworten gegeben werden, welche Auflagen kommen tatsächlich auf die Grundeigentümer zu, wie schaut es bei der Frage der Raumordnung aus und vieles mehr. Aber die zentrale Frage ist natürlich auch - und man kann sich ja den Vorgänger nicht aussuchen, Herr Dr. Bauer - zu stellen: Wie konnte eigentlich dieser Antrag erfolgen, ohne dass die Grundlagen wirklich sachlich entsprechend aufgearbeitet wurden? Ich glaube, es ist ein Recht des Landtages, wenn wir damit befasst sind, dass hier von dem jeweiligen Regierungsmitglied ganz einfach mit der präzisen Ausarbeitung der Grundlagen vorgegangen wird und mit entsprechend qualitativ hochwertigen Unterlagen dann die Zuordnung und die Beschlussfassung erfolgt. Und mir persönlich fehlt bei dieser Meldung die tatsächliche Aufarbeitung dieser Grundlagen in fachkundiger Art.

Wir wissen, dass diese Auswirkungen natürlich auch sehr wohl für die Wirtschaft eine entsprechende Bedeutung haben werden. Niederösterreich hat in seiner wirtschaftlichen Belebung unter den vielen Regionen Europas einen guten Platz mittlerweile eingenommen. Ja es geht so weit, dass wir sogar bei der Jugendbeschäftigung die Nummer Eins unter den Regionen Europas sind. Das ist alles ein Verdienst der bisherigen Leistungen. Und ich glaube, wir müssen alles daran setzen, damit durch überzogene Schutzmaßnahmen, die in vielen Bereichen grundsätzlich natürlich richtig, aber von der Fläche her weit überzogen sind, dass diese überzogenen Maßnahmen auf ein realistisches, dem schützenswerten Bereich entsprechendes Maß zurückgeführt werden. Denn wir wollen in unserem Lande, dass sich Wirtschaft auch in Zukunft entwickeln kann. Dass wir in Niederösterreich auch zukünftig einen Wirtschaftsstandort haben. Und nicht, dass es vielleicht einmal heißt, „die Wirtschaft stand dort“.

Ich möchte vor allem auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft die Bedeutung hervorheben, dass zur Strukturerhaltung des ländlichen Raumes die Landwirtschaft insgesamt und die bäuerlichen Familien einen wesentlichen Beitrag leisten. Und dass wir bei der Entwicklung dieser Landwirtschaft auch im Zusammenhang mit den sogenannten „schützenswerten Gebieten“ natürlich die Frage zu stellen haben: Wer ist denn eigentlich der Träger und der Verantwortliche? Wenn heute Leute mit besonderer Rechtsauffassung kommen und sagen, jetzt ist alles schützenswert, wer hat denn bisher diese Landschaft so erhalten, dass sie heute plötzlich schützenswert ist? Wer hat denn seit vielen Generationen in einer Selbstverständlichkeit die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft in Zusammenhang mit der Flora, Fauna, dem ganzen Bereich des Öko-Systems so erhalten und geprägt durch sorgsamen und sanften Eingriff in der Bewirtschaftung als die Landwirte, ohne die Naturerhaltung überhaupt nicht leistbar wäre? Ich glaube, dass hier ein großes Verdienst und ein großes Verantwortungsbewusstsein vorhanden ist. Und dass einmal ein Lob an die Bauernschaft in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzer.)*

Es ist natürlich so, dass erfreulicherweise initiiert durch Landesrat Wolfgang Sobotka in der letzten Zeit Informationsveranstaltungen in den Gebieten durchgeführt wurden. Wo sehr viele Fragen aufgetaucht sind, die derzeit vom zuständigen verantwortlichen Regierungsmitglied - Herr Dr. Bauer, es sind fünf Jahre vergangen seit der Nominierung durch die Landesregierung – zu beantworten sind. Die Grundeigentümer warten in diesem Zusammenhang auf Antworten. Auf Antworten im Zusammenhang mit folgenden Fragen: Wie wird denn eigentlich in Zukunft die Stellung des Grundeigentümers in das Verfahren mit einbezogen? Das konnte dort von den Verantwortlichen und von den Vortragenden der ÖGNU, die jetzt einen Auftrag hat, die Dinge auszuarbeiten, nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Denn ich verlange, Herr Dr. Bauer, ich verlange von dieser Stelle ... *(LHStv. Dr. Bauer: Wer hat den Auftrag erteilt? Ich habe den Auftrag erteilt! Damit das klar ist!)*
Herr Dr. Bauer! Wenn die Landesregierung einen Auftrag erteilt hat, dann ist es wichtig, dass auf Druck der Volkspartei hier eine Feinabstimmung erfolgt. Aber wesentlich ist noch ein Zweites: Nicht nur die Feinabstimmung an sich, sondern die Unterlagen, wie kommt es zu dieser Feinabstimmung? Und hier könnte man sich, glaube ich, am Bayerischen Umweltminister ein Beispiel nehmen, der in einem Dialogverfahren die Bevölkerung und die Grundeigentümer mit eingebunden hat.

Die Aussage bei der Viertelsveranstaltung war jene: Die Gemeinde wird informiert, welche Telefonnummern jene Personen haben, die durch die Grundstücke wandern und die Grundstücke betreten. Wobei natürlich auch eine rechtliche Frage noch dazu kommt, ob das außer zu Erholungszwecken überhaupt möglich ist, ohne den Grundstückseigentümer zu fragen. Aber ich sage Ihnen eines: Die Gemeinden, die Interessensvertretungen und die Grundbesitzer haben ein Interesse, dass

hier sachbezogen gearbeitet wird. Nur ist es notwendig, diesen Dialog in der Aufarbeitung dieses Themas im Vorfeld unter Einbindung der Grundstückseigentümer auch tatsächlich durchzuführen. Das ist die erste Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Bauer! Eine zweite Frage: Wenn eine Schutzregelung vonstatten geht, Einbeziehung in die Flora-, Fauna-, Habitatrichtlinie, Einbeziehung in die Vogelschutzrichtlinie, und dies begründet erfolgt, dann wissen wir, dass auf guten, sachlichen, fachlichen Grundlagen diese Einbeziehung zu erfolgen hat. Auch wenn es zu einer Reduzierung der Fläche kommt: Der Grundstückseigentümer, der betroffen ist, hat Anspruch auf Ersatzzahlungen. Wenn die öffentliche Hand einen Naturschutzbereich festlegen will, wenn die öffentliche Hand möchte, dass hier Auflagen erfolgen über Managementpläne oder ähnliches mehr, dann ist es, glaube ich, die Pflicht des Naturschutzverantwortlichen, vorweg hier klipp und klar zu sagen, in welcher Form wird welche Maßnahme und welche Art der Bewirtschaftungsauflage entschädigt. Das ist ein Rechtsanspruch der Grundeigentümer, und der muss hier eingefordert werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf daher zusammenfassend festhalten: Antworten, die in diesem Zusammenhang ausstehen: Welche Fragen und welche Nutzungsmöglichkeiten der Grundstücke bei den intensiv einbezogenen Gebieten oder wie immer bleiben in der Folge? Welche Auflagen gibt es für die Raumordnung? Wie können Betriebe und Arbeitsplätze weiterhin in diesen Gebieten geschaffen werden? Wie kann an angrenzende bestehende Siedlungen eine Betriebserweiterung erfolgen? Wie können Tourismusprojekte umgesetzt werden? Und Verschiedenes mehr. Ich glaube, viele Fragen sind offen. Wir sollten, denke ich, hier wirklich gemeinsam an einer Lösung arbeiten.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass dieses Naturschutzressort in den letzten fünf Jahren immer in SPÖ-Hand war. Wir sind aber hier gerne behilflich, eine gemeinsame Lösung zu suchen. Ich glaube, dass, wenn in den letzten fünf Jahren hier sehr wenig oder bis gar nichts an Vorschlägen erarbeitet wurde, dass es hier hoch an der Zeit ist, mit den von mir genannten Punkten unter Einbeziehung der betroffenen Bürger auch in die Richtung der rechtlichen Umsetzung zu gehen. Vor allem aber die Frage der Ersatzzahlungen ist hier anzuführen.

Ich darf vor allem meine Forderung zum Abschluss, nachdem das Licht schon blinkt, nochmals präzisieren. Ich glaube, dieses Dialogverfahren ist unverzichtbar, die Einbindung der Grundeigentümer unbedingt erforderlich. Bei der Festlegung nach der Habitat- und Vogelschutzrichtlinie ist das als grundsätzlicher Rahmen und als Basis heranzuziehen und ein Angebot an die Grundstückseigentümer mit einer sehr klaren finanziellen Abgeltung zu legen. Ich glaube, wir können auch eines feststellen: Nachdem wir in verschiedenen Gebieten auch Abwanderung verzeichnen, sich Leben in den Regionen nur miteinander abspielt, und eigentlich bei der Schöpfung der Mensch im Mittelpunkt gestanden hat, geht es darum, dass wir heute, wenn Menschen abwandern, auch alles mit lebenswerten Räumen damit verbinden. Dass also die Spezies Mensch auch dort nicht nur ihre Berechtigung hat, sondern sich in diesen Regionen auch wohl fühlen kann. Letztendlich wird der Schutz der Natur mit Verboten und Geboten alleine nicht machbar sein. Es gilt ein Miteinander von Ökonomie und Ökologie. Und dieses Miteinander wird der Weg sein, der Natur in Harmonie mit den Menschen oder den Menschen in Harmonie mit der Natur einen bestmöglichen Weg in die Zukunft zu ermöglichen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Sacher.

Abg. SACHER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

„Regionalentwicklung in Niederösterreich“ ist der Titel der Aktuellen Stunde, der von der ÖVP beantragt wurde. Ich war einigermaßen überrascht, als ich heute stündlich die Nachrichtensendungen gehört habe, dass hier nur von „Natura 2000“ ununterbrochen die Rede war. Ich möchte klar festhalten, dass man dazu sagen könnte, Thema verfehlt. Denn Regionalentwicklung ist mehr, als das, was uns nur über die Medien mitgeteilt worden ist.

Wenn auch der Herr Abgeordnete Moser jetzt versucht hat, mit einigen Einleitungssätzen auch die anderen Aspekte der Regionalentwicklung zu beleuchten, so ist er bald auf das Thema gekommen, das uns über die Medien vermittelt wurde. Nämlich über ein sehr schmales Spektrum zu reden, über die Natura 2000. Das ist ein sehr durchsichtiges Manöver gewesen. Und ich möchte das so einordnen, wie es auch wahrscheinlich alle, die darüber etwas Bescheid wissen, tun. Es ist eine parteitaktische Vorgangsweise dieser Aktuellen Stunde zugrunde gelegen. Es geht hier nicht um die Sache der Regionalentwicklung, sondern es geht hier darum, einen persönlichen Angriff und eine politische Kampagne zu starten. Und daher möchte ich das mit wenigen Sätzen abtun, was der Herr Abgeordnete Moser hier an teilweise unbe-

rechtigten Vorwürfen eingebracht hat. Es wird sich das zuständige Regierungsmitglied, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer, dann sehr sachkundig mit diesen Aussagen auseinander setzen.

Aber eines möchte ich schon sagen: Wenn in einer Presseaussendung eine Abgeordnete der ÖVP gemeint hat, man muss hier jemanden wachrütteln und es sei hier ein Problem verschlafen worden, dann frage ich, ob ihr Landesrat Blochberger meint. Denn er hat schon am 2. Juni 1999 mit dem Naturschutzlandesrat, heute Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer, hier eine gemeinsame Vorgangsweise gewählt. Und es ist hier eigentlich immer jeder Schritt mit der ÖVP koordiniert und abgestimmt gewesen. Und es waren die Beschlüsse in der Landesregierung, man höre und staune, alle einhellig. Es war damals sogar auch noch die Stimme des Herrn Landesrates Schimanek dabei. Die jüngst aufgebrochene Diskussion mitten in den laufenden Arbeiten zur Neuabgrenzung von Natura 2000 lässt den Verdacht aufkommen, dass sich verschiedene ÖVP-Regierungsmitglieder von der damals gegebenen Zusage offensichtlich jetzt distanzieren wollen. In dem Sinne wird das von uns gesehen. Und daher möchte ich zum Schluss sagen: Wir wären froh, wenn alles so sachlich und ausreichend aufbereitet worden wäre wie diese Causa von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer mit der Arbeitsgruppe, die mittlerweile sechs Arbeitssitzungen abgehalten hat unter dem Vorsitz von Herrn Hofrat Dr. Silberbauer. Also hier braucht man offensichtlich keine Beamten und keine Politiker mehr wachzurütteln. Ich denke nur, es wäre gut gewesen, wenn wir bei der Abstimmung der EU-Zielgebietskulisse durch Herrn Landesrat Mag. Sobotka jemanden wachgerüttelt hätten. Denn das wurde mit niemandem koordiniert! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! So weit zur Causa Natura 2000. Ich möchte für uns Sozialdemokraten hier wie so oft feststellen: Regionalentwicklung ist bei weitem mehr. Regionalentwicklung ist für uns eine aktive Standortpolitik für Niederösterreich. Ich komme nicht umhin festzustellen, dass sich die NÖ Wirtschaft nicht ungünstig entwickelt hat. Innerhalb der Europäischen Union profitieren die Niederösterreicher schon auf Grund der räumlichen Lage von der Dynamik und auch von der Nähe zu Osteuropa. Aber die Konkurrenz schläft nicht. Und es wird eine positive Weiterentwicklung nur möglich sein, wenn die heimische Technologie- und Strategiefähigkeit ständig erweitert und verbessert wird, wenn in Niederösterreich eine Technologie- und Qualifizierungspolitik betrieben wird. Wenn eine aktive Standortpolitik in Niederösterreich betrieben wird. Und das ist mehr, als nur über Natura 2000 zu reden heute im Zuge dieser Aktuellen Stunde über Regionalentwicklung.

Ich frage: Ist Niederösterreich noch zu bremsen? Leider ja, möchte ich hinzufügen. Denn nicht alle Regionen fahren in der wirtschaftlichen Entwicklung so Vollgas wie etwa der Süden von Wien. Die Entwicklung der NÖ Wirtschaft zeigt eine deutlich höhere Wachstumsdynamik als die der übrigen Bundesländer. Die Folge davon ist auch eine sehr erfreuliche Zunahme der unselbständig Erwerbstätigen gewesen. Wir haben von 1988 bis 1997 um 15,3 Prozent mehr Beschäftigte in unserem Land. Der österreichische Durchschnitt war 8,7 Prozent. Und ich stelle hier eindeutig fest, das ist das zentrale Anliegen der Sozialdemokraten gewesen! Und wir sehen das auch als großen Erfolg einer hervorragenden Regierungspolitik unter sozialdemokratischer Führung und einer guten Zusammenarbeit mit dem Bundesland Niederösterreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch in der letzten messbaren Periode, ich spreche von 1994 bis 1996, aber man könnte das auch noch weiter nachvollziehen, lag der Wachstumsfaktor in Niederösterreich deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Aber wir haben ein Problem, sehr geehrter Landtag: Betrachtet man nämlich die Wertschöpfung pro Einwohner in Niederösterreich, so liegt diese deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Sie betrug 247.000,- Schilling oder nur 85 Prozent des österreichischen Durchschnittes. Also hier gilt es anzusetzen im Sinne einer höheren Wertschöpfung pro Einwohner.

Die Wachstumsdaten dürfen also nicht darüber hinweg täuschen, dass es in unserem Bundesland – und jetzt komme ich zur Problematik der Regionalpolitik, lieber Kollege Moser – dass es hier ungeheure Wohlstandsunterschiede zwischen den Regionen in Niederösterreich gibt. So liegt etwa das Weinviertel in einer Rangordnung der NUTS-3-Regionen am unteren Ende mit seiner Wertschöpfung pro Einwohner. Es hat nur 25 Prozent der österreichischen durchschnittlichen Wertschöpfung. Oder das Mostviertel, das Waldviertel, die Region Niederösterreich-Süd gegenüber dem Weinviertel deutlich besser, bis 90 Prozent des österreichischen Bundesdurchschnittes. Und das südliche Umland von Wien liegt sogar bei 156 Prozent, also mit 156 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Hier, in diesen Divergenzen spiegeln sich die Probleme der Regionen wider. Das ist auch im Zuwachs zu bemerken. Das Weinviertel hat einen deutlich geringeren Zuwachs mit 5,3 Prozent, wächst also deutlich langsamer als zum Beispiel das südliche Umland von Wien, wo der Zuwachs sieben Prozent beträgt.

Oder, ein anderes Kriterium kurz beleuchtet, das Medianeinkommen. Das ist sicherlich kein Ruhmesblatt für unser Land, wenn hier eklatante Einkommensunterschiede bestehen. Das Durchschnittseinkommen betrug 1997 19.554,- Schilling. Das führte dazu, dass Niederösterreich nur an sechster Stelle aller österreichischen Bundesländer lag. Und hier wieder ein deutlicher Unterschied: Der Spitzenwert Wien mit 21.000 oder der Bundesdurchschnitt mit 20.000. Also Niederösterreich deutlich unter den Werten des Bundesdurchschnittes. Das relativiert sich noch mehr wenn man die Einkommensverteilung in den Regionen sieht. Im Bezirk Mödling liegt zum Beispiel dieses Durchschnittseinkommen bei 21.307,- Schilling, während es im Bezirk Hollabrunn, der das Schlusslicht bildet, nur 16.274,- Schilling beträgt. Das ist eine wenig erfreuliche Entwicklung, Hoher Landtag. Und hier muss unsere Regionalpolitik in Niederösterreich ansetzen um diese Unterschiede auszugleichen. Ich würde das so zusammenfassen, dass die Strategie daher heißen muss, nicht immer nur von Top ten reden, sondern auch tatsächlich top handeln! Das würde unserem Lande gut tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*
Übrigens, dank der von mir bereits dargestellten hervorragenden Bundespolitik der letzten Jahrzehnte ist unsere Heimat mittlerweile das drittreichste Land in Europa geworden. Wir sind also schon top three kann man sagen. In diesem Sinne wäre Top ten sogar ein Rückschritt. Was wir brauchen sind also, ich unterstreiche es noch einmal, nicht Schlagwörter und nicht Werbeslogans. *(LR Mag. Sobotka: Budgetdefizit! – Abg. Kurzreiter: Schauen Sie sich, Herr Klubobmann, die Budgetsituation an!)*

Ich wiederhole: Wir brauchen eine aktive Infrastrukturpolitik! Wir brauchen eine aktive Standortpolitik. Wir müssen die Standortbedingungen verbessern. Und dazu gehört, Hoher Landtag, vor allem eine moderne Infrastruktur in Niederösterreich. Und was wir hier in letzter Zeit erleben, das ist eigentlich ein Schlag ins Gesicht einer modernen Regionalpolitik. Wenn von dieser Bundesregierung hier Einsparungsmaßnahmen kommen zum Beispiel auf dem Verkehrssektor, die dazu führen, dass die ÖBB ihre Nebenbahnen einstellen müssen, dass die Autobahn-Ausbauvorhaben nicht fortgesetzt werden können, dann ist das genau das Gegenteil von moderner Regionalpolitik! *(Beifall bei der SPÖ.)*
In diesem Sinne, Hoher Landtag, möchten wir in dieser Aktuellen Stunde Regionalpolitik diskutiert wissen zum Wohle Niederösterreichs und nicht nur als politischen Schlagabtausch. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Das Thema Regionalentwicklung könnte nicht nur einen Redner eine gesamte aktuelle Stunde lang fordern, wenn man es ernsthaft und seriös behandeln will, geschweige denn in zehn Minuten einigermaßen abgehandelt werden. Ich werde mich daher auf drei unterschiedliche Bereiche konzentrieren in meinen Ausführungen. Und möchte nur vorab schicken, dass das Bild der Regionalentwicklung in Niederösterreich ja je nach Region ein sehr unterschiedliches ist und man hier vielleicht einmal deutlicher untersuchen sollte, mit welchen Leitbildern oder Konzepten hier gearbeitet wird, wo die Erfolge zu finden sind und wo noch deutlicher Nachholbedarf besteht.

Lassen Sie mich zum ersten Punkt für eine funktionierende Regionalentwicklung kommen. Eine Regionalentwicklung, die ja bewusst nicht nur Metropolen, städtische Zentren, Wasserköpfe fördern will, sondern erreichen will, dass es eine gleichgewichtige Entwicklung quer durch die Regionen gibt. Ein Schlüsselfaktor dazu ist sicher die Versorgung der Regionen mit Verkehrsträgern, insbesondere auch mit öffentlichen Verkehrsträgern. Wo ich mit Erschütterung in den letzten Wochen festgestellt habe, dass hier seitens der ÖBB ein wahrer Anschlag auf die Pendlerinnen und Pendler, die nach wie vor auf Regionalbahnen unterwegs sind, geplant ist.

Es sollen hier vor allem in Niederösterreich die sogenannten Regionalbahnen eingestellt werden, es sollen nur noch die Hauptachsen der Bahn, wie die Westbahn, forciert werden, teils die Südbahn. Aber schon bei der Franz Josefs-Bahn schaut es sehr viel schlechter aus. Hier erleben wir seit Jahren einen Rückbau, der sich auch noch weiter fortsetzen wird. Und ganz schlimm wird es dann für die kleineren Verbindungsstücke oder für deklarierte Pendlerbahnen wie die Mariazeller Bahn, die völlig in der Luft steht, ob es die in einem Jahr oder zwei Jahren noch geben wird. Hier appellieren wir eindrücklichst an den Landeshauptmann, an die Landesregierung, umgehend im Interesse der NÖ Pendlerinnen und Pendler Verhandlungen mit der ÖBB aufzunehmen und durch entsprechende Abtarifierungen sicherzustellen, dass die wichtigen Regionalbahnen in Niederösterreich erhalten bleiben. Sonst braucht man nicht mehr wirklich seriös von einer Regionalentwicklung auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs reden.

Ein zweiter Punkt, den ich kurz streifen möchte, ist ein Teil aus der Wirtschaftsentwicklung. Jener Teil, der gerne postuliert wird in Niederösterreich, nämlich eine funktionierende Nahversorgung. Und wenn ich mir das anschaue im Vergleich mit der realen Situation, dann wird hier eine Fehlentwicklung zu konstatieren sein, eine Fehlentwicklung, die überdies immer größere Dimensionen annimmt. Wir haben Mitte letzten Jahres in Niederösterreich bereits 27 Gemeindegebiete gehabt, wo es im gesamten Gemeindegebiet kein einziges Lebensmittelgeschäft mehr gab. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich keine funktionierende Nahversorgung. Und da ist es ein geringer Trost, wenn nicht zu sagen, sogar eigentlich die Wurzel des Übels, dass Einkaufszentren oder Fachmarktzentren immer größer werden und boomen. Für die Gemeinden, sei es im Weinviertel, im Mostviertel, im Waldviertel, im Industrieviertel, wo es kein Geschäft mehr gibt, ist es wenig Trost, dass wir ein Factory Outlet-Center planen, wie es in St. Valentin der Fall ist, nachdem man ja gesehen hat, dass Parndorf schon nicht wirklich der große Knüller war. Hier ist im Sinne einer Regionalentwicklung erforderlich, dass man tatsächlich schaut, dass funktionierende Ortskerne bestehen bleiben. Und das ist eine Aufgabe nicht nur der Gemeinden, sondern eine Aufgabe der Raumordnung in Niederösterreich. Und mit der Raumordnung leite ich bereits über zum dritten Thema, das ja auch wohl der aktuelle Anlass für diese Aktuelle Stunde hier im Hintergrund gewesen sein dürfte, Natura 2000. Einmal davon abgesehen, dass ich nicht glaube, dass der Landesrat Wagner alleine imstande ist, Regierungsbeschlüsse zu fällen denke ich, ist hier vor allem an der Diskussion eines tragisch: Dass man die Tragweite und die Chancen, die für die Regionalentwicklung drinnen stecken, nicht sieht oder sie sich anzuschauen verweigert.

Ich darf nur daran erinnern, dass Natura 2000 eine Vorbedingung ist, um überhaupt noch Förderungen aus dem Projektprogramm LIFE der EU zu erhalten. Oder, noch dramatischer ist, und hier müsste eigentlich auch die Seite der ÖVP intensiv angesprochen sein, das neue Programm für ländliche Entwicklung seitens der EU, das ja gerade ausverhandelt ist, das noch nicht in Kraft getreten ist, weil auch noch ein paar Vorbedingungen nicht erfüllt sind, hängt in einem engen Zusammenhang mit Natura 2000. Brüssel steht hier auf dem Standpunkt, bevor man für ländliche Entwicklung Gelder zur Verfügung stellt - und da ist ziemlich viel Geld drinnen in dem Topf, das geht in Milliardenhöhe für Österreich in Summe -, bevor man hier Gelder aus diesem Topf flüssig macht, müssen die einzelnen Staaten ihre Natura 2000-Nominierungen und aktiven Unter Schutz Stellungen erledigt haben, weil man ja sonst nicht garantieren kann, dass man nicht in der ländlichen Entwicklung Dinge fördert, die sonst in Widerspruch geraten würden mit Natura 2000. Das heißt, eine Vorbedingung für die Fördermittel aus dem Programm für ländliche Entwicklung ist die erledigte Natura 2000. Und mit „erledigt“ meine ich sicher nicht einen jahrelangen Streit oder ein Hickhack um wie groß ist es jetzt wirklich, sondern tatsächlich auch schon die ausgearbeiteten Maßnahmen.

Und, da gibt es ein kleines, sehr interessantes Detail, das ich wirklich allen sehr ans Herz legen möchte. Natura 2000 ist aus diesem Titel finanzierbar. Derzeit haben wir ausschließlich die Verpflichtung nach EU-Recht, Natura 2000-Gebiete nicht zu verschlechtern, ansonsten kann eine Klage angestrengt werden. Und auf den Punkt komme ich dann gleich noch. Entschädigungs- oder Ausgleichszahlungen werden derzeit zu 100 Prozent vom Land zu tragen sein.

Unter dem Titel „Programm für ländliche Entwicklung“ gibt es Kofinanzierungsmöglichkeiten, wo die EU für Natura 2000 Ausgleichszahlungen 25 bis 50 Prozent der Kosten übernimmt, der Bund wiederum mit bis zu 60 Prozent Kosten übernimmt und auf das Land nur noch der Restbetrag zukommt. Das heißt, es müsste wirklich im wirtschaftlichen Eigeninteresse des Landes Niederösterreich sein, hier rasch Natura 2000 abzuschließen, umfassend zu dokumentieren und zu schauen, dass man die Fördermittel aus Brüssel tatsächlich holen kann.

Das, was natürlich nicht stimmt, es war die alte Erwartung, dass man automatisch über LIFE alles abgegolten kriegt. Aber mit dem neuen Programm für ländliche Entwicklung ist da viel drinnen.

Und noch eine Fußnote zu den Kosten: Es wird seitens der SPÖ bzw. von Ihnen als zuständigem Regierungsmitglied manchmal die Summe von 300 Millionen Schilling, die das kosten würde, kolportiert. *(LHStv. Dr. Bauer: Ich habe noch nie einen Betrag genannt und werde ihn auch heute nicht nennen!)*
Okay, dann habe ich es in fälschlicher Weise kolportiert gehört bekommen. In der Gerüchteküche zumindest wird die Summe von 300 Millionen kolportiert und dort der SPÖ zugeschrieben. Der WWF hat das nachgerechnet, kommt auf realistisch eingeschätzte Kosten von maximal 50 bis 100 Millionen. Und da ist noch gar nicht berücksichtigt, dass viele Natura 2000-Flächen ja jetzt schon als Naturdenkmäler etc. Ausgleichszahlungen verursachen. Und hier könnte man sich einen großen Teil zurückholen aus Brüssel.

Was macht das Land statt dessen zur Zeit? Man riskiert, dass man geklagt wird. Ich nenne ein Beispiel. Es ist ja so, dass bei den Natura 2000-Nominierungen jetzt jenseits des Streites über das Ausmaß zumindest eines klar ist: Dass noch schützenswerte Gebiete fehlen. Ich zitiere hier Landesrat Mag. Sobotka am 25. August 1998, der einerseits kritisiert, dass es zu viel ist, auf der anderen Seite aber auch festhalten muss, auf der anderen Seite wiederum fehlen schützenswerte Gebiete. Eines dieser Gebiete das fehlt sind die Welschen Halten. Bekannt und berühmt geworden durch die Pläne der Firma Magna, dort zuerst eine Weltkugel, jetzt einen Pferdesportpark zu errichten und wo praktischerweise in den Osterferien, also zu den Feiertagen, ein alter Trainagekanal wiederbelebt wurde und zumindest heftig umstritten ist, ob da alles rechtens zugegangen ist. Die neueren Erkenntnisse belegen da eigentlich ein anderes Bild. Wo Brüssel, und das ist bekannt, da gibt es schon eine Klage, wo Brüssel nur darauf wartet, dass hier irgend etwas passiert, was nicht in Ordnung ist, was einem Verschlechterungsverbot widerspricht. Das heißt, wir haben hier die Wahl: Wollen wir uns dauernd klagen lassen von Brüssel wegen Verletzung der Naturschutzrichtlinien? Oder wollen wir nicht vielmehr die Chancen wahrnehmen, die in Natura 2000 für eine Regionalentwicklung drinnen stecken.

Das wäre auch meine zentrale Anforderung, dass man hier nicht dieses tatsächlich wie eine der Presseaussendungen festgestellt hat, ermüdende Hickhack weiter betreibt. Dass man nicht abrechnet, wo ist vielleicht noch irgend jemand Schuld daran dass man so viel hat oder gar unverbautes Bauland versucht ‘rauszunehmen. Sondern dass man die Chancen erkennt und klar sich bekennt zu einerseits einer Regionalentwicklung, die sagt, ja, wir sehen die Chancen im Tourismus, in der Regionalentwicklung, die Natura 2000 bietet, auch die Förderchancen.

Und das, was ich dringend einfordere, dass man sich auch zumindest gelegentlich zum Naturschutz bekennt. Denn die Debatte der vergangenen Wochen hat eines deutlich belegt: Weder ÖVP, noch SPÖ, noch FPÖ haben in den letzten Wochen bei Natura 2000 auch nur irgendetwas von Naturschutz im Hinterkopf gehabt. Das wäre aber eigentlich Sinn und Zweck und angeblich das gemeinsame Ziel in Niederösterreich. *(Abg. Waldhäusl: Das werden Sie nicht beurteilen können!)*

Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. HINTERHOLZER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die hohe Dynamik des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich wird durch die exzellenten Wirtschaftsdaten der letzten Zeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der erreichte Höchststand von 520.000 Beschäftigten im Vorjahr und ein Wirtschaftswachstum über dem Österreichschnitt zeigen, dass Niederösterreich auf einem guten Weg ist und sozusagen auf der Überholspur ist. Die Arbeitsmarktdaten vom April spiegeln diesen Aufwärtstrend wider. Neuerlich gab es eine Abnahme der Arbeitslosen um 9,7 Prozent bei einem gleichzeitigen, kräftigen Anstieg der offenen Stellen.

Dem Wirtschaftsstandort Niederösterreich wird durch die Nähe zu den Reformländern von Fachleuten eine besondere Attraktivität zugesprochen. Und Niederösterreich hat gute Chancen, bei einer EU-Erweiterung im Osten sich als eine Drehscheibe Zentraleuropas weiter zu profilieren.

Eigentlich finden wir in Niederösterreich eine gute Ausgangslage vor, um unser politisches Ziel zu erreichen: Niederösterreich als eine Modellregion im Herzen Europas zu profilieren und damit auch zu einer Spitzenregion zu werden. In manchen Bereichen sind wir es schon, in manchen Bereichen, da gebe ich Ihnen Recht, Herr Klubobmann, haben wir da noch einiges aufzuholen. Wir wollen eine Spitzenregion sein, in der auch die Menschlichkeit nicht zu kurz kommt. Eine Spitzenregion, in der man gerne lebt und in der man gerne arbeitet.

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes bedeutet aber auch gleichzeitig die Sicherung der Lebensqualität. Wir werden in Zukunft beides brauchen, einen intakten Wirtschaftsstandort und eine intakte Natur. Was wir allerdings auf dem Weg in die Zukunft nicht brauchen können, sind Stolpersteine, die unsere Zielvorstellungen bremsen oder sie blockieren. Und ich glaube, die überzogene Nominierung von 31 Prozent der Landesfläche als Natura 2000-Gebiet stellt allerdings eine ernsthafte Gefährdung der weiteren erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung Niederösterreichs dar.

Die zum Teil sehr heftig geführten Diskussionen bei der Präsentation der ÖGNU über die nunmehr laufenden wissenschaftlichen Untersuchungen zur Feinabgrenzung in den einzelnen Landesvierteln haben es ja sehr deutlich gezeigt. Die betroffenen Grundeigentümer, Gemeinde- und Inter-

essensvertreter verstehen es nicht, dass sie von der Nominierung der Gebiete in keiner Weise in Kenntnis gesetzt wurden. Und dass sie nunmehr bei der Schadensbegrenzung auch nur mehr beschränkt teilnehmen können. Schade, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie als zuständiges Regierungsmitglied für Naturschutz bei keiner der vier Veranstaltungen persönlich anwesend waren. Sie hätten sich vom Unmut und der verständlichen Verärgerung der betroffenen Grundstückseigentümer und Gemeindevertreter persönlich überzeugen können. Die Stimmung war zum Teil aggressiv angespannt. Von kalter Enteignung von persönlichem Besitz und demokratiepolitischem Vergehen war die Rede. Noch demonstrieren unsere Landesbürger nicht vor dem Landhaus wie in Tirol, um gegen die Bewirtschaftungseinschränkungen im Rahmen der Natura 2000 ihren Unmut zu zeigen. Die Stimmung ist allerdings angespannt. Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer! Wenn Sie meinen, es wäre nicht notwendig, dass ich Sie wachrüttle, so fordere ich Sie dennoch nochmals auf, endlich aktiv zu werden. Es ist zu wenig, wenn Sie feststellen, Sie hätten ohnedies schon eine Arbeitsgruppe auf Landesebene eingerichtet, in der alle Interessensvertretungen ihren Platz hätten. *(LHStv. Dr. Bauer: Sie würden bei meinem Tempo gar nicht mithalten können! Glauben Sie mir das!)*
Sie wurde erst, und das kann man sicherlich nachvollziehen, auf massiven Druck der Regierungsmitglieder der ÖVP eingerichtet. Ich fordere Sie auch auf, Herr Landeshauptmannstellvertreter, endlich Verantwortung zu übernehmen. Beklagen Sie nicht ständig Ihr schweres Erbe, das sie übernommen haben. Ein Erbe zu übernehmen heißt auch Verantwortung dafür zu übernehmen. *(Abg. Sacher: Das erinnert mich an die Bundesregierung!)*
Auch andere Regierungsmitglieder haben ein mindestens so schweres übernommen. Ich denke an Herrn Landesrat Mag. Sobotka mit dem Budget. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)*

Es ist auch nicht glaubhaft, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie als damaliger Klubobmann der SPÖ in die Entscheidungsprozesse der Landesregierung nicht eingebunden waren. Bei der ÖVP ist der Klubobmann in allen wichtigen Entscheidungen als Koordinations- und Schlüsselperson mit dabei. Und, der Herr Kollege Moser hat es schon angesprochen, der Beschluss der Landesregierung vom 9. Dezember 1997 kam unter einer ganz wesentlichen Prämisse zustande. Nämlich dass die Nominierung der Natura 2000-Gebiete formal eine Absichtserklärung darstellt und dass es zu keiner Verschlechterung in den betroffenen Gebieten kommen soll. Und weiters, dass in jenen Fällen, wo landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungsflächen betroffen sind, es zu keinen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen kommen wird. Alle Aussagen von damals haben sich nunmehr als unrichtig herausgestellt. Denn sehr wohl gibt es Einschränkungen in der Bewirtschaftung sowohl für die Wirtschaft als auch für die Landwirtschaft. Und nach einer Berechnung der Wirtschaftskammer sind in Niederösterreich etwa 15.000 Betriebe aus Gewerbe und Industrie betroffen, da sie entweder im Natura 2000-Gebiet oder unmittelbar angrenzend daran liegen. *(Unruhe bei Abg. Keusch.)*

Und die Einschränkungen, sie greifen bereits jetzt. Bereits jetzt! Obwohl die EU-Bestimmungen erst im Jahr 2004 durch konkrete Managementpläne umgesetzt werden müssen, kommen sie in Niederösterreich durch vorauseilenden Gehorsam bereits jetzt zur Anwendung. Obwohl sich der Landtag erst in nächster Zeit mit einem neuen NÖ Naturschutzgesetz beschäftigen wird, in dem letztlich auch die Umsetzung der EU-Richtlinien bestimmt wird und man sich auch über die Entschädigungszahlungen unterhalten wird müssen. Als ein konkretes Beispiel – es wurde in Amstetten genannt – kann ich Ihnen eine Firma aus Ybbs an der Donau nennen, der die Errichtung eines Wasserkraftwerkes untersagt wurde, da es in einem Natura 2000-Gebiet liegt.

Es gibt von der Wirtschaftskammer Österreich, von Umweltexperten, ein Gutachten, aus dem eindeutig hervorgeht, dass EU- und Naturschutzrichtlinien keineswegs verlangen, dass ein Schutzgebiet gleichsam wie unter eine Käseglocke gestellt wird und sämtliche wirtschaftliche Nutzungen unterbunden werden müssen. Managementpläne sollen vielmehr dafür sorgen, dass die Voraussetzung und die Erhaltung der Arten sukzessive verbessert wird. Gelingen kann das aber nur, wenn man den Gebieten nicht die wirtschaftliche Basis entzieht. Denn ohne Verständnis von Seiten der ansässigen Bevölkerung hat der Naturschutz keine nachhaltigen Erfolgschancen. Naturschutz beginnt im Kopf der Menschen die dann bereit sind etwas zu schützen und zu erhalten, wenn es ihnen auch persönlich etwas wert ist.

Ich glaube daher, es ist dringend an der Zeit, mit der Bevölkerung in einen Dialog zu treten. Natura 2000 wird ja auch in unseren Nachbarländern heftig diskutiert. Und ein Blick über die Grenzen könnte in der misslichen Lage, in der sich Niederösterreich in Sachen Natura 2000 befindet, dabei sehr nützlich sein. Herr Kollege Moser hat es schon angesprochen: In Bayern geht man da einen sehr erfolgversprechenden Weg. Mit einem intensiven Dialogverfahren, das auf Kooperation, Akzep-

tanz und Konsens mit den betroffenen Eigentümern abzielt und zu dem noch in Abstimmung mit Brüssel erfolgt.

Wenn ich eingangs die guten wirtschaftlichen Kennzahlen unseres Bundeslandes genannt habe, so möchte ich dennoch festhalten, dass der Wettbewerb der Standorte insbesonders für die Industrieunternehmen in letzter Zeit um vieles härter geworden ist. Es ist kein Schlagwort, dass der Wettbewerb von heute nicht mehr zwischen den einzelnen Unternehmen, sondern vielmehr zwischen den einzelnen Regionen stattfindet. Niederösterreich konnte sich zuletzt auch in diesem harten Wettstreit sehr gut behaupten. Weil gewährleistet war, dass die Genehmigungsverfahren rasch und zügig abgewickelt werden. Durch Verfahrenskonzentration und Vereinfachung konnte gerade in den letzten Jahren sehr viel erreicht werden. Immerhin werden in Niederösterreich 90 Prozent aller Anlagegenehmigungsverfahren in weniger als drei Monaten erledigt. Und letztendlich konnte sich Niederösterreich auch deswegen gut behaupten, weil in diesem Bundesland Rechtssicherheit gewährleistet ist. Beide dieser Vorzugsstellungen scheinen nun durch Natura 2000 gefährdet zu werden. Zum Einen drohen die Bewilligungsverfahren wesentlich länger zu werden, da zu dem noch Verträglichkeitsprüfungen vorgelagert werden. Und zum Anderen kann bei der derzeitigen Rechtsunsicherheit so mancher Investor veranlasst werden, einen anderen Standort zu wählen.

Abschließend glaube ich, es ist höchst an der Zeit, aktiv zu werden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die verwirrende Rechtsunsicherheit abgestellt wird und dass in Sachen Natura 2000 auch weiterhin ein vernünftiger Ausgleich zwischen Naturschutz und Wirtschaftsinteressen gewährleistet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe am Anfang auch nicht genau gewusst, dass Regionalentwicklung nur mit Natura 2000 zu tun hat. Aber ich werde mich darauf beschränken, nachdem ich nur 10 Minuten zur Verfügung habe. Ich glaube nur, es ist bedauerlich, wenn ich mir diese Aktuelle Stunde anschaue, dass hier ein Scheingeplänkel zwischen ÖVP und SPÖ stattfindet, das wirklich wieder nur auf dem Rücken der Niederösterreicherinnen und der Niederösterreicher ausgetragen wird.

Ich glaube das Thema ist zu ernst als dass nicht alle Kräfte aufgerufen sind in diesem Land, hier Schadensbegrenzung zu betreiben. Hier ist wirklich viel passiert. Und ich habe mich auch sehr eingehend damit beschäftigt und auch versucht, das Ganze chronologisch aufzuarbeiten, wie es dazu gekommen ist.

Ich habe aus einer Information der österreichischen Bundesländer mir die Zielsetzung der Natura 2000 geholt. Da steht unter anderem: „Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, unter dem Namen Natura 2000 „ein Netz besonderer Schutzgebiete“ vorzusehen. Das kann so nicht sein, dass 31,6 Prozent der NÖ Landesfläche besondere Schutzgebiete nach diesen beiden Richtlinien, nämlich nach der Vogelschutzrichtlinie 79/409 und nach der Fauna-, Flora-, Habitatrichtlinie aus dem Jahre 1992/43 sind. Was bei dieser Nennung passiert ist, das möchte ich mir noch anschauen. Faktum ist, dass hier das damals verantwortliche Regierungsmitglied der Herr Landesrat Wagner war. Faktum ist aber auch, ich sage das ein bisschen mit Bedauern, dass es ein einstimmiger Regierungsbeschluss war. Und dass deswegen alle Fraktionen hier aufgerufen sind, das zu reparieren. *(Unruhe bei LHStv. Dr. Bauer.)*
Faktum ist auch - ich komme schon darauf Herr Landesrat - Faktum ist auch, dass damals der Landesrat Blochberger sehr wohl das begrüßt hat. Weil man geglaubt hat – und das muss ich jetzt allen vorwerfen, auch den zuständigen Beamten – dass der große Geldregen aus Brüssel kommt. Und weil man nicht gewusst hat oder bewusst dann das falsch gemacht hat, weil man nicht gewusst hat, dass die Länder die Entschädigungszahlungen zu leisten haben. Ich glaube, da liegt der Hund begraben.

Ich habe mir die Mühe gemacht, hier wirklich auch die anderen Bundesländer mir genau anzuschauen. Und wir wissen alle, Oberösterreich zwischen drei und vier Prozent. Ich habe mir aber ein Bundesland ausgesucht, nämlich das Bundesland Salzburg, wo, glaube ich, wirklich hier mit Maß und Ziel, aber auch im Interesse des Naturschutzes genau die Gebiete gemeldet wurden. Ich glaube, die Karte ist ein bisschen zu klein *(zeigt Karte)*, aber man sieht, das Grüne und das Orange sind die Natura-Gebiete. Man hat hier eindeutig nur den Nationalpark Hohe Tauern und ausgewiesene Naturschutzgebiete als Natura 2000-Gebiete gemeldet. Ich glaube, das wäre ein sehr sinnvoller Weg gewesen, dass man die Gebiete die schon ausgewiesen sind eben als Natura 2000-Gebiete meldet.

Wie schaut das aber im internationalen Vergleich aus? Ich habe hier einen Aufsatz eines Mitarbeiters der Kommission von der Generaldirektion IX, ein gewisser Herr Bertrand Delpeuch, „Natura 2000 und Landwirtschaft“. Er geht darin ein auf die ganzen Auswirkungen. Und er nennt den bis jetzt gemeldeten Anteil, der bis jetzt erhoben wird, wobei ja auch andere Länder versuchen das zu reduzieren, im EU-Schnitt mit nahezu 9 Prozent. Also nicht einmal 9 Prozent der Fläche der Europäischen Union sind für Natura 2000 vorgemerkt. Dann kommt der nächste Vorwurf. Ich glaube, hier hat man sich überhaupt nicht gekümmert, was machen die anderen Bundesländer? Was machen die anderen Nationalstaaten? Und Niederösterreich ist hier einen falschen Weg gegangen.

Herr Landesrat Dr. Bauer! Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass man noch zitiert aus einer APA-Meldung vom Mai 1998, wo Sie diese großartige oder diese große Fläche noch begrüßen. Es war der 5. Mai 1998. Ich weiß, Sie waren da ganz frisch im Amt. Und da steht wortwörtlich, es geht um ein LIFE-Projekt, wo wir Geld bekommen haben. Wobei ich das natürlich begrüße. Ich sage nicht, die Relation dieser paar Millionen, die wir für die LIFE-Projekte bekommen und das, was es uns kosten kann, steht einfach in keiner Relation. Sie sagen wortwörtlich: „Voraussetzung für diesen finanziellen Erfolg, der in Form der Abgeltung von Landschaftspflegeleistungen, vor allem den betroffenen Grundbesitzern und Bewirtschaftern zugute kommen wird, sei die umfangreiche Meldung ökologisch bedeutender Naturräume für das europäische Schutzgebietsystem Natura 2000.“ Und jetzt kommts: „Um diesen ‚Geldsegen‘ aus Brüssel abzusichern, soll mit Hilfe einer von der Landesregierung in der Vorwoche beschlossenen Arbeitsgruppe Natura 2000 Ängste der Nutzergruppen ...“ - und dann kommt Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd - ... „überwunden werden und erfolgversprechende Strukturen geschaffen werden.“

Das heißt, im Jahre 1998 war dem zuständigen Regierungsmitglied noch nicht bewusst, was auf uns zukommt. Am 27. Jänner 1999 ebenfalls eine Aussendung von Landesrat Dr. Bauer, ich zitiere nur einen Satz: „Niederösterreich hat sich beispielsweise im Bereich Natura 2000 sehr engagiert.“ Es geht hier auch um die Flächen. Und im August 1999 spricht der Umweltsprecher Feurer nach wie vor: „Der offensive Weg Niederösterreichs bei der Nennung von Natura 2000-Gebieten macht sich nun bezahlt.“ Spricht wieder über eine LIFE-Förderung, und ich zitiere wieder: „Vor allem den Landwirten werden in Zukunft in diesen Gebieten weitere besondere Förderungen und Entschädigungen zur Verfügung stehen.“

Das heißt, man hat hier, entweder bewusst oder unbewusst die Bevölkerung falsch informiert! Ich glaube, es wäre sehr einfach gewesen, sich das anzuschauen. Weil man braucht nur ins Internet zu „gehen“. Weil das größte Problem bei dem Ganzen ist für meine Begriffe der Artikel 6 der Habitat-Richtlinie, wo diese ganzen Dinge, die heute schon angesprochen wurden, Verschlechterungsverbot etc. angesprochen sind. Wie schwierig das ist, zeigt ein Bericht der Kommission vom April 2000, wo es nur um die Vorgaben des Artikel 6 für die Nationalstaaten geht. Das ist für einen Artikel. Ich habe ihn mir ausgedruckt. Und gestatten Sie mir auch, dass ich einige Dinge aus diesem Artikel 6 zitiere.

Zum Beispiel das Verschlechterungsverbot. Das wird für uns ganz gefährlich, weil diese große Fläche bereits gemeldet ist. Artikel 6 Abs.2 im Wortlaut: „Die Mitgliedstaaten treffen die geeigneten Maßnahmen“ - das wäre in dem Fall unsere Meldung – „um in den besonderen Schutzgebieten die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Arten sowie Störungen von Arten, für die die Gebiete ausgeworfen sind, zu vermeiden, sofern solche Störungen sich im Hinblick auf die Ziele dieser Richtlinie erheblich auswirken könnten.“

Was viel gefährlicher ist, ist der Absatz 3, wo die Umweltverträglichkeitsprüfung genau geregelt ist. Es ist nämlich nicht nur so, dass in diesen Gebieten Verträglichkeitsprüfungen sein müssen. Es ist auch so, dass auch in den angrenzenden Gebieten, wo befürchtet werden muss, dass diese Gebiete mit Emissionen belastet werden, Umweltverträglichkeitsprüfungen gemacht werden müssen. Das heißt, wenn ich mir das jetzt grob anschaue, dass in ganz Niederösterreich bei jedem Betrieb Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen werden müssen. Das heißt aber, dass der Wirtschaftsstandort Niederösterreich, und damit ist man bei der Regionalentwicklung, massiv gefährdet ist.

Eines noch: Im Absatz 4 sind die Ausnahmen geregelt, ich erspare Ihnen diese. Ausnahmen sind, wenn bei Errichtung so eines Betriebes spezielle Förderungen für die Gesundheit Platz greifen. Das heißt Spitäler. Und die Sicherheit ist ebenfalls ausgenommen. Das heißt, Spitäler und Gendarmerieposten werden wir noch bauen dürfen in diesen Gebieten. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich glaube, das hat man sich nicht durchgelesen. Und der Artikel 6 dieser Richtlinie ist seit dem Jahre 1992 in Kraft. Und ich sage, wenn einer dieser zuständigen Beamten oder eines der zuständigen Regierungsmitglieder nur diesen Artikel 6 gelesen hätte, dann wären wir bei der Nennung aber

bei jedem Quadratmeter ein bisschen genauer gewesen. *(LR Blochberger: Das gilt auch für den LR Schimanek!)* Ich habe niemanden ausgenommen!

Jetzt informiert die Abteilung vom Herrn Landesrat Mag. Sobotka. Jetzt fährt Hofrat Silberbauer in die betroffenen Gemeinden. Ich begrüße das auch, dass informiert wird. Nur glaube ich, dass nicht richtig informiert wird. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Herr Landesrat, ich begrüße das schon, dass die Nachkartierungen vorgenommen werden. Aber es herrscht so viel Rechtsunsicherheit, das ist heute auch schon angesprochen worden. Was werden die Grundbesitzer machen? Eine Besitzstörungsklage, glaube ich, ist jederzeit „drinnen". Von Mai bis Oktober passiert das. Ich glaube auch, dass auf Grund dieses Artikels 6 diese Nachkartierung einen sehr mäßigen Erfolg bringt. Ich wünsche mir, dass es ein großer Erfolg wird, aber ich glaube es nicht.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Klubobmann! Zum Schluss, bitte!

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Ich komme zum Schlusssatz. Der Schlusssatz ist der, dass ich die Sorgen der NÖ Wirtschaft - die hätte ich jetzt noch zitiert, die Wirtschaftskammer, die von 15.000 gefährdeten Betrieben in Niederösterreich spricht -, die Sorgen auch der Industriellenvereinigung teile. Und dass hier, Frau Kollegin Mag. Weinzinger hat das schon anklingen lassen, wir alle gefordert sind, aktiv Naturschutz zu betreiben. Dass wir aber trotzdem alle in diesem Landtag, auch wenn Sie von den Grünen kommen, aufgefordert sind, das Beste für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich und für die Menschen in diesem Land zu tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist nun Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Das Thema unserer heutigen Stunde „Regionalentwicklung in Niederösterreich" ist natürlich ein Thema, das man nicht in 10 Minuten abhandeln kann. Und als ich heute noch von zu Hause weggefahren bin, habe ich mir gedacht, dass wir wirklich wichtige Themen der Regionalentwicklung hier in unserem Land besprechen. Und dazu wäre mir eine ganze Menge eingefallen. Wie zum Beispiel natürlich die Frage der Wirtschaftspolitik, der Beschäftigungslage in unserem Land. Wir können Gottseidank feststellen, dass wir in Anbetracht einer guten Konjunktur hier gute Werte vorweisen können. Man muss dazu natürlich auch sagen, dass da verschiedene internationale Gegebenheiten uns zugute kommen. Ich selbst wohne ja in einer Gemeinde mit Industrieunternehmen, die vorwiegend exportieren. Und das ist natürlich eine Frage, wie der Dollar steht, wie weit man da mit Exporten landen kann. Und ich möchte hier schon meinen, dass vor allen Dingen die vorherige Bundesregierung in Anbetracht dieser Beschäftigungslage, die wir heute vorfinden, viel Positives erreicht hat.

Man könnte aber genauso fragen im Rahmen der Wirtschaftspolitik, wie sind denn diese Arbeitsplätze auf das Land verteilt? Es ist heute schon angeklungen, dass vor allen Dingen der Wohlstandsgürtel rund um Wien momentan eine Expansion erlebt. Und dass natürlich in Anbetracht dessen, dass die Bundeshauptstadt Wien mitten in Niederösterreich „sitzt", für die Beschäftigungspolitik gut gesorgt ist. Aber wir müssen auch erkennen, dass es andere Regionen gibt. Ich denke hier nur an das Grenzland Wald- und Weinviertel. Ich denke an die alten Industriegebiete im Süden Niederösterreichs. Dort ist in letzter Zeit relativ wenig gelungen. Das heißt, diese Neuschaffung von Arbeitsplätzen hat einfach eine Eigendynamik erfahren, die sie in den Zentralräumen, im Wohlstandsgürtel rund um Wien entstehen lässt. Und die Folge ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass immer mehr Menschen aus den Randregionen in diese Zentralräume pendeln müssen. Und wenn wir uns diesbezüglich diese Zahlen anschauen, dann sehen wir, dass immer mehr Auspendlergemeinden in Niederösterreich entstehen. Und wir hätten, glaube ich, hier im Rahmen dieser Aktuellen Stunde darüber reden können.

Wie kann man also gewisse Vorkehrungen treffen, dass man eben in diesen Randgebieten zusätzliche Arbeitsplätze schafft? Denn es kann ja von uns nicht gewollt sein, dass von Montag bis Freitag der Pendlerstrom Richtung Stadt geht und am Samstag und Sonntag sind die Autobahnen zu klein, weil die Menschen, die da während der Woche in der Stadt leben, dann Erholung suchen draußen auf dem Land. Und in diesem Zusammenhang muss auch bemerkt werden, welche Stellung die Gemeinden in Zukunft einnehmen werden. Denn das Abfließen von Arbeitsplätzen bedeutet natürlich, dass diesbezüglich auch die Wirtschaftskraft der Gemeinde sinkt. Wir brauchen da nur an die Kommunalsteuer zu denken beispielsweise. Aber die Bürger, die dann am Wochenende hier leben, die erwarten natürlich, dass diese Gemeinde entsprechende Einrichtungen im Bereich des Sports, der Erholung, der Kultur anbietet. Und daher, glaube ich, sollten wir uns wirklich damit auseinandersetzen, wie können wir dieses Gefälle stufenweise abbauen.

Es ist heute auch schon das Problem der Nahversorgung angeschnitten worden. Hier erleben wir zusehends, dass auch im Handel eine Konzentration eintritt, die dazu führt, dass gewisse Gemeinden eben über keinen Nahversorger mehr verfügen. Doch es gibt natürlich nicht nur jene, die motorisiert sind in einer Gemeinde, die in die nächste Bezirkshauptstadt oder vielleicht sogar Viertelshauptstadt fahren können. Sondern es gibt ältere Menschen, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Und für diese Menschen ist es oft schon sehr schwierig.

Über all das, meine Damen und Herren, hätten wir heute an und für sich diskutieren können. Und sollen vielleicht. Und diese Aufzählung, die ließe sich noch in verschiedenen wichtigen Bereichen fortsetzen. Aber es ist, wie ich dann im Radio gehört habe, eigentlich heute eine Diskussion um die Natura 2000 geworden.

Und einige Vorredner haben vor allen Dingen verschiedene Dinge angeschnitten, die meines Dafürhaltens schon ins richtige Lot gesetzt werden müssen. Und mich hat vor allen Dingen eines in den letzten Wochen doch sehr negativ beeindruckt. Dass Regierungsmitglieder, die seinerzeit bei der ersten Nominierung hier mitgestimmt haben, dass die jetzt diese Beschlüsse, die sie selbst mitvollzogen haben, letzten Endes bekritteln. Selber im Glashaus sitzen und auf den mit Steinen schießen, der damals bei dieser Beschlussfassung gar nicht mitgewirkt hat! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Landesrat! Ich gestehe schon zu, dass man damals im Jahre 1995 mit anderen Absichten diese Beschlüsse gefällt hat. Dass man sich erwartet hat, dass eine verstärkte Förderung der Landwirtschaft möglich wird. Und ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, eine Gemeinde, die es wirklich ernst meint mit den Bauern, die beschäftigt sich an und für sich in Anbetracht dieser Sachlage schon jahrelang mit diesen Fragen. Und ich komme aus einer Gemeinde, 65 Quadratkilometer groß, zweieinhalb tausend Industriebeschäftigte. Aber auch wunderschöne Gebiete. 25 Prozent dieses Gemeindegebietes sind Landschaftsschutzgebiet mit landwirtschaftlicher Prägung. Und ich sage Ihnen, als Bürgermeister geht es mir wirklich darum und ganz ehrlich darum, dass diese Landwirte in meiner Heimatgemeinde in Zukunft auch ihre Existenz haben werden. Und daher haben wir uns angeschaut, was kann man in diesem Bereich wirklich tun? Wir haben eine Biotopkartierung vorgenommen. Und es geht ja nicht darum bei dieser Natura, dass man diese Monokulturen und Waldflächen da mit hineingibt. Dort gibt es, in so einer Landschaft wie im Sierningtal, der Herr Landesrat kennt das Gebiet sehr genau, wirklich wertvolle ökologische Flächen, die man schützen soll. Und es gibt diese Arten selbst in einer Industriegemeinde wie bei uns, die ganz selten im ganzen Land bzw. in Österreich vorkommen. Und für die müssen wir Vorsorge treffen.

Ich gebe wirklich zu, dass wahrscheinlich diese erste Meldung im Jahr 1995 überzogen war. Darüber brauchen wir nicht zu reden, wenn da Industriebetriebsgebiete drinnen sind, eben diese Waldmonokulturen, Intensiv-Landwirtschaftsflächen. Das gehört heraus. Und ich rechne es dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer eigentlich sehr hoch an, dass mit seiner Ernennung zum Naturschutzreferenten sehr viel im Naturschutz in Niederösterreich vorangegangen ist. Ich denke nur, hier den ganzen Bereich der Nationalparke. Und ich denke vor allen Dingen an den Vertragsnaturschutz, den Landwirtschaftsfonds, den er gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Blochberger verwaltet. Dass hier Möglichkeiten geschaffen worden sind in diesem Land, wo wir wirklich vieles für den Naturschutz tun können.

Und es ist, glaube ich, richtig, dass man diese Erstmeldung, die halt da zur EU gegangen ist, dass man die jetzt überarbeitet. An und für sich ist sowieso ein dreistufiges Verfahren diesbezüglich vorgesehen. Und es ist eigentlich gelungen, bei diesen drei alpinen Gebieten und besonders hier im Bereich der Hohen Wand, des Schneeberges und der Rax, dass es hier gelungen ist, wirklich, ich glaube, 28 Prozent der seinerzeit genannten Fläche wieder herauszunehmen. Weil es ja wirklich keinen Sinn hat, diese Flächen dort zu behalten. *(LR Mag. Stadler: Das ist erst noch der Wunsch! Da ist noch nichts heraus genommen!)*
Ja, dass man es versucht herauszunehmen. Sie sind als Jurist natürlich viel gebildeter in diesem Bereich. Ich bedanke mich, Herr Landesrat! Es ist der Wunsch, und ich glaube, wir sollten darauf drängen, dass es diese 28 Prozent herausgenommen werden, weil es an und für sich vernünftig ist.

Es hat hier in der Vergangenheit eine Pressemeldung der Frau Abgeordneten Hinterholzer gegeben, in der sie mich da als „SPÖ-Genosse Feurer“ zitiert hat, der offensichtlich nicht weiß, dass auch Klubobmänner über diese ganzen Natura-Eingaben informiert sind. Ich weiß nicht, an und für sich ist es bei uns üblich in der Sozialdemokratischen Partei, sich mit „Genosse“ anzureden. Ich weiß nicht, ob sie uns schon beigetreten ist. Ich glaube ja nicht. Weil ich möchte mit ihr da nichts am Hut haben. Aber wenn sie diese Anrede gemeint hat, dass mich das ein bisschen herabwürdigt und so weiter, dann tut es mir eigentlich leid. Ich

glaube, wir sollten versuchen, hier in diesem Haus und als Mandatare eine Sprache zu pflegen, mit der wir eine gegenseitige Wertschätzung verbinden können.

Ich gehe nicht weiter auf diese Jungabgeordnete, die den Herrn Landeshauptmannstellvertreter heute aufwecken will, ein. Ich meine, das ist schwer. Der arbeitet nämlich fast Tag und Nacht. Er schläft drei, vier Stunden. Ich kenne ihn seit 30 Jahren. Er ist ein sehr fleißiger Politiker und auch ein sehr erfolgreicher Politiker. Und ich glaube, es ist nicht angebracht, wenn man da ein bisschen hereingeschnuppert hat, gleich solche Worte in den Mund zu nehmen. Ein bisschen dazu lernen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ein Kollege hat mir gesagt, Sie haben natürlich Angst. Sie haben eine Schottergrube und auch ein paar Lastwägen, womit Sie diesen Schotter verfrachten. Ich weiß nicht, sitzen Sie, wenn Sie nicht da sind, ständig in dieser Schottergrube? Oder versuchen Sie in Ihrer Freizeit vielleicht auch ins Grüne zu fahren? Freuen sich über die prächtige Natur? Momentan ist es ja so, dass die Wiesenblumen alle blühen. Fahren Sie auch in die Natur oder nach Bora-Bora?

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, das rote Licht wird nicht leuchten, aber die 10 Minuten sind schon vorbei.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Also wenn das rote Licht schon versagt!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Nein, das habe ich irrtümlich ausgeschaltet.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Dann muss ich zum Schluss kommen. Das muss ich einfach noch anbringen, entschuldigen Sie. Also Sie fahren auch ins Grüne. Und wenn Sie dann irgendwo auf einen Baum einen Kukuck sehen, der da ruft „Kukuck, Kukuck, ruft‘s aus dem Wald“, brauchen Sie nicht zu glauben, dass alle Betriebe deshalb gleich geschlossen werden. Herr Präsident! Ich bin wirklich diszipliniert und beende meine Rede. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Honeder.

Abg. HONEDER *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Regionalentwicklung in Niederösterreich“, ein sehr, sehr wichtiges Thema. Besonders in der heutigen Zeit, wo die Globalisierung in allen Bereichen Platz greift, wo es große Zusammenschlüsse gibt von Firmen, Versicherungen, Banken. Die alle das Ziel haben, hier rationeller zu arbeiten, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Wo auch die Wirtschaftsentwicklung zentral gesteuert wird in Europa, von Brüssel aus. Wo Währungspolitik, Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik und neuerdings auch Sanktionspolitik hier auf die Menschen zukommt. In den Regionen ist zu verspüren, dass Regionalpolitik zunehmen wichtiger wird. Politik, die vor Ihrer Haustür gemacht wird, die Ihren Lebensraum bestimmt. Jeder will einen Wohnort, will einen Arbeitsplatz und will die notwendige Infrastruktur drumherum.

In Niederösterreich ist eine sehr gute Regionalpolitik bisher gemacht worden. Seit dem EU-Beitritt gibt es hier die bekannten Fonds ERGFL, EFRE, ESF, LEADER, INTERREG und dergleichen Dinge mehr. Und damit sind sehr viele Projekte hier durchaus positiv umgesetzt worden. Diese sind vom Land kofinanziert worden. Es gibt ein Fitnessprogramm für den ländlichen Raum. Es gibt Grenzlandförderung und es gibt Maßnahmen zur Erleichterung von Betriebsansiedelungen, die alle sehr, sehr wichtig sind. Es gibt die Schaffung von regionalen Innovationszentren. Und all diese Maßnahmen haben auch für unseren Bezirk, der ein ländlicher Bezirk ist, hier sicherlich sehr viele positive Effekte bewirkt.

Ich darf ein Projekt aus dem landwirtschaftlichen Bereich herausgreifen. Es klingt etwas hochtrabend. Aber das Projekt „Waldland“ bei Edelhof, da ist die Entscheidung, wo dieses Projekt situiert wird, zwischen Hamburg, Mailand und Oberwaltenreith gefallen. Es steht heute in Oberwaltenreith. Dort bitte werden Alternativprodukte im Pflanzenbau verarbeitet aus dem Waldviertel, zum Beispiel Mariendistel und dergleichen Dinge mehr. Da werden Pharma-Artikel hergestellt. Der Betrieb hat heute bereits 42 Mitarbeiter. Das ist ein sehr typisches Beispiel für eine positive Regionalentwicklung.

Auch die Wirtschaftsdaten im Bezirk Zwettl sind eigentlich sehr gut. Ich darf hier einige erwähnen: Im Juni des vergangenen Jahres betrug die Arbeitslosenrate im Bezirk Zwettl 2,9 Prozent. Das ist der Spitzenwert in Niederösterreich. Und ich habe ja auch die Zahlen von April 2000, da haben wir 3,9 Prozent Arbeitslosenrate. Und auch damit sind wir im vorderen Drittel der 21 Verwaltungsbezirke hier in Niederösterreich. Ein großes Problem für uns war bisher die Abwanderung. Ich sage auch da einige Zahlen dazu. Im Bezirk Zwettl sind in der Volkszählungsperiode von 1981 bis 1991 4,3 Prozent der Bevölkerung abgewandert. Es waren ei-

nige Gemeinden dabei, die eine Abwanderungsquote von bis zu 19 Prozent gehabt haben. Ich glaube, es ist daher wichtig und richtig, dass in diesen Regionen die Regionalpolitik entsprechend ansetzt.

Ich glaube, dass diese Erfolge sich durchaus sehen lassen können. Und ich pflichte dem Herrn Klubobmann Sacher bei: Wichtig ist, dass auch die Gemeinden entsprechend gestärkt werden, die ja einen wesentlichen Beitrag zur Regionalpolitik leisten. Dazu darf ich gleich eine Anregung geben. Es steht der abgestufte Bevölkerungsschlüssel zur Diskussion. Und da wäre es wünschenswert, wenn auch der Städtebund diese Dinge erkennen würde.

Ein paar Dinge auch zur Frau Abgeordneten Mag. Weinzinger, die erklärt hat, die Mittel für die ländliche Entwicklung sind gekoppelt an die Umsetzung der Natura 2000. So kann es, bitte, nicht sein.

Und dann ist die Natura 2000 gekommen. Wir haben durchaus Verständnis für die Natur. Wir sind naturverbundene Menschen. Aber es hat einen großen Aufruhr gegeben. Und zwar deswegen, weil eigentlich diese Karten ein bisschen unter der Hand aufgetaucht sind und die Menschen eigentlich das Gefühl gehabt haben, Naturschutz wird hier oder soll hier durch die Hintertür eingeführt werden. Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer, es wäre notwendig gewesen, die Menschen rechtzeitig zu informieren. Das habe ich von der Naturschutzabteilung wirklich vermisst. Ich glaube, der Standort bestimmt den Standpunkt. Es gibt Gebiete in Niederösterreich, urbane Räume, Städte usw. wo sehr viele Menschen leben, wo es schon wenig Natur gibt. Und es gibt die ländlichen Gebiete, wo ich herkomme. Ich sage Ihnen eine Zahl aus der eigenen Gemeinde. Dort wohnen am Quadratkilometer 25 Menschen. Also wir haben Natur in Hülle und Fülle. Und diese Dinge kann man natürlich differenziert sehen. Die Natur ist sehr schön zum Anschauen. Wir sind auch Naturschützer. Aber bitte eines: Wenn man damit leben muss, sieht man das Ganze sicherlich etwas differenzierter. Wir haben es hier mit einer sehr vitalen Natur zu tun. Und diese Dinge sind für uns selbstverständlich nicht so leicht, wie das in anderen Gebieten der Fall ist.

Bei uns ist es so, dass die Natur bereits dazu übergeht, in einigen Gebieten den Lebensraum der Menschen einzuengen. Ich erkläre das, warum. Sehr viele Landwirte forsten auf. Und diese Aufforstungen bewirkten, dass in einigen Bezirken bereits der Waldanteil bei 60 bis 70 Prozent liegt. Das ist bereits ein Anteil, worunter die Lebensqualität leidet. Wo bereits die Gemeinden dazu übergehen, landwirtschaftliche Vorrangflächen zu widmen. Und wenn hier durch den Naturschutz verordnet wird, dass zum Beispiel bei Kommassierungsverfahren für jede Buschgruppe, für jede Baumgruppe, die ich wegräumen muss, dass ich dafür eine Bewilligung brauche, und auf der anderen Seite wachsen pro Jahr 60 bis 80 Hektar Wald in unserem Gebiet zu, so ist das nicht zielführend. Und es beschleunigt diese Tendenz.

Vielleicht ein paar Worte dazu, wie die Information gelaufen ist. Bisher sind die Auswirkungen verniedlicht worden. Es sind eigentlich keine Informationen gekommen. Es hat die Kammer und die Jägerschaft die ersten Veranstaltungen organisiert. Dort waren die zuständigen Bereichsleiter der Naturschutzabteilung dabei. Sie haben aber das ganze Problem eigentlich etwas verniedlicht und die Kernaussage war, es wird schon nicht so arg werden. Und es wird sicherlich alles entschädigt, wenn es zu Bewirtschaftungserschwernissen hier kommen sollte.

Eine Beamtin Ihrer Abteilung, die Frau Dr. Breyer, hat die Rechtsmeinung vertreten, dass bereits ab Gebietsmeldung hier Rechtsgutachten bzw. Gutachten einzuholen sind bzw. Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind. Diese Rechtsmeinung kann man nicht so teilen. Ich habe da vom April 2000 eine Durchführungsverordnung der Habitats-Richtlinie und da steht: „So lange noch keine Gemeinschaftsliste vorliegt, wird den Mitgliedsstaaten aus diesem Grund empfohlen, zumindest alle Aktivitäten zu unterlassen, die zur Verschlechterung des Zustandes führen können.“ „Empfohlen“ bitte, und nichts anderes! Aber auf Grund dieser Rechtsmeinung der Frau Dr. Breyer haben natürlich sämtliche Abteilungen hier sofort für alle Maßnahmen, die die Natur entsprechend beeinträchtigen können, Gutachten vorgeschrieben. Was bewirkt ein Gutachten? In erster Linie eine Verzögerung, eine Verteuerung bis hin zur Verhinderung für Betriebsansiedlungen und Arbeitsplätze. Und auch die Erschwerung von Kommassierungen bzw. Flurbereinigungen, die für die Landwirtschaft selbstverständlich entsprechend notwendig sind. Wenn das so umgesetzt wird, bitte, werden wir in diesen strukturschwachen, dünn besiedelten Gebieten mit hohem Waldanteil zu einem bewohnten und bewirtschafteten Freilichtmuseum. Und das kann es ja sicherlich nicht sein! Wir können hier nicht das Diktat des Naturschutzes über die Regionalentwicklung stellen.

Ich darf Ihnen auch gleich ein paar Beispiele sagen, weil das vielleicht ein bisschen besser wirkt. Ein Betonwerk, 15 Beschäftigte, in der Gemeinde integriert, Familienangehörige dazu zirka 50 Perso-

nen, plant, seinen Betrieb auf die Ebene, auf die flache Ebene zu stellen. Er ist in einem Talkessel, hat keine Ausweitungsmöglichkeit. Er braucht eine Fläche von 300 mal 150 Meter. Ein Umwidmungsverfahren ist bereits im Gange. Das erste, bitte, was verlangt wird, dass hier nach der Vogelschutzrichtlinie ein Gutachten erstellt wird. Was glauben Sie, was so ein Gutachten kostet? Kostenvoranschlag wurde eingeholt: 75.000,- Schilling kostet das Gutachten. Wenn das nichts wird, sagt natürlich die Gemeinde, das hat selbstverständlich der Interessent, der sich hier verändern will, zu bezahlen. Auf der anderen Seite wachsen 80 Hektar zu. Wenn ein Betrieb viereinhalb Hektar braucht, dann hat er diese Schwierigkeiten. Es gibt auch bereits Strafen. Auch da vielleicht ein klares Wort dazu.

Wenn Landwirte im Naturdenkmal, ich sage da ein Beispiel, eine sehr unebene Wiese. Der führt da ein paar Fuhren Erde hin, 10, 15 Kubikmeter, baut Grassamen an, dass er das maschinell bewirtschaften kann. Ein Naturschutzorgan zeigt das an, die Behörde lässt ihn das wegräumen und er bekommt eine saftige Verwaltungsstrafe. Und es kommt noch schöner: Im Jahr 1997, also das war im Jahr 1986 eigentlich, ist der obere Kamp zum Naturdenkmal erklärt worden. *(Abg. Feurer: Aber Herr Kollege! Ein Naturdenkmal zuschütten, das ist ja etwas Fürchterliches!)*
Bewirtschaftungserschwernisse wollte ich damit nennen. Diese Kampufer werden entsprechend bewirtschaftet. Es ist von der Naturschutzabteilung hier mit den Landwirten vereinbart worden, dass es da Ausgleichszahlungen geben soll, dass diese Kampufer entsprechend bewirtschaftet werden. Sie sind nicht maschinell zu bearbeiten, sind händisch zu bearbeiten. Es ist eine Studie erstellt worden. Es sind Kosten errechnet worden. Seit dem Jahr 1997, bitte, bemüht sich die Gemeinde Rapottenstein, für die betroffenen Landwirte eine Entschädigung zu bekommen. Bis dato Null! Das fördert sicher nicht das Vertrauen in die Naturschutzmaßnahmen!

Ich glaube, es ist notwendig, dass man diese völlig überzogene Flächenmeldung reduziert. Der Initiator dafür war eigentlich Herr Landesrat Mag. Sobotka, der das in Brüssel erreicht hat. Es ist dies sicherlich ein gangbarer Weg um diese relevanten Flächen aus der Natura-Kulisse herauszubringen. *(LHStv. Dr. Bauer: Dann brauchen wir ja nicht weiter zu untersuchen, wenn er das ohnehin bereits gemacht hat!)*

Die fachliche Qualifikation, bitte, der Leute, die diese Kulisse erstellt haben, zweifle ich ohnehin an. Weil es ist nicht nachvollziehbar: In der eigenen Gemeinde habe ich die Kleine Krems. Das ist ein kleines Bächlein. Aber gleichzeitig hat man die ganze Gemeinde mit 3.000 Hektar hineingenommen. Auf der anderen Seite die 9.000 Hektar der Gutsbetriebe Habsburg nicht. Also da muss man auch über die Qualifikation nachdenken. Die Sachlage ist ganz klar: Es ist notwendig, die verbleibenden Flächen entsprechend zu entschädigen. Die Frage ist bitte, woher soll das Geld kommen? Nicht so wie bei der Kampuferbewirtschaftung. Es müssen hier klare Regelungen auf den Tisch, damit die Bauern das entsprechende Vertrauen haben können.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Wir kommen zum Schlusswort!

Abg. HONEDER *(ÖVP)*: Es muss auch gewährleistet sein, dass die Managementpläne entsprechend gewährleisten, dass die Politik das Sagen hat. Und dass nicht der Naturschutz bestimmt, wie die Regionalpolitik in weiterer Folge laufen soll. Abschließend vielleicht ein Wort noch dazu. Ich glaube, es ist notwendig, dass man den Konsens mit den Grundeigentümern sucht. Nur mit den Grundeigentümern, mit den Gemeinden, mit den Kammern werden diese Dinge umsetzbar sein. Nur dann, bitte, ist eine positive Entwicklung der regionalen Stellen gewährleistet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Herr Präsident! Werte Kollegen des Hohen Hauses!

Auch ich möchte mich hier melden zur Regionalpolitik und möchte gleich eingangs feststellen, ich habe ja auch bei der Aktuellen Stunde am 18. März 1999 die Möglichkeit gehabt, zur Regionalpolitik zu sprechen. Und ich habe bereits bei dieser Sitzung im Zusammenhang mit der Regionalpolitik auch die Natura 2000 erwähnt. Deswegen, weil wir dort schon gewusst haben, was auf uns zukommen wird. Natürlich gibt es außer Natura 2000 noch sehr wesentliche Faktoren in der Regionalpolitik. Dass es keine reine Förderungspolitik mehr sein kann, Dezentralisierung, Stärken-Schwächen-Analysen, Auswertung dieser Analysen und dann daraus eben in Verbindung mit Raumordnung eine Förderpolitik anpeilen, die auch eine Förderqualität hat.

Die Einbindung eines Gesamtverkehrskonzeptes und speziell ein Verkehrskonzept für den Nahverkehr ist für die Regionalpolitik von besonderer Bedeutung. Speziell für mich als Abgeordneten aus dem Waldviertel. Die Telematik. Was können wir mit der Telematik machen? Welche Arbeitsplätze können wir in Bezug auf Dezentralisierung

hier auch schaffen? Das, meine Damen und Herren, sollte natürlich sektorübergreifend in integrierter Regionalförderung, sprich in Kooperationen geschehen.

Zur Regionalpolitik könnte man dann auch noch sagen, das ist meine Meinung, dass diese Regionalpolitik auf mehreren Säulen gefestigt werden soll, wo eben Infrastruktur, die Förderqualität und auch Aus-, Weiterbildung und speziell die Landwirtschaft mit berücksichtigt werden soll. Die Natura 2000 in Form der Regionalpolitik kann sehr viele Risken bedeuten. Sie wurde heute thematisiert. Und den Grund dieser Aktuellen Stunde hat man ja aus den Zeitungsmeldungen schon und aus den bisherigen Diskussionen erfahren können. Es geht eindeutig hier um eine Schuldzuweisung. Wer ist Schuld daran, dass jetzt so vieles im Argen liegt?

Ich habe eingangs erwähnt, dass ich bereits voriges Jahr darüber gesprochen habe. Und man kann nachlesen, dass wir Freiheitlichen schon seit Jahren immer wieder darüber informieren, welche Probleme mit der Natura 2000 auf die niederösterreichischen Bürger zukommen können. Wenn ich jetzt kurz zusammengefasst die Diskussionen nur in Schlagwörtern hier erläutern darf, dann wird davon gesprochen einerseits, dass Niederösterreich sich beispielsweise gut engagiert hat bei der Natura 2000-Regelung. Stammt vom zuständigen Regierungsmitglied. Und dann wieder die Wirtschaftskammer in Form der Wirtschaftspolitik, eben diese 15.000 Betriebe, die bedroht sind. Und dass Niederösterreich hier nur ein grüner Musterschüler sein möchte und sich profilieren möchte. Dass der Verfahrensexpress entgleisen könnte. Na selbstverständlich hat die Wirtschaftskammer hier Recht! Und das wurde ja heute hier schon sehr oft erwähnt. Natürlich, meine Damen und Herren, wird es tiefgreifende Wettbewerbsverzerrungen für die NÖ Wirtschaft mit sich bringen. Auch das ist heute schon erwähnt worden. Und noch einmal kann man da nachlesen: Industriellenvereinigung. Massive Gefährdung des Wirtschaftsstandortes. Das Bundesland drohe zu einem Top ten Tierparadies, aber zu einer Vogelscheuche für Unternehmen zu werden. Das ist der Gegensatz zu den Leuten, die hier auf der Seite des Naturschutzes stehen. Und ich glaube, dass der Weg natürlich in der Mitte liegen wird.

Nur eines kann nicht sein: Dass wirklich Unternehmen hier – haben wir heute schon erwähnt, brauche ich nicht zu wiederholen – auf Grund verschiedener zusätzlicher Gutachten, auf Grund dieser steigenden Kostenbelastung, auf Grund gesetzlicher Auflagen und natürlich Verträglichkeitsprüfungen hier Schaden erleiden. Denn die Unternehmer sind es ja letztendlich, die auch die Arbeitsplätze in diesem Bundesland zur Verfügung stellen. Und letztendlich ist mit einer Gefährdung dieser Unternehmen natürlich auch der Arbeitsplatz gefährdet, meine Damen und Herren. Und hier sollten wir im Schulterschluss über alle Parteigrenzen hinweg, auch wenn jetzt AK-Wahlen sind, sollten wir uns auf die Seite der Arbeitnehmer stellen und versuchen, die Arbeitsplätze auch zu schützen. Die schönsten Naturschutzgebiete haben nicht die Bedeutung, wenn die Leute arbeitslos sind. Und sie können nicht in ihrer Freizeit, sondern in der Zeit, in der sie arbeitslos sind, dorthin gehen. Denn da, meine Damen und Herren, hat unsere Politik versagt. Und dann ist nicht das eingetreten, wofür wir niederösterreichische Politiker eigentlich arbeiten sollten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wird dann in den Medienberichten noch die Landesregierung in der Subventionsfalle als Fallensteller bezeichnet. Meine Damen und Herren! Speziell der Vorgänger des jetzt zuständigen Regierungsmitgliedes, der ehemalige Landesrat Wagner wird da so bezeichnet. Ich möchte darauf nicht näher eingehen. Es wird auch gesagt, ein wirtschaftliches Ei soll er gelegt haben. Das, meine Damen und Herren, ist ein Geplänkel zwischen ÖVP und SPÖ, an dem ich mich hier natürlich nicht beteiligen werde. Denn hier geht es um die Sache. Und uns Freiheitlichen ist Sachpolitik viel wichtiger als hier Geplänkel um etwas zu machen, was sowieso erledigt ist. Denn es hat einen einstimmigen Regierungsbeschluss gegeben. Und wer jetzt wirklich die Verantwortung dafür trägt, das werde ich noch ein bisschen später erläutern. Aber es kann sich niemand aus der Verantwortung stehlen. Und schon gar nicht die ÖVP. Denn die ÖVP hat in der Landesregierung noch immer die Mehrheit. Und wenn sie das verhindern hätte wollen, na nichts einfacher als das, meine Damen und Herren! *(Abg. Jahrmann: Der Schimanek war auch dabei!)*

Wo ich mich natürlich querlege, und da muss ich jetzt leider auch den verehrten Kollegen Feurer noch ein bisschen auf das Korn nehmen, dass die Landwirtschaft von dem allen profitieren wird. Lieber Kollege! Ich würde es mir wünschen. Doch da bist zu leider am Holzweg. Denn das, meine Damen und Herren, wird so laufen: Wenns dann Gelder gibt, dann werden die wahrscheinlich aus dem Agrarbudget abgezweigt. Und das kann so nicht sein! Und daher hoffe ich, dass sich dann der zuständige Agrarlandesrat Blochberger, nachdem er da ohnehin ein bisschen was mitbekommen hat auf die Reise, weil ganz unschuldig ist er nicht, dann auf die Seite der Bauern stellen wird.

Und weil ich jetzt schon beim zuständigen Regierungsmitglied für Agrarfragen bin, da möchte ich schon sagen, jetzt plötzlich sagt er, ich zitiere ihn: „Wir wurden damals nicht vollständig informiert." „Die Meldung der Gebiete habe keine Auswirkungen auf die Bewirtschaftsformen." So erklärt jetzt Landesrat Blochberger, dass er da letztendlich auch die Bauern mit hineingerissen hat und dafür verantwortlich ist, dass die Bauern Schaden erleiden. Nein! Aber für ein Regierungsmitglied, meine Damen und Herren, ist das, zu sagen, ich bin schlecht informiert worden bzw. dass das alles nicht stimmt, ein bisschen wenig. Wenn das jemanden passiert, der das erste Monat hier im Landtag sitzt, sage ich, okay, Fehler, verziehen, kein Problem. Er hat fünf Jahre Zeit in dieser Periode, er wird das lernen. Doch da geht es um einen alten Haudegen. Er ist ein alter Fuchs, der weiß, wie man Politik macht. Und viele sagen, dass Kollege Blochberger das sicher gewusst haben muss. Weil er ist ein intelligenter Politiker, sonst wäre er nicht so lange hier herinnen und hätte so viele Skandale überlebt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Unruhe bei der ÖVP.)*
Und genau das ist es. Wenn jemand so viele Skandale überlebt hat, meine Damen und Herren, dann spricht das jetzt für die, dann muss man mindestens der Mehrheitspartei angehören. So lustig das jetzt alles klingen mag, meine Damen und Herren! *(Anhaltende Unruhe bei Abg. ÖVP.)*
Es ist ein wenig leicht gemacht, hier jetzt die Korrekturwünsche zu deponieren und zu sagen, jetzt muss sich das alles ändern. Ich bin jederzeit dafür bereit und ich stehe auch hinter der Forderung von dir, Herr Landesrat Blochberger, dass selbstverständlich hier ein Mitspracherecht den Forst- und den Grundbewirtschaftern, den Eigentümern eingeräumt werden muss.

Jetzt zu dem Mann, der heute immer wieder kritisiert worden ist, zu dem jetzigen zuständigen Landesrat Dr. Bauer. Ich habe ihm eine Anfrage gestellt und er hat sie mir in netter Form beantwortet. Selbstverständlich. Ich habe sie am 1. April 1999 zugesandt bekommen. Und da spricht er natürlich davon, dass das Ganze ein bisschen anders ausschaut als ich es formuliert hätte. Er redet davon, dass das selbstverständlich rechtlich notwendig war und verteidigt sich und seinen Vorgänger, dass da eben diese 31,6 Prozent zustande gekommen sind. Und angesprochen auf die erfolgte Entschädigung für Landwirte etc., gibt er leider keine Antwort. Er sagt nur, für die Landwirtschaft ergeben sich dadurch vermehrte Förderungsmöglichkeiten, eine enorme Chance, keine Nachteile und mehr Geld für die Bauern. Meine Damen und Herren! Ich würde es wünschen dass es so wäre! Er sagt auch, dass in Niederösterreich das nicht defensiv angegangen worden ist, sondern offensiv. Ja wenn diese Offensive dann auf Kosten der Bürger geht, meine Damen und Herren, dann bin ich leider Gottes hier auf diese Antwort dann nicht gut zu sprechen. Weil Offensive ist immer gut, wenn sie zum Wohle der Bürger ist. Wenn es zum Nachteil der Bürger ist, dann möchte ich mit dieser Offensive natürlich nichts zu tun haben.

Abschließend natürlich Natura 2000. Dieser Regierungsbeschluss war ein Wahnsinn! Wir zeigten es seit Jahren auf. Wir fordern seit Jahren ein Mitspracherecht der Grundeigentümer. *(Abg. Kautz: Schimanek hat mitgestimmt!)*
Wir wollen zum Schutz der Grundeigentümer und Bewirtschafter hier in Zukunft eine Regelung finden. Meine Damen und Herren! Diese jetzige Natura 2000 ist eine böse Form der Enteignung.

Die Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft müssen sichergestellt sein. Wirtschaftseinschränkungen dürfen nicht aus dem Agrarbudget kommen. Bei den Entschädigungszahlungen soll auch die EU mitzahlen, selbstverständlich in einem enormen Ausmaß. Und bei der Klärung der Schuldigen, meine Damen und Herren, wer jetzt wirklich Schuld hat, würde ich so sagen: Da sitzen die ÖVP und die SPÖ in einem Boot. Sie können sich aussuchen, wer der Kapitän ist. Aber rudern müsst ihr alle! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Mag. Sobotka.

LR Mag. SOBOTKA *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Diese Aktuelle Stunde zur Regionalentwicklung mag wohl Unterhaltungswert da und dort haben und besitzen. Dagegen ist durchaus nichts einzuwenden. Nur glaube ich, dass das Thema in seiner Breite, das ist auch schon einige Male angedeutet worden, in der nachhaltigen Entwicklung bedeutend ist. Und dass es auch den nötigen Ernst verlangt, Dementsprechendes darzustellen. Das heißt, dass gerade das eingeforderte Umfassende sicherlich nicht in einer zehnminütigen Stellungnahme hier dargestellt werden kann. Weil eben die Wirtschaftsdaten in Ordnung sind. Weil eben die Beschäftigungsdaten Niederösterreich eine Top-Position eingeräumt haben. Und weil eben auch das inkriminierte Aufteilungsverhältnis der Regionalfördergebiete und der Gebietskulissen im Vergleich mit anderen Bundesländern und im Vergleich zu den anderen Ländern Europas ein Spitzenverhältnis ist. Und weil eben die INTERREG-Mittel, wenn Sie sich das noch einmal in Erinnerung rufen wollen, um das Dreifache gestiegen sind. Wo es darum

gegangen ist, zuerst ein Programm für die Grenze zu entwickeln. Und wo heute ein Fitnessprogramm für Europa daraus geworden ist, das mit den INTERREG-Mitteln um das Dreifache auch von Seiten der EU aufgestockt wird. Und wofür jährlich hier allein in Niederösterreich 100 Millionen zur Verfügung zu stellen sind. Und daher heute auch das längst der Vergangenheit angehört was vom damals neu gewählten Landesparteiobmann der SPÖ, Schlögl, und dem damaligen Landesgeschäftsführer Gusenbauer einmal kurzfristig als seinerzeitiger Schnellschuss auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Und letzten Endes hat jeder erkannt, dass es dem entspricht. Es ist weder nachgebessert worden noch hat sich das geändert. *(Unruhe bei Abg. Kautz.)*
Die Situation, die sich hier für uns zeigt, ist letzten Endes und immer in einer konsequenten Haltung behandelt worden. Für das Land letzten Endes eine äußerst positive. Auch weil die Verkehrspolitik in der vorausschauenden Planung dem gerecht wird, eine Regionalentwicklung zu gewährleisten, die Niederösterreich als einen Wirtschaftsstandort auch in den nächsten Jahren sichern wird. Einen Wirtschaftsstandort, der aber auf Ausgleich und Solidarität beruht. Und daher kann es uns nicht „wurscht“ und egal sein, ob sich nur die urbanen Lebensräume weiter entwickeln, sondern wir sind ein gesamtes Land. Und das hat sich ungeteilt in einer Entwicklungschance zu befinden. Und aus der Situation heraus, dass kurz nach dem Regierungsbildungsprozess das Thema Natura aufgetaucht ist, wurde das damals sehr intensiv angegangen von unserer Fraktion. Weil wir jetzt die Sorge haben, dass hier wenig, Zögerliches passiert. Und dass hier nicht mit dieser nötigen Konsequenz vorgegangen wird, wie sie das Land braucht. Aus diesem Grund ist diese Öffentlichkeit heute aufgerufen, sich mit diesem Thema näher auseinander zu setzen. Und weil es eben nicht geht, Kollege Dr. Bauer, dass man eine Kindesweglegung betreibt und sagt, ich war nicht in der Regierung, ich hatte keine Ahnung. Wir haben alle letzten Endes auch die Verantwortung unseren Vorgängern gegenüber zu respektieren. Natürlich war es ein Kollegialbeschluss und hat sich genauso das Regierungsmitglied der F in diesem einstimmigen Beschluss wieder gefunden. Und genauso in dem Bereich die SPÖ und die ÖVP. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Ich bin nicht immer so informiert, wie die Bezeichnungen gerade lauten. Wenn sie FPÖ ist, korrigiere ich, FPÖ.

Wenn die Möglichkeit besteht, dass man die gemeinsame Verantwortung damals auf einer nicht in Ordnung befundenen Unterlage getroffen hat, dann zeigt das, dass in diesen letzten zwei Jahren von uns das größte Augenmerk darauf zu legen war. Und deshalb habe ich mir gestattet, auch einige Briefe diesbezüglich zu schreiben. Briefe an die Kollegen, um zur Abgrenzung, zur Feinabgrenzung zu kommen. Und es ist unsere Sorge, dass hier eben immer wieder schleppend das Ganze vor sich geht und von statten gegangen ist. Und dass es wieder den Augenschein hat, dass hier Klientel-Politik gemacht wird. Und gemeint wird, das ist nur die Bevölkerung im ländlichen Raum. Das wäre nicht unser Klientel. Und daher wäre hier auch kein dementsprechender sachpolitischer Druck dahinter zu setzen.

Wir bekennen uns zu den Zielsetzungen der Natura! Wenn man allerdings vergleicht mit den Nominierungen der anderen Bundesländer, dann liegt Niederösterreich mit 31,3 Prozent im Vergleich zum Extrem Oberösterreich mit 2,9. Da brauch ich, glaube ich, kein Zahlenverhältnis zu erklären. Und das nächstliegende nach Niederösterreich ist das Burgenland mit 20 Prozent. Und vergleichen Sie dann die Nominierungen der Europäischen Länder. Und mittlerweile haben - und da sollten wir nicht so zimperlich sein - 11 Länder ein Vertragsverletzungsverfahren, weil verschiedene Situationen nicht in Ordnung sind und Nachnominierungen notwendig sind. Oder Nachbewertungen notwendig sind. Aber auch dort ist der höchste Flächenanteil in Dänemark mit 23 Prozent bei der Habitats-Richtlinie ausgewiesen. Und andere Länder wie Schweden mit 11,3, Irland mit 2,9 und das von einer SPD/Grün-Koalition regierte Deutschland hat mit 2,9 Prozent sage und schreibe den oberösterreichischen Prozentsatz ausgewiesen. Und wir werden doch jetzt nicht feststellen können, dass um so viel mehr wirklich in dieser Habitats-Richtlinie vorgegebene Schutzgebiete in Österreich anzutreffen sind als in Deutschland. Und ich glaube, das ist der Anlass gewesen, dass man hier alle Verantwortung auf sich nimmt.

Ich habe geschrieben, es ist ein Jahr lang nichts passiert. 1999 endlich die Beauftragung zur Feinabgrenzung. Dann hat es wieder zwei Monate gedauert vom Regierungsbeschluss weg, bis das zuständige Unternehmen beauftragt wurde. Und das geht in dieser Form eben immer weiter.

Und immer wieder habe ich klar deklariert, dass das notwendig ist, und ohne an die Öffentlichkeit zu gehen. Nur es ist einfach nicht möglich, dass man ständig hier den Motor spielt und die Lokomotive, die eigentlich ziehen soll, nicht vorangeht. Und darum bitte ich heute. Darum ersuche ich heute, auch im Sinne eines gemeinsamen Konsenses: Voranzugehen und hier alles nach besten Kräften zu unternehmen, um hier zu einem guten Abschluss zu kommen. Einem Abschluss, der erstens klar mit einbezieht eine Information der

Bevölkerung. Wir warten seit Beginn. Und da gibt es keine Ausreden, seit zwei Jahren könnten Konzepte auf dem Tisch liegen - auch von Ihrer Seite - wie jetzt diese Konzeption zu erfolgen hätte.

Es gibt kein Konzept wie die Bevölkerung informiert wird. Wir haben noch keine Information, wie die rechtliche Umsetzung ist. Ist es ein Europaschutzgebiet? Andere Bundesländer sind hier längst weiter gegangen. Wir haben bis heute keine Aussagen wie mit der Vogelschutzrichtlinie umgegangen wird. Und nachdem ich am 1. Dezember in Brüssel gewesen bin und dort mit dem Abteilungsdirektor Gilien das Gespräch geführt habe, um zu einer Neunominierung dieser Gebiete zu kommen, um hier tatsächlich ein neues Bewerten der Vogelschutzrichtlinie im innerösterreichischen Bereich und im inner-niederösterreichischen Bereich zu erreichen, warte ich bis heute auf eine diesbezügliche Aussage. Und das soll letzten Endes auch hier ganz deutlich gesagt werden, dass wir die brauchen. Dass wir sie brauchen, um auf der einen Seite dieses Schreckgespenst, das in den Medien daraus gemacht wird und auf der anderen Seite die Verniedlichung wegzubekommen. Denn diese Natura ist weder der Gottseibeiuns, noch ist es der Segensbringer der Subventionen. Sondern es ist eine Möglichkeit, jenes schützenswerte Naturgebiet, das über das Land verteilt ist und wo es spezielle Gebiete gibt auch dementsprechend in seiner Verschlechterung hintanzuhalten. Es schließt aber ganz klar mit ein, dass hier auch wirtschaftliche und soziale Bedingungen mit berücksichtigt werden müssen bei der Nominierung. Und wenn wir heute einen rechtsunsicheren Raum haben, dann ist das letzten Endes auch darauf zurückzuführen, dass wir heute noch immer keine Möglichkeit haben, wirklich in einem Gesetz darauf Rücksicht zu nehmen.

Die Raumordnung ist nicht das Instrumentarium, auch die Natura dementsprechend in der vollen Breite und inhaltlichen Umsetzung zu umgehen. Weil wir in der Raumordnung als Land eben keine Möglichkeit haben - und das wissen Sie ganz genau - in einem Bescheid, wo wir den Bescheid der Verordnungsprüfung geben, eine Auflage zu erteilen. Und das schließt der Artikel 6 ganz deutlich ein, dass es hier Möglichkeiten gibt, das Verschlechterungsverbot hintanzuhalten, indem man Ausgleichsflächen festlegt. Daher wird es dringend notwendig sein, hier das rechtliche Instrumentarium einzuführen.

Ich glaube, es ist fünf vor zwölf. Es ist fünf vor zwölf um nicht hier eine Regionalentwicklung zu verhindern, die Niederösterreich jene Vorreiterposition streitig macht, die es jetzt dank einer ausgezeichneten Regierungspolitik erhalten hat. Egal, ob in der Verkehrs-, in der Sozial-, in der Wohnbaupolitik. Egal, ob das im Bereich der Raumordnung bzw. in der Agrarpolitik ist.

Ich glaube, wir sollten diesen Weg, diesen Konsens-Weg nicht verlassen. Sie sind aufgerufen, hier wirklich alles zu unternehmen, um die Sicherheit bei der Bevölkerung, die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Und dementsprechend auch in Brüssel vorstellig zu werden. Dass es nicht wieder passiert, dass ein Brief Niederösterreichs einfach untergeht, wo es heißt, wir sind doch für die Feinabgrenzung. In diesem Sinne betrachte ich diese Aktuelle Stunde auch als eine Chance, das Thema in die entsprechende Breite zu tragen und zu einer Aufklärung beizutragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist nun Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer.

LHStv. Dr. BAUER *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zuerst einmal bin auch ich froh, dass Gelegenheit ist, hier Klarzustellungen zu treffen. Weil sie notwendig sind, um in eine laufende Diskussion das einzubringen was wahr ist, und nicht, was durch Wiederholung wahr werden soll.

Ich meine, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass natürlich jeder von uns einfach ein Herz für Naturschutz hat. Und jeder von uns in einer gesunden Umwelt und Natur leben will. Das ist eine Bedingung. Und ist auch Standortqualität. Ich glaube aber auch, dass jeder von uns auch weiß, dass hier ökologische und ökonomische Interessen gleich zu bewerten sind. Und dass es keine wie immer gearteten Eingrenzungen oder Einschränkungen hinsichtlich Entwicklungschancen geben darf.

Ich gehöre nun gerade zu jenen, die aus einem Bereich kommen, der bekannterweise sehr, sehr viel mit Industrie-, mit dem Bankenbereich zu tun gehabt hat. Und daher greift der Vorwurf, dass ich hier über das Ziel schieße, ja eigentlich nicht wirklich. Das ist einmal das eine. Zum Zweiten: Es wurde von den Vorrednern gesagt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wie die Abläufe der Beschlussfassung waren. Also, ich begehe wirklich niemals eine Kindesweglegung. Aus einem einfachen Grund: Weil ich eine ungeteilte Erbschaftserklärung abgegeben habe als Landesrat und als Landeshauptmannstellvertreter. Und weil ich nämlich in diesem Land genau jenen Geist haben will, der durch eine starke Kooperation eine

dynamische Region im Herzen Europas schafft. Doch da muss wohl gesagt werden, dass die Fehler, die im Bereich der Infrastruktur zum Beispiel über Jahre, Jahrzehnte bestehen, ein Vielfaches an Dynamik genommen haben von dem, was hier überhaupt zur Diskussion steht, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn ich sage das sehr deutlich: Niemand hat noch über Natura diskutiert als bei uns mehr als 20.000 Menschen abgewandert sind. Wir haben über 70.000 Menschen gehabt in der Grenzregion, heute haben wir 47.000. Und niemand hätte uns vorher zum Beispiel gehindert, Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen. Wir haben sie nicht geschaffen, sondern die Menschen sind zu Auspendlern geworden. Und jetzt hatte man sozusagen einen Ersatzkrieg zu führen. Denn die Regionen, ich möchte das auch einmal politisch sagen, wo gerade die Österreichische Volkspartei so klare Mehrheitsverhältnisse hat, sind jene Regionen, die meistens zum Schlusslicht der Entwicklung gehören, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*
Bitte! Aber schaut einmal hin, in welchen Regionen die dynamischen Entwicklungen stattfinden. Schaut einmal her! Ich sage das, weil ich immer dafür eingetreten bin, ganz deutlich wiederhole ich das: Ich bin für eine Gesamtbetrachtung der Entwicklung! *(Unruhe im Hohen Hause.)* Nein! Ich bin für eine Gesamtentwicklung.

Ich bin also dafür, dass wir diese Disparitäten erkennen und dass wir gemeinsam diese Disparitäten überwinden. Und ich gehöre zu jenen, die immer wieder sich zu Wort gemeldet haben und klargestellt haben, dass ich das Gegenteil erkenne: Dass die Disparitäten größer werden anstatt enger. Und dass das daher unser Anliegen sein muss. Auch in Anbetracht dessen, dass zum Beispiel allein 18 Prozent des sogenannten Streckenbereiches „C-Schiene“ eingestellt werden sollen. Das sind in Wirklichkeit die Standortqualitäten! Und da muss man fragen: Wie werden sie in Zukunft ihre Standortqualität halten? Wie wird es möglich sein, dass letztlich eine Gesamtregion entwickelt wird?

Und ich bin immer auf der Seite der Regionen gestanden, die einen gewissen Nachholbedarf haben. Aus dem Wissen heraus, dass ein innerer Ausgleich stattfinden muss. Ich bin sehr dankbar jenen Regionen, die bereit sind diesen Ausgleich auch zu geben. Hollabrunn zum Beispiel als die Region, aus der ich unmittelbar komme, ist also eine Region, die an letzter Stelle des Einkommens steht. Und niemand hat uns da eingeschränkt, mit Ausnahme einer politischen Randlage, die gegeben war, die aber auch seit zehn Jahren nicht mehr gegeben ist. Und die Dynamik ist nicht eine wirklich starke, um das einmal festzustellen.

Führen wir daher keinen Stellvertreterkrieg! Ich bin wirklich einer, der sich ganz klar für dieses Land disponiert und positioniert. Und ich sage, wir haben eine große, gemeinsame Aufgabe. Daher geht es nicht, dass da manche mir gegenüber sozusagen irgendwo Handlungen setzen wollen, die da so lauten, er soll endlich tätig werden. Freunde, ich habe nicht gesagt, dass ich das weg lege was beschlossen wurde. Sondern ich habe lediglich gesagt, dass die Beschlüsse einstimmig gefasst wurden vor meiner Zeit. Und ich habe unmittelbar nach meiner Angelobung, nämlich innerhalb von 14 Tagen, einen Arbeitskreis eingesetzt, der aus allen Bereichen stammt, also Interessensvertreter, aus den Kammern, und habe als Naturschutzlandesrat nicht einmal den Vorsitz dort übernommen. Sondern den hat der für Raumordnung zuständige Hofrat Dr. Silberbauer. Und der untersteht bekannterweise dem Kollegen Mag. Sobotka!

Aber jetzt zur Vorgangsweise, was auch einmal notwendig ist. Zum Beispiel wird immer gesagt, die Natur-Sachverständigen hätten das festgestellt. So als wenn die mir unterstünden. Zum Ersten ist er frei in seiner Bewertung. Aber interessant ist eines: Dass in Niederösterreich – und das ist, glaube ich, eine gewisse Einmaligkeit – die Sachverständigen für Naturschutz dem Baudirektor unterstehen. Und damit direkt dem Landeshauptmann Dr. Pröll unterstehen! Also man muss schon klar stellen, in welchem Verhältnis die Angriffe eigentlich da noch stehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich sehe in der Diskussion tatsächlich eine große Chance, einmal mit Schuldzuweisungen aufzuhören und etwas Neues zu beginnen, das ja schon länger läuft. Immerhin gibt es die Arbeitskreis-Sitzungen. Immerhin sind die bio-geografischen Regionen des alpinen Bereiches sehr stark reduziert worden. Und jetzt wird weiter gegangen: Nach der Vegetationsperiode wird die Positivkartierung vorgenommen. Auch in den Kontinentalregionen. Um eines möchte ich euch allerdings bitten: Dass man nicht immer mit zwei Strategien da fährt. Nämlich, einmal, wenn man die Natura braucht, zu drohen, dass man bis zum EuGh geht. Aber dort, wo man sie nicht will, darf sie nicht stattfinden. Ich möchte das konkrete Projekt nicht ansprechen, sonst bekommen wir auch noch dazu eine Debatte.

Und wenn hier der Herr Kollege Honeder - ich verstehe ja, dass Sie der Pflichtverteidiger von Mag. Sobotka sind, aber wenn Sie da sagen, Herr

Landesrat Sobotka hat das schon erreicht in Brüssel, dann frage ich mich, wozu diskutieren wir dann überhaupt? Ist ja eh schon alles geregelt offensichtlich! *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber offensichtlich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, hat er nur Vorgespräche geführt. Und Vorgespräche sind noch keine Entscheidungen. Und das müssen wir wissen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Die Neunominierung ist erreicht worden! Das ist sein Verdienst, Herr Landeshauptmannstellvertreter!)*
Entschuldige! In Brüssel kann ein Land überhaupt nicht direkt verhandeln, damit das einmal klar ist. Sondern das wird über die Republik eingereicht. Und wenn Sie gern essen hinfahren, dann fahren Sie weiterhin essen hin. Eines sage ich: Außer essen könnt ihr nichts tun! Damit das einmal klargestellt ist. Das muss man einmal klarstellen! *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und Abg. Mag. Fasan; Heiterkeit bei Abg. Mag. Weinzinger.)*
Aber ich verstehe schon: Diese wunderbaren Einrichtungen, diese wunderbaren Straßen. Die muss man sich einfach manchmal „geben". Und zu Hause dann erzählen, dass man so gut und erfolgreich war. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Präs. Ing. Penz: Auf diesem Niveau erübrigt es sich, zu diskutieren. – LR Mag. Sobotka: Zwei Jahre hast du nichts getan!)*

In Wirklichkeit ist es unsere Aufgabe, hier irgendwie die Grundlagen zu schaffen, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Und ich sage als einer, der für die dynamische Landesentwicklung immer eingetreten ist, dass wir natürlich die Dynamik brauchen. Dass wir natürlich nicht so eine statische Betrachtung brauchen. Und ich werde das im Naturschutzgesetz einbringen und werde es in den nächsten Wochen den Klubs zuleiten. Und damit hoffe ich, dass wir noch im Juni das beschließen können. Wenn wir das Gesetz beschließen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bin ich zutiefst überzeugt, dass wir einen wichtigen Schritt setzen. Und dass wir zu einem modernen Naturschutzgesetz kommen. Und ich hoffe und lade dazu heute schon alle Abgeordneten aller Fraktionen ein, diesem Naturschutzgesetz 2000 die einhellige Zustimmung zu geben.

Die Frage der Zögerlichkeit: Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zuerst einmal muss man erkennen, dass man nur dann erfolgreich ist, wenn man sich Grundlagen erarbeitet. Und diese Grundlagen werden erarbeitet, sehr spezifisch, fachspezifisch, und werden vorgeschlagen. Und an Hand dieser Vorschläge wird dann diese Feinabgrenzung, die Positivkartierung, vorgenommen. *(LR Mag. Sobotka: Die Grundlage ist ja okay. Doch ich kann nicht die Beauftragung zwei Monate lang liegen lassen!)*

Jetzt muss ich einmal etwas sagen: Ich sage hier, wie lange es gebraucht hat, bis man die Zustimmung bekommen hat. Und ich sage auch dazu, das kündige ich gleich an, ich lasse mir in Zukunft auch nicht gefallen als Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich, dass alle sozusagen die Finanzen bestimmen und meinen, sie können immer mit dem Vermerk „gesehen" sozusagen die Geschwindigkeit steuern. Sie werden das nicht mehr erleben, denn sonst wird sich die Diskussion auseinanderleben! Wenn ich zum Beispiel dringend Mittel für ein Tierheim brauche, dann heißt es nur, Vorschläge, mehr anschauen, kann man darüber reden. Inzwischen wird das aber zugesperrt! Und das geht so weiter. Dann wird ein Konzept erarbeitet und so weiter. *(Heftige Unruhe bei LR Mag. Sobotka. – Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)*

Dringende Fälle muss man auch dringend behandeln! Doch das wird dann hingeschleppt und sozusagen nicht finanziert. Und das ist eine gute Situation: Der eine soll die Konzepte machen, die man ihm dann eh nicht finanziert. Reden wir einmal darüber, wie lange zum Beispiel die Diskussion über den Wochentagsnachtdienst gelaufen ist, bis man endlich die Budgetmittel gehabt hat. Aber da war ich unbeirrbar. Und ich sage Ihnen eines: Ich bin auch sehr froh, dass das heuer im Budget ist. Aber ich sage Ihnen eines: Diese Vorgangsweise, dass man immer wieder über „mit was soll er es zahlen?" und „wie kann er denn das zahlen?". Und der Herr Landeshauptmann gibt Erklärungen ab und Zusagen in der Höhe von 70 Millionen, worüber überhaupt keine Beschlüsse vorliegen. Nur auf Grund eines Besuches, weil er gerade in der Gemeinde ist, sagt er, da kommt ein Info-Center her, 70 Millionen, ist überhaupt keine Frage.

Der Wochentagsnachtdienst hat 26 Millionen gekostet. Und dafür habe ich zwei Jahre lang verhandeln müssen. Während woanders bei einem Gemeindebesuch gleich so 70 Millionen zugesagt werden. Diese Vorgangsweise, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bei aller Bereitschaft zur Kooperation, bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit, kann in diesem Ungleichgewicht in Zukunft mit Sicherheit nicht akzeptiert werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte daher zum Schluss kommen. Nämlich zum Schluss kommen, dass ich sehr froh bin darüber, dass die Diskussion stattgefunden hat. Ich möchte klarstellen, dass ich davon ausgehe, dass eine erhebliche Reduktion der Gebiete erfolgen wird. Ich möchte klarstellen, dass ich mit Blochberger eines Sinnes bin, um das auch zu sagen, und immer war, nämlich, dass, wenn es zu Ein-

schränkungen kommt, Entschädigungen daraus fließen müssen. Das ist ein Grundsatz. Den habe ich aber schon im Vorjahr gemeinsam in einer Pressekonferenz dargelegt. Von dem werde ich nicht abweichen. Und daher sind auch Managementpläne zu erarbeiten. Und was die Industrie betrifft, möchte ich einmal sagen, diese Zahlen oder Überlegungen sind aufgetreten oder wurden genannt im Zusammenhang mit der Wirtschaftskammerwahl. War ja kein Zufall, dass das plötzlich das Problem Nummer Eins war. Aber ich möchte sagen, dass 95 Prozent der Betriebe eigentlich sowieso in gewidmeten Zonen liegen. Und daher, sehr geschätzte Damen und Herren, von Natura 2000 nicht betroffen sind, weil die auf jeden Fall heraus kommen.

Also jetzt frage ich mich, wo da die Diskussion sich verlaufen hat. Und daher meine ich, dass wir in dieser Form der sachlichen Auseinandersetzung bleiben sollen. Und nicht, ich sage das abschließend, in eine Polemik verfallen sollen, wo man gegenseitig versucht, sich den Ball zuzuschieben. Weil man doch ein bisschen das unangenehme Gefühl hat - es ist ja so, dass man mit Erwartungen des größeren Geldregens hineingegangen ist - dass man draufgekommen ist, dass der vielleicht nicht ganz so gesichert ist. Nun hat man gesagt, Kommando zurück, alles heraus. Und so geht es halt nicht ganz! Und ich kann hier auch eine gewisse Tendenz feststellen. Nicht nur in Niederösterreich. Die ÖVP - es betrifft ja auch den Bund – scheint suggerieren zu wollen, dass sie die letzten 14 Jahre nicht dabei war. Die wissen ja auch im Bund nicht, dass es ein Budgetdefizit gegeben hat. Die ÖVP weiß auch auf Bundesebene nicht, dass sie 14 Jahre lang Beschlüsse gefasst hat. *(LR Mag. Sobotka: Hast du einmal erlebt, wie der Finanzminister agiert hat?)*

Und ich möchte damit schließen: Wenn das so ist, dass jemand 14 Jahre das nicht weiß, oder zumindest wie der Herr Bundeskanzler Dr. Schüssel vier Jahre dabei ist als Vizekanzler und das alles nicht weiß, gibt es bei mir nur einen Schluss: Wenn einer als Zweiter nicht mitbekommt, was vorgeht, soll er nie Erster werden! *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Ich erkläre somit die Aktuelle Stunde zum Thema „Regionalentwicklung in Niederösterreich“, Ltg. 462/A-8/17 für beendet.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zu **Ltg. 444/B-35/2** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER *(ÖVP)*: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich berichte über das NÖ Sportgesetz – Sportbericht 1999.

Das NÖ Sportgesetz normiert im § 2 Abs.4, dass das Land Niederösterreich jährlich einen Sportbericht zu erstellen hat. Im Sinne dieses Gesetzesauftrages wurde für das Jahr 1999 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. Der Förderbericht enthält jene Berichte, die mit einem Beitrag des Landes Niederösterreich ab S 50.000,- gefördert wurden.

Somit stelle ich den Antrag des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 1999 *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 1999 wird zur Kenntnis genommen.“

Frau Präsidentin, ich ersuche Sie, die Verhandlungen einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Berichterstatter! Ich eröffne somit die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf einige Bemerkungen zum Sportbericht des Jahres 1999 machen. Nach dieser angeregten Parlamentarismusdebatte, wie der Herr Landesrat geschlossen hat. Sport ist ja auch etwas sehr Bewegtes. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Debatte etwas ruhiger, aber durchaus auch bewegt weiter geht.

Der Sportbericht des Jahres 1999 liegt vor und ich darf einige Bemerkungen dazu machen. Ich beginne mit der Landessportschule St. Pölten. Ich habe mir die Mühe gemacht zu vergleichen, was hat denn hier der Sportbericht 1999 tatsächlich ausgewiesen und was hat der Sportbericht 1998 dazu ausgewiesen. Und ich darf zitieren: Landessportschule St. Pölten: 1999 konnte die Landessportschule St. Pölten 10.000 Nächtigungen verzeichnen. Eine damit verbundene Auslastungssteigerung gegenüber 1998 ist auf gezielte Werbemaßnahmen im schulischen und privaten Bereich zurückzuführen. Ich vergleiche mit dem Sportbericht des Jahres 1998. Ich zitiere: 1998 konnte die

NÖ Landessportschule 10.000 Nächtigungen verzeichnen. Eine damit verbundene Auslastungssteigerung gegenüber 1997 ist auf gezielte Werbemaßnahmen im schulischen und privaten Bereich zurückzuführen. Und so geht das weiter. Und mir kommt da schon ein wenig der Verdacht, dass man einerseits vielleicht vergessen oder es nicht so genau genommen hat mit der Zählung der Nächtigungen tatsächlich. Denn man hat grob gesagt, Daumen mal Pi 10.000, und das nächste Mal waren es auch 10.000. Aber wir haben natürlich eine Auslastungssteigerung damit verbunden. Wie das gehen soll weiß ich nicht. Ich habe aber doch ein klein wenig den Verdacht, dass man hier eine billige Abschreibübung gemacht hat, anstatt genau zu untersuchen, was in der Landessportschule tatsächlich vor sich geht. Ich will damit die Landessportschule nicht schlecht machen. Ich glaube, dass dort gut gearbeitet wird. Aber ich möchte doch aufzeigen, dass man, wenn man vor dem Landtag einen Bericht macht, vielleicht ein wenig sorgfältiger dokumentiert. Zum Einen.

Das Zweite ist das Kapitel Doping. Hier wird gesprochen von Informationen. Es ist auch interessant, wenn man sich das genauer durchliest, wie hier eigentlich mit diesen Informationen umgegangen worden ist. Hier steht: Das beste Mittel im Kampf gegen Doping ist eine umfassende Information. Darüber hinaus hat das Land Niederösterreich auf Grund eines Abkommens zwischen dem Bund ... usw. Welche Informationen bezüglich Doping vom Land Niederösterreich gegeben wurden, finden wir nicht im Sportbericht. Ich würde das sehr begrüßen, wenn das Land Niederösterreich Informationen bezüglich Doping herausgibt. Denn es ist ja nicht nur so, dass das Dopingproblem ein reines Sportproblem ist. Sondern das Dopingproblem ist auch ein Gesundheitsproblem. Das Dopingproblem, wenn Sie so wollen, ist auch ein Drogenproblem. Und das geht die gesamte Gesellschaft an. Und der Sport ist ein wesentlicher Bereich dieser Gesellschaft. Und es wäre durchaus wichtig, Informationen zu geben.

Wenn aber, dann sollte man auch genauer darauf eingehen. Oder man soll nicht suggerieren in dem Bericht, dass man sich mit Informationen über Doping auseinander gesetzt hat. So viel zu einigen Bereichen bezüglich Landessportschule und Doping.

Und jetzt möchte ich auf die Einzelprojekte eingehen. Und zwar in der Hinsicht, dass ich meine, es fehlt hier insgesamt ein Überblick. Es ist zwar sehr gut dargestellt, welche Vereine etwas bekommen haben, welche Gemeinden etwas bekommen haben. Es ist auch erfreulich, dass es hier Verbesserungen gegeben hat. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn wir eine Art Querschnittsprüfung hätten. Sozusagen, dass man bei den Einzelprojekten erfahren kann, welche Sportart wurde mit welchen Summen gefördert. Denn es wird zwar nach Vereinen aufgeschlüsselt, es wird nach Gemeinden aufgeschlüsselt. Man sieht, wo die Gelder, regional gesehen oder kommunal gesehen, hinfließen. Aber disziplinär gesehen sieht man das nicht. Es wäre wünschenswert, einmal aus einem Sportbericht zu ersehen, welche Sportart ist denn dem Land Niederösterreich wieviel Geld wert.

Ich werde dann abschließend zu einer Sportdisziplin kommen, die leider dem Land offensichtlich relativ wenig wert ist. Zunächst aber auch noch einige positive Anmerkungen, die ich auch machen möchte. Wenn man auf der Seite 31 die Statistik sich näher ansieht, dann sieht man doch auch Verbesserungen. Auch Verbesserungen in der finanziellen Dotierung, die natürlich auch zur Folge haben oder daher durchgeführt werden konnten, weil eben das Sportgymnasium diesmal herausgefallen ist. Und man daher gewisse Mittel hatte, die frei sind. Ich nenne jetzt einige Beispiele: Jugendsportausbildung - plus 0,9 Millionen. 30 Vereine mehr, die gefördert worden konnten mit einem Plus von 1 Million und einiges mehr. Hallenmieten zum Beispiel. Gemeinden und Vereine für den Sportstättenbau, was mir persönlich auch ein Anliegen ist. Und was noch wichtiger ist meiner persönlichen Ansicht nach, das ist die höhere Förderung für den Jugendsport. Das ist durch den Wegfall des Sportgymnasiums natürlich auch ermöglicht worden.

Abschließend noch eines, was wir mittlerweile schon das dritte Jahr beim Sportbericht immer wieder diskutieren, das ist das St. Pöltener Stadion. Es hat sich gezeigt, dass die Fußball-Europameisterschaft 2004 nicht in Niederösterreich stattfindet. Es hat sich gezeigt, dass die Nachnutzung durch den FCN, naja, ich will nicht sagen, sich völlig erübrigt, aber doch zumindest unter einem etwas anderen Licht zu sehen ist als noch vor zwei Jahren. Vor zwei Jahren hat man gewisse Hoffnungen in den FC Niederösterreich gesetzt. Die haben sich allesamt nicht erfüllt. Der FCN muss absteigen. Er liegt finanziell am Boden. Und er hat auch sportlich keine Bedeutung. Und so sehr ich mir wünsche, dass das wieder anders wird, ... *(Abg. Weninger: Admira!)*
Admira, natürlich, sagt der Kollege Weninger mit Recht.

Dennoch: So sehr ich mir wünsche, dass es mit dem FCN wieder aufwärts geht und so sehr ich das dem Verein wünsche, so sehr möchte ich doch bezweifeln, ob es in der derzeitigen Situation ohne

Europameisterschafts-Zusicherung und ohne entsprechender zu erwartender Nachnutzung durch den FCN wirklich erforderlich ist, diese Investition in ein Stadion zu tätigen.

Wir werden in einem späteren Tagesordnungspunkt noch auf die Finanzgebarung der Gemeinde St. Pölten, der Landeshauptstadt, zu sprechen kommen. Und wie dort finanziell verwaltet wird. Und dort steht, das kann ich Ihnen vorweg sagen und das wissen Sie alle, die den Rechnungshofbericht gelesen haben, dort steht es nicht zum Besten. Und dass man jetzt noch zusätzlich 100 Millionen allein der Gemeinde St. Pölten abverlangt für dieses Stadion, das halte ich – und diese Behauptung halte ich aufrecht – zumindest nach wie vor für diskussionswürdig. Ich möchte ja damit nicht ausschließen, dass sich die Umstände nicht einmal verändern und auch anders werden und man vielleicht einmal später daran denken kann.

Und abschließend auch als finanziellen Vergleich: Eine Sportart, die mir persönlich sehr am Herzen liegt und von der ich glaube, dass sie zu wenig dotiert wird bei all diesen vielen positiven finanziellen Zuwächsen, das ist der Behinderten- und Versehrtensport. Er bekommt an Zuwendungen genau ein Tausendstel des Gesamtbudgets für den Sport! *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schimanek.

Abg. SCHIMANEK *(FPÖ)*: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vorweg darf ich natürlich sagen, dass wir diesem Antrag die Zustimmung erteilen werden. Ich möchte aber doch auch einige Anmerkungen los werden. Immerhin geht es ja um 90 Millionen, die wir an Vereine, Sportlerinnen und Sportler vergeben haben.

Ich nehme mir zuerst einmal Sportstättenbau und –einrichtungen und –geräte her. Hier gab es 47 Millionen an Zuwendungen – durchaus in Ordnung. Ich nehme an, dass das dem Geld, das im Land vorhanden ist, entspricht. Allerdings stört es mich persönlich aus eigener Erfahrung, dass das Land zwar Geld gibt für so etwas, dass aber fast nie geschaut wird, was passiert denn dann in der Folge mit diesen Einrichtungen. Und leider Gottes gibt es da oder dort Vereine oder auch Gemeinden, die freuen sich, machen Eröffnungen, und nach zwei, drei, vier Jahren liegen diese Einrichtungen brach und verkommen.

Ich nenne nur ein Beispiel: Ich selbst war dabei, einmal, vor Jahren, das liegt aber sehr lange zurück, mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, in Schiltern. Wir haben uns alle gefreut in Schiltern, wie wir diesen schönen kleinen Sportplatz bekommen haben. Nur leider Gottes, die örtlichen Aktivitäten waren dann derart, dass der kleine Platz, der sicherlich mit viel Geld von uns eingerichtet worden ist, dass der dann verkommen ist und brach liegt. Und so gibt es viele Beispiele im Land. Ich glaube, man sollte nicht nur fördern und das Geld dort hin schicken, sondern man sollte auch nachher überprüfen, ob diese Einrichtungen auch ordentlich genutzt und gewartet werden. Vielleicht könnte man sogar solche Förderungen mit Erhaltungsgarantien der betreffenden Gemeinden verbinden. Man sollte sich jedenfalls darüber Gedanken machen.

Was mich stört ist der Jugendsport. Der Bereich Jugendsport - Seite 25 - ganze neun Zeilen. Nun weiß ich schon, dass Jugendsport in diesem Bericht da oder dort auch verpackt ist. Aber neun Zeilen zum Thema Jugendsport ist mir an sich zu wenig. Ich glaube, dass wir künftig auch die Förderungen der Spitzenvereine, der sogenannten Spitzenvereine ändern sollten. Fußball, Handball, Basketball als lebendes Beispiel. Dort sollten wir, glaube ich, Förderungen ausschließlich gegen den Nachweis geben, dass man hier für die Nachwuchsarbeit tätig geworden ist. Teure Spielerinnen oder Spieler eventuell sogar auch aus dem Ausland sollen sich die Vereine durch Sponsorgelder finanzieren. Ich glaube, das wäre sinnvoll. Hier erwarte ich mir auch ein Nachdenken in diese Richtung.

Trainerförderung: Ebenfalls ein Kapitel. Da hat das Land mit einer Million Schilling ausgeholfen. Und ich darf sagen, das ist eine völlige Fehlbewertung. Ich darf Ihnen sagen, dass Niederösterreich - Fußball ist nun einmal die Nummer Eins in Österreich - dass Niederösterreich im Fußball zweitklassig ist. Jetzt bekommen wir Gottseidank wieder einen Bundesligaklub. Ist auch zum Teil auf eine Funktionärskrise in Österreich zurückzuführen, die Situation des österreichischen Fußballs, das gebe ich schon zu. Aber ich glaube, hier könnte man dem Gedanken, den ich auch schon an dieser Stelle einmal dargelegt habe, nämlich der Einrichtung von ehemaligen Fußballern, auch namentlich noch bekannten Fußballern, als „Wandertrainer“, dem könnte man doch einiges abgewinnen. Der NÖ Fußballverband als solches ist auf Grund der finanziellen Voraussetzungen nicht in der Lage, das alleine zu schaffen. Aber ich glaube, wenn man

ehemalige Fußballer kurzzeitig, zwei, drei Wochen, zu den einzelnen Vereinen schickt, ... Der wandert von einem Verein zum anderen, schaut sich die Jugendarbeit dort an, kann den dortigen Jugendtrainern, die ja nicht immer alle die beste Ausbildung haben, an die Hand gehen. Er kann auch durch seinen Namen die jungen Leute ein bisschen motivieren. Und ich glaube, dass hier sogar das Auge eines geschulten Fußballers, eines erfahrenen Fußballers künftige Talente vielleicht sogar eher entdeckt. Ich sage nur ein Beispiel: Wir in Langenlois haben einen Fußballverein, der spielt eine mittlere Rolle in der letzten Spielklasse. Wir haben einen hervorragenden Lehrer an der Gartenbauschule, den Hermann Mischling, der sich der Jugendarbeit verschrieben hat. Der betreut U9, U10, U12 und die U16. Und diese U16 ist Vierter in der Landesliga! Das heißt ja etwas! Nur, er kommt natürlich mit dem, was er dort hat, nie zurecht. Und er ist angewiesen auf ehrenamtliche Betreuer. Ich glaube, dass man dort, bei solchen Vereinen speziell mit Trainern, die Erfahrung haben als ehemalige Fußballer und die als Wandertrainer hier herumgeschickt werden, durchaus Anklang finden könnte. Für die Leute selbst ist das auch eine Aufgabe, die sie gerne tun. Und die Entschädigung, glaube ich, wäre nicht so. Ich würde auch bitten, dass man darüber ein bisschen nachdenkt.

Insgesamt 90 Millionen ist ordentlich. Wenn ich mir hier anschaue, Spitzensport wurde mit fast 13 Millionen bedacht, der Jugendsport mit 7 Millionen, da würde ich ersuchen, dass man künftig eine Angleichung dieser beiden Gruppierungen überlegt. Weil ich glaube, Investitionen, die wir in dieser Form in die Jugend stecken, die machen sich in einigen Jahren durch Umwegrentabilität selbstverständlich wieder bezahlt. Indem man vielleicht den einen oder anderen Jungen oder auch wenn er älter ist, nicht zu früh zum Arzt schicken muss. Und die körperliche Ertüchtigung in jungen Jahren vielleicht in späterer Folge unserem Land, dem Gesamtbudget, auch dem Landesbudget, einige Einsparungen bringen könnte. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Alljährlich der Sportbericht. Und man könnte manchesmal sagen, es gibt alljährlich dieselben Platten, die aufgelegt wurden. Ich will aber trotzdem versuchen, aus den jährlichen Berichten etwas mehr an Positivem und vielleicht auch Anregungen hervorzubringen.

Herr Kollege Schimanek! Ich kann seine Ansicht nicht ganz teilen. Ich rede als einer, der selbst 18 Jahre lang im Nachwuchs tätig war und von U6 bis zur Juniorenmannschaft Trainer gespielt hat. Der Gedanke ist von der Idee her sicher nicht schlecht, gute, prominente Fußballer der Jugend zur Verfügung zu stellen. Doch 14 Tage, drei Wochen, das bringt überhaupt nichts. Der Trainer muss sich mit der Jugend beschäftigen können! Und ein guter Trainer geht auf jeden seiner Spieler individuell ein. Dann kommt auch was ‘raus. Der, der das tut kann kein „Wanderprediger“ sein, sondern der muss im Verein sein. Ich bin sofort auf deiner Seite, dass die besten Trainer zum Nachwuchs gehören. Ich brauch‘ keinen Millionentrainer für irgendeine Mannschaft. Weil wenn‘s die nicht drauf hat oder nicht drinnen hat, dass sie um ihr Geld rennen muss, dann nützt der beste Trainer nichts. Aber im Nachwuchsbereich, dort, wo der junge Mann oder das junge Mädchen geformt wird, wo ich ihm Intentionen geben kann, dort gehört der Beste hin. Und davon sind wir noch weit entfernt. Da gibt es Beispiele in Holland, in Belgien. Dort gibt es weit bessere Beispiele.

Ein anderes Beispiel, wo du auch Recht hast, aber es nicht zu ändern ist, sind die Eröffnungen, die Nachnutzungen. Ich erzähl dir ein Beispiel aus meiner Stadt. Wir hatten einmal zwei Fußballvereine. Wir haben dann fusioniert und haben auf der einen Anlage ein Nachwuchszentrum gegründet. Wir haben dort mit 8 Nachwuchsmannschaften gespielt. Junioren-Landesliga, Jugend-Landesliga, war alles da. Und dann hat ein Privater diese Sportanlage gekauft. War viel Geld drinnen vom Fußballverband, von Lotto/Toto, Millionen sind drinnen gewesen in der Anlage. Der Konkurs des Betriebes war da. Der Private hat um 36,- Schilling den Quadratmeter Grund gekauft. Heute steht kein Tor mehr dort, es ist eine ungepflegte G’stettn. Und wenn die Buben hingehen kicken, verjagt er sie. Das ist ein Problem des Vereines. Wir als Gemeinde waren damals bereit, das zu kaufen. Doch der Masseverwalter hat momentan ein neues Auto gehabt, auch die Marke wurde gewechselt. Und um 36,- Schilling pro m^2 hat der Grund seinen Besitzer gewechselt. *(Abg. Mag. Fasan: Naja, ich weiß schon! Aber da hat es andere Sachen auch gegeben! Das ist eine sehr verkürzte Darstellung!)*
Ja, es hat andere Sachen auch gegeben. Es gibt Briefe, Herr Kollege, Sie können das jetzt als Kontrollausschuss-Obmann anschauen, es gibt Briefe, wo wir gesagt haben, wir kaufen. Und der Masseverwalter hat es an einen anderen verkauft. So ist es.

Das heißt, wir sind uns in der Zielrichtung einig. Aber wenn der Verein, bei der Gemeinde ist es

etwas anderes, aber wenn der Verein nicht weiter bestehen kann, nicht weiter bestehen will, weil es Funktionärsprobleme gibt, ist das eben so. Damit sind wir auch bei den Funktionären angelangt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Bericht ist eigentlich eine Dokumentation dafür, wieviele Funktionäre es gibt, die den Sport noch aufrecht erhalten. Denn eines muss uns schon klar sein: Wenn wir mehr kommerzialisieren im Sport und noch mehr Geld in die Hand nehmen, wird es höchstens schlechter. Nicht besser! Der Idealismus und das gute Rivalitätsgefühl zwischen zwei Nachbarn bringt noch immer mehr als ein paar Tausender mehr für den Trainer.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Landessportschule. Die Auslastung stagniert, will ich sagen. Ist natürlich auch ein Problem, einmal ein bisschen hinauf, einmal ein bisschen herunter. Aber im Großen und Ganzen genommen sind wir relativ hoch am Plafond angekommen. Das heißt, ich weiß es aus unserer eigenen Sportart, wenn du nicht rechtzeitig ein Dreivierteljahr vorher einen Termin organisierst, hast du keine Chance mehr. Da fällt zwischendurch einer aus, der kann nicht mehr umorganisieren und der andere ist weg. Das heißt, hier sind wir, glaube ich, ziemlich am Plafond angelangt von der Auslastung her. 100 Prozent gibt es nicht, das muss uns auch einmal klar sein.

Ich bin aber der Meinung, und damit bin ich wieder bei den Trainern, dass die Trainerausbildung noch mehr forciert werden müsste. Gerade im Nachwuchsbereich. Meine Damen und Herren! Es ist halt nicht unbedingt so, und ich zitiere ein großes Beispiel, das sich jetzt ergeben hat. Ob Prohaska oder Krankl - sie waren gute Fußballer, sind aber nicht die guten Trainer, wie man das voraussetzen würde. Das heißt, das ist eine Qualität. Der eine kann spielen. Und ich sage das zweite Beispiel. Der Steßl war ein super Trainer und war immer ein „terrischer“ Fußballer, um es so auszudrücken. Im Vergleich haben beide, ob Prohaska und Krankl, international weit, weit mehr erreicht als der Steßl. Doch der Steßl hat als Trainer das Dreifache von dem erreicht was die anderen zwei erreicht haben. Das heißt, das sind Qualitäten, die man hat oder nicht hat. Das heißt, ich kann das nicht eins zu eins umsetzen. Aber ich bin der Meinung, dass jeder, der mit Jugendlichen arbeitet, eine gewisse Trainerausbildung haben muss. Und ich sage ehrlich, mir ist es auch schwer gefallen, mit kaputten Knien mich auf die Trainerbank zu setzen. Doch ich wollte und musste das machen, weil ich den Nachwuchs betreut habe. Ich habe mit dem Fußball aufgehört, weil die Knie nicht mehr mitmachten. Dann sollte ich mich aufs „Trainerbankerl“ hocken, in die Schule gehen, dass ich das tun durfte. Und ich habe es gerne gemacht. Das heißt, hier muss mehr Augenmerk darauf gelegt werden und vielleicht auch mehr Geld in die Hand genommen werden. Nicht zur Bezahlung, sondern zur Ermöglichung der Ausbildung.

Für mich noch immer nicht so angenommen, wie ich es gerne hätte, werden die sportärztlichen Untersuchungen. Das Angebot ist vorhanden. Nur, glaube ich, wird immer wieder locker darüber hinweggegangen. Das brauchen wir nicht, das müssen wir nicht. Dazu kommt halt der Stempel hinein in den Pass und es passt schon. Und immer wieder kommen wir drauf, dass der eine oder andere nicht die Gesundheit aufweist, um diesen Sport durchführen zu können. Und dann ist es meistens zu spät. Das heißt, ich weiß auch kein Mittel, wie wir die Jugendlichen mehr zu dieser sportärztlichen Untersuchung bringen könnten. Aber im eigenen Interesse müssten sie es tun.

Die Top-Sport-Aktion, meine sehr geschätzten Damen und Herren, hat natürlich einen besonderen Stellenwert in Vorbereitung auf Olympiaden, auf große Ereignisse. Ich bin aber der Meinung, dass wir nicht nur die ganz großen Ereignisse betrachten sollen. Denn man fängt normalerweise auch zu Hause nicht unbedingt gleich mit der Villa an und beginnt auch etwas kleiner. Das heißt, man muss meiner Meinung nach auch Sportler fördern, die momentan noch nicht so weit sind, dass sie zu Olympia fahren können oder zur Weltmeisterschaft. Aber vielleicht zur Europameisterschaft. Vielleicht auf eine große interne, österreichische Meisterschaft, in Sportarten, wo eben eine große Auswahl da ist. Das heißt, auch hier Förderungsmöglichkeiten etwas abgestuft zu geben.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zu einem Thema kommen, das mir am Herzen liegt. Und ich muss sagen, auch der Herr Kollege Schimanek hat das voriges Mal schon angezogen. Ich glaube, dass wir hier nicht den richtigen Weg gefunden haben. Wir hören immer, es ist eine Sporthauptschule und, und, und. In Wirklichkeit ist es eine Hauptschule mit sportlichem Schwerpunkt. Das ist ein Unterschied. Hauptschule mit sportlichem Schwerpunkt oder Sporthauptschule oder Sportgymnasium oder Sporthandelsschule. Ich meine damit, gerade im Fußball wäre es notwendig. Wenn man zur Zeit anschaut, wie viele Nicht-Österreicher bei kleinen Vereinen spielen und daher der Junge fast keine Chance hat unterzukommen, so müsste man meiner Meinung nach versuchen, ähnlich dem Schiverband das aufzuziehen. Ich war vor kurzem mit Armin Assinger einen Abend beisammen und habe mir das Modell des Schiverbandes von ihm

besser erklären lassen. Und da bin ich draufgekommen, dass der Fußballverband vielleicht Ansätze hat. Aber von der Organisation her es einfach nicht schafft, das durchzuziehen. Ich will hier anregen, und ich weiß schon, der Landesschulrat und alles, was mit Schule zusammenhängt, stellt die Haare auf. Aber wenn es im Schisport möglich ist, muss es auch in anderen Sportarten möglich sein, dass in jedem Viertel echte Sportschulen da sind. Wo das Training in die Schule integriert ist wie beim Schi fahren. Wo die Prüfungen auf das Training, auf die sportliche Ausbildung abgestuft sind. Und wo bitte, von der Hauptschule bis zur AHS und BHS diese Möglichkeiten gegeben sind. Im Schisport gibt es diese Möglichkeiten. Im Fußball haben wir versucht anzufangen. Auch in anderen Sportarten. Aber wir haben es nicht konsequent durchgezogen. Und ich bin der Meinung, Österreich ist das Schiland Nummer Eins, weil wir einen guten, gesunden Aufbau von Jugend an haben. Und wenn wir im Fußball auch diese Nummer Eins sein wollen oder zumindest besser sein wollen als jetzt, so müssen wir in der Jugendarbeit, im schulischen Bereich anfangen. Und ob es jetzt eine Umstellung für die Damen und Herren im Schulbereich ist oder nicht, jeder, der im Berufsleben steht, muss sich umstellen. Und wenn es im Schisport möglich ist, muss es auch in anderen Sportarten möglich sein.

Meine Damen und Herren! Wenn wir hier versuchen, einen konsequenten Weg zu gehen - ich kann mir vorstellen, jedes Viertel plus der Zentralraum müssten eine solche Einrichtung haben - dann könnten wir auch in Zukunft in jenen Sportarten, wo wir noch nicht ganz an der Spitze sind, wieder Spitze werden. Meine Fraktion wird natürlich dem Sportbericht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des NÖ Landtages!

Sport hat in Niederösterreich einen ganz besonderen Stellenwert. Ich sehe dreierlei Möglichkeiten des Zuganges. Zum Ersten ist es sicherlich die beste Form, wenn man selbst aktiv wird und sich auch bemüht, nicht nur am Höhepunkt seiner physischen Kräfte in seiner Jugend ihn zu betreiben, sondern ihn auch möglichst lang in das Lebensalter hineinzuführen. Gewisse „sportive Mastricht-Kriterien“, glaube ich, für den Einzelnen wären nicht zu viel verlangt, vor allem, was die Wirkung der Bewegung insgesamt – an Bewegungsarmut leidet ja unsere Gesellschaft – ausmacht. Ich glaube, ein wichtiger Zugang dazu ist natürlich auch die Politik des Landes Niederösterreich in Zusammenhang mit der Sportpolitik der Gemeinden und den Aktivitäten der Vereine selbst.

Es liegt nunmehr der 9. Sportbericht des Landes Niederösterreich vor. Und wenn wir ihn wirklich aufmerksam durchblättern und Vergleiche anstellen, dann kann man feststellen, dass die Sportszene in Niederösterreich gut geführt ist. Dass sie den modernen, zeitgemäßen Entwicklungen nicht nachhinkt, sondern eine niederösterreichische Erfolgsstory darstellt, sowohl in der Wirkung von der Güte her als auch in seiner Vielfalt.

Mit mehr als 90 Millionen Schilling gelingt es seitens des Landes Niederösterreich, für den Sport in Niederösterreich ein gutes Fundament einer Topsportregion in nationaler und internationaler Güte zu entwickeln und diese Wirkung auch zielstrebig voran zu treiben. Ich glaube, der Boden in Niederösterreich ist sowohl für den Breiten- als auch für den Spitzensport sehr gut bereitet, sodass alle Aktivitäten, alle Akteure, seien es die öffentlichen Körperschaften, als auch die Vereine und die Verbände, hier optimal arbeiten können. Somit haben alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher die besten Chancen, sich kreativ und sportlich, ihren Talenten entsprechend zu profilieren und gesundheitliche und gesellschaftliche Vorteile daraus zu genießen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einem Land, das eine Michaela Dorfmeister, einen Thomas Sykora hervorgebracht hat, wo ein Werner Schlager es zur Weltspitze gebracht hat oder ein Shooting Star im Tennis, Jürgen Melzer aus dem Weinviertel, in die Topregionen des Weltsports eindringen konnte, sind die Strukturen einfach gut. Sodass diese Athleten nach Anlage ihres Talentes und nach den entsprechenden Förderungen, Entwicklungen auch hier reüssieren können. Die Sportpolitik des Landes hilft hier mit. Sie geht in weiten Bereichen voran und erstellt in kooperativer Zusammenarbeit mit allen verantwortlichen Gremien hier ein sehr gutes Feld der Tätigkeit.

Das Land Niederösterreich kann sich auch im Reigen der einzelnen Bundesländer sehen lassen. Wir stellen überproportional viele Staatsmeister, wie der Bericht 1999 ausweist. Und auch auf die 13 Staatsmeister im Behindertensport können wir besonders stolz sein.

Ich will damit aufzeigen, dass nicht nur die medienträchtigen Sportarten forciert werden, sondern

dass die NÖ Sportpolitik immer den Menschen im Mittelpunkt, im Wesentlichen sieht. Dafür darf man einerseits dem Versehrtensportverband recht herzlich danken. Der es nicht gerne hat, wenn man hier hinein regiert und ständig Belehrungen und dergleichen erteilt. Es ist ein sehr selbstbewusster Verein. Ich kann das von verschiedenen Veranstaltungen her selbst berichten. Aber ich bin auch dem zuständigen Regierungsmitglied, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop sehr dankbar, dass sie jede Form dieser Spezies des Sportes in Niederösterreich unterstützt und auch auf den Versehrtensport nicht vergisst. Und wir dürfen nicht vergessen, dass jene Zahlen, die im Sportbericht angeführt sind, eben nur die Veranstaltungen des Versehrtensportes finanzieren, aber die Anlagen selbst ja nicht in diesen Finanzdaten, in diesem Betrag beinhaltet sind. Sondern der Versehrtensport hat natürlich wie jede andere Spezies den Zugang zu allen Einrichtungen, die auch mit Mitteln des Landes Niederösterreich gefördert werden.

Die Hälfte, meine sehr geehrten Damen und Herren, des NÖ Sportbudgets fließt in den investiven Bereich. In Form von Kofinanzierung für den Ausbau neuer und bestehender Sportstätten. Fußball dominiert nach wie vor vor Tennis. Man kann jetzt sicherlich immer wieder Beispiele anführen, dass diese oder jene Sportanlage einmal ihren Zweck verliert. Bei der Fülle an Sportanlagen in Niederösterreich, ich weiß die Zahl nicht auswendig, sie liegt sicherlich jenseits der 1.000, wird das auch immer wieder vorkommen, dass einfach Strukturen da oder dort zusammenbrechen. Sei es auf Funktionärsebene oder durch anderweitige Gründe. Dennoch sollen wir uns nicht verbittern lassen. Denn wir leisten nicht den Hauptpart insgesamt, sondern das sind die Vereine selbst, die wesentlich mehr an Kapital einbringen, an Arbeitszeit und Idealismus. Und dazu auch noch die Gemeinden.

Das heißt, es ist in diesem Zusammenhang nicht nur Landesgeld - leider - in solchen Fällen verloren, sondern es geht also auch um Kapital, das aus anderen Bereichen hier hineinfließt. In einem Metier, das ständig in Entwicklung und Bewegung ist werden wir das also auch in Zukunft nicht verhindern können, wenngleich natürlich um jeden Schilling schade ist, der hier diesbezüglich nicht langfristig seine Wirkung für den Sport, die Volksgesundheit in Niederösterreich erbringen kann.

Auch der Jugend- und Spitzensport wurde schon angesprochen. Ich denke, dass hier sehr wohl in steigendem Ausmaß - ich gebe schon zu, vielleicht noch immer nicht in der idealsten Form - die Förderung und insgesamt die Strukturen gegeben sind. Aber es ist ein sehr schwieriges Kapitel. Denn es verlangt schon sehr viel unseren Funktionären ab, wenn sie sich in den Vereinen aktiv betätigen. Und Jugendsport ist vielleicht auch für die Trainer oft die am wenigsten beachtete und bedankte Spezies und Funktion in den einzelnen Vereinen. Und daher wird der bessere Trainer vor allem der ersten Mannschaft beigestellt und nicht der Jugendmannschaft. Hier müsste man auch im Bewusstsein der Vereine etwas für den Nachwuchs tun und diesen entsprechend auch mental und informativ unterstützen.

Der Spitzensport in Niederösterreich wird entsprechend dotiert und damit gewürdigt. Ich glaube, wir können über den hohen Grad an wirklichen Spitzenplätzen bei nationalen und internationalen Bewerben auch im Nachwuchsbereich für den NÖ Landtag zur Kenntnis nehmen, dass die Förderungsmittel in der Top-Sport-Aktion sowie in verschiedenen anderen Bereichen wirklich auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Wir haben leider in Österreich nicht das Glück, ein ausgeprägtes, kapitalintensives Mäzenatentum vorzufinden. Die „Stronachs“ sind nicht um die Ecke zu bekommen. Und vielleicht ist es auch gut so. Denn allein das Kapital, das Geld soll es nicht sein, sondern der Sport. Aus niederösterreichischem Verständnis heraus, aus niederösterreichischer Tradition ist das sehr breit angelegt, hat also breite Fundamente, die auf Idealismus fußen. Im Wesentlichen ist natürlich auch eine gewisse Spur des Kapitalismus in den Spitzensportbereichen hier anzutreffen.

Nun, es ist, glaube ich, sehr notwendig, dass man hier auch bezüglich der Talentesuche, der Talenteförderungen in den Vereinen noch mehr Bewusstsein, positives Bewusstsein an den Tag legt. Ich halte nicht sehr viel von der Idee eines „Wandertrainers“. Ich würde es nicht verteufeln, was Kollege Schimanek angeschnitten hat. Ich habe selbst auch viele Erfahrungen gemacht. Und ich denke, dass allein nur die erfolgreiche Sportvergangenheit eines Idols noch lange nicht ausreicht im Sinne dessen, dass es, wie Abgeordneter Kautz gesagt hat, hier auch zu einer erfolgreichen Trainertätigkeit kommt.

Meine Erfahrungen gehen dahin, das haben wir in unserer Hauptschule mit sportlichem Schwerpunkt in Laa a.d. Thaya persönlich erfahren können, wir sind Bundessieger geworden im Fußballnachwuchsbewerb mit zwei Trainern, wo der eine in der zweiten Klasse gespielt hat und der zweite in der ersten Klasse. Die haben ihre Schüler,

das Team, bis an die höchste Spitze herangeführt. Beide sind Pädagogen. Das zeichnet sie schon aus, dass sie diesbezüglich eine gute Ausbildung im Umgang mit Jugendlichen haben. Und sie haben sich auch sehr ehrgeizig damals mit eingebracht und konnten diese hervorragende Leistung unter Heranziehung der vorhandenen Talente erwirken.

Nun, die Budgetansätze werden wahrscheinlich und voraussichtlich für das nächste Jahr, für das Budget 2001, wieder im selben Umfang gegeben sein. Der Sportbericht 1999 ist quasi auch eine andere Form des Rechnungsabschlusses über dieses Kapitel. Er beweist, dass mit den Mitteln im Wesentlichen sehr, sehr sorgsam und konstruktiv umgegangen wird. Und dass auch der Weg des niederösterreichischen Sportes in der Entwicklung in eine qualitative und sehr dichte Breite gewährleistet ist. Dass aber letztendlich auch für den Spitzensport, für die Teilnahme an Olympiaden, Europameisterschaften und Weltmeisterschaften Niederösterreich zahlreiche Nominierungen stellen kann. Wenngleich also hier der Spitzensport sehr viel Engagement braucht, um sich international durchzusetzen so haben wir in Niederösterreich in vielen Sportarten diese hohe Qualität Gottseidank anzubieten. Und diese gehört auch entsprechend bewertet und dem Publikum präsentiert.

Das Interesse des Breitensportes ist heute ein wesentliches modernes Element unserer Gesellschaft. Wir können alle, glaube ich, auch in Niederösterreich feststellen, das hier vor allem die Menschen mehr Bewusstsein in Richtung Gesundheit, Fitness- und Wellnesstätigkeit haben. Und auch das muss in der NÖ Sportpolitik und der -förderung Berücksichtigung haben. Wenngleich dieser etwas private Sektor auch die Anlagen, die vor Ort sich befinden, im besten Umsatz nützt und mit benutzen kann.

Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich aber auch nicht der Entwicklung, der modernen Entwicklung hin zu großen Veranstaltungen, Sportevents verschlossen. Wir haben so manchen guten Renner entwickelt und an Land gezogen. Es sind einerseits diese Veranstaltungen auch im Interesse der passiv teilnehmenden Sportinteressierten gelegen und zum anderen ist hier der wirtschaftliche Aspekt sowie der Unterhaltungsaspekt in weiten Bereichen nicht außer Acht zu lassen.

Passiver Sport ist auch ein wesentlicher Bestandteil unseres Freizeitlebens in Niederösterreich. Der Sportkalender Niederösterreichs ist übervoll mit guten Sportveranstaltungen. Die bedeutendsten Sportereignisse sind immer wieder das bereits traditionelle ATP-Turnier in St. Pölten am Standort der Landessportschule. Dieser Standort hat eine wesentliche Qualitätsverbesserung erfahren. Vor allem dass ein Windfang nunmehr das Spiel nicht mehr so beeinträchtigt. Ganz besonders hervorzustreichen ist im Bereich im Hinblick auf Jugendsportaktivitäten dieser vorgelagerte Jugendtennisbewerb Spring Bowl, der hier große Anerkennung und großen Zuspruch verzeichnen kann.

Wir freuen uns heuer schon wieder alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die Weltcupschirennen am Semmering. Es sind nicht nur gute sportliche Erfolge zu erwarten, sondern hier sind einige der bestbesuchten Rennen des gesamten Weltcupschizirkus zu verzeichnen, was vor allem auch der Region Semmering touristisch direkt und natürlich über die Imageverbesserung indirekt großen Nutzen verschafft.

Niederösterreich beherbergt auch das größte Reit- und Springturnier in Form einer Freiluftveranstaltung im Schloss Grafenegg. Es wird heuer wieder stattfinden. Der Bericht 1999 sagt uns, dass es auch ein sehr großes Ereignis war als die Volleyball-Europameisterschaft gemeinsam mit Wien abgehalten werden konnte.

Man könnte also noch viele nationale und internationale Bewerbe hier aufzählen, die Niederösterreich geschafft hat. Ich kann also zum Schluss kommend zusammenfassen und kann feststellen: Das Sportgeschehen in Niederösterreich hat eine enorme Breitenentwicklung genommen, das jedem Nachfrager qualitativ viel bieten kann. Unsere Sportwelt hat auch beachtenswerte Spitzenleistungen hervorgebracht und entwickelt. Und zum Dritten: Der NÖ Sport ist dennoch im höchsten Ausmaß in der Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der tausenden Freiwilligen vor Ort in den Dörfern, Märkten und Städten verblieben. Es ist dadurch auch eine Dichte, eine Stabilität im Sportgeschehen gegeben, die ihresgleichen sicherlich nirgends so leicht finden kann.

Mein Dank gilt vor allem den Sportfunktionären für ihr beispielhaftes Wirken. Mein Dank gilt auch unserer Sportabteilung des Landes, an der Spitze Herrn Hofrat Dr. Binder, der wirklich sehr guten Zugang zu der breiten Schicht der Sportverantwortlichen in allen Kategorien hat. Und nicht zuletzt dir, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, die du bereits im 20. Jahr deiner Regierungstätigkeit auch dem NÖ Sport einerseits Stabilität, große Konsensfähigkeit und in entscheidenden Ebenen, glaube ich, die moderne Ausrichtung immer wieder vorangetragen hast. Ich darf dir recht, recht herzlich

danken und dir auch für deine weiteren Tätigkeiten viel Erfolg wünschen. Meine Fraktion wird dem Sportbericht 1999 selbstverständlich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt jetzt Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop.

LHStv. PROKOP *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich möchte zu allererst ein herzliches Danke sagen für die Diskussion um den Sportbericht, weil es für mich erfreulich ist, wenn alle vier Fraktionen hier im Land Positives daran gefunden haben. Wenn auch natürlich die eine oder andere Kritik daran festgestellt worden ist.

Selbstverständlich glaube ich, dass man dort, wo man national und auch international positiv gesehen wird, und diese Bestätigungen bekommen wir immer wieder, sehr aufmerksam darauf achten muss, immer wieder zu hinterfragen, wo kann man etwas noch besser machen. Und das ist sicherlich das Entscheidende. Und ich glaube, deswegen kommen wir auch weiter.

Wir haben ja vieles, was hier schon an Diskussion war und was auch heute wieder gekommen ist, schon aufgenommen. Und das möchte ich jetzt doch herausstreichen, weil es zum Teil, wie mir scheint, noch gar nicht bekannt ist. Wenn etwa hier gesagt wurde, die Nächtigungen stagnieren. Es hat Abgeordneter Kautz eindeutig gesagt, wir haben eine Auslastung erreicht, die nicht mehr zu übertreffen ist, die kaum zu übertreffen ist. Weil wir natürlich tote Zeiten auch haben. Und es ist das Problem, dass Kurse besonders das Wochenende suchen und die Voranmeldung sehr lange vorher geschehen muss. Aber wir hatten auch Renovierungsarbeiten durchzuführen, die automatisch eine tote Zeit in sich bergen. Und auch das ist in die Berichtsperiode hineingefallen. Also auch das muss man wieder bei der Auslastungszahl mit berücksichtigen. Ich glaube, dass die Landessportschule in ihrer Form sich nicht nur bewährt hat, sondern durch die Notwendigkeit des Aus- und Zubaues immer wieder zeigt, dass die Nachfrage enorm groß ist.

Vielleicht darf ich gleich einen Punkt noch mit aufnehmen, weil wir hier sehr viel mehr diskutieren als der Sportbericht ausweist. Abgeordneter Mag. Fasan hat darauf hingewiesen, dass es nur ein Tausendstel für den Versehrtensport gibt. Diese Zahlen sind nur der Bereich, der ausschließlich als Versehrtensport ausgewiesen ist. Selbstverständlich ist etwa auch der Ausbau der Anlagen etwas, was genau dem Versehrtensport massiv hilft. Darüber hinaus bin ich ja auch in einem anderen Bereich für Behinderte zuständig, bei Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Und wir haben dort eine sehr starke Unterstützung für Maßnahmen in diesem Bereich. Vor kurzem konnten wir vier Segelboote in gemeinsamer Arbeit mit dem Weißen Hof übergeben. Etwas, was bis vor kurzem undenkbar für Querschnittsgelähmte gewesen wäre. Wir sind hier Vorreiter für die ganze Welt. Es sind Boote, die in Österreich konstruiert wurden. Und die steigen ein und können segeln. Ich hätte mich nicht einmal ‘reingetraut. Da hebt sich der Querschnittsgelähmte hinein. Das alles sind Dinge, die wir erarbeiten.

Und ich war dieses Wochenende bei „40 Jahre Paralympics“, einer Feier in der Landessportschule. Wirklich ein berührender Festakt! Und dort wurde gesagt, dass die Landessportschule die einzige wirklich behindertengerechte Einrichtung ist. Und sie danken vielmals. Und sie hoffen, dass sie diese noch weiter voll in Anspruch nehmen können. Also, wir haben damals bei der Errichtung schon darauf geachtet. Und wie gesagt, das könnte man in vielen Bereichen fortsetzen bis hin zur Top-Sport-Aktion, die auch und insbesondere für die Spitzenathleten im Behindertensport Auszahlungen, und jetzt auch differenziert intensive Auszahlungen bringt.

Wobei man darüber diskutieren kann. Auch das haben wir am Samstag besprochen. Und es sind ja neu die Special-Olympics auch dazugekommen. Wobei wir sehr darauf achten müssen, dass das nicht eine Cliquenbildung wird. Dass nicht nur wenige daran teilnehmen können, wie es derzeit der Fall ist. Sondern dass das wirklich allen angeboten wird. Also in diesem Bereich muss man das wie gesagt breiter sehen und nicht nur dem Sportbericht entnehmen. Das ist das Eine.

Das Zweite, was Sie angesprochen haben, Doping. Das liegt mir persönlich sehr am Herzen. Ich bin aus diesem Grund auch in das Anti-Dopingkomitee hinein gegangen als Vertreterin der Bundesländer. Weil wir ja gemeinsam mit dem Bund dort 45 Prozent zahlen. Das ist die Anforderung. Wobei die Information über das Anti-Dopingkomitee läuft. Die Information, ich gebe Ihnen hier Recht, ist für uns alle viel zu wenig. Viel zu wenig intensiv! Du kannst irgendwann im Jahr lesen, was man an Medikamenten nicht nehmen darf, aber das ist auch alles. Ich bin jedenfalls in meiner Funktion dort dabei, und wir werden es auch bei den Sportreferenten Ende Mai diesen Jahres neuerlich diskutieren, dass wir daran binden, dass unsere Mittel auch gezwungenermaßen stärker für die Information eingesetzt werden. Wir können aber als Land nicht Eigenes machen. Und wenn Sie sagen, es ist ein Drogenproblem, so ist das richtig. Aber die

Frage ist natürlich auch in anderen Bereichen relevant bis hin zum Medikamentengesetz. Die Gestaltung, die neu überdacht werden soll. All das sind Dinge, die da hineinspielen.

Ich möchte vor allem aber auch darauf hinweisen, dass der Jugendsport massiv ausgebaut wurde. Das ist nicht nur, weil das ORG - das ist ein Trugschluss, dass diese Mittel nur umgeschichtet wurden, wir haben massiv und zielgerichtet die Mittel verstärkt für den Jugendsport eingesetzt. Und wir haben das, was der Landtag in einer Debatte hier angeschnitten hat, die Spitzensportförderung an Jugendsporttätigkeit zu binden, sofort übernommen. Und jeder, der Spitzensportförderung bekommt, muss uns seine Jugendsporttätigkeit nachweisen. Und die muss über dem normalen Stand liegen. Das zu tun ist er als Spitzenverein verpflichtet. Und es wird auch nachgewiesen.

Ich hätte, Herr Abgeordneter, Sie gerne eingeladen gestern, bei einem Kinderhandballfestival dabei zu sein. Dort haben über 200 Kinder am Endspiel für die Volksschulen des Bezirkes Mödling teilgenommen. Und dort ist der Trägerverein der Spitzenverein, der das in die Wege geleitet hat. Und jede Volksschule nimmt daran teil. Und daneben, dass die Top-Spielerinnen hineingehen und dort das Training machen, sind vor allem die Lehrer, die Eltern und die Bürgermeister dahinter, dass das tatsächlich als Neigungsgruppe in die Schulen kommt. Solche Modelle sind generell zu unterstützen. Und ich gebe völlig Recht, dass nicht jeder geeignet ist, dass es nicht immer möglich ist, Spitzenathleten gleich als Trainer einzusetzen. Das kann nicht jeder. Es kann nur einer, der das auch gelernt hat. Und ein erfolgreicher Trainer muss sehr viele Qualitäten haben. Es geht nicht unbedingt darum, selbst ein guter Athlet gewesen zu sein. Er muss ein Dompteur sein. Er muss aber auch das Feeling für Menschen haben. All das gehört hinein, was ein guter Spitzensportler oft nicht hat. Weil der muss ja egoistisch sein. Doch als Trainer muss er völlig anders denken. Also hier liegen sehr viele Differenzen, sodass das hier nicht funktioniert. Allerdings gebe ich Ihnen Recht, dass man Spitzenathleten als Ansporn hinausschicken soll. Wir sind bereits im Gespräch mit Toni Pfeffer, der aller Voraussicht nach seine Laufbahn beenden wird, dass er hier in dem Zusammenhang arbeiten wird. Und auch darin sind wir aus Niederösterreich den Weg vorausschauend gegangen. Wir haben das aufgenommen, was der Landtag hier beschlossen hat. Wir haben massiv beim ÖFB interveniert, dass wir auch in St. Pölten wieder ein Leistungszentrum, ein Bundesleistungszentrum bekommen. Wir haben es bekommen. Und zwar in einer besonderen Form, dass hier kein Verein Träger ist, sondern der NÖ Fußballverband. Und bei der Zuteilung dieses Leistungszentrums, und das hat mich am meisten gefreut, ist diskutiert worden. Und nur zwei haben alle Voraussetzungen erfüllt. Eines davon waren wir. Von allen jetzt 12 Leistungszentren in Österreich. Das zweite war in Tirol, das tatsächlich den Unterbau nachweist. Wir werden nicht nur ein Bundesleistungszentrum erhalten, sondern wir sind mit dem Fußballverband auch in Diskussion um die Ausformung, dass die BAZ und die Leistungszentren für die Jüngeren aufgebaut werden. Und hier werden wir als Land auch mit einsteigen. Das hängt alles zusammen.

Darf ich die Gedanken von Abgeordneten Kautz mit aufnehmen. Man kann natürlich Schi fahren nicht mit allen anderen Sparten vergleichen. Denn Schi fahren ist ein Einzelsport und bei einem Mannschaftssport, da muss ich mehrere zusammenführen um das auch zu Wege zu bringen. Ich glaube aber, dass wir in Zusammenhang mit Fußball in Niederösterreich großartige Arbeit bei den Kleinen machen. Es fehlt das Zwischenglied, aber nicht so sehr in der Ausbildung als tatsächlich in der Überführung in die Kampfmannschaften. Da liegen andere Gründe dahinter. Wir wollen das mit unseren LAZ und BZ auch in dieser Form erreichen, auch die Vereine freiwillig einbinden, hier stärker mitzutun. Das ist das eine. Aber das zweite, wo ich dir völlig Recht gebe, und dort liegt unsere Problematik: Das Sportverständnis genereller Art fehlt bei uns. Denn warum haben Schweizer mit ungefähr gleich vielen Einwohnern, Dänemark mit weniger Einwohner, Norwegen mit weniger Einwohner sehr viel mehr Breite? Dasselbe trifft auf Jugoslawien zu: Sehr viel mehr Breite als wir. Wir machen gute Jugendarbeit. Im Jugendbereich können wir überall mit. Uns fehlt nur die Breite, dass wir die Abgänge von diesen jungen Leuten auch in die Spitze hinauf bringen. Und da hilft uns nichts, wenn wir Schulen noch und noch einrichten. Wir müssen die generelle Einstellung zum Sport in unseren Schulen verstärken. Und da helfen so breite Dinge wie ich sie angesprochen habe.

Ich möchte nur zum Schluss noch eines sagen, was uns wahnsinnig freut. Auch die Top-Sport-Aktion, Herr Abgeordneter, ist natürlich weit über olympische Spiele hinaus wirksam. Wir können Jugendliche fördern. In der Top-Sport-Aktion ist diese Staffelung drinnen, die differenziert Jugendlichen differenzierte Hilfen gibt, aber bis zu dem Spitzenathleten hinauf geht. Wir haben ein Sonderprogramm für Sydney gestartet. Das heißt „Sydney 2000“. Und dieses Sydney-Projekt, ich meine, ich hätte nie geglaubt, dass es so einschlägt. Die derzeit Nominierten und fix Qualifizierten für Sydney kommen zur Hälfte des Teams aus Niederöster-

reich. Darauf können wir schon stolz sein. Das ist nicht nur diese Aktion gewesen. Das waren vor allem unsere Funktionäre, die wirklich großartige Arbeit leisten und, wenn man ihnen ein bisschen hilft, noch massiver mit einsteigen. Und wir haben Medaillenchancen, von den Schützen, vom Farnik, über die Tischtennisspieler bis hin zu den Handballspielern haben wir sogar Medaillenchancen. Wir als kleines Land! Wir können schon stolz darauf sein. Und ich möchte wirklich noch zum Schluss sagen, das Wichtigste sind die ehrenamtlichen Funktionäre, die des öfteren so schlecht hingestellt werden. Hätten wir sie nicht, wäre das alles nicht möglich. Und wir könnten es niemals bezahlen. Aber generell, glaube ich, ist das Klima gut und der Sport kann in Niederösterreich wirklich leben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlusswort?

Berichterstatter Abg. BREININGER *(ÖVP)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Kultur-Ausschusses, Ltg. 444/B-35/2:)* Das ist einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 464/B-1, Ltg. 379/B-2/3, Ltg. 388/B-2/4, Ltg. 408/B-4/1, Ltg. 433/B-5/1 und Ltg. 446/B-5/2 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger! Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger, ich bitte Sie, die Einwendung vorzubringen.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Wir erheben den Einwand, dass durch die Zusammenziehung aller Prüfberichte, seien sie nun vom Landesrechnungshof oder Bundesrechnungshof eine große Fülle an unterschiedlichen Themen, da die Berichte ja sehr unterschiedliche Prüfgegenstände zur Kontrolle vorliegen hatten, zusammenkommen würden, die eine Debatte zumindest deutlich erschweren, wenn nicht verunmöglichen würden im Sinne einer konstruktiven Debatte, die aufeinander noch Bezug nehmen kann. Und würden von unserer Seite zustimmen einer Zusammenlegung der einzelnen Tätigkeitsberichte des Bundesrechnungshofes, würden aber vorschlagen, den Punkt, den Sammelbericht des Landesrechnungshofes gesondert zu behandeln. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Laut § 51 der Geschäftsordnung ist eine Einwendung hier möglich und ohne Debatte wird hier der Landtag den Beschluss darüber fassen. Daher kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Einwendung:)* Das ist die Minderheit! Das heißt, wir fahren fort, indem wir die Geschäftsstücke zusammenfassen. *(Zustimmung FPÖ, Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Pietsch, zuerst zu **Ltg. 464/B-1** und danach zu **Ltg. 379/B-2/3**, **Ltg. 388/B-2/4**, **Ltg. 408/B-4/1**, **Ltg. 433/B-5/1** und **Ltg. 446/B-5/2** zu berichten.

Berichterstatter Abg. PIETSCH *(SPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 464/B-1, über den Bericht Nr.5 der XV. Gesetzgebungsperiode. Der Bericht beinhaltet acht Prüfberichte und befindet sich, wie auch alle anderen Berichte, in den Händen der Abgeordneten. Ich stelle daher folgenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht Nr. 5 der XV. Gesetzgebungsperiode des Rechnungshof-Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Ich habe seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 379/B-2/3 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakete im Land Niederösterreich sowie in den Gemeinden St. Pölten, Amstetten, Baden, Klosterneuburg, Krems, Mödling und Wiener Neustadt zu berichten.

Ich stelle folgenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakete im Land Niederösterreich sowie in den Gemeinden St. Pölten, Amstetten, Baden, Klosterneuburg, Krems,

Mödling und Wiener Neustadt wird zur Kenntnis genommen."

Ich habe seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 388/B-2/4 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1998, zu berichten. Ich stelle folgenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Bundesland Niederösterreich, Verwaltungsjahr 1998, wird zur Kenntnis genommen."

Ich habe seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 408/B-4/1 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Landeshauptstadt St. Pölten zu berichten. Ich stelle daher folgenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht über Teilgebiete der Gebarung der Landeshauptstadt St. Pölten wird zur Kenntnis genommen."

Ich habe seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 433/B-5/1 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten zu berichten. Ich stelle daher seitens des Rechnungshof-Ausschusses folgenden Antrag *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten wird zur Kenntnis genommen."

Ich habe seitens des Rechnungshof-Ausschusses zu Ltg. 446/B-5/2 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Abgabeneinhebungsverband Scheibbs und den Gemeindeverband für Abgabeneinhebung Krems zu berichten. Ich stelle daher folgenden Antrag seitens des Rechnungshof-Ausschusses *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über den Abgabeneinhebungsverband Scheibbs und den Gemeindeverband für Abgabeneinhebung Krems wird zur Kenntnis genommen."

Frau Präsidentin! Ich bitte, die Verhandlungen einzuleiten und die Abstimmung durchführen zu wollen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir beraten heute den Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.5 der XV. Gesetzgebungsperiode, der acht Detailberichte des Landesrechnungshofes umfasst. Wir beraten heute aber auch über fünf nicht unwesentliche Berichte des Bundesrechnungshofes. Unter anderem über die gesetzten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung des gesamten öffentlichen Sektors sowie den Bericht über den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten. Ich meine, dass bei Vorliegen einer derartigen Vielzahl von Prüfergebnissen, hier gebe ich der Frau Kollegin Mag Weinzinger vollkommen Recht, eine sachliche Auseinandersetzung mit den Prüfergebnissen und eine politische Wertung derselben, also ein konstruktiver Beitrag, der auch klare Konsequenzen nach sich zieht, heute hier im Hohen Haus nur schwer möglich sein wird bzw. eine strukturierte Debatte zu den einzelnen Berichten fast unmöglich ist. Und somit auch der Landtag seiner Kontrollaufgabe nicht optimal gerecht werden kann.

Ich meine weiters, dass durch die gemeinsame Beratung über Prüfergebnisse des Bundesrechnungshofes und des Landesrechnungshofes in einer Sitzung diesen Kontrollinstitutionen im Bereich der öffentlichen Hand und ihrer Aufgabenerfüllung auch nicht die wünschenswerte Achtung und Wertschätzung entgegen gebracht werden kann.

Ich meine in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren weiters, dass wir es ganz einfach nicht außer Acht lassen sollten, dass eine mangelnde Wahrnehmung der Kontrolle auch zu einer Systemkrise der Demokratie führen kann. Gewisse Anzeichen einer Systemverdrossenheit besonders bei der jüngeren Generation - ich nenne hier nur die geringe Wahlbeteiligung bei den jüngsten Gemeinderatswahlen in unserem Land - sollten ein nicht zu übersehendes Zeichen in diesem Zusammenhang sein. Ich wiederhole daher auch heute hier im Hohen Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere freiheitliche Forderung, dass eingelangte Berichte des Bundesrechnungshofes vom Rechnungshof-Ausschuss der

nächst folgenden Sitzung des Landtages zugewiesen werden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wesentlichste Feststellung im Bericht des Bundesrechnungshofes über die Budgetkonsolidierungspakete der alten ÖVP/SPÖ-Bundesregierung ist wohl folgende Aussage, und ich darf hier zitieren: Nach Ansicht des Rechnungshofes werden nämlich nicht zuletzt auch wegen der Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der damit verbundenen supranationalen Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zu mittelfristig ausgeglichenen Haushalten zur Sicherung der gebotenen Nachhaltigkeit der erreichten Konsolidierungserfolge weitere insbesondere ausgabenseitige Konsolidierungsschritte vorwiegend zur Beseitigung langjähriger struktureller Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand erforderlich sein. Diese Feststellung hat der Rechnungshof nach einer querschnittsartigen Prüfung der Auswirkungen der Konsolidierungspakete, der sogenannten Sparpakete 1995 und 1996 sowie der Gebarungsentwicklung und der Finanzlage der öffentlichen Hand von 1995 bis 1997, im Dezember - bitte, im Dezember - 1999 getroffen. Zu einem Zeitpunkt also, wo bereits objektiv erkennbar war, dass die alte Bundesregierung eine Wende in der Budgetpolitik um zwei Jahre verschleppt hatte. Die Ausgangslage für das Bundesbudget 2000 war, dass Finanzminister Edlinger ein Bruttodefizit von 270 Milliarden Schilling und ein Nettodefizit von 109 Milliarden Schilling hinterlassen hat. Und diese Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren, was die Sicherung der finanziellen Stabilität in Österreich und seiner Bonität auf den internationalen Finanzmärkten betrifft, ein deutliches Alarmzeichen.

Die Schlussbilanz von 30 Jahren sozialistischer Budgetpolitik lautet kurz und bündig: Der Bund weist mit 1.623 Milliarden Schilling einen neuen Schuldenrekord aus. Österreich hält innerhalb der EU beim Budgetdefizit und der Verschuldung die Schlusslichtposition und muss blamable Ordnungsrufe aus Brüssel wegen verschleppter und zu zaghafter Budgetsanierungsmaßnahmen einstecken. Und muss sich leider den Vorwurf gefallen lassen, in der Vergangenheit seine Finanzen nicht in Ordnung gebracht zu haben. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei: Das ist nun einmal ein Faktum. Und wenn Sie heute im Zuge der Arbeiterkammerwahlwerbung plakatieren „Sozialabbau stoppen“ oder in Aussendungen des Gewerkschaftsbundes eine unerträgliche Belastungslawine, einen sozialen Kahlschlag anzuprangern versuchen, dann meine ich, dass Sie zuerst Ihre Finanzminister der letzten Jahre wegen deren Versäumnissen in der Budgetpolitik in die Pflicht nehmen sollten. Denn nur diese haben den Grundstein für die jetzt unausweichliche Wende in der Budgetpolitik unseres Landes gelegt.

Und wenn die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter heute so gern vom Sozialabbau schreibt oder redet, dann muss ich auf den vorliegenden Rechnungshofbericht verweisen und daraus wie folgt zitieren: Auswirkungen der Sparpakete. „Sehr deutlich fiel die Steigerung der Ausgabenkürzung 1997 gegenüber 1996 im Sozialbereich aus. So wurden laut Darlegung des WIFO bei familienpolitischen Maßnahmen, beim Pflegegeld und bei der Arbeitslosenunterstützung weitere Einsparungen (von 3,4 Milliarden Schilling auf 14,8 Milliarden Schilling) erzielt. Im ASVG-Pensionsbereich (die Maßnahmen verteilten sich auf Leistungskürzungen, Verwaltungseinsparungen, Beitragserhöhungen und Selbstbehalte bei Kuren) wurden die Einsparungen bei 2,7 Milliarden Schilling auf 10,1 Milliarden Schilling gesteigert.“ So weit kann man das dem Rechnungshof entnehmen.

Erwähnenswert erscheint mir noch der Vergleich der vom Bundesministerium für Finanzen geschätzten Mehreinnahmen auf Grund der Sparpakete 1995 und 1996 gegenüber dem Erfolg des Jahres 1995 mit den Istwerten. Für 1996 hat der Bund Mehreinnahmen von 21,6 Milliarden Schilling prognostiziert. Tatsächlich wurden Mehreinnahmen von 40 Milliarden Schilling erzielt. Und 1997 standen Mehreinnahmen von 49,1 Milliarden Schilling einem Prognosewert im Bundeshaushalt von 41,2 Milliarden Schilling gegenüber. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz dieser Mehreinnahmen, die schlussendlich zu sinkenden Abgängen im Bundeshaushalt geführt haben, ein Vergleich 1996 und 1997, trotz der 1997 erfolgten Ausgliederung der ASFINAG und trotz verschiedener Vermögensveräußerungen ist es dem damaligen Finanzminister Viktor Klima nicht gelungen, die Dynamik der Neuverschuldung Österreichs wesentlich einzubremsen! Die Finanzschulden des Bundes stiegen zum Beispiel 1996 bis 1997 um 81,3 Milliarden Schilling auf 1.497,3 Milliarden Schilling an. Und das, obwohl der Abgang des allgemeinen Haushaltes 1997 mit 67,2 Milliarden Schilling ausgewiesen wurde. Auch das ist ein Faktum, ein Markenzeichen dieser Budgetpolitik.

Ich habe aber auch für die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei etwas parat. Insbesondere für den Landesrat Mag. Sobotka, der leider nicht anwesend ist. Und zwar eine Feststellung des Rechnungshofes, welche insbesondere bei der Budgetpolitik des Landes nicht aus den

Augen verloren werden sollte. So stellte der Rechnungshof zur Belastung zukünftiger Finanzjahre wie folgt fest, und ich zitiere wieder: „Um den vorgegebenen Budgetrahmen einzuhalten bzw. um besondere Einsparungserfolge zu erzielen, verlagerten einzelne Ressorts finanzielle Belastungen durch Leasing-Finanzierungen und spätere Zahlungsziele in künftige Finanzjahre bzw. wurden mehrfach notwendige Maßnahmen aufgeschoben.“ Nach Ansicht des Rechnungshofes wies dies auf die Einengung des finanziellen Spielraumes in künftigen Jahren und zu erwartende Nachholeffekte hin. Diese Nachholeffekte haben wir auch in der Vergangenheit bereits im Land Niederösterreich gesehen, als es galt, dann ganz plötzlich ein Finanzierungspaket für die Berufsschulen zu schnüren.

Was den Landeshaushalt Niederösterreichs betrifft, so zeigte der Rechnungshof auf, dass der Rekordabgang des Jahres 1995 von rund 7,4 Milliarden Schilling bis 1997 auf rund 3,7 Milliarden Schilling abgesenkt wurde, und zog dazu folgende Schlussfolgerung. Ich darf auch wieder zitieren: „Die Entwicklung des Landeshaushaltes zeigte für 1997 eine Verbesserung der Haushaltsergebnisse. Dafür waren vor allem die Einnahmenerhöhungen durch den Finanzausgleich maßgebend.“ Es geht dann weiter: Es wurden dienst- und besoldungsrechtliche Bestimmungen seitens des Bundes übernommen, was ausgabenseitig sich auch ausgewirkt hat. Dann die geringeren Ausgaben bei den Gehaltsabschlüssen und auch die Einsparungsmaßnahme, dass angeordnet wurde, dass 10 Prozent der Überstunden zu kürzen sind bzw. eine Kürzung einzuhalten ist. Diesen Feststellungen des Bundesrechnungshofes ist wirklich nichts hinzuzufügen. Was mich aber, Hohes Haus, verwundert hat, ist, dass der Rechnungshof hinsichtlich der jährlich kontinuierlich ansteigenden Höhe der zur Defizitabdeckung in Anspruch genommenen inneren Anleihen keine Warnung ausgesprochen hat. Man muss wissen, dass der Gesamtbetrag der inneren Anleihen zur Defizitabdeckung 1995 mit 8,75 Milliarden Schilling ausgewiesen wurde, 1996 betrug dieser Wert bereits 9,49 Milliarden Schilling. Und 1997 entfielen von den Finanzschulden des Landes von insgesamt 28,5 Milliarden Schilling bereits 12,39 Milliarden auf innere Anleihen. Im Rechnungsabschluss des Landes 1998 sind die inneren Anleihen bereits mit 14,7 Milliarden Schilling ausgewiesen, denen Rücklagen in Höhe von lediglich 8,6 Milliarden Schilling gegenüberstehen.

Ich meine, ein kurzfristiger Überhang der inneren Anleihen ist sicherlich unbedenklich. Ein ständig steigender Überhang der inneren Anleihen über die ausgewiesenen Rücklagen wurde durch den Rechnungshof jedoch bisher regelmäßig beanstandet. Und das zu Recht! Denn jede Inanspruchnahme der zweckgebundenen, aber bereits durch innere Anleihen beanspruchten Rücklagen führt nun einmal zu einer Schuldaufnahme. Jeder Schuldendienst engt künftige Haushalte vermehrt ein.

Hohes Haus! Uns liegt aber, wie bereits erwähnt, ein weiterer Bericht des Rechnungshofes vor, der die Prüfergebnisse im Zusammenhang mit der Errichtung und Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten umfasst, der aber auch zu Fragen der Finanzierung des Landeshaushaltes Stellung bezieht. Das Gesamtfinanzierungsvolumen des Projektes Regierungsviertel wird vom Rechnungshof mit rund 6,5 Milliarden Schilling dargelegt. Obwohl der Landtag nun schon zweieinhalb Jahre in St. Pölten sitzt, weiß der Steuerzahler eigentlich noch nicht, wieviel das Landhausviertel wirklich kostet. Die Endabwicklung des Bauprojektes ist bisher nicht abgeschlossen. Die tatsächlichen Kosten für die bisher verbauten Leistungen und die damit verbundene zukünftige Belastung des Landesbudgets wurde dem Landtag bisher nicht bekanntgegeben. Was bisher an Baukosten seitens des Landes bezahlt wurde, ist nirgends klar und deutlich ersichtlich.

Die Ursachen für das Nichtvorliegen einer Schlussrechnung sind nicht bekannt und kann diesbezüglich auch nicht mit Verzögerungen in der Mängelbehebung argumentiert werden. Denn wir haben via Landeskorrespondenz bereits am 29. Oktober vorigen Jahres erfahren, dass von den 502 Aufträgen beim Hauptstadtprojekt St. Pölten bereits weit über 90 Prozent abgerechnet waren. Das sind alles Fakten, die auch angetan sind, der Projektfinanzierung mit Misstrauen gegenüberzustehen. Ich halte auch heute fest, dass sich an der mehrmals getätigten Feststellung der Freiheitlichen, dass die Kosten der Errichtung, die Kosten der Finanzierung des Regierungsviertels vom NÖ Steuerzahler aufgebracht, das heißt bezahlt werden müssen, nichts geändert hat.

Auch wenn der Herr Dr. Michalitsch, er ist leider jetzt nicht im Raum, im Rechnungshof-Ausschuss gemeint hat, mit diesem Rechnungshofbericht über das Regierungsviertel wird dem Finanzreferenten ein gutes Zeugnis ausgestellt, so kann ich dem Finanzreferenten bei objektiver Betrachtungsweise diese verbalen Rosen leider nicht streuen. Denn ich kann den Bericht des Rechnungshofes drehen und wenden wie ich will, ich kann nirgends eine Aussage des Rechnungshofes finden, dass nicht der Steuerzahler für den Bau und die Finanzierung des Regierungsviertels zur Kasse gebeten wird. Ich merke dazu an ... *(Abg. Kurzreiter: Herr Kollege! Wer hätte es eigentlich sonst*

zahlen sollen?)
Zuhören! Ich komme jetzt gleich dazu. Ich merke dazu an, dass die Bewertung der Zahlerfunktion vom Rechnungshof zu versteckt vorgenommen und darüber hinaus in einen anderen Bericht verlagert wurde, nämlich in den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakete. Das ist die Antwort auf deinen Zwischenruf.

In diesem Bericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann unter anderem nachgelesen werden, und ich zitiere: Das 1996 ausgewiesene Maastricht-Defizit von nahezu 4,6 Milliarden Schilling war überwiegend auf die voranschlagswirksame Hereinnahme der Ausgaben für den Bau der Landeshauptstadt zurückzuführen. Die betreffenden Ausgaben von 5,2 Milliarden Schilling sind im Rechnungsquerschnitt unter Verwaltungs- und Betriebsaufwand erfasst. Und so weiter. Der Rechnungshof hat also erstens die voranschlagswirksame Hereinnahme der Ausgaben für den Bau der Landeshauptstadt festgestellt und zweitens, dass diese Ausgaben der laufenden Gebarung zuzurechnen sind. Das heißt, aus Steuereinnahmen zu bezahlen sind. Und das ist nun einmal ein Faktum, über das man sich bisher versucht hat, hinwegzuschwindeln. Das aber auch klar und deutlich aus dem Rechnungsabschluss des Landes 1998 abgeleitet werden kann, wo wir einen Zahlungsrückstand für die Errichtung des Regierungsviertels für 31. Dezember 1998 von rund 4,9 Milliarden Schilling feststellen können.

Sie werden sich vielleicht alle noch erinnern können sowohl von Seiten der Sozialdemokratie wie von Seiten der ÖVP, dass uns immer verschiedene Mitglieder Ihrer Parteien den Hauptstadtfonds als den Wundertopf zu verkaufen versuchten. Was er offensichtlich nicht ist. Denn das beweist eigentlich die Millionensuche von Finanzlandesrat Mag. Sobotka im Herbst des vorigen Jahres. Sie werden sich alle noch erinnern können, dass für einen Barwertvorteil von 200 Millionen Schilling und einen jährlichen Vorteil bei der Leasingrate bis 2025 in Höhe von 8 bis 12 Millionen Schilling ein Leasinggeschäft mit einem US-Konzern geplant war. Ich kann nur sagen, seien wir heute alle froh, dass dieses Geschäft nicht zustande gekommen ist. Denn ich behaupte, die Risken für das Land Niederösterreich wären zu groß gewesen.

Daher musste die Millionensuche von Herrn Landesrat Mag. Sobotka weitergehen. Eine Verwertungsgesellschaft für das alte Landhaus in der Herrengasse wurde sodann gegründet, die jährlich 50 Millionen Schilling für die Finanzierung der Landeshauptstadt St. Pölten an den Landeshaushalt zu berappen hat. Egal, ob das alte Landhaus in Wien vermietet oder verkauft ist. Das heißt, diese Gesellschaft wird Überbrückungskredite für das Land aufnehmen müssen, die nicht in den Landeshaushalt Eingang finden werden. Für die aber der Steuerzahler aufzukommen hat. Das sind nun einmal die Fakten über jenes Finanzierungsmodell, das von Ihnen, von der Sozialdemokratie, und von Ihnen, der Österreichischen Volkspartei, so hochgejubelt wurde. Das aber in Wirklichkeit dem Steuerzahler insgesamt jedenfalls einen zweistelligen Milliardenbetrag in Schilling, also nicht in EURO kostet bzw. kosten wird.

Was den Landeshaushalt insgesamt betrifft, hat der Rechnungshof die ungünstige Entwicklung der Zinsen bei den Versicherungsdarlehen aufgezeigt und dies vor allem darauf zurückgeführt, dass Maßnahmen seitens des Landes zur Zinsabsenkung unterblieben waren. Nach Berechnungen des Rechnungshofes hätte sich bei einem aktiveren Schuldenmanagement in den Jahren 1996 bis 1998 ein um 300 Millionen Schilling niedrigerer Zinsenaufwand für die Versicherungsdarlehen ergeben können. Man höre und staune: Ein Einsparungspotential von 300 Millionen Schilling! Ich darf Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP bitten, das Herrn Landesrat Mag. Sobotka auszurichten. Denn 300 Millionen Schilling ist ganz einfach jener Betrag, den er für die Leasingrate „Errichtung Regierungsviertel“ in einem Jahr, bitte, benötigt.

Was nun den technischen Bereich der Beanstandungen des Rechnungshofes betrifft, so möchte ich insbesondere auf den Gesamtenergieverbrauch eingehen. Der jährliche Gesamtenergieverbrauch, also Fernwärme und Strom, wurde mit rund 14.000 Megawattstunden und Kosten von 12,9 Millionen Schilling prognostiziert. Der Verbrauch in den ersten 12 Monaten belief sich jedoch auf rund 24.000 Megawattstunden bei Energiekosten von 21 Millionen Schilling, was auf Schwachstellen bei der Haustechnikplanung und der Umsetzung von Haustechnikideen schließen lässt. Ich meine, diesem Bereich hat auch die NÖPLAN ein zu geringes Augenmerk hinsichtlich einer Optimierung geschenkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gäbe noch einiges über die Bevorratungsgrundstücke, die bauökologischen Kriterien, die Materialauswahl, die Abfallwirtschaft, die Unterwanderung der Estrichfläche in der Garage mit Oberflächenwasser und so weiter zu sagen. Da ich jedoch persönlich davon überzeugt bin, dass Sie alle den Bericht des Rechnungshofes ausführlich studiert haben, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit oder auch Nicht-Aufmerksamkeit zu meiner Wortmeldung nicht weiter über Gebühr in Anspruch nehmen. Eine

Feststellung zu diesem Bericht sei mir jedoch noch gestattet. Die übereinstimmende Auffassung des Rechnungshofes und des Finanzkontroll-Ausschusses, dem ich einige Jahre als Obmann vorstehen durfte, dass im Rahmen des Neubaues des Landhaus- und Kulturbezirkes bei der Vergabe von Aufträgen vor dem 6. Februar 1996 gegen EU-Vorschriften verstoßen wurde, ist schlussendlich durch das ergangene Erkenntnis des EuGH bestätigt worden. Und der Umstand, wie der Herr Dr. Michalitsch - jetzt ist er wieder da – im Rechnungshof-Ausschuss mitteilte, dass bisher keine Firma auf Grund des EuGH-Erkenntnisses einen entgangenen Gewinn eingeklagt hat, freut mich ganz besonders und muss als Segen für unser Landesbudget gewertet werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich spreche zum Prüfbericht bezüglich Querschnittsprüfung, ärztliche Versorgung in den NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen.

Vorab: Wir behandeln hier einen Bereich, der sehr sensibel ist und auch sehr anspruchsvoll geworden ist. Wir wissen alle, durch die Erhöhung der Lebenserwartung und durch die teilweise Veränderung der familiären Strukturen sind Pflegeheime immer wichtiger geworden. Und dementsprechend stark ist auch ein Anstieg der Pflegeplätze in Niederösterreich zu verzeichnen.

Wer je in den Pflegeheimen war, wird einwandfrei mit mir einer Meinung sein, dass jene, die dort arbeiten, von einem ganz besonders hohen Ethos getragen sein müssen. Es ist eine ungeheuer schwierige Arbeit. Und ich habe mir jedes Mal wenn ich dort war gedacht, ich frage mich, ob ich das so könnte. Und habe eigentlich die pflegenden Personen dort wirklich bewundert. Und ich denke auch, dass es in den meisten Heimen hervorragend funktioniert.

Zu sehen ist aber auch - nicht in Niederösterreich, Gottseidank, zumindest ist nichts davon bekannt, aber in anderen Teilen Österreichs haben wir das schon erlebt und auch im europäischen Ausland kommt es immer wieder zu solchen Dingen - dass diese Arbeit eben so anspruchsvoll ist, dass bei einer Überforderung eine schreckliche Situation entstehen kann. Dass überforderte Pfleger dann wirklich zu einer Art von menschenverachtenden Panikreaktionen kommen. Und ich darf das nur mit dem Stichwort „Lainz“ kurz anreißen. Hier müssen wir dafür sorgen, dass die Strukturen so sind, dass Überforderungen nicht entstehen, um diese Vorkommnisse wirklich auszuschließen.

Die Rechtsgrundlagen, auf denen die Pflege in den NÖ Landes-Pflegeheimen beruht, sind zum Teil das Ärztegesetz, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das NÖ Sozialhilfegesetz und eine Vorschrift über die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, Leitung und Betrieb. Was der Kernsatz dieses Berichtes ist, steht in günstiger Weise auch gleich an erster Stelle. Dieser Kernsatz heißt, die ärztliche Versorgung der Heimbewohner ist unterschiedlich geregelt. Das kann jetzt natürlich als Vorteil bewertet werden. Als Vorteil insofern als zentralistische Lösungen bei unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten ja durchaus nicht immer positiv sein müssen. Es kann aber nur dann als Vorteil gewertet werden, wenn auf der anderen Seite Rahmenbedingungen und Standards eingezogen werden, die eine willkürliche Abwicklung ausschließen. Und auf das möchte ich dann noch ein bisschen zu sprechen kommen.

Die ärztliche Versorgung ist unterschiedlich geregelt. Dazu meine ich, dass zum Beispiel zu hinterfragen ist, wie es denn sein kann, dass im Heim Ybbs auf 50 Bewohner der Pflegestufen 5, 6 und 7, das sind die höchsten Pflegestufen, wie Sie wissen, in der Woche 4,33 Arztstunden kommen, während in Eggenburg auf lediglich 18 Bewohner 10 Stunden fallen. Da muss man sich fragen, sind 10 Stunden hier notwendig oder sind 4,33 auf beinahe die dreifache Anzahl nicht einfach viel zu wenig. Ich glaube, hier zeigt sich schon, dass es eindeutig eine Norm braucht, um auch zu messen, ob die Qualität überhaupt eingehalten werden kann.

„Unterschiedlich gehandhabt“, das ist überhaupt der Tenor dieses Berichtes. Es gibt da eben eine Teiluntersuchung über die Art wie die Aufsicht über die pflegerische aber auch über die medizinische Tätigkeit durchgeführt wird. Und da sind dann doch ein paar ganz beeindruckende Kritikpunkte zu lesen. Wie es ausgeführt werden sollte, das ist eben in dieser Vorschrift geregelt. Eine Vorschrift ist ein Erlass der Landesregierung, der aber nicht veröffentlicht werden muss. Also etwas, was rechtlich sozusagen niederrangiger ist als ein Gesetz und auch eine Verordnung. Und diese Vorschrift über die Tätigkeit in den NÖ Landes- und Pflegeheimen enthält eigentlich nichts was die Aufsicht über die ärztliche und auch die pflegerische Tätigkeit anspricht. Und so kommt dann auch dieser Bericht zu dem Satz, eine Aufsicht über die ärztliche Tätigkeit ist eigentlich so gut wie nicht gegeben. Und das ist natürlich schon etwas, was wir ändern müssten.

Ich kann es Ihnen hier genau vorlesen. Es ist so, dass diese Vorschrift, und darauf möchte ich dann doch noch einmal zurückkommen, auch gar nicht bekannt ist. Das ist vielleicht ein Nachteil, dass man diese Sache nicht rechtlich anspruchsvoll sozusagen in einem Gesetz regelt, sondern dass man sich lediglich mit einer Vorschrift behilft. Es steht da: Insgesamt wurden Amtsärzte von 14 der 21 Bezirkshauptmannschaften kontaktiert. Eine Aufsicht im Sinne der Vorschrift erfolgt praktisch nicht. Bei einem einzigen Amtsarzt konnte die Einhaltung dieser Vorschrift festgestellt werden. Einige wussten von der Existenz dieser Vorschrift, einige ließen sie sich im Zuge der Erhebungen ausheben. In einem Fall war die Vorschrift weder bekannt noch auffindbar. Das ist sicher ein Zustand, der zu ändern ist.

Dasselbe bezüglich Aufsicht gilt auch bei der pflegerischen Tätigkeit. Erfreulich ist, und dafür muss man den Pflegepersonen einmal wirklich herzlich danken, dass der Qualität der Pflege ein sehr hoher Stellenwert zugesprochen worden ist. Damit war die Kontollbehörde sehr zufrieden. Auf der anderen Seite aber wurde festgestellt, dass bei der Delegation von Pflegetätigkeiten der Ärzte an die Pfleger Unsicherheiten entstehen, weil die zum Beispiel nicht schriftlich fixiert wurden und so weiter. Und auch diese Delegation der ärztlichen Maßnahmen an die pflegenden Personen unterliegt keiner Aufsicht. Keine Aufsicht! Und, was noch hier angesprochen wird, was wirklich fehlt, ist eine Qualitätskontrolle und das Einziehen, ja überhaupt das Vorhandensein von Qualitätsstandards.

Und wenn man jetzt sagt, auf Grund der regionalen Gegebenheiten sollen wir das auch unterschiedlich handhaben, so müsste man doch dafür sorgen, dass erstens einerseits die Aufsicht funktioniert und andererseits diese Aufsicht eben auch sich an Qualitätsstandards orientieren kann. Und wenn man hier auch noch liest, dass der Kontrollbericht feststellt, Qualitätssicherung ist eine Verpflichtung des Rechtsträgers, dann meine ich, dass wir doch hier gesetzlich etwas verändern sollten und etwas tun müssen. Und ich bringe deswegen den Resolutionsantrag ein *(liest):*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zum Antrag des Rechnungshof-Ausschusses Ltg. 464/B-1, Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.5 der XV. Gesetzgebungsperiode, betreffend NÖ Pensionisten- und Pflegeheimgesetz.

Wie der Prüfbericht des NÖ Landesrechnungshofes (Prüfung 14/1999) aufgezeigt hat, ist z.B. die ärztliche Betreuung in den NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen unterschiedlich geregelt, bzw. werden fehlende Qualitätsstandards und die mangelhafte ärztlich-medizinische Aufsicht festgestellt. Eine Normierung und Standardisierung des Betriebes in den NÖ Heimen erscheint notwendig und wichtig.

Die Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, dem NÖ Landtag ehebaldigst einen Gesetzesentwurf im Sinne der Antragsbegründung zur Beschlussfassung vorzulegen, welcher den Einwendungen des NÖ Landesrechnungshofes Rechnung trägt.“

Ich weiß, dass die ÖVP vor hat, mit der Argumentation, dass diese Sache im Sozialhilfegesetz geregelt ist, sich darauf zurückzuziehen, dass eine Verordnung erlassen wird. Ich denke aber, dass der Bereich der Altenpflege jetzt schon und in weiterer Zukunft umso mehr einen so großen Bereich und einen so hohen Stellenwert umfassen wird, dass es hier sinnvoll wäre, wirklich die rechtlich höchste Qualifikation dafür zu verwenden. Und die Transparenz eines Gesetzes und auch die Öffentlichkeit eines Gesetzes, den Vorteil eines Gesetzes, dass darüber auch wirklich diskutiert wird in einem Landtag, zu nützen um das in einem eigenen Gesetz zu regeln. Es ist dies auch in den meisten Bundesländern so! Ich bitte Sie daher, sich das doch noch einmal zu überlegen, ob hier nicht einem Gesetz gegenüber einer Verordnung der Vorzug gegeben werden könnte.

Zum Bericht selbst: Man erwartet von einem Bericht, dass er klare Worte findet. Es ist ein ganz wichtiges Korrektiv. Der Rechnungshof ist ein wichtiges Korrektiv zum Vollzug der Landesgesetze als eine für eine Demokratie unverzichtbare Institution. Und ich meine, diese Worte sollten natürlich korrekt und nicht verletzend, aber klar sein. Und das vermisse ich hier denn doch einigermaßen. Man hat hier ganz offenbar mit dem Bemühen, die Politik zu schonen, so diffuse Formulierungen gefunden, dass sie eigentlich so nicht wirklich hingenommen werden können. Wenn hier zum Beispiel steht: Trotz der in diesem Bericht aufgezeigten Problemfelder kann für den Zeitraum der Untersuchung eine entsprechende Prozess- und Strukturqualität in den

Heimen angenommen werden, dann reicht das einfach nicht aus. Ich möchte von einem Rechnungshofbericht nicht hören, was vielleicht angenommen werden könnte. Sondern ich möchte wissen, was hat der Rechnungshof vorgefunden. Wie ist es. Wo sind Verbesserungsvorschläge.

Ich meine, wir sollten diesen Bereich weiter diskutieren und mit diesem Rechnungshofbericht sicher nicht ein Ende der Debatte erreicht haben. Und ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Resolutionsantrag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf gleich zum Resolutionsantrag der Kollegin Rosenkranz Stellung nehmen. Wir sind zwar nicht so häufig mit der ÖVP einer Meinung, aber sollte das der Fall sein, dass man das im Verordnungswege regelt, so denken wir, dass das an und für sich die sinnvollere Lösung wäre. Inhaltlich ist das durchaus in Ordnung, das Ansinnen. Aber das sind Bereiche, Qualitätsstandards, die man am besten in einer Verordnung regelt. Und daher wollen wir dieser Resolution nicht nähertreten.

Nun darf ich zu drei Rechnungshofberichten Stellung nehmen. Zu zwei Berichten des Landesrechnungshofes. Ich beginne mit dem Rechnungshofbericht über die Wachauer Messe AG und möchte zunächst gleich die Empfehlung, die der Rechnungshof der Landesregierung in diesem Bericht mit gibt, nämlich die im Besitz der Landesregierung befindlichen 25 Prozent der Beteiligung abzustoßen, erneuern und auch dem Landtag hier zur Kenntnis bringen. Ich würde das auch der Landesregierung dringend empfehlen bzw. hatte die Landesregierung hier schon Maßnahmen eingeleitet. Ich halte das auch für richtig. Denn wenn man sich diesen Bericht anschaut, dann sieht man, wie sehr die Probleme eigentlich weiterhin anwachsen können, wenn die Landesregierung hier beteiligt bleibt und damit natürlich auch Probleme für das Land Niederösterreich selbst.

Ich darf das Ergebnis des Rechnungshofberichtes zitieren mit der Frage, wie geht man in dieser Aktiengesellschaft etwa mit dem Aktienrecht um? Wie wird hier verfahren? Wo ist denn das Land Niederösterreich beteiligt? Was ist denn das für eine Aktiengesellschaft, an der das Land beteiligt ist? Die Übertragung der Zeichnungsberechtigung an ein Mitglied des Aufsichtsrates, heißt es hier, bedeutet in der Praxis, dass dieses unmittelbar in die Verantwortung des laufenden Betriebes der Wachauer Messe eingebunden wurde. Eine solche Vorgangsweise steht im Widerspruch zu den Aufgaben eines Aufsichtsrates und widerspricht den Bestimmungen des Aktiengesetzes.

Das heißt also, eine Aktiengesellschaft ist hier offensichtlich nicht in der Lage, das Aktiengesetz richtig anzuwenden. Ein Grund mehr für die Landesregierung, sich hier zurückzuziehen. Und mir ist in diesem Zusammenhang auch eine Wortmeldung eingefallen aus dem Rechnungshof-Ausschuss oder eine Diskussion vielmehr, die wir geführt haben. Was bedeutet es denn, wenn etwa der Rechnungshof Gesetzesverletzungen aufzeigt oder wenn er etwa auch Verletzungen von Verordnungen oder von Richtlinien, von Kriterien aufzeigt, was natürlich auch wichtig ist. Denn der Rechnungshof soll ja insgesamt kontrollieren. Aber ich glaube doch, dass wir hier auch unterschiedlich bewerten sollten. Denn wir als Landtag führen ja die politische Bewertung durch. Und daher möchte ich schon darauf hinweisen, dass es ein Unterschied ist, ob ein Gesetz oder eine Rechtslage tatsächlich verletzt wird oder ob eine Verordnung verletzt wird. Oder ob etwa eine Richtlinie verletzt wird, ob Kriterien nicht eingehalten werden. Wir werden dann noch von Kriterien sprechen, die in anderen Bereichen nicht eingehalten wurden. Aber hier möchte ich doch darauf hinweisen, dass der Rechnungshof ein Gesetz gemeint hat, nämlich das Aktiengesetz. So viel zu dieser Frage der Wachauer Messe AG in Zusammenhang mit dieser Gesetzesverletzung.

Aber es ist nicht allein das. Es sind auch viele andere Dinge, die hier aufgefallen sind, die der Rechnungshof aufgedeckt hat. Aufsichtsratsbeschlüsse wurden nicht protokolliert und gelten daher als nicht gefasst. Das kann man jetzt nicht unbedingt in die Kategorie der Gesetzesverletzungen einreihen, sondern schlicht und ergreifend in die Kategorie der Schlamperei.

Oder auch falsche wirtschaftliche Einschätzungen, Investitionen, die völlig ins Leere gingen. Investitionen, die man tätigen wollte, weil man sozusagen das Finanzloch, das sich über die Jahre davor angesammelt hat, durch diese Investitionen stoppen wollte. Weil man eben mit der Messe den Finanzverlust ausgleichen wollte. Was überhaupt nicht gelungen ist, sondern das Gegenteil ist passiert. Man hat völlig in die falsche Richtung investiert. Das Problem aber war, dass man versucht hat, einen Trend, eine Tendenz, die sich ja eigentlich über Jahre abgezeichnet hat, dass man versucht hat, die durch Einmalmaßnahmen, durch Sofortmaßnahmen zu stoppen oder abzuwenden.

Der Rechnungshof zeigt das hier sehr deutlich auf. Es wird hier auch gesagt, dass etwa im Jahr 1986 schon feststellbar war, dass die Finanzierungstradition, also die Abdeckung der Verluste durch die Weinmesse, nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. Das heißt, man hat 10 Jahre lang immer Verluste vorgeschrieben, und hat dann geglaubt, durch größere, noch größere Verluste das wieder abdecken zu können. Und das hat natürlich nicht funktioniert. Und dann ist man draufgekommen.

Was uns politisch doch etwas stört, ist, dass man sehr, sehr spät draufgekommen ist. Dass es eines Kontrollausschussberichtes der Stadt Krems bedurfte, dass man draufgekommen ist. Es sind Verluste bis zu 11 Millionen Schilling, die hier zusammengekommen sind. Und wenn man eben regelmäßig solche Verluste schreibt, dann hat man eben das Problem, dass man nicht mit einem Mal wegkommen kann davon. Man hätte hier früher eingreifen müssen. Man hätte sich dieser Problematik stellen müssen. Man hätte nicht so tun sollen als läge das Geld einfach da, als kann man das von einem Jahr aufs nächste fortschreiben. Wie wohl man natürlich sagen kann, natürlich machen das Regierungen auch; Landesregierungen, Bundesregierungen, Gemeinderegierungen. Aber eine Gemeinde, eine Gebietskörperschaft, ein Land, eine Republik ist eben keine Aktiengesellschaft. Und hier sollten wir doch unterschiedliche Kriterien anlegen. Und daher ist es sinnvoll, wenn sich die Landesregierung hier zurückzieht.

Noch ein wenig anders, und ich meine auch, noch ein wenig schlimmer oder bedeutend schlimmer sind die Fragen, die aufgetaucht sind im Zusammenhang mit der bautechnischen Prüfung des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Zwettl. Es scheint hier so zu sein, meine Damen und Herren, dass offenbar in Niederösterreich alle Gemeinden gleich sind, nur einige sind gleicher. Denn es scheint doch so zu sein, dass die Gemeinde Zwettl mit nicht ganz allgemein gültigen Maßstäben behandelt wurde. Da geht es noch nicht einmal um die Planungsarbeiten, die erst neun Monate nach Baubeginn überhaupt beschlossen wurden. Da geht es auch nicht unbedingt darum, dass man eine Geschäftsordnung des Baubeirates missachtet hat. Da geht es auch nicht darum, dass man 11 Monate vor Erteilung der Benützungsbewilligung schon den Betrieb aufgenommen hat. Als wäre es so ein Problem, eine Benützungsbewilligung zu erteilen. Natürlich ist es ein Problem, ein verwaltungstechnisches Problem. Aber dass man fast ein ganzes Jahr dazu braucht, das erscheint doch ein wenig merkwürdig.

Das sind aber nicht die großen Brocken. Und es sind, und das ist eigentlich äußerst bedauerlich, auch nicht die großen Brocken, dass man etwa einen Abstellraum dort so gebaut hat, dass die Tür nach innen aufgeht. Und somit der ganze Abstellraum auf Grund seiner geringen Größe unbrauchbar war. Viel schlimmer ist es beispielsweise schon, dass für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Terrassen nicht benützbar sind. Weil die Schwellen so gestaltet sind, dass die Terrassen und Balkons und die Loggias nicht benutzt werden können. Was denkt man sich denn, wenn man ein Pflege- und Pensionistenheim baut, das für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer nicht benützbar ist? Wo ist hier die Kontrolle der Bauaufsicht? Wo ist hier die Landesregierung? Wo sind hier die wirksamen Maßnahmen, die das rechtzeitig unterbinden, die rechtzeitig darauf schauen, bevor der Landesrechnungshof auf eine derartige technische Fehlleistung draufkommt.

Das ist der eine Bereich. Der andere Bereich, und damit komme ich zurück auf die unterschiedliche Behandlung von verschiedenen Gemeinden in Niederösterreich, das ist die Frage, wie man hier umgeht mit dem finanziellen Bereich. Es gab beispielsweise einen Schenkungsvertrag aus dem Jahre 1977, bei dem festgelegt wurde, dass die Landesregierung der Gemeinde ein Grundstück geschenkt hat, mit dem Hinweis oder mit dem Verweis, wenn einmal eine Sozialeinrichtung in Zwettl gemacht wird, dann soll das hier zur Verfügung gestellt werden. Nun ist es schon durchaus möglich, dass dieses Grundstück selbst dafür nicht geeignet war. Das ist durchaus möglich. Aber es war eine Wertanlage, die der Gemeinde Zwettl zur Verfügung gestellt wurde. Die man heranziehen hätte können. Und den Wert dieses Grundstückes hätte man zumindest als Richtschnur heranziehen können. Man hat das wahrscheinlich übersehen oder vergessen oder man wollte es nicht sehen. Jedenfalls ist dieser Schenkungsvertrag nicht herangezogen worden und die Bedingung in diesem Vertrag ebenfalls nicht. Das zum Einen.

Zum Zweiten aber, dass man die Aufschließungskosten nicht entrichtet hat. Es gab zwar seitens der Gemeinde Zwettl - Entschuldigung, man hat sie sehr wohl - es gab zwar eine Verzichterklärung seitens der Gemeinde Zwettl, man hätte also gar nicht zahlen müssen, aber den guten Freunden in Zwettl schiebt man halt die Aufschließungskosten hinüber. Und man wird ja sehen, was passiert. Vielleicht kommt niemand drauf und vielleicht kann man damit wieder günstig in der Gemeinde selbst die finanzielle Situation verbessern. Das sind also Dinge, die eigentlich nicht einsehbar

sind. Denn ansonsten ist das Land ja, was die Gemeinden betrifft, durchaus ein strenger Kontrolleur. Und die Landesregierung versteht es sehr, sehr gut, Gemeinden eine Schnur anzulegen, Kriterien anzulegen. Gemeinden in ihrer Finanzgebarung auf die Finger zu schauen. Aber, wie gesagt, es könnte tatsächlich sein, dass hier einige Gemeinden gleicher sind. Und zu denen gehört offensichtlich auch Zwettl.

Und ich möchte auch nicht verabsäumen hinzuweisen auf den Prüfbericht vom Vorjahr, aus dem Jahr 1999, wo nicht die bautechnische Prüfung des Heimes Zwettl durchgeführt wurde, sondern das Pensionisten- und Pflegeheim als solches geprüft wurde. Und auch hier nicht im pflegerischen Bereich, aber auch im administrativen Bereich, etwa im Bereich des Dienstpostenplanes, der nicht eingehalten wurde. Wo hier Mängel festgestellt wurden. Wo beim Personalaufwand Mängel festgestellt wurden. Wo die Geschäftsordnung der Landesregierung, wie wir dann im Rechnungshof-Ausschuss draufgekommen sind, in guter Tradition nicht eingehalten wurde. Und der Zahlungsvollzug nicht nach dem Grundsatz der Trennung von Anordnung und Zahlungsanweisung stattgefunden hat und vieles mehr. Das heißt also, in Zwettl gibt's ja doch eine gewisse, möchte ich sagen, Häufung von Ungereimtheiten. Und ich kann nicht verstehen, und es ist ja fast schon merkwürdig, dass der Kollege Dr. Michalitsch jetzt schon ein drittes Mal zitiert wird im Zuge dieser Rechnungshofdebatte, ich kann nicht verstehen, wie man im „Kurier" zu der Aussage kommen kann, der Zwettler Bericht mache unterm Strich einen positiven Gesamteindruck. Also wenn das positiv ist, dann weiß ich nicht was negativ ist von den Rechnungshofberichten, die uns hier vorliegen!

Und jetzt möchte ich zu einer anderen Gemeinde kommen, damit nicht nur der Eindruck entsteht, wir würden uns hier zu Gunsten oder zu Ungunsten der von der ÖVP dominierten Gemeinden ins Zeug legen. Keineswegs! Uns liegt ja auch vor der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1999 über die Gebarung der Landeshauptstadt St. Pölten.

Es ist schon interessant, wie ein Bürgermeister in einer Landeshauptstadt verfahren kann, wenn er mit einer gesunden absoluten Mehrheit regiert. Und wenn er plakatieren kann, wir haben es geschafft als Landeshauptstadt. Wir sind alle Sorgen los. Die einzige Sorge, die der Bürgermeister dabei offensichtlich übersehen hatte ist der Rechnungshof. Und der Rechnungshof hat hier gut daran getan zu prüfen. Ich darf einige Auszüge daraus diskutieren. Die Landeshauptstadt, darf ich zitieren aus der Zusammenfassung, die Landeshauptstadt verfügte über keine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung. Im ordentlichen Haushalt kam es zu zahlreichen Nachtragskrediten und vielfach zur Aufhebung von Kreditsperren. Durch das Fehlen einer zentralen Haushaltsüberwachung entstanden nicht genehmigte Überschreitungen von Haushaltsansätzen in Millionenhöhe. Wen kümmert es, wenn die Mehrheitsgemeinde St. Pölten so vorgeht wie die Mehrheitslandesregierung? Und damit meine ich Parteiendominanz, die Kontrollen erschwert. Wen kümmert es?

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Oder: Der Gesamtschuldenstand stieg von 1993 von 1,3 Milliarden Schilling im Jahr 1993 auf 1,8 Milliarden Schilling im Jahr 1998. Das ist ein Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung von 27.000,- auf 35.000,- Schilling. Oder: Die Landeshauptstadt verfügte über keine längerfristige Personalplanung. Man war also im Personal irgendwie einer gewissen Willkür oder sagen wir einmal einer gewissen Beliebigkeit unterworfen. Aber nicht nur im Personalwesen. Auch im Sport- und Kulturwesen war es so. Die Sport- und Kulturförderungen wurden im Wesentlichen nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Ich nehme an, der Rechnungshof hat diesen Ausdruck durchaus überdacht und gezielt verwendet. Förderungsrichtlinien, und damit bin ich bei der Wirtschaftsförderung, Förderungsrichtlinien und Subventionskarteien fehlten vielfach. Für die Wirtschaftsförderung bestand kein Konzept. Es besteht hier immer die Gefahr einer Art Beliebigkeit. Man könnte sie auch als eine Art Willkür bezeichnen. Weil der Willkür durch fehlende Konzepte, fehlende Strategien und insbesondere fehlende Pläne, die ja beschlossen werden könnten, weil der Willkür dadurch Tür und Tor geöffnet sein könnte. Vielleicht kann man das in St. Pölten als eine Art „Willy-Kür" bezeichnen. Damit muss nicht gemeint sein die Kür des langjährigen Bürgermeisters, aber die Möglichkeit, als Bürgermeister dort entsprechend durchzugreifen.

Eine Hauptstadt, eine Stadt, die zu einer Landeshauptstadt wird. Wir erinnern uns alle an diesen Sog, den diese Stadt eine Zeit lang ausgeübt hat, auch dokumentiert durch die entsprechenden Grundstückspreise, auf die ich dann noch zu sprechen komme. Eine Stadt, die also zur Landeshauptstadt wird, die ein Bevölkerungswachstum erwartet, hat es nicht nötig, Konzepte oder Flächenbedarfsstudien für aktive Grundankaufs- oder –verkaufspolitik vorzunehmen. Nein, das gab es nicht. Und da gab es gerade in Zusammenhang mit dem Flächenmanagement und dem Grundstücks-

management eine schöne Geschichte im Zusammenhang mit einem befreundeten Verein, einer befreundeten Autofahrerorganisation. Es erübrigt sich zu sagen, dass es natürlich eine sozialdemokratische Autofahrerorganisation war. Denn man hätte vielleicht den ÖAMTC in Zwettl gefunden, gemeinsam mit der Landesregierung in derartige Schenkungszusammenhänge eingebunden. In St. Pölten war es naturgemäß der ARBÖ.

Und ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, dieser ARBÖ ist so was von geschäftstüchtig. Ich möchte Ihnen das ein wenig erklären. Es hat einen Grundstücksverkauf gegeben von der Gemeinde St. Pölten, von der Stadt St. Pölten an den ARBÖ. Der ARBÖ hat ein Grundstück erworben im Jahre 1993, als man dachte oder als man auf der Basis eines Verkehrswertes von etwa 1.500,- bis 2.000,- Schilling, die aber zurückgehen auf den Februar 1988, wo wir also annehmen können, dass eigentlich die Grundstückspreise noch gestiegen sein könnten. Aber immerhin. Man hat angenommen einen Verkehrswert von rund 1.500,- bis 2.000,- Schilling. ARBÖ kauft von St. Pölten um 600,- Schilling für den Quadratmeter. Schön und gut. ARBÖ ist eine gemeinnützige Organisation. Man braucht einen Autofahrerklub, daher also dieser Grundstücksankauf. Nur, der ARBÖ hat diesen gesamten Grund gar nicht genützt und hat ihn an eine Immobiliengesellschaft, eine Bauträger- und Immobiliengesellschaft im Februar 1995 weiterverkauft. Und dort wurde dann ein Bauwerk errichtet. Und man hat also als Autofahrergesellschaft ARBÖ immerhin stolze 900,- Schilling für den Quadratmeter verdient. Und das Interessante ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der betroffenen Gemeinde. Hier sagt man nämlich, laut Mitteilung der Landeshauptstadt St. Pölten sei die Ansiedlung von Betrieben vielfach nur dadurch möglich, dass Grundstücke der Stadt unter dem Verkehrswert veräußert würden. In Hinkunft sollen bei einer begünstigten Bereitstellung städtischer Grundstücke vertraglich festgelegte Zweckwidmungen vinkuliert werden. Nun, es ist damals dann eine Tankstelle auf diesem Grundstück errichtet worden, das der ARBÖ verkauft hat. Das Interessante dabei ist, dass offensichtlich nach dieser Stellungnahme die Gemeinde St. Pölten nicht in der Lage ist, dem Verkehrswert entsprechend zu verkaufen. Der ARBÖ aber sehr wohl. Das ist interessant. Offensichtlich ist der ARBÖ geschäftstüchtiger als der Bürgermeister von St. Pölten.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einem letzten Projekt, das auch sinnvoll durchleuchtet wurde, wie ich meine, möchte ich zum Schluss kommen. Und das war das Projekt Tiefgarage/Rathausplatz und Amtsgebäude Rossmarkt. Man hat hier, obwohl dieses Projekt laut Aussage des Rechnungshofes gestalterisch und funktionell durchaus gelungen ist, ohne Benützungsbewilligung eine Woche vor der St. Pöltener Gemeinderatswahl eine Eröffnung mit einem Clubbing für Jugendliche durchgeführt. Ich bin ein großer Freund von Clubbings, natürlich bin ich das, weil ich das als einen guten Event für Jugendliche empfinde. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich selber habe zwar immer Probleme dann mit der Lautstärke, aber ich finde sie als eine gute Einrichtung für Jugendliche. Nur, in einem nicht bewilligten Objekt, bei dem keine Benützungsbewilligung vorliegt, ist es natürlich schon ein wenig heikel. Wenn dort etwas passiert wäre! Ich weiß, Herr Kollege Kautz, was Sie jetzt sagen wollen. Dennoch. In diesem Zusammenhang hätte man nämlich diese Benützungsbewilligung durchaus erteilen können. Es wäre kein Problem gewesen. Oder man hätte vielleicht die ganze Angelegenheit um drei Wochen verschieben können. Nur wäre sich das dann leider nicht mehr ausgegangen vor der Gemeinderatswahl. Das wäre doch eine Möglichkeit gewesen.

Was ist geschehen insgesamt? Die Kosten für dieses Projekt wurden ursprünglich mit 60 Millionen Schilling veranschlagt, gekostet hat es insgesamt dann 125 Millionen. Ich möchte daher zum Abschluss feststellen: Hier agiert ein Bürgermeister doch sehr selbstherrlich und offensichtlich im Alleingang. Ohne finanziellen Überblick und mit mehr Blick auf die Macht statt auf das Geld und auf die Bürger. Ich will nicht ausschließen, dass es mehrere Bürgermeister in Niederösterreich gibt, die so agieren. Aber es gibt zumindest nur einen Landeshauptmann, der auch so agiert. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. WALDHÄUSL *(FPÖ)*: Werter Herr Präsident! Werte Kollegen des Hohen Hauses! Ich möchte in meinem Debattenbeitrag auf drei Landesrechnungshofberichte eingehen: Naturparke und Entschädigungszahlungen und die landwirtschaftlichen Schulen.

Ich beginne mit den Naturparken und dem Bereich um diese Entschädigungszahlungen. Der Landesrechnungshof hat insgesamt 21 geschützte Landschaftsräume, die von der NÖ Landesregierung zu Naturparken erklärt wurden unter die Lupe genommen. Und eben der Betrieb der Naturparke, der durch Vereine, Gemeinden oder anderen Institutionen gewährleistet wird, wurde hier kontrolliert. Es wurde unter anderem festgestellt, dass beschlossene Förderungsrichtlinien als nicht optimal

und den Erfordernissen entsprechend angesehen wurden, wie sie hier eingesetzt werden. Die Förderungsabwicklung erscheint zu aufwendig, zu bürokratisch, Qualitätskriterien dienen nicht unbedingt als Maßstab bei der Vergabe gültiger Förderungen.

Das im Groben. Im Einzelnen schaut das dann so aus, dass eben die bestehenden Richtlinien zur Förderung des Betriebes in den Naturparken zu überarbeiten sind. Und hier gibt es ja eine positive Stellungnahme der Landesregierung, dass das jetzt in Zukunft auch einmal überarbeitet wird und man hier dann auch im Interesse des Landesrechnungshofes dem nachkommen wird.

Bei der Gewährung von Förderungsmitteln wurde kritisiert, dass teilweise kein Antrag vorliegt, wenn hier Fördermittel ausbezahlt werden. Das ist selbstverständlich nicht in Ordnung. Und ich glaube, dass das auch in Zukunft auf Grund dieser Stellungnahme des Landesrechnungshofes abgeschafft wird. Und dass es dann so administriert wird, dass selbstverständlich auch ein Förderansuchen vorliegen sollte. Dass natürlich in Hinkunft im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung die Richtlinien für die Förderung des Landes Niederösterreich, einzuholende Verpflichtungen und Erklärungen des Förderungswerbers nicht mehr auf einem Formblatt durchzuführen sind, dass es zu einer Erleichterung kommt, ist auch positiv zu beurteilen.

Es wurde auch durchleuchtet die Art und Weise, wie man in Zukunft die Höhe der Förderung betreffend die Initiative des Förderungswerbers zur Erreichung der Qualitätskriterien verstärkt berücksichtigen können wird. Und ich glaube, dass das auch eine positive Änderung ist, wenn man hier zu einer besseren Berücksichtigung der Qualitätskriterien kommen kann.

Es soll künftig auch versucht werden, nach Möglichkeit noch stärker als bisher angemessene einmalige Entschädigungen zu vereinbaren bzw. festzusetzen. Dazu muss angeführt werden, dass es Einmalzahlungen gibt und selbstverständlich auch jährliche Entschädigungen. Und das muss man dann sicherlich von Fall zu Fall prüfen, welche Vorgangsweise hier die bessere ist. Es ist natürlich klar, dass der Landesrechnungshof im Sinne einer sparsamen Gebarung selbstverständlich auf eine kostengünstigere Variante drängt. Wie gesagt, natürlich immer nur in genauer Absprache und Durchsicht des konkreten Falles.

Dass eine klare und leicht zu administrierende Form der Wertsicherung und der jährlichen Entschädigung zu finden ist, ist genauso richtig wie die Feststellung, dass es bei der Entschädigungszahlung an Entschädigungsberechtigte zu einer Gleichbehandlung kommen soll. Obwohl das sicherlich nicht immer leicht zu beurteilen ist, weil die Wertung, was ist mehr förderungswürdig und was weniger, ist natürlich nicht immer so einfach festzustellen. Aber grundsätzlich ist auch diese Feststellung des Rechnungshofes selbstverständlich richtig und in Ordnung.

Es wurde kritisiert und angemerkt, dass das Projekt am Dürrenstein künftig auf Veranschlagungen, Einnahmen und Ausgaben den Vorschriften entsprechend durchzuführen ist. Und selbstverständlich auch in Zukunft eine Gliederung des Voranschlages sowie der entsprechenden Verrechnung erfolgen soll.

Im Allgemeinen ist natürlich abschließend schon darauf zu drängen, dass Entschädigungsleistungen ausschließlich auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen zu leisten sind. Das soll nicht so sein, dass auch wenn etwas förderungswürdig ist, es aber nicht der rechtlichen Grundlage entspricht, dann dennoch hier Entschädigungsleistungen ausbezahlt werden.

Grundsätzlich möchte ich die Arbeit der Menschen in den Vereinen und Institutionen hier in den Naturparken als sehr positiv hervorheben. Weil es sich letztendlich ja natürlich um Interessen des Naturschutzes handelt, aber auch im Interesse der NÖ Landesbürger ist, die diese Naturparke als Erholungsgebiete und Ausflugsziele natürlich selbstverständlich in Anspruch nehmen.

Als weiteren Bereich möchte ich jetzt zu den landwirtschaftlichen Schulen kommen. Ich beginne hier mit der landwirtschaftlichen Schule in Tullnerbach. Möchte hier nur ganz kurz bei dieser Schule ein wenig zurück schreiten in meinen Gedanken und habe vor mir liegen ein Sitzungsprotokoll vom 29. November 1993. Da war schon einmal im NÖ Landtag - noch in Wien - eine Diskussion um das neue System, wie man in Zukunft die Standorte der Schulen organisieren wird. Und ich habe mir da zwei Reden angeschaut vom Abgeordneten Ing. Gansch und vom Abgeordneten und jetzigen Klubobmann Sacher. Und da war halt schon festzustellen, dass diese beiden Abgeordneten eigentlich letztendlich Tullnerbach schließen wollten, mit einigen anderen Standorten auch. Ich bin, wenn ich das jetzt so im Nachhinein betrachte, glücklich darüber, dass sich diese beiden Herren da nicht durchgesetzt haben. Denn es hat sich herausgestellt, dass die Schule in Tullnerbach, und das hat auch dieser Landesrechnungshofbericht, glaube ich, aufgezeigt, jetzt eine sehr ordentliche Arbeit leistet. Arbeit in der Ausbildung unserer jungen

Menschen für die Landwirtschaft. Und dass auch ein Weg gefunden wurde, wo man sehr wohl die Zukunft - ich spreche hier Pferdewirtschaft an, die hat sich gut eingearbeitet – wo man die Zukunft der Schule auch positiv betrachten kann.

Es freut mich natürlich, dass speziell hier die Freiheitlichen, es war der damalige Abgeordnete, jetzige Klubobmann Marchat, der für diese Schule gekämpft hat und sich Gottseidank durchgesetzt hat. Also es zeigt, wenn Freiheitliche positive Sachen bringen, dann ist es gut und recht, wenn sie hier auch Recht behalten. Denn das ist im Interesse der Ausbildung unserer jungen Menschen gewesen. Und, wie gesagt, dieser Rechnungshofbericht zeigt neben einigen formalistischen Fehlern, dass es um die Schule nicht schlecht bestellt ist. Zusätzliche Möglichkeiten für die Schule werden sich sicher noch ergeben bzw. könnten sich ergeben. Ich denke hier an die Möglichkeit - das aber generell für alle Schulen - dass man in der Art einer Schaffung einer „landwirtschaftlichen Arche Noah“ noch stärker auf Erhaltungszüchtungen von gefährdeten Rassen etc. eingehen kann. Und ich glaube, dass da auch Tullnerbach, oder wenn ich dann auf Edelhof komme, hier ja teilweise schon Leistungen erbringt bzw. man das in Zukunft noch stärker durchführen könnte.

Bei den wenigen formalistischen Dingen, die angeführt sind, ob es jetzt die Pachtverträge sind, die eben aus Gründen der Rechtssicherheit abzuschließen sind. Oder wenn beim Schulversuch für Betriebs- und Dorfhelferinnen, der in Tullnerbach durchgeführt wird, erfolgreich durchgeführt wird, darauf verwiesen wird, dass ein Schulversuch nicht ins Unendliche geführt werden soll, sondern nach dem landwirtschaftlichen Schulgesetz eben nur zur Erprobung da ist. Oder auch andere schulorganisatorische Maßnahmen, die dann entweder aufgenommen werden oder es sollte wieder abgeschlossen werden. Trotzdem möchte ich den Schulversuch, die Betriebs- und Dorfhelferinnen betreffend, als positiv werten.

Weitere kleine Kritikpunkte waren eine Form der Verwaltung bestimmter Lehrwerksverträge sowie die Verwaltung diverser Lehrmittelsammlungen. Da geht es um diese Kustos-Stunden, wo man Mehrleistungen erreichen kann. Und da sagt der Landesrechnungshof, dass auf Grund einer Einsparungsmöglichkeit hier sehr wohl eine andere Form gefunden werden kann bzw. sagt er auch weiter, dass die vielen aufgelaufenen Zeitguthaben abzubauen wären. Das sind wirklich Kleinigkeiten, würde ich sagen, die natürlich selbstverständlich der Landesrechnungshof aufwerfen muss und soll.

Dass Voranschlagsstellen und betreffend der zu bewilligenden Kredite zur Bedeckung natürlich der vom Landtag beschlossene Rahmen einzuhalten ist, scheint aus organisatorischer oder kaufmännischer Sicht selbstverständlich klar. Und da sagt der NÖ Landesrechnungshof dann auch, dass nachdrücklich darauf hingewiesen wird, dass der vom NÖ Landtag beschlossene Voranschlag unbedingt einzuhalten ist.

Weiters, und das wird in einer anderen Schule, dem Edelhof, dann auch kritisiert, bemängelt wird die Form wie man Einkäufe durchführt. Dass es eine einheitliche Ausschreibung geben muss und die ordnungsgemäß durchzuführen ist. Ist sicherlich ein Denkanstoß, den der Landesrechnungshof hier immer wieder vorbringt und wird wahrscheinlich auch berücksichtigt werden. Es ist nur so, dass das wahrscheinlich nicht immer eingehalten wird, weil es dann auch auf Grund der Erklärungen nicht immer nur billiger sein kann. Ist aber völlig richtig, dass der Landesrechnungshof das hier aufzeigt. Und wenn eine Verbesserung, eine Verbilligung erreicht werden kann, wird es auch in Zukunft so erfolgen.

Zum Letzten: Die landwirtschaftliche Schule in Edelhof. Da habe ich eigentlich etwas Fürchterliches vermutet, nachdem in den Medien, im „Kurier“ plötzlich zu lesen war: Rechnungshof zeigt heiße Eisen auf. Und beim Edelhof standen einige Alleingänge von Manager Adi Kastner im Mittelpunkt des Prüfberichtes. Habe ich mir gedacht, um Gottes Willen, was wird das sein? Es wird doch nicht schon wieder so sein wie beim Waldviertelmanagement, wo es auch einige Alleingänge gegeben hat. Ungeklärte Dinge. Das wissen Sie ja alle. Einen Untersuchungs-Ausschuss hätte ich beantragt, zum Schutze der Manager, weil der hätten sie reinwaschen können. Ist dann von euch leider abgelehnt worden. Ihr habt den Personen dadurch auch nicht geholfen. Denn ablehnen tut nur jemand etwas, der etwas zu vertuschen hat. Aber das ist Schnee von gestern. Ich habe mir dann den Rechnungshofbericht genau angeschaut und habe feststellen müssen, dass es Gottseidank nicht so ist.

Die landwirtschaftliche Schule in Edelhof ist, obwohl in der Zusammenfassung auch wieder auf viele Formalmängel hingewiesen wurde, selbstverständlich nicht so geführt wie viele Agenden im Waldviertelmanagement. Und daher glaube ich, dass man auch die Zeitungsmeldung darum nicht so werten darf. Ich glaube, dass die Zeitungsmeldung sogar etwas Negatives für diese Schule war. Denn auf Grund dieses Berichtes konnte ich außer vielen Formalmängeln, wie schon in Tullnerbach,

nicht sehr viel feststellen. Oder diese Vorgangsweise des ehemaligen Schulleiters, und Versäumnisse oder diese Dinge, die halt nicht immer formal richtig waren. Aber ich habe letztendlich zusammenfassend feststellen müssen, dass sie in keinem Fall zum Nachteile der Schule waren. Und das ist ja das Wichtigste.

Einige dieser Formalmängel möchte ich auf Grund der noch vielen hier auftretenden Redner nur streifen. Ob es das war, dass die Fachabteilung die Zustimmung zu Grundstücksnutzungen erst nach der Prüfung erteilt hat. Bei dem Bau der Reithalle hat es ein Problem gegeben von Schulveranschlagungen und Leistungen. War aber sicherlich nicht negativ. Denn so Dinge wie da kritisiert wurden unter dem Punkt können auch positiv sein. Also das heißt, nicht immer, wenn hier ein Alleingang erfolgte oder nicht alles genau eingehalten wurde, muss das auch ein Nachteil sein. Denn wir wissen ja, dass gewisse Reglements, die wir ja als Gesetzgeber schaffen, nicht immer nur zu Vorteilen führen. Und in diesem Fall kann es auch sein, dass es positiv war. Und nachdem ja letztendlich kein Schaden entstanden ist, glaube ich, dass hier der Schulleiter im Interesse der Schule gehandelt hat.

Hinsichtlich der Nutzung der Reithalle durch die Schule sollen natürlich auch die Vertragswerke entstehen. Die sind bereits erledigt. Das ist erledigt worden. Das war auch nur ein Formalmangel. Genauso wenn es um die Vermietung von Wohnungen geht oder von Büroräumen an das Waldviertelmanagement. Vieles davon wurde schon erledigt.

Für die Erreichung des Ausbildungszieles einer mittleren berufsbildenden Schule wurde kritisiert, dass ein zu hoher Akademikeranteil beim Lehrpersonal derzeit installiert ist. Ich muss sagen, das muss nicht negativ sein. Es verursacht natürlich Mehrkosten. Wobei man natürlich dem auch entgegenhalten kann, dass Nichtakademiker in einer landwirtschaftlichen Schule genauso ihre Leistung erbringen und oft bessere Leistungen erbringen können. Aber das muss auch von Fall zu Fall beurteilt werden. Dafür gibt es einen Schulleiter, der das letztendlich auch beurteilt, ob das notwendig ist. Doch aus Finanzgründen ist auch dieser Vorwurf sicherlich gerechtfertigt.

Dass hier auch kritisiert wurde im weiteren Bereich, dass in Zukunft der Voranschlag entsprechend den Bestimmungen eingehalten werden muss, dessen Erstellung, ist eine klare Sache.

Beim Saatzuchtbetrieb wurde kritisiert oder zumindest aufgezeigt, dass hier kein Vertrag mit der RWA existiert – „Raiffeisen Ware“, zur Information. Wenn man sich dann das genau anschaut, dass bei der bisherigen Handhabung ein wesentlich höherer Gegenwert als der vereinbarte Pachtschilling aufgetreten ist, dann würde ich sagen, das war sicherlich kein Nachteil. Und es ist halt nicht immer so, wenn man das von der rechtlichen Seite her sieht, dass finanziell eine Besserstellung kommen kann. Man hat gesehen, dass das hier sehr wohl im Interesse und zum Nutzen und zum Vorteil der Schule erledigt wurde.

Das gleiche gilt für die Sonderlizenzen im Bereich der Saatzucht. Auch hier war das sicherlich nicht zum Nachteil, dass der ehemalige Direktor der Schule durch seine Vorgangsweise seine Kompetenz überschritten hat. So wie es hier im Ergebnis 10 steht. Denn auch wenn er sie formal überschritten hat, dann ist es sicherlich so, dass es auch hier zu keinem Nachteil gekommen ist. Was man sich dann auf Grund der Stellungnahme bzw. wenn man die Formalitäten kennt, mit der RWA dann anschaut, dass es eher ein Vorteil gewesen ist.

Beim Saatzuchtgebäude wurde auch Kritik aus formalen Gründen geäußert betreffend der Leistungen, Bauausstattung, Betriebskosten, Vertragswerke. Dies wurde zum Teil bereits erledigt bzw. in einer Landesregierungssitzung bereits beschlossen. Dass der Landesrechnungshof dann noch empfiehlt, ein Konzept für die zukünftige Entwicklung mit der Schule und dem Saatzuchtverein zu bilden, das ist sicherlich in Ordnung, wenn er das vorschlägt. Aber es wird, ich bin mir dessen sicher, auch wenn es noch kein fertiges Konzept gibt, wird bisher nach einem Konzept gearbeitet worden sein. Und so wird das auch weiterhin fortgeführt werden.

Beim Einkauf wurde so wie bei der Schule in Tullnerbach darauf hingewiesen, dass ordnungsgemäße Ausschreibungen und daraus die Konsequenzen abgeleitet werden sollen. Darauf habe ich bereits hingewiesen, dass natürlich hier aus Gründen der sparsamen Budgetpolitik das in Ordnung ist. Und der letzte Punkt, den möchte ich nur erwähnen, betreffend der Versicherung, dass sich hier auch die Schule an die von der NÖ Landesverwaltung bestellten Richtlinien zu halten hat.

Abschließend möchte ich sicherlich positiv erwähnen, dass die landwirtschaftliche Schule in Edelhof sehr innovativ ist in ihrer Tätigkeit in der Schule und um die Schule. Dass die Vernetzung von Schule mit diversen Nebeneinrichtungen wie Saatzucht etc. sehr wohl zum Vorteil der jungen Menschen, die dort ihre Ausbildung genießen, ist. Und wenn die Schüler es auch entsprechend annehmen, es zu ihrem Vorteil sein kann.

Grundsätzlich ist dieser Landesrechnungshof-Bericht ein positiver Bericht. Die kleinen Kompetenzüberschreitungen des ehemaligen Schulleiters würde ich eher übersehen bzw. würde ich sagen, die sind nicht zum Nachteil der Schule gewesen. Außerdem, wenn man den Adi Kastner kennt, weiß man, dass eben so kleine Überschreitungen des öfteren von ihm durchgeführt werden. Aber niemals, weil er hier Böses anrichten möchte. Sondern auch deswegen, weil er oft schneller arbeitet oder schneller in der Vorgangsweise ist, wie hier die Bürokratie arbeiten kann. Das muss man ehrlich festhalten. Und vor allem sind diese Dinge nicht zum Nachteil der Schule ausgefallen. Ich möchte aber auch feststellen, dass der neue Schulleiter nach meinen Informationen seine Aufgabe bisher ebenso gut erfüllt. Und wenn man abschließend über die Qualität der Schule noch etwas anmerken kann, dann fällt es mir relativ leicht, wenn ich sage, wieviel Abgeordnete alleine hier in diesem Haus der landwirtschaftlichen Schule in Edelhof, aber auch den anderen landwirtschaftlichen Schulen entstammen. Ich glaube, das ist Zeugnis genug für diese Tätigkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein Zwischenruf sei mir zugesprochen: Manchem Abgeordneten in diesem Haus fehlt sie aber trotzdem, diese Schule.

Ich darf zu einigen Berichten kommen, die heute in gehäufter Form vor uns liegen. Ich verstehe die Kritik und bin nicht glücklich darüber, dass wir in so gehäufter Form heute die Rechnungshofberichte haben. Ich bin überzeugt, und es wurde ja bereits im Rechnungshof-Ausschuss anders diskutiert und andere Kriterien festgelegt, wir werden in Zukunft nicht so viele Berichte wie heute auf einmal zu diskutieren haben.

In Wirklichkeit glaube ich aber, spielt es jetzt überhaupt keine Rolle, ob wir solche Berge diskutieren oder einzelne Berichte. Denn wenn wir hier in diesem Haus Berichte diskutieren, sind sie alle schon überholt, weil irgendwo die Vertraulichkeit missbraucht wird und die Medien die Berichte vorher haben. Wenn wir heute hier diskutieren, so traue ich mir zu sagen, dass fast alle Berichte bereits medial aufgearbeitet sind und das Medieninteresse zeigt es ja. Sie brauchen heute nicht mehr zu kommen, sie haben alle Berichte bereits x-mal medial verarbeiten können. Wir dürfen uns dann bitte nicht beschweren, dass die Medien nicht da sind, wenn wir sie vorher damit füttern! Warum soll er sich hersetzen und stundenlang hier zuhorchen um das zu erfahren, was er schon lange zu Hause am Schreibtisch per E-mail oder sonst irgendwie vorgefunden hat. Daher glaube ich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, es sollte auch an uns liegen, an unserer Handhabung, wie wir mit vertraulichen Sachen umgehen. Und wie wir glauben, an die Öffentlichkeit kommen zu müssen. Denn wenn die Öffentlichkeit kein Interesse mehr daran hat, so reden wir hier nur fürs Protokoll. Und ich glaube, damit mindern wir uns selbst herab.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf wenige Sätze zum Kollegen Dkfm. Rambossek sagen. Und mit Genugtuung sage ich jetzt einen Satz, den er immer so pflegt: „Der momentan nicht im Saal ist“. Denn irgendwo kann man auch mit den eigenen Waffen Menschen daran hindern durch Wiederholungen immer das Gleiche zu predigen. Es wird deswegen nicht wahrer. Jetzt ist er selbst nicht anwesend! Weil er kritisiert hat, dass der Herr Finanzminister - ich sage das andere Wort nicht, man müsste normalerweise sagen „Schröpfminister“ - so traurig ist, weil er in Brüssel gerügt wurde. Naja, er braucht nicht traurig sein. Er bräuchte eigentlich nur das tun, was seine Aufgabe wäre. Nämlich ein ordentliches Budget weiterzuführen und dementsprechend die Gedanken Österreichs in Brüssel vertreten. *(Abg. Haberler: Ihr habt über 100 Millionen Schulden gemacht!)*
Herr Kollege! Ich habe dir einmal schon gesagt, ich bin lauter am Mikrofon, und deine Weisheiten sind nicht so gescheit als dass man sie hören müsste.

Ich nenne nur zwei Zahlen oder vier Zahlen: Wenn es der Herr Finanzminister oder „Schröpfminister“ für richtig empfindet, dass er für 300.000 Menschen 14 Milliarden zum Ausgeben hat. Und von 3 Millionen Menschen, nämlich von den unselbständig Erwerbstätigen, kassiert er 19 Milliarden Schilling, so ist das die Umverteilungspolitik dieser jetzigen Bundesregierung. Und wenn er diese 19 Milliarden nicht verteilen würde, bräuchten wir kein Sparpaket und all das andere nicht. Aber das ist die Umverteilungspolitik dieser Bundesregierung. Und es wird noch schlechter kommen. Denn wir wissen ja wie dort regiert wird. Und wie dort versucht wird, die Kleinen zu schröpfen und den Großen zu geben. Es ist eben eine Rechts-Rechts-Regierung. Gut.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum Bericht über die Konsolidierungspakete darf ich auch einige Bemerkungen hier machen. Genauso wie es der Finanzminister in Brüssel gemacht hat, genauso gehen hier die Prüfer des Bundesrechnungshofes zur Arbeit. Ich habe einmal schon von dieser Stelle aus die Arbeit des Bundes-

rechnungshofes kritisiert. Da wird ganz deutlich, dass man Äpfel mit Birnen und Zwetschken mit Nüssen vermischt. Denn wenn ich hergehe und zum Beispiel Städte verschiedener Größenordnungen, Städte verschiedener Aufgabenstellungen miteinander vergleiche, so kann ich es nur zweifach deuten. Entweder bin ich bösartig oder ich verstehe es nicht besser. Das Zweite kommt für mich nicht in Frage. Das Erste sehr wohl.

Und wie sich teilweise die Meinungen gleichen. Wenn ich Schulden mit Schulden vergleiche, wenn ich Abwasseranlagen-Schulden mit Budget-Schulden vergleiche. Wenn ich Schulden für Trinkwasseranlagen mit Budget-Schulden vergleiche, und wenn ich Städte wie zum Beispiel steirische Städte mit niederösterreichischen Städten vergleiche, wo niederösterreichische Städte Krankenhausaufgaben zu erfüllen haben und steirische Städte nicht, dann, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kann ich nur von Böswilligkeit dieser Prüfer sprechen. Denn alles andere, glaube ich, würde nicht stimmen. Sie vergleichen St. Pölten mit Bregenz, Linz mit Wr. Neustadt, Innsbruck mit Krems, Kapfenberg mit Baden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Alleine vom Finanzaufkommen, von den Aufgabenstellungen dieser Städte, die ich hier angeführt habe, glaube ich sagen zu können, dass das unzulässig ist.

Das Zahlenwerk, das drinnen steht, ist für jede Stadt extra betrachtet vollkommen in Ordnung. Nur die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, sind nicht in Ordnung. Und ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass ehemalige Klubsekretäre von Natur aus nicht objektiv sein können. Und Dr. Fiedler war einmal ein Klubsekretär. Und es wurde heute schon ein anderer Name hier von dieser Stelle angezogen, der auch die Objektivität ein bisschen verloren hat. *(LR Blochberger: Da hätten wir keinen Generalintendant gehabt im ORF. Der ist auch objektiv!)*
Ob er objektiv war oder nicht, das ist die zweite Frage. Das war die zweite Frage. Das habe ich nicht in Frage gestellt. Eines weiß ich: Einen ORF haben wir in Niederösterreich nicht. In Niederösterreich haben wir einen Pröll-Funk. Das habe ich auch damit zu sagen gehabt.

Das heißt aber in Klartext, wie soll da Objektivität bestehen, wenn hohe politische Funktionäre, die jahrzehntelang praktisch nur in eine Richtung zu denken hatten, objektiv sein sollen? Anders ist das beim Landesrechnungshof in Niederösterreich. *(LR Blochberger: Das ist erst so, seit ihr in der Opposition seid!)*
Nein! Immer schon! Lieber Herr Kollege Blochberger! Für mich war Dr. Fiedler immer eine Fehlbesetzung im Bundesrechnungshof. Von Haus aus an. Es kann nicht so sein, dass Klubsekretäre dann Rechnungshofbeamte werden, Präsidenten werden. Wenn wir von Objektivität sprechen, dann auch da. Aber nicht sagen, objektiv ist das, was die Mehrheit sagt. Das kann es bitte nicht sein. Und jetzt haben wir das Problem, dass der Bundesrechnungshofpräsident der gleichen Fraktion angehört wie der Bundeskanzler. Wenn er Charakter zeigen würde, müsste er sagen, der Objektivität willen trete ich zurück. Neu ausschreiben. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Aber der Bericht ist schon vom Dezember!)*
Ja, ist schon richtig. Aber wir schreiben jetzt Mai! Und in der Zwischenzeit hat sich etwas geändert. Okay? Gut.

Anders, und da lobe ich mir den Rechnungshof in Niederösterreich, der sehr wohl korrekt bemüht ist, alle Probleme so aufzuzeigen, wie sie aufzuzeigen sind. Und da darf ich an dieser Stelle allen niederösterreichischen Rechnungshofbeamten meine Hochachtung zollen und Dank und Anerkennung sagen. Weil der Unterschied zwischen dem einen, was ich gesagt habe und Niederösterreich ist riesengroß. Ich hoffe nur, dass es genauso bleibt. Nein, der Bund könnte besser werden. Er könnte sich von Niederösterreich hier ausnahmsweise etwas „abspitzen“.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Naturparke. Ein typisches Beispiel wie in Niederösterreich gefuhrwerkt wird. Naturparke ... *(LR Blochberger: LHStv. Dr. Bauer! Er hat gefuhrwerkt!)*

Ja, das ist der Bereich von LHStv. Dr. Bauer. Jawohl! Herr Kollege! Hör mir ein bisschen zu. Du wirst draufkommen, was ich damit gemeint habe. Es ist nicht so angenehm, wenn derjenige, der zuständig ist dafür, auf einmal ausgebootet wird. Das damit zur Chefsache erklärt wird, weil die Grundbesitzer dort momentan vielleicht die Klientel eines anderen sind. Mit zwei Jahresentschädigungen der laufenden Zahlungen hätte ich alle Grundstücke wertmäßig im Eigentum des Landes Niederösterreich. Das heißt, wir verschwenden hier Steuergeld! Denn wenn ich sage, mit der jährlichen Entschädigung für zwei Jahre, Hausnummer 2000, 2001, habe ich den Wert, den die Grundstücke haben, den Grundstücksbesitzern bezahlt, und ich zahle Jahre hindurch weiter, dann heißt das, die Berechnung der Ablösezahlungen oder der Nutzungsentschädigungen kann so nicht stimmen! Oder ich habe es bewusst zur Chefsache gemacht und habe bewusst denjenigen, der den Antrag gestellt hat, ausgebootet. Und um den Topf noch voll zu machen: Bei der Eröffnung des Naturparks war Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer genauso ein-

geladen wie jeder aus dem Thayatal. Und er durfte bei der Eröffnung nicht einmal Grußworte sprechen. Das war Chefsache. Und das ist eine Unsitte in Niederösterreich! *(Beifall bei der SPÖ. – Unruhe im Hohen Hause.)* Entschuldigung! Nationalpark Thayatal. *(Abg. Dr. Michalitsch: Der Nationalpark Thayatal ist aber nicht Gegenstand der Prüfung!)* Ist aber das gleiche. Liegt im Aufgabenbereich des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Bauer. *(Weiterhin Unruhe bei Abg. Dr. Michalitsch.)*
Geh, Herr Kollege! An Ihrer Stelle, ... Weil Sie gehören auch dort eingereiht, wo ich schon gesagt habe, mit den Klubsekretären und der Objektivität. *(Abg. Dr. Michalitsch: Ich bin Abgeordneter bitte!)*
Ja, Sie sind Abgeordneter geworden. Deswegen heißt es noch lange nicht, dass man objektiver ist als vorher. *(Abg. Kurzreiter: Es sind ja auch Parteisekretäre schon Abgeordnete geworden! – Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*
Ich war auch einer. Ich stehe dazu.

Lieber Herr Kollege! Ja, es hat heute schon Aussagen gegeben mit Skandalen oder so. Wer wie viele Skandale überlebt hat. Ich würde an deiner Stelle, Herr Landesrat, mich nicht unbedingt herausfordern. Weil sonst gibt es da andere Berichte auch noch, wozu ich aus dem Stehgreif reden könnte.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Herr Abgeordneter Kautz! Darf ich Sie bitten, zur Sache zu reden!

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Herr Präsident! Ich rede zur Sache, nämlich zu den Rechnungshofberichten. Und antworte auf Zwischenrufe. Antworte auf Zwischenrufe von Regierungsmitgliedern.

So! Damit bin ich beim nächsten Tagesordnungspunkt von meiner Redeliste her: Kremser Messe AG. Als junger Bub habe ich immer Jerry Cotton gelesen. Und wenn ich heute den Bericht über die Messe AG hernehme, komm ich mir vor wie in die Jugendjahre zurückversetzt. Denn es sind nur andere Namen drinnen, aber die Vorgangsweise von Jerry Cotton und dem da drinnen kann man teilweise gleichsetzen. Und es ist einiges andere noch gleichzusetzen. Es war heute der Kollege Ledolter schon da. Es tut mir leid, ich habe den Bundesrat Dr. Kaufmann immer sehr hoch eingeschätzt. Doch wenn ich das lese, was da im Rechnungshofbericht steht, meine ich, entweder hat er es nebenbei gemacht, mit der linken Hand. Oder es ist ein Leiden von Bundesräten, dass man hier und da nicht das richtige „Facherl“ erwischt. Weil so wie es da drinnen steht, dürfte der Aufsichtsrat degradiert worden sein zu einer Wirtshauspartie. Der Herr Bundesrat Ledolter hat vor kurzem NAFES mit der Landesförderung verwechselt. Nun, die Wirtshauspartie: Es gibt nach dem AG-Gesetz Aufsichtsräte, deren Zahl normiert ist. So ist es. Und dann lese ich da drinnen von einem erweiterten Aufsichtsrat. Was ist das bitte schön? Eine Quatschbude oder eine Wirtshausrunde? Was ist bitte ein erweiterter Aufsichtsrat nach dem AG-Gesetz? Das gibt es im AG-Gesetz nicht! Da drinnen steht es.

Es geht noch weiter, wo persönlicher Schaden entstehen hätte können. Der Herr Dr. Rudolf Bilzer legte mit Schreiben vom 23. Dezember 1994 sein Aufsichtsratsmandat zurück. Der Vorstand bekam eine Kopie. Und jetzt dürfen Sie raten, wie lange der Vorstand gebraucht hat, um diese Rücklegung im Firmenbuch unterzubringen. Ich helfe Ihnen: Am 28. Oktober 1997 wurde die Löschung im Firmenbuch durchgeführt. Das heißt, Herr Dr. Bilzer war zwei Jahre lang als Aufsichtsrat verantwortlich für Beschlüsse, die er nicht mitgetragen hat. Wo er nicht dabei war. Er hat aber mit seinem persönlichen Kapital wie es üblich ist beim AG-Aufsichtsrat gehaftet.

Und da ist das Land Niederösterreich beteiligt mit 25 Prozent. Daher, ich weiß schon, die Empfehlung des Rechnungshofes herauszugehen, ist die eine Möglichkeit. Aber wenn ich wo drinnen bin, könnte ich als Land der Gemeinde Rechtsbeistand leisten und vor solchen Ungereimtheiten warnen bzw. dementsprechend agieren, dass so etwas nicht vorkommt.

Und am 30. September 1998 legte Stadtrat Haselbacher sein Mandat zurück. Und im Protokoll der Sitzung des Aufsichtsrates vom 21. Oktober 1998 steht: Mit 11. Juni 1998 ist Stadtrat Haselbacher ausgeschieden. Jetzt die Frage: Wann ist er wirklich ausgeschieden? Ich stelle die Frage nicht, wann das im Firmenbuch gelöscht wurde. Das verschweige ich. Weil es genauso rechtzeitig war wie die vorhergehende Sache.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich will jetzt keine Unterstellung treffen, das schicke ich voraus. Aber, es gibt, der Kollege Mag. Fasan hat es schon angeführt, in den ungeraden Jahren die Landesmesse und die Weinmesse. Mit diesen Mehreinnahmen hat man immer in den geraden Jahren versucht, das Defizit abzudecken. Das hat nicht funktioniert. Okay, war eine Fehleinschätzung. Aber wenn ich mir anschaue, dass die Löhne im Jahr 1995 rund 1,5 Millionen ausgemacht haben mit Landesmesse und Weinmesse. Wenn die Löhne 1996 1,1 Million ausgemacht haben, ohne Landesmesse, ohne Weinmesse, so kann ich mir die Realität hier vorstellen. Wenn 1997 Landes-

messe war, Weinmesse, die Löhne 2,2 Millionen Schilling ausgemacht haben - Entschuldigung, ich habe etwas vergessen: Es war auch eine Gemeinderatswahl 1997 in Krems. Und 1998 war dann die Lohnsumme wieder auf 1,4 Millionen Schilling. Ich unterstelle nichts. Ich habe nur Zahlen genannt. Und jeder, der in diesem Haus sitzt, nehme ich an, kann sich vorstellen, warum vielleicht hier die Höhe exorbitant, um 80 Prozent nämlich, angestiegen ist.

Zum Sparen komme ich jetzt: Der Ankauf des Stadtsaales war auch so ein Problem. Der Stadtsaal, im Besitz der Stadtgemeinde Krems, wurde um 1,- Schilling an die Messe AG verkauft. Okay, kann so geschehen. Mit der Auflage, er ist zu sanieren, Kostenaufwand 2,5 Millionen Schilling. Das Land als Miteigentümer hat sich natürlich über die ECO-PLUS selbst subventioniert, auch um 2,5 Millionen Schilling. Die Investitionskosten betrugen 5 Millionen Schilling vorläufig. Ist sehr interessant, dass sich das Land selbst über die ECO-PLUS refinanziert. Die Nettoinvestitionskosten in die Renovierung des Stadtsaales betrugen aber 11,510.828,31 Schilling. Über die sechs Millionen Schilling von den 5 auf die 11 Millionen und die „paar Zerquetschten“ gibt es nirgends einen Beschluss. In keinem Aufsichtsrat, nirgends! Ich frage nur, wie kann man das Geld ausgeben, so locker noch dazu, wenn man es nicht hat?

Auf Grund dieser Transaktionen kam die Messe AG in finanzielle Schwierigkeiten. Man musste eine Rettungsaktion starten. Eine abbruchsreife, als Lagerhalle titulierte Turnhalle wurde um 3,6 Millionen Schilling von der Gemeinde von der Messe AG gekauft. Und zusätzlich 1,5 Millionen Schilling an Kapitalspritze in die Messe AG gegeben, plus Landeszuschuss natürlich, um die Insolvenz der Messe AG abzuwenden. Ob das die „feine englische Art“ ist, Geldtransaktionen durchzuführen zwischen Gemeinde und AG, frage ich. Ich behaupte, das ist sicher nicht der Fall.

Und dann komme ich noch zu einem eigentlichen Höhepunkt. Nach dem Aktienrecht muss man, wenn man zur Generalversammlung geht, vorher die Aktien deponieren. Etwa bei einem Bankinstitut, um mit der Deponiebescheinigung die Berechtigung zu haben, an der Generalversammlung teilnehmen zu können. Der amtierende Vorstand hat die Bestätigung ausgestellt, dass die Aktien des Landes Niederösterreich deponiert waren, hinterlegt waren. Nur hat der Herr Vorstand nicht damit gerechnet, dass der Landesrechnungshof diese Frage überprüft. Und der hat überprüft. Und die Abteilung des Landes, die Wirtschaftsabteilung des Landes Niederösterreich hat festgestellt, wir haben seit Jahren diese Aktien nie aus unserem Tresor heraus gegeben. Wir haben sie nie irgendwo hinterlegt. Die waren bei uns im Tresor, in der Landesregierung. Die Bestätigung mit Unterschrift und Siegel des Vorstandes liegt dem Protokoll der Generalversammlung bei.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe vorhin oder eingangs erwähnt, dass durch diese Machinationen, die da durchgeführt wurden, der Aufsichtsrat zu einer Wirtshausrunde degradiert wurde. Ich stelle fest, es ist so gewesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Kurzreiter das Wort.

Abg. KURZREITER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Kautz hat also heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt sich als wirklicher Experte in Sachen Fußballsport dargestellt, in dem er die Problematik guter Spieler - schlechter Trainer oder umgekehrt dargestellt hat. Mir ist jetzt beim Reden, bei seinem Diskussionsbeitrag, so quasi in den Sinn gekommen, er ist nach wie vor der stramme „Linksaußen“ im Bereich der Sozialdemokratie. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Der „Links-Linksaußen“ ist da drüben gesagt worden. Bitte, auch das unterschreibe ich.

Er hat also hier die Umverteilungspolitik der jetzigen Bundesregierung angesprochen und gesagt, Arbeitnehmern wird genommen, Wirtschaft und Bauern erhalten Milliarden Geschenke. Herr Kollege Kautz! Auch wenn man das immer wieder sagt, wie jetzt zum Beispiel im Arbeiterkammerwahlkampf wird es ja auch immer wieder gesagt, es wird trotzdem nicht richtig. Es ist trotzdem falsch! Glauben Sie mir das. Sie brauchen sich ja nur die Dinge anzusehen. Die anstehenden Reformen. Pensionsreform. Alle sind betroffen. Wo sehen Sie hier eine Ursache, dass das alles sich nur speziell im Arbeitnehmerbereich auswirkt? Es ist dort Handlungsbedarf gegeben. Das haben auch Ihre Mitglieder der ehemaligen Bundesregierung immer wieder gesagt. *(Abg. Kautz: Herr Kollege! Ich lade Sie zu einer öffentlichen Diskussion ein, wo wir diese Dinge diskutieren können!)*

Und Sie müssen mir auch zeigen, wo es die Milliarden für die Bauern gibt. Bleiben Sie nur ruhig da! Wir haben noch ein paar Punkte, die wir besprechen sollten. Die Milliarden für die Bauern, auch die gibt es nicht! Angesichts der doch katastrophalen Budgetsituation wird in diesem Budget

2000 auf Bundesebene weniger Geld für die Bauern geben. Ich sage Ihnen, weniger Geld. Die Zahlen sind schon da, ich weiß es. Was Sie hier machen ist also irgendwie doch wieder reine Klassenkampfparolen zu dreschen. Vielleicht auch ein Hinweis auf den erfolgten Linksruck Ihrer Partei unter dem neuen Vorsitzenden. Ich weiß es nicht. Oder Ihre persönliche Einstellung.

Und wenn Sie gesagt haben, Klubsekretäre können Ihrer Meinung nach nicht mehr objektiv denken: Meine Meinung ist das nicht. Aber wenn man es so sieht, kann man das auch mit gleichem Recht auf ehemalige Parteisekretäre anwenden. Aus meiner Sicht ein ehrenwerter Beruf. Aber es gibt, Gottseidank auch Abgeordnete, die aus unter Anführungszeichen „normalen“ Berufen kommen, dort erfolgreich waren und auch noch erfolgreich sind. Ich glaube, auch das muss schon hier einmal klar gesagt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter anderem liegt uns heute auch der Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die landwirtschaftliche Fachschule Edelhof vor, mit dem ich mich bei meinem Debattenbeitrag etwas näher befassen möchte.

Ich möchte vorweg festhalten, dass in dieser Schule als Bildungsstätte im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wirklich hervorragende Bildungsarbeit geleistet wird. Dass die Schule Edelhof einen exzellenten Ruf nicht nur im Waldviertel, sondern, wie ich glaube, im ganzen Land Niederösterreich und auch österreichweit hat. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicherlich der Umstand, dass der Lehrkörper dieser Schule es immer exzellent verstanden hat, den Erfordernissen der Zeit und neuen Erkenntnissen und Entwicklungen Rechnung zu tragen und dies den Schülern im theoretischen und praktischen Unterricht auch vermittelt wird. Darüber hinaus hat sich der Edelhof im Bereich der Pflanzenzüchtung einen Namen gemacht. Ein wichtiger Bereich! Leider Gottes gibt es hier in unserem Land nur mehr wenige Vereinigungen, die sich hier intensiv mit Pflanzenzüchtung befassen. Gerade auch für die klimatischen Gegebenheiten des Waldviertels ist dieser Standort für eine Pflanzenzüchtung ganz besonders wichtig. Und hier haben wir besondere Edelhofer Roggenzüchtungen, aber auch Gerstensorten. Ich denke hier an das Zwettler Bier, das auch durch eine Gerstensorte, die vom Edelhof gezüchtet wurde, diese hervorragende Qualität hat. Diese Züchtungen haben sich in der Praxis bestens bewährt.

Und auf diesen Bereich der Pflanzenzüchtungen wird im vorliegenden Bericht auch in einigen Punkten Bezug genommen. Wobei es hier, das muss man auch sagen, einige kritische Anmerkungen gibt, was die konkrete Vorgangsweise betrifft, die Reihenfolge der Abwicklung diverser Projekte. Es werden hier Versäumnisse aufgezeigt, welche dann erst nachträglich korrigiert wurden. Dem gegenüber steht aber auch die Tatsache, dass die getroffenen Entscheidungen, zum Beispiel bei der Lizenzaufteilung im Saatzuchtbereich als auch beim Bau des neuen Saatzuchtgebäudes, nicht nur richtig und notwendig waren, sondern sich darüber hinaus auch finanziell sehr positiv ausgewirkt haben. Nicht nur für die Schule, sondern letztlich eindeutig auch für das Land Niederösterreich. So hat der Rechnungshof den Umstand, dass es der Schulleitung gelungen ist, bei der Lizenzaufteilung zusätzlich noch 10 Prozent Sonderlizenz mit der Raiffeisen Ware Austria auszuverhandeln und diese Gelder auch zweckgebunden für den Saatzuchtbereich zu verwenden, sehr positiv hervorgehoben.

Ähnlich die Situation bei der Errichtung des neuen Saatzuchtgebäudes, welches durch die beachtlichen Eigenmittel des Saatzuchtvereines, eben durch Mittel aus diesen Sonderlizenzen, und auch öffentliche Forderungen, zum Beispiel EU-Mittel, sehr günstig finanziert werden konnte. Ein gelungener, zweckmäßiger und gefälliger Bau. Dafür gab es Lob von allen Seiten. Dass aber hier die Abteilung LF2 die Zustimmung zur Grundstücksnutzung erst auf Basis vertraglicher Regelungen erteilen hätte dürfen, wird im Rechnungshofbericht klar aufgezeigt. Naja, ist auch richtig und ist hier sinnvoll. Vorschrift ist eben Vorschrift.

Ich möchte aber schon auch darauf hinweisen, dass in Österreich leider Gottes öfter die Bürokratie eine rasche und effiziente Umsetzung von verschiedenen Projekten verhindert. Wir haben uns ja alle gemeinsam auch hier im Landtag einen vernünftigen Bürokratieabbau zum Ziel gesetzt.

Der Landesrechnungshof hat auch festgestellt, dass die Errichtung einer Reithalle am Edelhof notwendig und sinnvoll ist, nachdem dieser Schule im Landesschulkonzept die Sparte Pferdezucht zugeteilt worden ist. Ich glaube, dass sich der Edelhof geradezu prädestiniert für diese wieder zunehmend wichtiger werdende Tierhaltungsform im bäuerlichen Bereich. Auch hier wieder ein ähnliches Bild: Mit beachtlichen Eigenleistungen des Absolventenverbandes und der Schule selbst sowie ECO-

PLUS-Mitteln wurde dieses wichtige Projekt relativ rasch umgesetzt. Ein gelungener Bau, der, wie auch der Rechnungshof wörtlich feststellt, auch optisch einen sehr ansprechenden Eindruck hinterlässt. Auch hier war es wieder nicht möglich, rasch und rechtzeitig die notwendigen vertraglichen Regelungen abzuschließen, schriftliche Unterlagen vorzulegen. Auch hier konnten diese erst im Nachhinein beigebracht werden. Mittlerweile wurden aber alle diese Bereiche von Seiten der Landesregierung genehmigt und beschlossen. Ich persönlich würde hier einen Schulleiter, der in sehr eindrucksvoller Weise seine hohe fachliche Kompetenz, sein Umsetzungsvermögen und seinen enormen persönlichen Einsatz für diese Schule und letztlich für die gesamte Region Waldviertel wirklich eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, in diesem Zusammenhang sicher nicht kritisieren und Kompetenzüberschreitungen vorwerfen. Vielmehr muss es unsere gemeinsame Zielsetzung sein, die bürokratischen Wege zu verkürzen, notwendige Genehmigungen rascher zu ermöglichen. Und auch zu überprüfen, ob es in manchen Fällen nicht überhaupt sinnvoll wäre, übertriebene und behindernde Bürokratie abzubauen.

Für mich ist in Summe und als Resümee dieses Berichtes über die landwirtschaftliche Fachschule Edelhof ein sehr positiver Eindruck entstanden. Rasch und effizient wird hier auf anstehende Probleme reagiert, werden sinnvolle Projekte mit beachtlichen Eigenleistungen engagiert umgesetzt und wird damit dem Bildungsauftrag bestmöglich entsprochen. Und wenn selbst ein sehr kritischer Mensch wie der Abgeordnete Waldhäusl heute eigentlich im Großen und Ganzen sich sehr positiv zu diesem Bericht geäußert hat, dann sagt das natürlich sehr viel aus. Ich glaube, dass hier Kritik, die gebracht wird, auch ernst genommen wird. Dass versucht wird, Missstände abzubauen und Verbesserungsvorschläge anzunehmen. In diesem Sinn werden wir diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis nehmen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag!

Einige Dinge, die hier in diesem Haus von Abgeordneten gesagt werden, kann man nicht immer im Raum stehen lassen. Ich meine damit den Kollegen Kautz, der heute hier ein Beispiel geliefert hat, wie man Klassenkampf statt Hirn liefern kann. Wie man Demagogie statt Fakten bringen kann. Denn wer kann hier solche Behauptungen aufstellen, dass die FPÖ oder die jetzige Bundesregierung ein Gegner der Arbeitnehmer wäre? Eine schlechte Finanzpolitik betreiben würde? Wenn man weiß, dass die SPÖ-Regierung ein Mastricht-Defizit alleine von 109 Milliarden vorgehabt hat. 62 Milliarden sind es nun tatsächlich, mit Notmaßnahmen, zugegebenermaßen, weil man ganz einfach dieses finanzpolitische Chaos, das Edlinger, Klima & Co. von der SPÖ hinterlassen haben, hier aufarbeiten muss. *(Unruhe bei Abg. der SPÖ.)*

Meine lieben Herrschaften von der SPÖ und lieber Kollege Keusch! Es ist ganz einfach Gedächtnisschwund, was ihr habt. Schwerster Gedächtnisschwund! Denn ich darf euch daran erinnern, dass noch vor wenigen Wochen ihr einen Benzinpreis von 16,- bis 17,- Schilling verursachen habt wollen. Dass ihr noch gefordert habt - und das haben eure Genossen unterschrieben - dass die Arbeitnehmer zwei Jahre länger arbeiten gehen müssen. Jetzt sind es keine zwei Jahre mehr, keine 24 Monate, jetzt sind es noch 18 Monate. Ihr, eure Genossen haben die Leute zwei Jahre länger arbeiten schicken wollen. Ihr habt einen Benzinpreis von 16,- bis 17,-Schilling installieren wollen. Für die Familien habt ihr überhaupt nichts machen wollen! Das muss man einmal ganz offen sagen. *(Abg. Keusch: Das glaubst du aber selber nicht!)*

Und auf der anderen Seite, ich rechne Ihnen das in Beispielen vor. Lieber Kollege Keusch! Die Wahrheit ist manchmal hart auch wenn sie stimmt. Die Familie Österreicher hat ein monatliches Haushaltseinkommen von 30.000,- Schilling brutto. Wobei ein Elternteil 20.000,- Schilling bezieht, das andere 10.000,- Schilling. Sie hat zwei Kinder unter 10 Jahren, einen Bausparvertrag in der Höhe von 10.000,- Schilling pro Jahr abgeschlossen, sowie ein Sparbuch, das jährlich 10.000,- Schilling Zinsertrag abwirft. Ein Elternteil raucht etwa 150 Schachteln im Jahr. Durchschnittlicher Raucher. Unsere Familie fährt Auto, einen VW Golf mit 55 Kw Leistung. Rechnen wir uns das durch, was hier behauptet worden ist. Die Familie Österreicher hat im Jahr 1997 unter Ihrer Regierung, Kanzlerschaft Klima, Minister Edlinger, das heißt, unsere Vorgänger, folgende Belastungen hinnehmen müssen: Lohnsteuererhöhung um 2.080,- Schilling. Kürzung der Familienförderung um 800,- Schilling, Strompreiserhöhung 240,- Schilling, Gaspreiserhöhung – aufs Jahr gerechnet, Herr Klubobmann – 1.080,- Schilling, Bausparprämiensenkung 300,- Schilling, Erhöhung der Kapitalertragssteuer KEST 300,- Schilling, Erhöhung der Tabak- und Umsatzsteuer 450,- Schilling. Entlastungen hat es keine gegeben! Daher eine neue Gesamtbelastung von 5.248,- Schil-

ling im Jahr. 1997 hat der SPÖ-Finanzminister unserer Familie Österreicher, wie ich sie genannt habe, 400,- Schilling im Monat weggenommen. Das ist die Tatsache.

Jetzt rechnen wir das Jahr 2000 durch. Was hat diese neue Bundesregierung den Österreichern gekostet auf der einen Seite, auf der anderen Seite gebracht. Familie Österreicher im Jahr 2000: Lohnsteuersenkung um 5.560,- Schilling. Erhöhung der Familienförderung um 6.000,- Schilling. Summe der Entlastungen: 11.560,- Schilling. Die Belastungen auf der anderen Seite 955,- Schilling für die motorbezogene Versicherungssteuer, Autobahnvignette 450,- Schilling, Stromverbrauch 255,- Schilling, Erhöhung der Tabak- und Umsatzsteuer, weil ja ein Elternteil raucht, 450,- Schilling. Summe der Belastungen: 2.110,- Schilling. Ergibt eine Entlastung für unsere Familie Österreicher im Jahr 2000 von 9.450,- Schilling, das heißt auf gut deutsch gesagt im Monat um 800,- Schilling.

Herr Kollege Keusch! Das ist nämlich die Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass der durchschnittliche Arbeitnehmer, die Familie Österreicher, 800,- Schilling mehr im Tascherl hat, während Ihr die Leute ausgeplündert habt. Das ist Tatsache! *(Beifall bei der FPÖ. – Heftige Unruhe bei Abg. Jahrmann, Abg. Keusch.)*
Ihr seid diejenigen, die auf Kosten der Arbeitnehmer, auf Kosten der fleißigen Österreicher jahrelang in die Taschen der Leute gegriffen haben. Das ist in Wirklichkeit die Wahrheit! Und das ist auch die Wahrheit, warum ihr bundespolitisch, bei allen Problemen, die diese Bundesregierung jetzt haben muss, nicht vom Fleck kommt. Ihr kommt nicht weg. Schaut euch eure „Parteiblattln“ an, die ihr habt, das „News“ zum Beispiel. Ihr liegt 1 Prozent unter der letzten Wahl. Schaut euch an eure eigenen Parteizeitungen, was die euch geben. Ihr kommt bundespolitisch nicht vom Fleck! In den Bereichen der Regionalwahlen oder in den Bereichen von Kammerwahlen und so weiter tut ihr euch auf Grund des Protestes etwas leichter. *(Abg. Sacher: Ihr habt ja die Gemeinderatswahlen gewonnen!)*

Bundespolitisch habt ihr allerdings ganz einfach die Nieten nach wie vor von den Ministerien auf die Abgeordnetenbänke gesetzt. Und dafür bekommt ihr auch die Rechnung präsentiert. Ihr könnt den Österreichern nicht erklären, dass ihr sie in den letzten Jahren der 30 Jahre Regierungsbeteiligung laufend geschröpft habt, dass ihr das Budget ausgeräumt habt. Dass uns Europa ein äußerst schlechtes budgetäres Zertifikat ausstellt und sagt, ihr seid die Letzten in Europa. Alles verursacht von eurem Minister Edlinger. Alles verursacht von der Katastrophe um Klima und von der ganzen sozialistischen Regierungsägide, gar keine Frage. Und jetzt geht ihr her und wollt plötzlich alles besser machen? Das ist die Realität: So kann es nicht gehen. Und das wird auch die Bevölkerung nicht anerkennen. Glaubt mir das. *(Nach wie vor Unruhe bei der SPÖ.)*

Damit komme ich zu jenem Bereich, der eigentlich mein heutiger Tagesordnungspunkt ist, zu dem ich zu sprechen habe, nämlich der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Statutarstadt Wr. Neustadt, Konsolidierungspaket.

Wenn es auch hier nicht ganz so schlimm ist, Herr Berichterstatter, aber die Tendenz ist leider auch hier ähnlich. Ähnlich wie in allen Bereichen, wo die Sozialdemokraten das Sagen haben im budgetären Bereich, gibt es steigende Defizite, massive Budgetprobleme. Und in manchen Bereichen leider sogar einen Abgaben- oder Einnahmenrückgang. In Wr. Neustadt machten 1994 die eigenen Abgaben, die stadteigenen Abgaben einnahmenseitig 235,8 Millionen aus, 1996 245,4 Millionen aus und 1997 245,8 Millionen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das heißt, der Herr Kollege Pietsch hat sicher die Zahlen. Und er hat sie teilweise besser im Kopf wie ich. Das weiß ich schon. Er ist auch ein hervorragender Finanzreferent, was die Aufbereitung immer wieder betrifft. Das macht er sehr gut. Aber die Inhalte, an denen hapert es in den letzten Jahren etwas stärker, weil ganz einfach das Problem da ist, das ich soeben genannt habe. Wir sitzen in einer Doppelfalle. In Wr. Neustadt auch diesbezüglich in der Doppelfalle, dass die eigenen Abgaben immer weniger werden, das heißt netto erstmalig sogar zurückgegangen sind - wenn man die Inflationsrate mit einrechnet – und auf der anderen Seite die Ausgaben massivst ansteigen. Massivst ansteigen etwa bei den Personalkosten, wo wir uns dem zweistelligen Zuwachsbereich bereits nähern, massiv ansteigen im außerordentlichen Budgetbereich und massiv ansteigen bei der Bedienung der Leasingfinanzierungen. Die ja nur, was die Rückzahlungen betrifft, maastrichtbelastend wirken. Nicht aber von der Gesamtsumme her. Das heißt, wir haben ganz einfach das Problem, wie ich schon erwähnt habe, dass sich Wr. Neustadt auch finanziell in einer Doppelfalle befindet. Was bedeutet, dass wir von 23 Städten, die vom Rechnungshof diesbezüglich überprüft wurden, alle mit über 20.000 Einwohnern, von jenen 23 Städten in Österreich, die über 20.000 Einwohner haben, das Schlusslicht laut diesem Rechnungshofbericht darstellen.

Es gäbe hier viele politische Dinge anzuführen, die rein „Wiener Neustädter Natur“ sind. Ich darf etwa nur feststellen, dass im Kulturbereich viel zu viel ausgegeben wird: Plastikkühe, Comicmuseum. Dass es im Bank Austria Zelt einen Flopp gegeben hat mit derzeit bereits über 15 Millionen Kosten, Ende noch nicht absehbar. Comicmuseum mit über 7 Millionen, Ende noch nicht gewiss, ob nicht noch weitere Kosten auf die Leute zukommen, auf die Bevölkerung selbst. Und das Ganze hat sich in die Richtung ausgewirkt, dass ein Maastricht-Schuldenstand da war 1994 von 213,4 Millionen, im Jahr 1995 bereits um die 238,2. 1996 289,1. Und dann die Explosion 1997 auf 409,3 Millionen Maastrichtgerechnete Schulden. Das Defizit als solches machte 1994 95,5 Millionen neu aus, 1997 126,3 Millionen.

Das heißt, der Rechnungshof behauptet, dass ein Maastricht-konformes Minus von 126,3 Millionen da ist. Der Stadtrat, der heute leider Berichterstatter ist, aber vielleicht trotzdem kurz dazu Stellung nehmen könnte – steht ihm ja zu, wenn er will -, redet von 14,2 Millionen. Weil er die Krankenhausfinanzierungen nicht einrechnet. Und weil er die Straßenfinanzierungen, wenn ich das richtig gelesen habe, ebenfalls nicht mit einrechnen will. Aber, und das ist das Problem, für alle 22 anderen Städte zählt sehr wohl der Straßenbau zu 100 Prozent mit hinein. Das heißt, das ist ein Posten, der überall so gerechnet wird. Und die Krankenhausfinanzierung wird festgestellt, weil berechtigterweise in einer Stellungnahme der Stadt Wr. Neustadt festgestellt wurde, dass es sich hier um Vorausfinanzierungen handelt. Der Rechnungshof hat darauf dann geantwortet, das stimmt in dieser Form nicht. Weil es ja jährlich auch die Zahlungen, das heißt die nachträglichen Zahlungen gibt und es sich dadurch im Großen und Ganzen ausgleicht.

Dann komme ich noch zu den Leasingverpflichtungen, die 1994 eine Größenordnung von jährlich 82,6 Millionen einnahmen, die es zu bedienen gilt. 1997, das heißt, drei Jahre später war bereits ein Betrag von 192,9 Millionen zu bedienen. Das heißt, auch hier gerät das Schuldenbudget außer Rand und Band. Und es zeigt sich am Beispiel Wr. Neustadt, wie schnell es in einer Stadt gehen kann - in einer nämlich finanziell an und für sich recht gesund dastehenden Stadt - dass man sich verschuldet auf der einen Seite und auf der anderen Seite einen Großteil der Rücklagen bereits aufgelöst hat.

Das ist die Situation, vor der Wr. Neustadt steht. Vor wenigen Jahren noch haben sich Rücklagen und Schulden einigermaßen die Waage gehalten. Heute hat man die Masse der Rücklagen aufgebraucht, auf der anderen Seite einen riesigen Schuldenberg aufgebaut. Langer Rede kurzer Sinn: Es müssen auch hier budgetär einige massive Änderungen vorgenommen werden. Der Rechnungshofbericht bezieht sich ja in seiner Wahrnehmung auf das Jahr 1997, auf die dortigen Zahlen, auf das Konsolidierungspaket. Im Jahr 2000 zeigt sich die Situation noch um einiges dramatischer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile Herrn Abgeordneten Hrubesch als nächstem Redner das Wort.

Abg. HRUBESCH *(FPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich beginne mit dem Bericht über die Wachauer Messe AG. Dieser Bericht zeigt auf, dass es oft besser wäre, Politiker nicht unbedingt als Aufsichtsräte bzw. Vorsitzende einzusetzen. Gleich zu Beginn möchte ich die Empfehlung des Landesrechnungshofes aufgreifen, der die Meinung vertritt, das Land Niederösterreich soll sich von seinen Gesellschaftsanteilen trennen. Nach genauem Studium dieses Berichtes schließe ich mich dieser Meinung an. So viel ich weiß oder nicht weiß, hat sich Mag. Fasan auch dieser Empfehlung angeschlossen.

Die Ausgangssituation, meine Damen und Herren: Die Wachauer Messe AG ist eine Gesellschaft des privaten Rechtes, deren Grundkapital in der Höhe von 5 Millionen Schilling zu 75 Prozent von der Stadt Krems und zu 25 Prozent vom Land Niederösterreich gehalten wird. Die Gesellschaft führt Messen, Fachmessen, Ausstellungen und Veranstaltungen aller Art durch. Den Höhepunkt des Veranstaltungsreigens bilden alle zwei Jahre die stattfindende Niederösterreichische Landesmesse in Verbindung mit dem Wachauer Volksfest, dessen Erträge gleichzeitig die finanzielle Sicherung und Basis für die übrigen Tätigkeitsbereiche darstellt.

Bis zum Jahr 1996 konnte die Finanzierungstradition mit den erwirtschafteten Gewinnen der Jahre mit der Durchführung dieser Landesmesse und des Wachauer Volksfestes die Verluste der Jahre ohne NÖ Landesmesse aufrecht erhalten werden. Wobei ich als Kremser Bürger anmerken möchte, dass die Gewinne ausschließlich vom Volksfest und nicht von der NÖ Landesmesse stammen. Hier eine Unterscheidung zu treffen ist aber ziemlich schwer. Nur die Insider, glaube ich, können das richtig beurteilen.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat insgesamt 21 Ergebnispunkte in seinem Bericht festgehalten. Man glaubt es nicht, meine Damen und Herren, wie mit dem Aktienrecht und dem Gesetz leichtfertig umgegangen wird und wurde. Und ich darf hier einige Ergebnispunkte zitieren. Zum Beispiel gleich den Ergebnispunkt 2, der, ich zitiere: „Der Verkauf von Aktien an die Stadtgemeinde Krems erfolgte ohne konkretisierte Zustimmung des Aufsichtsrates, was den Satzungen widerspricht.“ Oder Ergebnispunkt 3, wurde auch von Mag. Fasan schon erwähnt: „Die Übertragung der Zeichnungsberechtigung an ein Mitglied des Aufsichtsrates bedeutet in der Praxis, dass dieses unmittelbar in die Verantwortung des laufenden Betriebes der Wachauer Messe AG eingebunden wurde. Eine solche Vorgangsweise steht im Widerspruch zu den Aufgaben eines Aufsichtsrates und widerspricht den Bestimmungen des Aktiengesetzes.“ Wer war da zeichnungsberechtigt? Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bundesrat Dr. Kurt Kaufmann von der ÖVP und der Aufsichtsrat Hagmann. Die setzten sich als Zeichnungsberechtigte ein. So wird mit dem Aktienrecht und Aktiengesetz umgegangen!

Oder der Ergebnispunkt 4: „Die vom Vorstand Dr. Angermann erstellten und vom Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Kaufmann unterfertigten Beschlüsse waren in dieser Form nie Gegenstand einer Beschlussfassung des Aufsichtsrates und wurden als solche auch nicht protokolliert. Das Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 7. November 1997 wurde auch nicht korrigiert, womit lediglich die protokollierten Beschlüsse als gefasst angesehen werden konnten.“ Auch hier: Aktienrecht gibt es nicht!

Oder, es ist auch eine interessante Sache, meine Damen und Herren: Bei Sitzungen des Aufsichtsrates nahmen Personen teil, die nicht anwesend hätten sein dürfen. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Des „erweiterten“ Aufsichtsrates!)*
Des erweiterten, ja.

So ist zum Beispiel der Magistratsdirektor der Stadt Krems, Dr. Bernd Poyßl anwesend gewesen. So ist zum Beispiel von der NÖ Landesregierung Mag. Kräftner anwesend gewesen. So ist zum Beispiel auch der Landesrat Ernest Gabmann bei der erweiterten Aufsichtsratsitzung anwesend gewesen. Deswegen stellt auch der Landesrechnungshof eindeutig fest im Ergebnispunkt 9: „Die Teilnahme von Personen, die dem Aufsichtsrat nicht angehören, steht im Widerspruch sowohl zu den Bestimmungen der Satzungen als auch des Aktiengesetzes.“ *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Naja, jetzt haben wir schon drei, vier Sachen da erlebt. Man fragt sich, wenn man diesen Bericht liest, und ich nehme an, alle Abgeordneten werden ihn gelesen haben. Wenn sie ihn nicht gelesen haben sollten, wirklich, ich empfehle Ihnen die Lektüre. Da sieht man, wie man eine Aktiengesellschaft wirklich gut führen kann! Also das ist unwahrscheinlich! Man glaubt es nicht, dass es das alles geben kann. Meine Damen und Herren! Und so geht es weiter. Ergebnispunkt 10: Die Bestimmung des § 10 der Satzung wurde jahrelang ignoriert. Da war zum Beispiel Ing. Erich Grabner zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt worden. Der Aufsichtsrat hätte daher satzungsgemäß sofort die Wahl des Vorsitzenden und eines Stellvertreters durchführen müssen. Darüber hinaus wurde die von der Satzung geforderte alljährliche Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter nicht durchgeführt. Also Gesetze, Aktienrecht, Aktiengesetz wird vom Vorsitzenden und auch von seinen Aufsichtsratmitgliedern einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Wie unprofessionell dieser Vorstand, der Vorsitzende der Aktiengesellschaft vorgegangen ist, zeigt eigentlich der nächste Ergebnispunkt 11, wo der Landesrechnungshof den Aktionären die Empfehlung gibt, eine Geschäftsordnung zu installieren. Der Landesrechnungshof gibt an, es wird empfohlen, ich zitiere: „Es wird empfohlen, eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu beschließen. In dieser wären sowohl Regelungen hinsichtlich der inneren Ordnung des Aufsichtsrates zu treffen als auch das Protokollierungsverfahren und die Protokollgenehmigung mit dem Ziel, eine klare und nachvollziehbare Dokumentation der Beschlüsse zu erreichen, zu regeln.“ Meine Damen und Herren! Nona nicht! Kein weiterer Kommentar ist meines Erachtens nach hier möglich. Da muss der Landesrechnungshof die Aktionäre aufmerksam machen, sie sollen eine Geschäftsordnung beschließen!

Was interessant ist, und ich gehe in diesen Bericht eher nur auf die aktiengesetz- und aktienrechtlichen Versäumnisse ein. Hier auch wieder der Ergebnispunkt 12: „Die von den jeweiligen Vorständen bestätigten Hinterlegungslisten stehen im Widerspruch zu den landeseigenen Aufzeichnungen über die Verwahrung der Aktien und entsprechen somit nicht dem realen Geschehen. In Hinkunft sind die Bestimmungen für die Abhaltung einer Hauptversammlung genau einzuhalten.“ Und so geht es weiter. Der Ergebnispunkt 13: „Die Abteilung Wirtschaftsförderung wird aufgefordert, sich gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der

NÖ Landesregierung die Verfügungsberechtigung über die Namensaktien der Gesellschaft zu sichern und diese in einem Depot bei einem Kreditinstitut zu hinterlegen." Das nimmt man doch an, dass das ohnehin alles automatisch passiert. Herr Mag. Fasan hat ja das auch schon aufgezeigt. In Krems gehen anscheinend die Uhren wirklich anders. *(Abg. Sacher: Bist du noch Gemeinderat?)*
Ich bin schon noch Gemeinderatsmitglied. Wir haben ja im Gemeinderat diesen Bericht auch schon in der nicht öffentlichen Sitzung debattiert. *(Abg. Sacher: Na dann sorg' dafür! Du kannst ja da was verändern!)*
Lieber Herr Klubobmann! Ich komme dann noch in einen anderen Bereich auch auf die Stadt Krems zu sprechen, mit den Schulden. Und du weißt, ich bin an und für sich einer, der seit 10, 15 Jahren immer wieder sagt, Krems, die höchstverschuldetste Gemeinde Österreichs. Wenn man so agiert wie die Wachauer Volksfest AG, wo wir Zuschüsse en masse hineinbuttern müssen, dann wundert mich das nicht. *(Abg. Sacher: Stell' dir vor wenn wir nicht da gewesen wären als Korrektiv, dann wäre alles noch viel schlechter gewesen!)*
So wird es sein.

Aber Spaß beiseite, meine Damen und Herren. Der Abgeordnete Kautz ist ja auf die Bilanz und auf die Zahlen im Detail eingegangen. Ich möchte nur noch zwei, drei Zahlen mit einbringen, damit Sie ungefähr sehen, wie das Verhältnis, nachdem der neue Vorstand Hauer im Jahr 1997 bestellt wurde, wie da die Kostenexplosion vorangegangen ist. So sind im Jahr 1997 im Vergleich zu 1995 für die NÖ Landesmesse gleich um 4,6 Millionen Schilling die Steigerungen vorangetrieben worden. Plus 59 Prozent! Mit der NÖ Weinmesse sage und schreibe 3,39 Millionen Schilling, gegenüber 1996 ein Plus von 258 Prozent. Dann gibt es noch die Jagd- und Fischereimesse, ein Plus von 47 Prozent. Aber darauf sind ja andere Vorredner schon eingegangen.

Man könnte aus diesem Bericht noch so viel heraus zitieren, meine Damen und Herren. Wirklich, ich gebe Ihnen die Empfehlung, wenn Sie eine Firma schlecht führen wollen und Sie haben den Bericht nicht gelesen, würde ich Ihnen sagen, holen Sie dieses Versäumnis nach. Wir nehmen wohl den Inhalt des Berichtes zur Kenntnis und hoffen, jetzt als Landespolitiker wieder gesprochen, dass sich das Land ehebaldigst von diesem finanziellen Engagement zurückziehen wird. Soweit einmal zu meinem Bericht über die Wachauer Messe AG. *(Abg. Sacher: Hast du Ihnen das auch gesagt, wer der Hauer war? Der Obmannstellvertreter der ÖVP!)*
Ja, vielleicht kannst du das dann noch mit einbringen. Ich glaube, es ist ja schon gesagt worden, dass 1997 ein Wahljahr war und so weiter und so fort. *(Abg. Sacher: Ah, jetzt ist es heraußen!)*
Na gut. Das wurde ja schon erwähnt.

Ein paar Sätze möchte ich nun zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Stadt Krems machen. Hier, meine Damen und Herren, kann ich als Kremser leider nur die Feststellung treffen, dass die Stadt Krems, gereiht nach der Höhe ihrer Maastricht-Schulden, den letzten Platz einnimmt. Ist aber auch kein Wunder. Wir haben jetzt gerade den Bericht von der Wachauer Volksfest AG gehört. Dass solche finanzielle Desaster sich natürlich auf den Schuldenstand der Stadt Krems auswirken, ist ganz klar.

Insgesamt wurden in diesem Bericht 23 Gemeinden überprüft, die über 20.000 Einwohner zählen. Städte mit mindestens 20.000 Einwohner wurden einer Querschnittsprüfung unterzogen. Und hier, wie schon erwähnt, nimmt die Stadt Krems mit 105 Prozent bei einem Durchschnitt von 32 Prozent den letzten Platz ein. Von 23 Gemeinden, die über 20.000 Einwohner haben. Die Gesamtschulden der Stadt Krems betrugen im Jahr 1997 1.135,000.000,- Schilling. Und der Herr Klubobmann Sacher weiß, dass ich diese Gesamtschulden auch im Kremser Gemeinderat immer wieder zur Sprache bringe. Und hier wird es nun offiziell und amtlich, dass wir am letzten Platz von diesen 23 Städten sind.

Hier bedarf es sicherlich einer Kraftanstrengung. Aber es ist ja laufend auch schon im Gespräch, ob nicht ein Aufsichtskommissär eingesetzt werden sollte in der Stadt Krems. Denn die finanziellen Machenschaften tragen nicht unbedingt zur Gesundung des Stadtbudgets bei. Aber auch diesen Bericht werden wir zur Kenntnis nehmen. Hier wird ja auch auf anderer Ebene diskutiert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe mir noch vorgenommen, zu dem Bericht über den Gemeindeverband für Abgabeneinhebung in Krems zu sprechen. Und ich darf beginnen: Der Rechnungshof überprüfte von März bis April 1999 die Gebarung des Gemeindeverbandes für Abgabeneinhebung Krems. Dieser Verband, muss man wissen, wurde im Dezember 1992 von 28 Gemeinden des Bezirkes Krems gegründet. Die Aufgaben des Verbandes umfassen die Berechnung, Vorschreibung, Einhebung und zwangsweise Einbringung der Grundsteuer sowie der Selbstbemessungsabgaben. Das sind die Getränke-, Speiseeis-, Lohnsummen- und Kommunalsteuer. Ebenfalls wurde beschlossen, dass die Überprüfung bei den Abgabepflichtigen durch den Verband erfolgen soll.

Zur Überwachung der gesamten Gebarung des Gemeindeverbandes wurde ein Prüfungsausschuss bestellt. Der Rechnungshof überprüft den vorliegenden Bericht, die Verbandsaufgaben, Personal- und Prüfungsausschuss, Haushalt, Informationstechnik und die Abgabenverwaltung.

Bei den Verbandsaufgaben bemängelt er, und jetzt komme ich gleich auf die Kritikpunkte des Rechnungshofes, dass der Verband im Namen und auf Rechnung einzelner Mitgliedsgemeinden ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde Fremdleistungen wie zum Beispiel Gebührenabrechnungen für Kanal und Wasser durchführte. Obwohl das überhaupt nicht seine Aufgabe gewesen wäre.

Der Verband verfügte im Jahre 1998 über 6 Mitarbeiter. Hiezu ist festzustellen, dass bei der Verbuchung von Repräsentationsausgaben und bei Reiseabrechnungen vom Rechnungshof Unzulänglichkeiten festgestellt wurden. In welcher Form auch immer, das ist nicht ganz eindeutig hervorgegangen. Die Überstundenaufzeichnungen waren nur bedingt nachvollziehbar. Gleichzeitig empfiehlt der Rechnungshof, die Aufgaben des Prüfungsausschusses neu zu überdenken und eine wirkungsvolle Arbeitsweise des Kontrollorgans sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Interessant für mich ist die Feststellung des Rechnungshofes, dass es sehr große Abweichungen zwischen den Rechnungsabschlüssen und den Voranschlägen gibt. Die Einnahmen und die Ausgaben der Rechnungsabschlüsse waren in einem Überprüfungszeitraum zwischen 19 und 87 Prozent höher als jene der Voranschläge.

Zur Abgabenverwaltung ist festzustellen, dass diese sehr wohl professioneller durchgeführt werden sollte. Hier möchte ich auch ein Beispiel bringen. In den Jahren 1994 bis 1998 fanden insgesamt 152 Abgabenprüfungen statt, wobei lediglich 4,6 Prozent der Abgabenpflichtigen überprüft wurden. Die Auswahl der zu überprüfenden Abgabenpflichtigen erfolgte ohne Prioritätensetzung. In einigen Fällen wurde an Ort und Stelle Niederschriften angefertigt, die neben dem Prüfungsergebnis auch einen Verzicht auf die Bescheidausfertigung und die Berufung enthielten. Tatsache ist, dass die Nachforderungen bei den überprüften Abgabepflichtigen im Durchschnitt Sage und Schreibe rund 10.500,- Schilling betrugen. Das ergibt immerhin bei 152 Abgabeüberprüfungen in fünf Jahren Nachforderungen in der Höhe von knapp 1,6 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren! Jetzt jammern die Gemeinden immer, dass sie zu wenig Geld haben. Hochgerechnet würde das bedeuten, auf zirka 3.300 Abgabenpflichtige bedeutet dies, dass an die 35 Millionen Schilling nachzufordern wären. Umgerechnet ergäbe das für jede Gemeinde ein Mehr von 1,2 Millionen Schilling. Jetzt sollte man glauben, wenn man sechs Mitarbeiter des Verbandes hat, sollte es doch möglich sein, innerhalb von fünf Jahren alle Betriebe mindestens einmal zu überprüfen. Ich habe mir das ausgerechnet. Pro Woche wären das 1,5 Betriebe, auf sechs Mitarbeiter aufgeteilt. Also das, kann ich mir vorstellen, müsste doch irgendwie möglich sein.

Deshalb schließe ich mich zum Schluss selbstverständlich den Empfehlungen des Rechnungshofes, das Mahnwesen zu straffen, eine zeitnahe Abgabeneinhebung einzuführen, alle Abgabenpflichtigen innerhalb des Verjährungszeitraumes zu überprüfen, an. Auch diesen Bericht, meine Damen und Herren, werden wir zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rupp.

Abg. RUPP *(SPÖ)*: Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zu zwei Rechnungshofberichten des Bundes, nämlich zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Abgabeneinhebungsverband Scheibbs und Krems sowie den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Landeshauptstadt St. Pölten. Bevor ich aber beginne mit St. Pölten möchte ich ganz kurz auf den Kollegen Haberler eingehen, liebe Anwesende, weil er gemeint hat, was für Veränderungen jetzt in der neuen Bundesregierung kommen und den Schuldenstand der alten Bundesregierung genannt hat, der übertragen worden ist. Es ist nur schade, dass er nicht da ist. Ich möchte ihn nur aufmerksam machen, dass jetzt die Kammerwahlen in Oberösterreich und im Burgenland für die sozialdemokratischen Gewerkschafter sehr gut geschlagen worden sind. Und wir haben auch einen Grund dafür... *(Heftige Unruhe bei Abg. Marchat.)* Bitte ruhig bleiben!

Senkung der Lohn-Nebenkosten: Ich glaube, ihr habt gehört, was euer Finanzminister vor hat. Die Senkung der Lohn-Nebenkosten, was für die unselbständig Erwerbstätigen eindeutig einen Einkommensverlust bedeutet. Dann den Selbstbehalt beim Arztbesuch, den Selbstbehalt beim Krankenhausaufenthalt. Die Pensionsreform, worüber sehr lange schon debattiert wird, wird auch einen großen Nachteil für die unselbständig Erwerbstätigen bringen. Die Erhöhung der Gebühr für die Autobahn-

vignette. Und was uns natürlich als Gemeindevertreter am meisten weh tut: Dass es noch keine Ersatzmöglichkeit für die Getränkesteuer gibt. Ihr wisst bitte, dass die Gemeinden in Niederösterreich pro Tag 11 Millionen Schilling verlieren wenn es keine Ersatzmöglichkeit gibt. Also wenn ihr euch darüber Gedanken machen könnt, wären wir bitte sehr sehr froh. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Somit, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich jetzt auf den Wahrnehmungsbericht über die Landeshauptstadt St. Pölten eingehen. Es wurde von Kollegen Mag. Fasan vor seinem Abgang vom Rednerpult gemeint, naja, der Bürgermeister in St. Pölten, der macht das wahrscheinlich alles im Alleingang. Und er hat dann noch einen Vergleich dazu angestellt. Das steht mir nicht zu. Ich möchte nur auf eines hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bei der Erstellung, Herr Präsident, des Landesrechnungshof-Ausschusses, als wir uns die Richtlinien erarbeitet haben, die Statuten erarbeitet haben, war eines für uns alle vordringlich: Dass wir gesagt haben, dass die Vertraulichkeit des Rechnungshof-Ausschusses gegeben sein muss. Ich möchte das in den Raum stellen. Und ich glaube, wir haben sehr lange und sehr zielführend daran gearbeitet. Der Beschluss hat dann gelautet, dass für alle Geschäftsstücke, die im Rechnungshof-Ausschuss behandelt worden sind, dann die Vertraulichkeit aufgehoben worden ist. Was aber mich persönlich wahnsinnig gestört hat, das auch heute schon zum Ausdruck gekommen ist: Als wir als Abgeordnete den Rechnungshofbericht von St. Pölten bekommen haben, ist 14 Tage vorher schon tagtäglich ganz breit in den Zeitungen diskutiert worden, geschrieben worden. Das ist das, glaube ich, was wir Gottseidank im Landesrechnungshof, Herr Präsident, nicht haben. *(Abg. Dr. Michalitsch: Bundesrechnungshof, nicht?)*
Es ist vorgekommen. Irgendwer muss den Bericht des Bundesrechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten vorher angekündigt haben. Und da darf ich sagen, dass diese Information, meine Damen und Herren, sicherlich sehr peinlich ist und auch eine Abwertung dieses Berichtes mit sich bringt.

Ich darf dazu sagen, der Landesrechnungshofbericht über die Landeshauptstadt St. Pölten umfasst 23 Seiten. Ich möchte mich nur auf einige wesentliche Punkte beschränken, weil heute schon so viel gesagt worden ist und irgendwo so „drübergelesen“ worden ist. Das hat ja keinen Genauigkeitswert. Ich darf nur eines dazu sagen, was mir auch aufgefallen ist, was im Rechnungshofbericht als erster Punkt kritisiert worden ist: Dass die Landeshauptstadt St. Pölten keinen mittelfristigen Investitions- und Finanzplan vorgelegt hat. Ich darf dazu eines sagen, meine Damen und Herren. Als selbst Bürgermeister in einer Stadt mit 8.200 Einwohnern und sehr befasst mit der finanziellen Situation in der Gemeinde darf ich sagen, dass erst im neuen Stadtrechtsorganisationsrecht gesetzlich verlangt wird, dass ab dem Jahr 2000 eine mittelfristige Finanzplanung notwendig ist. Wir reden aber vom Rechnungsabschluss 1999 bitte. Und daher möchte ich sagen, dass viele Ungewissheiten enthalten sind in diesem Rechnungsabschluss. Beginnen wir nur, meine Damen und Herren, wenn wir – und es ist sicher notwendig, eine langfristige, mittelfristige Finanzplanung zu machen, aber von der derzeitigen Regierung her gesehen, und ich komme nochmals auf die Getränkesteuer zurück. Diese beträgt in der Landeshauptstadt St. Pölten ... *(Abg. Marchat: Da gibt es schon eine Ersatzlösung bitte!)* Ich kenne sie noch nicht, lieber Freund!

Tatsache ist eines bitte: Dass die Stadt St. Pölten mit einem Getränkesteueraufkommen, lieber Herr Kollege Marchat, von 45 Millionen im Durchschnitt pro Jahr rechnet. Und 45 Millionen Schilling haben oder nicht haben, das brauch‘ ich Ihnen nicht zu sagen, macht einen bestimmten Betrag aus. Auch rückwirkend, das ist ja auch noch nicht entschieden, was rückwirkend für das Jahr 1995 verlangt werden könnte. Wir haben noch keine gesetzliche Entscheidung. Das beträgt für die Landeshauptstadt St. Pölten 190 Millionen Schilling.

Und wenn man dann die Diskussionen verfolgt, die jetzt in der derzeitigen Bundesregierung geführt werden, sollte bei der Anzeigeabgabe eine gesetzliche Änderung beschlossen werden, diese in eine Werbesteuer umgewandelt werden, aufgeteilt nach einem anderen Bevölkerungsschlüssel, dann könnten die derzeit 15 Millionen, mit denen St. Pölten rechnen kann bei der Anzeigeabgabe, nur 1,5 Millionen bedeuten. Und wenn ich die große Unsicherheit bei der Krankenhausfinanzierung hernehme, dann darf ich mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Land Niederösterreich für das Krankenhaus St. Pölten pro Jahr 1.305,- Schilling pro Patienten bezahlt. Und die Stadt St. Pölten bringt einen Betrag von 3.390,- Schilling auf. Wenn man das alles hochrechnet, meine Damen und Herren: Getränkesteuer kann ein Verlust werden. Die rückwirkende Zahlung der Getränkesteuer kann kommen. Und wenn ich dann sage, jetzt mache ich für fünf Jahre eine finanzielle Mittelfristplanung, dann geht es um einen Betrag von 248 Millionen Schilling, was kommen kann als Einnahme, oder nicht kommen kann.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich mir angesehen, beträgt im ordentlichen Haushalt der Landeshauptstadt St. Pölten immerhin

einen beeinflussbaren Betrag von 18 Prozent. Und jetzt ersehen Sie, warum im Jahr 1999 auf Grund der vielen Unsicherheiten noch keine Mittelfrist-Planung gemacht werden konnte. Weil man nicht gewusst hat, was an Einnahmen auf die Landeshauptstadt und darüber hinaus, darf ich sagen, auf alle Gemeinden zukommt.

Zum hohen Schuldenstand: Das ist auch ein Kritikpunkt im Landesrechnungshof. Unter Berücksichtigung der Einhaltung der Maastricht-Kriterien hat man die Vorhaben im außerordentlichen Haushalt bereits 1998 fühlbar reduziert, was sogar in den Medien kritisiert wurde. Im Voranschlag 1998 waren noch 417 Millionen Schilling veranschlagt und im Jahr 1999 im außerordentlichen Haushalt nur mehr 283,6 Millionen. Also eine beachtliche Reduzierung in der Landeshauptstadt im Zusammenhang mit dem Schuldenstand.

Beim Schuldenstand wurde auch vom Rechnungshof positiv vermerkt, dass im Einschaubericht ein wesentlicher Teil der Erhöhung der Gesamtschulden auf Investitionen im Gebührenhaushalt zurückzuführen ist. Wie zum Beispiel: Infrastrukturmaßnahmen, Abfallwirtschaft, Abwasserbeseitigung, Sanierung städtischer Wohnhäuser, Ausbau der Trinkwasser- und Fernwärmeversorgung. Und in den meisten Fällen, die jetzt von mir aufgezählt worden sind, meine Damen und Herren, ich nenne jetzt den Kanalbau, die Wasserversorgung, ist es ja eine Vorfinanzierung der Stadt, auch der anderen Gemeinden, bis man vom Land dann die Annuitätenzuschüsse bekommt. Das heißt, die Stadt St. Pölten hat in dem Fall Kreditmittel aufnehmen müssen, um all diese Projekte vorzufinanzieren, die sich dann durch die Annuitätenzuschüsse zurückzahlen. Trotzdem, meine Damen und Herren, konnte im Jahr 1999, trotz der großen Leistungen, die innerhalb eines Jahres vollbracht wurden, der Schuldenstand um 80 Millionen Schilling reduziert werden. Das bedeutet im Verhältnis mit vergleichbaren Städten der Größenordnung der Landeshauptstadt St. Pölten, dass St. Pölten nicht im oberen Drittel, den Schuldenstand betreffend, liegt - ich möchte jetzt fairerweise die anderen Städte nicht aufzählen - sondern im guten Durchschnitt sich befindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss noch einmal auf den Schuldenstand zurück, Kollege Marchat. *(Abg. Marchat: Im Rechnungshofbericht steht drinnen, im oberen Drittel!)* Ja, im oberen Drittel befindet sich der Schuldenstand. Das heißt, sind sie nicht, sondern sie sind im guten Durchschnitt, bitte. *(Abg. Marchat: Steht aber da drinnen! Ich lese dir das dann vor!)* Nein, sind sie nicht! Lies genau, sie sind im guten Durchschnitt!

Eine große und lange Medienberichterstattung gab es auch in unserem Bezirk St. Pölten über den Rechnungshofbericht über eine verdeckte Förderung an den ARBÖ durch einen Grundankauf. Durch zahlreiche Ermittlungen, meine Damen und Herren, und da würde ich jetzt um Verständnis bitten, weil es hat lange darüber der Kollege Mag. Fasan berichtet vom Grundankauf, von Vorverträgen, Grundverkauf an den ARBÖ, Pachtverträgen. Ich habe mir alle diese Beschlüsse im Gemeinderat besorgt. Herr Kollege Marchat! Wenn du dann vielleicht zum Schluss Stellung nimmst, höre ich auch genau zu. Es waren, meine sehr verehrten Damen und Herren, an die Adresse des Herrn Mag. Fasan und vielleicht an noch nachkommende Redner, die dazu Stellung nehmen, lauter einstimmige Beschlüsse im Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten. *(Abg. Marchat: Es geht ja nicht um den Verkauf an den ARBÖ!)*
Ich komme genau noch darauf. Und ich hoffe, du merkst dir deinen Einwand für deine Wortmeldung.

Die Stadt St. Pölten hat 1981 von den Bundesforsten eine große Anzahl von Grundstücken zum Quadratmeterpreis von 63,- Schilling gekauft. 1993 verkaufte die Stadt eine Teilfläche davon, eine ehemalige Schottergrube in Hart um 600,- S/m^2 an den ARBÖ. Im Kaufvertrag wurde ein Wiederkaufsrecht der Stadt bis zur Erteilung der Benützungsbewilligung für das geplante Prüfzentrum des ARBÖ auf diesem Grundstück vereinbart. Genau, minutiös habe ich mir das herausgeschrieben. 1992 wurde außerdem ein Pachtvertrag mit der ARBÖ-Landesorganisation über die restliche Grubenfläche zur Errichtung eines Verkehrsübungsplatzes abgeschlossen. Am 23. Juni 1995 wurde auf Grund der Fertigstellungsanzeige die baubehördliche Kollaudierung für das ARBÖ-Prüfzentrum vorgenommen. Zu diesem Zeitpunkt war das Wiederkaufsrecht der Stadt für das ARBÖ Prüfzentrum erloschen, bitte - heute ist es anders dargestellt worden -, weil die Autofahrerorganisation ihre vertragliche Verpflichtung voll erfüllt hatte. Am 7. Juni 1995 teilte die ARBÖ-Landesorganisation mit, dass sie die Absicht habe, ein 2.000 m^2 Grundstück auf den ehemals städtischen Areal an die Firma Rele zur Errichtung einer Tankstelle zu verkaufen.

Da diese Teilfläche – lieber Herr Kollege Mag. Fasan, ich würde bitten, dass du zuhörst – für das Tankstellenprojekt aber nicht ausreichte, wurde die Stadt ersucht, rund 2.200 m^2 des benachbarten, an den ARBÖ verpachteten Grundstückes ebenfalls an die Firma Rele zu verkaufen. Wobei der ARBÖ die Zustimmung zur Herauslösung dieser Teilfläche aus dem rechtsverbindlichen Pachtvertrag erteilte.

Der Gemeinderat hat am 30. Oktober 1995 - bitte aufmerken - einstimmig diesen Verkauf zum Quadratmeterpreis von 1.500,- Schilling bewilligt und gleichzeitig die Verkaufsabsicht des ARBÖ für den jetzt inkriminierten Grundstücksanteil zur Kenntnis genommen. Ursprünglich wurde für den Verkauf des städtischen Grundstückes an die Firma Rele ein Mischpreis von 800,-/m^2 in Aussicht genommen. 800,- Schilling! Und dann haben Sie einstimmig beschlossen 1.500,- Schilling.

Der damalige Stadtrat Anton Heinzl wurde seinerzeit angegriffen. Ich glaube, das wissen wir noch alle. Er hat als Mitglied des gemeinderätlichen Liegenschafts-Ausschusses laut Aktenvermerkt vom 1. September 1995 der städtischen Liegenschaftsverwaltung einen Quadratmeterpreis von 1.500,- Schilling gefordert, der schließlich von der Firma Rele akzeptiert worden ist. Somit hat der damalige Stadtrat Anton Heinzl die Interessen der Stadt bestens vertreten. Der Verkauf, meine Damen und Herren, dieser städtischen Teilfläche zum Gesamtpreis von 3,300.000,- Schilling wurde erst dadurch ermöglicht. *(Abg. Marchat: Wo steht denn das? In einer SPÖ-Zeitung?)*

Das gemeinsame Vorgehen von ARBÖ und Stadt zur Realisierung dieses Tankstellenprojektes und der verhältnismäßig hohe Kaufpreis bewirkte, dass ein beachtlicher Vorteil für die Stadt lukriert worden ist. Ich darf dich bitten, erkundige dich bei deinen Kollegen im Gemeinderat, das wurde einstimmig beschlossen! *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Herr Bürgermeister! Wenn sie solche Beschlüsse fassen, werden Sie bald schuldenfrei sein!)*

Herr Kollege Mag. Fasan! Meine Damen und Herren! Darf ich um Aufmerksamkeit bitten! Der Kollege Mag. Fasan ist da von seinem Rednerpult weggegangen und hat gesagt, es ist ein bisschen anrüchig, weil es eine SPÖ-nahe Organisation ist. Der ARBÖ hat halt diesen Beschluss bekommen und hat günstig ein Grundstück erworben.

Und jetzt darf ich euch einen anderen Beschluss vorlesen. Dass der ARBÖ beim Grundstücksverkauf nicht begünstigt wurde, geht auch daraus hervor, dass die Stadt 1987 an den ÖAMTC ein vergleichbares, aber voll aufgeschlossenes Grundstück in der Schulze-Delitzsch-Straße direkt an der Autobahnabfahrt zum Quadratmeterpreis von 450,- Schilling verkauft hat. *(Abg. Mag. Fasan: Das war sechs Jahre früher!)*
Und ich darf dazu sagen, bitte, man kann leicht über irgend etwas reden, Herr Abgeordneter. Aber sollte nicht nur sagen, an den ARBÖ, weil der der Stadt vielleicht politisch nahe steht, sondern auch die zweite Organisation, den ÖAMTC erwähnen. *(Abg. Marchat: Aber ihr habt das um 1.500,- Schilling weiter verkauft!)*
Nein! Darum geht es nicht! Du hast nicht zugehört.

Darf ich zur nächsten Rechnungshofkritik über die Landeshauptstadt St. Pölten Stellung nehmen? Ich darf dazu sagen, Sie haben bei der Einleitung richtig gesagt, Herr Kollege Mag. Fasan, bei der Kostenexplosion der Bauarbeiten am Rathausplatz wurde vom Rechnungshof eindeutig zur Kenntnis genommen, ab der Planung war dann alles in Ordnung. Kostenaufwand waren dann die 60 Millionen Schilling, aus folgenden Gründen, bitte, und das wurde wieder einstimmig im Gemeinderat beschlossen. So ist es bitte. Und das kann man ja nachvollziehen. Ihr habt ja alle Vertreter im Gemeinderat. Und daher möchte ich sagen: Durch die besondere Dringlichkeit des Tiefgaragenprojektes, dessen rasche Fertigstellung von Anrainern und Innenstadtkaufleuten vehement verlangt wurde, kam es zu einer weitgehenden Überschneidung der projektierten Ausführungsphase. Außerdem wurden zahlreiche Projektserweiterungen bzw. Abschlagszahlungen in Millionenhöhe in dieses Institut notwendig. In der ursprünglichen Kostenschätzung waren es 60 Millionen Schilling, beim entsprechenden Grundsatzbeschluss, der im Jahr 1994 gefasst wurde.

Weiters wurde dann dazu bitte, das hat man bei der Planung noch nicht gewusst, dass es notwendig ist, auch ein Behindertenaufzug bei der Firma „Leiner“, Großkaufhaus in St. Pölten, und ein Zugang zur Firma „Leiner“ installiert. Die Renovierung der Dreifaltigkeitssäule ist ebenfalls im Nachhinein beschlossen worden. Bürohaus am Roßmarkt, die Platzgestaltung, die Aufzüge, eine spezielle Platzbeleuchtung wurde ebenfalls in diese Rathausplatz-Umgestaltung einbezogen. Nach Bauausführung erfolgte die abschließende einstimmige Genehmigung durch den Gemeinderat.

Und dann hat der Gemeinderat eine Erklärung abgegeben, und die möchte ich auch mitteilen, meine Damen und Herren. Die rund 14-prozentige Kostenüberschreitung bei der Errichtung der Tiefgarage und des Amtsgebäudes wurde vom Gemeinderat bei der Abstimmung über den Schlussbericht einhellig als übliche Kostenüberschreitung für ein derart kompliziertes Bauvorhaben bezeichnet. Auch mit den Stimmen der grünen Kollegen im Gemeinderat bitte!

Und als nächsten Punkt, was ebenfalls schon angezogen worden ist, darf ich mitteilen: Planstellen und Personalausgaben. Und ich darf mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Zwischen 1992 hat der Magistrat 744 Dienstposten

gehabt und 1997 853. Das ist eine Differenz von 109 Dienstposten. Und ich darf mitteilen, meine Damen und Herren, auch auf Grund von gesetzlichen Beschlüssen hier im Landtag, auf Grund des Kindergartengesetzes, wo wir beschlossen haben, dass in jeder Gruppe, meine Damen und Herren, eine Helferin sein soll, so darf ich sagen, bitte, bei 40 Kindergartengruppen haben sie 20 Helferinnen gehabt. Und wenn man in jeder Gruppe eine hat, Herr Präsident, erhöht sich das natürlich um 20. Und das sind einmal die 20.

Dann hat die Stadtgemeinde St. Pölten am Eisberg, wissen wir, ein Pensionisten- und Pflegeheim errichtet. Auch zum Vorteil des Landes Niederösterreich. Weil sie zu wenig Pflegeplätze gehabt haben, mussten 60 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden. Im Umweltschutzbereich, Herr Mag. Fasan, Abfallwirtschaft, Umweltschutz und Müllbeseitigung, mussten zusätzlich 19 Mitarbeiter aufgenommen werden und zwei Sozialarbeiterinnen. Und fünf Dienstposten in der Musikschule resultieren auch aus gesetzlichen Beschlüssen, und aus der Einrichtung eines Fremdenverkehrsbüros weitere fünf Mitarbeiter. In der Hoheitsverwaltung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Mitarbeiterstand nicht aufgestockt worden, sondern zum größten Teil in Bereichen, wo wir vom Landtag Beschlüsse gefasst haben, zum Beispiel Kindergartenhelferinnen oder zum Beispiel Pflegeanstalt. Und deswegen hat sich der Personalstand bitte verständlicherweise erhöht.

Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich den Bericht, den Wahrnehmungsbericht über die Landeshauptstadt St. Pölten beenden. Ich kenne auch die Stellungnahme, die Sie auch kennen, von der Landeshauptstadt, wo eindeutig zu erkennen ist, dass in vielen Bereichen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Möglichkeiten gesucht werden, Verbesserungen einzuführen. Aber dass natürlich auch die Aussage enthalten ist der Landeshauptstadt, dass sie im Interesse ihrer Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger ihre Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen wird. Das bitte zu diesem Bericht.

Ich möchte dann überleiten jetzt zum Wahrnehmungsbericht über die Abgabeneinhebungsverbände Scheibbs und Krems. Es wurde von meinem Vorredner von Kollegen Hrubesch schon ausführlich darüber berichtet. Daher gestatte ich mir, in einer Kurzform darauf einzugehen.

Dem Abgabeneinhebungsverband Scheibbs gehören neun Verbandsgemeinden an. Ihm obliegen die Berechnung, Vorschreibung, Einhebung und zwangsweise Einbringung von Hausbesitz- und Selbstbemessungsabgaben. Vom Rechnungshof wurde festgestellt, dass Säumniszuschläge nur in Ausnahmefällen vorgeschrieben werden. Und vielfach blieb es auch bei der Ankündigung von Zwangsstrafen.

Wir haben darüber, meine Damen und Herren, sehr lange auch die Einzelberichte im Landesrechnungshof-Ausschuss diskutiert. Wir kommen sicherlich einheitlich zur Auffassung, dass da härter vorgegangen werden muss, weil sonst hat das dann eine Nachfolgewirkung, nicht nur im Verband Scheibbs oder Krems, vielleicht auch bei anderen Verbänden.

Dies wurde auch bei gewährten Ratenzahlungen, die verspätet geleistet wurden, festgestellt. Weiters wurde festgestellt, dass in der Zeit von 1994 bis 1998 lediglich 32 Abgabenprüfungen durchgeführt wurden, die wenig aussagekräftig waren. Bei der Abgabeneinhebung über die Getränkesteuer wurde festgestellt, dass laufend Mahnungen ausgesprochen, aber leider oft nur Teilbeträge einbezahlt wurden. Ich darf sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man in allen Gemeinden Österreichs feststellen, dass eine derart schlechte Zahlungsmoral bei der Getränkesteuer herrscht. Alle Gemeinden klagen darüber. Ab diesem Zeitpunkt, wo die Getränkesteuer von der EU in Frage gestellt worden ist, waren viele, die getränkesteuerpflichtig sind, der Meinung, ich muss das nicht mehr zahlen, weil irgendwann bekomme ich sie zurück bezahlt. Jetzt ist es so, dass bei diesen Abgabeneinhebungsverbänden das wahrscheinlich ein bisschen locker gehandhabt worden ist. Es sind dies aber viele Millionen, der Abgeordnete Hrubesch hat das schon aufgezählt. Und das ist das, was man rügen muss bei den Verbänden, dass sie diese Prüfungen korrekter durchführen müssen. Und auch Nachforderungen stellen. Dass die Zahlungsmoral gesunken ist, habe ich schon ausgeführt.

Ich möchte für den Abgabeneinhebungsverband Scheibbs sagen, dass alles das, was jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Ausdruck gebracht worden ist, gewissenhafter, pflichtbewusster vorgeschrieben werden muss. Auch mit Säumniszuschlag. Und ähnliches trifft natürlich auch auf den Abgabeneinhebungsverband Krems zu, wo wir gehört haben, dass dieser Verband aus 29 verbandsangehörigen Gemeinden besteht. Die Gründung des Verbandes erfolgte 1972, ebenfalls mit ähnlichen Vorschreibungen für Einhebung, zwangsweise Einbringung der Getränkesteuer sowie Selbstbemessungsabgaben, Getränke- und Speiseeis-, Lohn- und Kommunalsteuer. Das Abgabenaufkommen erhöhte sich im

Jahr 1996 auf 1998 von 99,5 Millionen auf 108,4 Millionen. Auch hier musste festgestellt werden, dass Verspätungszuschläge oder Zwangsstrafen nicht eingehalten worden sind. Meine Damen und Herren! Ich darf das so salopp sagen: Wenn man den Riemen schleifen lasst und die Betroffenen nicht merken, dass gestrafft wird, dann spricht sich das schnell herum. Und dann haben alle 29 verbandsangehörigen Gemeinden nach ähnlichen Voraussetzungen ihre Abgaben abgeführt. Und so kann es nicht sein! Das heißt, es muss von hier aus und wir haben es auch im Landesrechnungshofausschuss so zum Ausdruck gebracht, Säumniszuschläge, Verspätungszuschläge müssen eingeholt werden.

Zur Zeit der Gebührenüberprüfung waren beim zuständigen Gericht 121 Exekutionsverfahren mit einem Gesamtbetrag von 2,6 Millionen anhängig. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist bei 29 Gemeinden ein relativ viel zu hoher Prozentsatz. Im Jahre 1994 bis 1998 fanden 152 Abgabenprüfungen statt, wobei dies einen Prozentsatz von 4,6 Prozent der überprüften Abgabepflichtigen darstellt. Und es wurde ebenfalls vom Rechnungshof kritisiert, dass dieser Prozentsatz viel zu gering sei. Beim Schlussbericht wird festgestellt, dass alle Abgabenpflichtigen innerhalb des Verjährungszeitraumes überprüft werden müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diesen Überlegungen können wir uns nur anschließen. Ich darf mitteilen, dass wir diese beiden Rechnungshofberichte zur Kenntnis nehmen werden. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Mag. Riedl das Wort.

Abg. Mag. RIEDL *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Eigentlich wollte ich mich mehr mit den Bundesrechnungshofberichten beschäftigen und da etwas intensiver mit der Haushaltskonsolidierung. Aber es sind doch so viele interessante Wortmeldungen zu anderen Themen, vor allem zur Wachauer Messe AG gefallen, dass es mir eigentlich auch ein besonderes Anliegen ist, hier ein bisschen was klarzustellen.

Ich stimme grundsätzlich mit allen kritischen Anmerkungen zu Verletzungen von Rechtsnormen mit den Vorrednern, ob das der Kollege Mag. Fasan ist oder der Kollege Hrubesch ist, völlig überein. Ich stimme auch überein, dass es eine Aufgabenstellung des Landes nicht sein kann, als Minderheitsbeteiligung irgendwo Mehrheitsbeschlüsse zur Kenntnis zu nehmen. Und dass daher in Anbetracht der Situation, dass hier Aufgaben formuliert werden, die eher städtebauliche Grundlagen haben, dass in diesen Entwicklungskonzepten doch viel eher das Land sich zurückziehen sollte.

Ich stimme aber nicht darin überein, dass der Bericht das gebracht hat, was sich vielleicht manche erwartet haben. Wenn man die Zusammenfassung anschaut, so wird festgestellt, erstens, dass die eingeleitete Sanierungsphase grundsätzlich der richtige Weg ist. Dass die Maßnahmen, die der Vorstand und der Aufsichtsrat organisiert hat, als der organisatorische Rahmen dafür angesehen wird, dass die Sanierung auch gelingen könnte. Dass in einer so schwierigen wirtschaftlichen Situation mit diesen finanziellen Ausstattungen es sehr wohl eine Aufgabenstellung der Gesellschafter ist, hier eine entsprechende Grundlage aus den Gesellschaftermitteln zu schaffen. Und dass das Ergebnis 1998 eigentlich auch noch die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bestätigt. Wenn man das so liest, wie groß muss da eigentlich die Enttäuschung derer sein, die da Antragsteller für diese Bedarfsprüfung waren? Weil dafür gibt es überhaupt nichts her. Der jetzt verantwortliche Aufsichtsratsvorsitzende Bürgermeister Hölzl hat, so wie in dem Bericht formuliert, doch immer rechtzeitig die richtigen Entscheidung getroffen.

Und ich möchte daher auch ein bisschen diese vielen Formalerfordernisse, die festgestellt wurden, richtig festgestellt wurden, doch in ihrem wirtschaftlichen Gehalt ein wenig ins rechte Licht rücken. Was meine ich damit? Da wird erwähnt das Ergebnis 2, die Aufsichtsratszustimmung, die formelle, zum Aktienverkauf ist nicht da. Korrekt. Es wird gleichzeitig aber festgestellt, dass die grundsätzliche Beschlussfassung in diesem Thema eine entsprechend positive Beurteilung im Aufsichtsrat erfahren hat. Dass letztendlich, wenn hier die vier Gesellschafter, die alle untereinander bekannt sind, auch Jahrzehnte lang die Probleme und Geschicke diskutiert und verwaltet haben, und jetzt innerhalb dieser vier Gesellschafter aufgegriffen wird, dass der formale Beschluss noch fehlt, was ist wirtschaftlich hier für ein anderes Ergebnis zu erwarten oder was hätte das anders ergeben?

Dasselbe bei der Hinterlegung von Aktien. Ich meine, es ist rechtens richtig, diese grundsätzliche Bestimmung. Sie ist auch einzuhalten. Aber wenn sich zwei Gesellschafter, der eine 75 Prozent-Gesellschafter die Stadt Krems und der andere 25 Prozent-Gesellschafter das Land Niederösterreich, zur Hauptversammlung treffen, dann kann doch sozusagen das nicht wirklich ein wirtschaftliches, inhaltliches Problem sein. Ohne diese entsprechenden Bestimmungen in Frage zu stellen.

Und das Letzte, was auch erwähnt wurde und was meiner Meinung nach überhaupt sehr weit hergeholt wurde, weil eben auch als letzter Aufhänger politisch vom Kollegen Keusch in einer Presseaussendung in diesem Fall meiner Meinung nach auch irrtümlich und falsch zitiert, ist das Ergebnis 9, dass an der Aufsichtsratssitzung keine Personen teilnehmen dürfen, die nicht Aufsichtsratsmitglieder sind. Korrekt. Sehr wohl darf der Aufsichtsrat aber Auskunftspersonen und Sachverständige zu entsprechenden Themen einladen und dort hören. Das heißt, nach Rücksprache mit dem zuständigen Landesrat ist der ja nicht im erweiterten Aufsichtsrat jederzeit anwesend gewesen. Er ist sehr wohl das eine oder andere Mal gerufen worden. Aber genau dafür ist diese Bestimmung gedacht. Und genau das steht im Aktiengesetz. Und genau das sollte man auch richtig unter Anführungszeichen formulieren. Und eine politische Verantwortung für einen Landesrat, der nicht Aufsichtsrat ist, der dort gar keine Aufsicht hat, also die kann man wohl nicht unterstellen. Daher funktioniert auch in dieser Hinsicht, glaube ich, diese letzte sozusagen politische Aussage, die man da an den Haaren herbeizieht, überhaupt nicht.

Aber zu der Kremser Situation schon noch etwas Besonderes: Wir wissen, dass die wirtschaftliche Lage des Messestandortes sehr kritisch ist. Wir wissen, dass sich das Land auch mit den Messeaktivitäten des Bundeslandes Niederösterreich sehr intensiv beschäftigt. Und es gibt hier zwei wichtige Anhaltspunkte, Studien, die da sind. Das eine ist die Horvath-Studie aus dem Jahre 1994. Und das andere ist jetzt die Evaluation der Prognos-Infora-Studie, die aufbauend auf der damaligen Horvath-Studie auch wiederum sagen soll, wohin die Reise geht.

Diese Analyse dieser wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führt mich wieder zu den ursprünglichen Intentionen und meinen Absichten über die Bundesrechnungshofberichte zu sprechen, zurück, wenn ich über die Konsolidierungspakete eine Anmerkung machen darf. Nämlich gerade in diesem Rechnungshofbericht, der im Grunde genommen relativ positiv die Bemühungen der Länder und auch des Landes Niederösterreich für diesen Zeitraum feststellt, aber auf der anderen Seite auch die entsprechenden Städte beurteilt, kommen zwei Städte nicht gerade gut weg.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Im zweiten Konvergenzkriterium, nämlich dem Schuldenstand, sind sich Krems und St. Pölten sehr, sehr ähnlich. Also ich habe es mir gerade vorhin auch noch notiert, folgendes zu zitieren, weil es vielleicht etwas irrtümlich auch erwähnt wurde: 5.2 Seite 69, Konvergenzkriterium. „Im Vergleich nimmt die Stadt St. Pölten mit ihrer Quote von 73 % bei einem Durchschnittswert von 32 % einen Platz im unteren Drittel ein."

Also die Voraussetzungen, sage ich jetzt einmal, für eine zusätzliche wirtschaftliche Aktivität, sind ähnlich schlecht wie in Krems. Und das ist insofern für mich interessant, weil die Horvath-Studie die Messestandorte vergleicht. Und ich darf da zwei Themen erwähnen. Erstens einmal Infrastruktur: St. Pölten wird hier mit den Höchstwerten bepunktet. Verkehrsanbindung, Zufahrtsmöglichkeit, Parkmöglichkeit, Beschilderung. Krems wird als Letzter gehandelt in all diesen Standorten, Herr Kollege, wo Wieselburg, Wr. Neustadt, Tulln und Hollabrunn auch noch vorkommen. Das zweite Kriterium, die Messeausstattung oder das Messegelände. Auch hier ist St. Pölten Erster und Krems Vorletzter. Und die Anliegen, die diese Studien formulieren, beginnend von Horvath im Jahr 1994 samt der Evaluierung jetzt im Jahr 1998, liegen alle auf der gleichen Basis.

Erstens, es ist eine sehr, sehr kritische Situation in jenen gewachsenen Standorten, die man nicht wirklich sinnvoll organisieren, erweitern kann, weil sie in die Stadt gewachsen sind. Es sind „stadtplanerische Altlasten", wie man zu Krems formuliert hat. Und man merkt dann gleichzeitig an, dass die Organisationsform AG, die auch ein paar Mal vorkommt, nicht wirklich die sinnvollste für diese Struktur, vor allem in Krems ist. Aber: Welche Verbesserungen werden angemerkt? Erstens, Parkflächen zu schaffen, Werbeaktivitäten zu erhöhen, neue Messen zu gestalten. Man merkt dann noch an, überall sollten positive Deckungsbeiträge erarbeitet werden. Und hat ein paar kritische Fälle, die man sehr wohl ansprechen sollte. Nämlich die Vereinbarung der Stadt mit dem Stadtsaal oder die Weinmesse und die Aktivitäten in diesem Zusammenhang mit der Landes-Landwirtschaftskammer. Aber was meine ich in diesem Zusammenhang mit beiden Standorten? Erstens, dass in diesen Rahmenbedingungen, in diesen schwierigen Rahmenbedingungen für Krems kritische Personalentscheidungen doppelt schwerwiegend sind. Es ist höllisch aufzupassen, dass man in einem wirtschaftlich schwierigen Rahmen nicht eine Fehlbesetzung vornimmt. Und ich sage auch hier, dass es letztendlich die Aufträge der Horvath-Studie waren, zusätzliche Werbemaßnahmen, zusätzliche Messen, die bei Einführung auch in der Regel einen Anlaufverlust bringen, dass das alles zusammen mit der Neubesetzung, die man auch hinterfragen darf, eigentlich zu einem wirtschaftlichen Desaster

führte. Und daher glaube ich trotzdem, dass in dieser kurzen Frist, in dieser sehr raschen Entscheidungsgrundlage mit der Abberufung des Hauer samt der Nichtentlastung und samt dem Androhen einer rechtlichen Zwangsmaßnahme eigentlich verantwortungsbewusst gehandelt wird.

Und das Zweite: Auch in der Folge erkennt man, dass die alten Ergebnisse nicht ganz erwirtschaftet werden können, weil diese Rahmenbedingungen noch immer nicht verbessert sind. Und weil die finanzielle Ausstattung fehlt. Und daher ist es auch jetzt zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren notwendig, nachzudenken, wer denn die Geschicke am Besten führen kann. Auch nicht unbedingt für die Kontinuität, für die wirtschaftliche Weiterentwicklung eine gerade vorteilhafte Lösung.

Und im Zusammenhang mit dem vorher Gesagten, ja Freunde, was heißt denn eigentlich St. Pölten mit diesen Standortvorteilen? Oder Krems mit diesen Standortnachteilen? Was heißt denn eigentlich „Sanierungskonzept“ und „die Richtung stimmt“ mit einer entsprechenden Problemstellung in St. Pölten? Wenn schon in dem beantragten Prüfbericht nicht wirklich etwas sozusagen Kritisches, ohne jetzt die rechtlichen Formalerfordernisse zu verniedlichen, enthalten ist, dann müsste man sehr wohl umgehend eine Prüfung in St. Pölten beantragen. Weil ja dort wirklich plötzlich die Messeorganisation samt ihrer Standortvorteile konkursreif dasteht. Und genau das, glaube ich, wäre die richtige Antwort sozusagen: Auch hier zu fragen, warum diese Vorteile so desaströs genutzt werden.

So viel zur Wachauer Messe. Noch zwei Anmerkungen zur Finanzierung der Landeshauptstadt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann schon überall kritische Anmerkungen finden und suchen. Sonst wäre ja ein Rechenschaftsbericht nicht wirklich ein Rechenschaftsbericht, wenn man hier nur eitel Wonne formulierte. Aber gerade in diesem Bericht sind schon drei, vier Anmerkungen, die man einfach nicht überlesen darf. Wenn hier die Ablauf- und Aufbauorganisation vorbildhaft genannt wird und als empfehlenswert für andere. Wenn die Projektfinanzierung als sehr vorteilhaft und sogar für den Landeshaushalt empfehlenswert erachtet wird. Wenn die Bauzeit und die Bauplanung, alles zeitlich-organisatorisch in dem Ablauf funktioniert wie selten zuvor, so muss man schon daran denken, dass solche Großprojekte in vergangener Zeit nicht ganz so gelaufen sind. Und es darf durchaus sozusagen, so wie im Rechnungshof-Ausschuss genannt, ein gutes Zeugnis auch als gutes Zeugnis genannt werden. Ich erinnere mich da noch an ein AKH und bis hin zu der notwendigen Meldung des damaligen Bundespräsidenten, die sauren Wiesen und die Sümpfe trockenlegen zu müssen. Also das braucht man zumindest nach diesem Rechnungshofbericht für die Landeshauptstadterrichtung nicht. *(Zwischenruf bei Abg. Keusch.)*

Und weil ich schon bei den Bundesrechnungshofberichten bin, darf ich noch abschließend ein paar Worte zur Haushaltskonsolidierung sagen. Wir haben heute gehört über Erbschaften und Erbschaftserklärungen. Wir haben heute auch in der Presse gelesen, dass Finanzminister Grasser die Wange für seinen Vorgänger hinhalten hat müssen. Was ich durchaus bestätigen muss. Es ist offensichtlich doch so, und das muss man in diesem Punkt sagen: Der Hund des Finanzministers Edlinger, der war nicht so folgsam. Der hat offensichtlich auf die Knackwurst nicht aufpassen können. Und wenn er offenbar da schon irrt, dann muss man auch fairerweise hinterfragen dürfen, ob er überhaupt weiß, welchen Schuldenberg er und seine Kollegen nach 30 Jahren hinterlassen haben. *(Abg. Kautz: Jetzt ist ein Krokodil am Werk! – Abg. Keusch: Das Problem ist, dass es keine roten Hunde, sondern nur schwarze gibt!)*
Also, unter diesem Aspekt muss man wohl die Haushaltskonsolidierung für die Länder und Gemeinden in der Zukunft auch sehen.

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann nicht sein: Wenn die Vergangenheit einen richtigen Weg, einen richtigen Ansatz gebracht hat, wenn der Bund die Länder und die Gemeinden in ihren Bemühungen positiv beurteilt, so darf das den Bund eigentlich nicht verleiten, durch seinen rechtlichen Rahmen, durch seine sozusagen „Entscheidungsgewalten“ die Möglichkeiten so auszuhöhlen und sich dann noch am Ende etwas zu wünschen. Nämlich einen positiven Konsolidierungsbeitrag von 0,5, damit ein bereits nach Brüssel gemeldetes Konvergenzkriterium überhaupt eingehalten werden kann. *(Abg. Kautz: Weihnachten ist am 24. Dezember!)*
Und diese, unter Anführungszeichen „Notwendigkeit“, die hat, Herr Kollege, die europäische Zentralbank und die Kommission schon bestätigt. Tragisch genug, dass mit den Bemühungen, die jetzt alle so kritisiert werden und die noch immer nicht ausreichen, um den Schuldenberg richtig zu behandeln, Österreich an letzter Stelle ist. Und zwar nachweislich an letzter; hinter Portugal, hinter Griechenland! Und daher hier auch ein Problem ... *(Heftige Unruhe bei der SPÖ.)* Dann müssen Sie die Presse genau lesen und müssen auch die Meldungen verfolgen! *(Abg. Kautz: Steht's in der Zeitung, oder ist es wahr?)*
Nein, es ist wahr dass wir Letzter sind! Leider Gottes und tragisch genug.

Das ist ein Problem, das man auch aus Sicht der Länder und aus Sicht der Gemeinden nicht so verniedlichen kann. Diese Beiträge, die wir zu bringen, diese Beiträge, die wir zu leisten haben, ... *(Abg. Kautz: Wo wart ihr in den letzten 15 Jahren? In der Pendeluhr geschlafen? Der damalige Vizekanzler und jetzige Kanzler. Wo wart ihr die letzten 15 Jahre?)*
Noch einmal: Sie können noch so laut schreien, die Kindesweglegung wird nicht gelingen! 30 Jahre lang die Finanzminister und es sind massive Schuldenberge da. Da hilft alles nichts. *(Abg. Kautz: Wir stehen dazu, dass Österreich einen Lebensstandard hat wie fast kein anderes Land in Europa! Wenn Sie es anders haben wollen, dann müssen Sie es sagen!)*
Also, ich möchte nicht über Generationenverträge nachdenken! Aber eines muss ich Ihnen schon darauf sagen: Irgend einer und letztendlich unsere Kinder müssen das Theater einmal auslöffeln. Und haben das zu zahlen! Und wenn es noch weiter gehen soll, dann muss damit irgendwann einmal Schluss sein. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ. - Abg. Keusch: Das musst du den Senioren sagen, die dieses Österreich aufgebaut haben! Denen musst du das sagen! Die werden sich schön bedanken bei dir!)*

Das Nächste, das in diesem Zusammenhang aber schon noch erwähnenswert ist aus dieser Sicht und aus dieser Beurteilung. Es ist, auch bei allem Bemühen, hier Vorbildwirkung zu haben, doch nicht machbar, dass wir letztendlich als Gemeindevertreter Konsolidierungsbeiträge liefern sollen, wenn man uns auf der anderen Seite die Mittel entsprechend kürzt. Punkt 1! Wenn man uns Aufgaben überträgt, die wir nicht erfüllen können. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*
Ich denke da an das Wasserrecht. Ich denke da unter Anführungszeichen an Umsetzungsfristen. Ich denke da an Situationen, wo Gemeinden schon dreimal Kläranlagen bauen innerhalb von 10 Jahren. Und auf der anderen Seite letztendlich jeder weiß, ich will, wenn ich Haushaltskonsolidierung nach diesem Desaster machen soll, die Wasserwirtschaftsfondsmittel für die Umsetzung dieser Fristen kürzen. So kann das also bitte auch vom Bund an die Länder und an die Gemeinden nicht gehen in der Zukunft. *(Abg. Kautz: Heißt der Minister dafür nicht Molterer?)*

In diesem Sinn muss man schon klar und deutlich an dieser Stelle sagen: Auch bei allen positiven sozusagen Beurteilungen der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre steht für die Zukunft immer noch eines im Mittelpunkt: Der Stabilitätspakt! Und der Vertrag lautet zur Zeit nicht auf etwas, was wir uns wünschen wollen, sondern auf einen Beitrag von 0,3 von 3. Und daher wird man mit den Gemeinden, und das wollte ich eigentlich im Sinne der Gemeinden von dieser Stelle aus sagen, mit den Gemeinden über die notwendigen Möglichkeiten, die Beiträge auch liefern zu können, verhandeln müssen. Da gehört genauso dazu die Situation, die Finanzmittel wiederum aufzustocken und nicht zu kürzen. Und eines der wesentlichsten Themen sind nun einmal die anstehenden FAG-Verhandlungen. Dort wird das zweifellos notwendig sein, Tacheles zu reden. Und der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist kein Tabu mehr für die Zukunft. Das muss man an dieser Stelle auch sagen. Daher stellen wir mit Freude fest, dass die Bemühungen in der Vergangenheit durchaus von positiven Erfolgen gekrönt waren. Für die Zukunft jedoch nur dann, wenn man das alles jetzt umsetzt, was hier so quasi in Frage gestellt wird, ob es notwendig ist. Von dem, was jetzt notwendig ist, wissen wir, dass es weh tut. Aber es ist leider Gottes verursacht worden ohne dass wir sozusagen uns heute aussuchen können, ob es weniger weh tun könnte und weniger schwierig gelöst werden könnte. *(Abg. Kautz: Die soziale Pendeluhr der ÖVP!)*
Wir haben das heute schon einmal beantwortet. *(Abg. Kautz: 14 Jahre seid ihr in der Regierung mit dabei! – Abg. Weninger: Der Finanzstaatssekretär!)*

Gut! Damit ist meine Rede im Landtag zu den Beurteilungen der Rechnungshofberichte von meiner Seite beendet. Und ich denke, dass damit eine ausreichende Diskussion zur Fortsetzung möglich wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, die Länge der Debatte und das naturgemäße Springen von Thema zu Thema belegt eindrucksvoll, wie wenig zielführend es ist, eine derartige Fülle an Themen zusammenkommen zu lassen. Und jetzt fünf Monate verstreichen haben zu lassen, ohne dass der Landtag sich mit Rechnungshofberichten auseinander setzen konnte. Mir bleibt an der Stelle leider nichts anderes über als ebenfalls von Thema zu Thema zu hüpfen.

Ich habe mir vier Prüfberichte herausgenommen und werde sie, nachdem es irgendwie keine logische Ordnung gibt, der willkürlich gewählten logischen Ordnung unterziehen, dass ich sie nach der geografischen Nähe zu meinem Heimatort der Reihe nach durchgehe. Das heißt, ich fange an mit den Naturparken und Entschädigungszahlungen, die, wie sich ja inzwischen herumgesprochen haben dürfte, auch das Thema Nationalpark bein-

halten. Weil als erstes in der Auflistung der NÖ Naturparke, es sind ja 21, die Blockheide genannt wird, die praktisch der Hinterhof meiner Kindheit gewesen ist.

Die Naturparke haben in Niederösterreich eine relativ große Rolle gespielt in der Vergangenheit. Und ich hoffe, dass sie in Zukunft eine noch größere Rolle spielen werden. Niederösterreich war bei der Einrichtung von Naturparken Vorreiter, von der Zahl her zumindest am meisten engagiert. Wir haben bei weitem den größten Anteil an Naturparken im Vergleich zu anderen Bundesländern. Allerdings stellt der Prüfbericht fest, dass die Qualität sehr unterschiedlich ist. Ich glaube, wir sollten hier verstärkt mit dem Verband der Naturparke Österreichs zusammen arbeiten bei der Erstellung von Qualitätskriterien. Und vor allem bei der Umsetzung dieser Qualitätskriterien für die niederösterreichischen Naturparke. Und möchte hier einen Vorschlag einbringen an die Landesregierung, der in einschlägigen Kreisen, zuletzt auch bei einem Fachseminar in Retz, diskutiert worden ist. Dass man nämlich verstärkt von Landesseite her nicht nur die üblichen Betriebskosten für die Naturparke mitfördert – das sind ja im Schnitt um die 150.000,-, 200.000,- Schilling pro Naturpark und Jahr – sondern dass man zumindest als Pilotversuch in einigen Naturparken in Niederösterreich nicht nur ehrenamtliche, sondern einen hauptamtlichen Naturparkführer etabliert, um dem Auftrag der Naturparke nachzukommen.

Bei Naturparken geht es ja im Unterschied zu den Nationalparken nicht primär darum, strenge Schutzbestimmungen für unberührte Natur zu erlassen. Sondern bei Naturparken geht es darum, eine meist Kulturlandschaft in ihrer Naturräumlichkeit den Besuchern zu zeigen. Sie touristisch zu nutzen und vor allem auch bildungsmäßig zu nutzen. Und ich glaube, hier wären Naturparkführer eine wichtige Bereicherung, auch mit Blickrichtung der touristischen Nutzung dieser Naturparke. Das heißt, hier gibt es einiges an Verbesserungsbedarf, wo als nächstes das Land gefordert ist. Ich hoffe, dieser Vorschlag kommt noch rechtzeitig für die Budgeterstellung.

Das, was auffällig ist an diesem Rechnungshofbericht sind vor allem zwei Dinge: Das Eine - die merkwürdige Finanzgebarung des Jahres 1998. 1998 zu Beginn des Jahres beantragen die Naturparke wie üblich ihre Förderungen, bekommen weit weniger als bis dahin üblich ausgezahlt und beantragt. Dafür gibt es plötzlich eine Sonderaktion 1998, die auch dazu führt, dass zehn Naturparke Geld bekommen ohne es beantragt zu haben. Das ist natürlich eine nicht vertretbare Vorgangsweise. Und ich wäre vor allem neugierig, was denn der Hintergrund war, dass man Anfang des Jahres weniger Geld überhaupt ausbezahlt hat. Vielleicht kann mich ja da jemand Kundiger darüber aufklären, oder der zuständige Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer mir zu späterer Stunde, falls er wieder in die Sitzung kommt, eine Information darüber geben.

Klar ist, dass die Bürokratie in der Naturschutzabteilung, insbesondere im Verhältnis zu den Geldmitteln, die man überhaupt zur Verfügung hat, überfordert ist. Also viel Bürokratie und wenig Geld. Das kann man bei anderen Abteilungen manchmal fast umdrehen. In jedem Fall ist zu begrüßen, dass die Bürokratie weniger wird. Ich glaube, das müsste auch im Sinn der Abteilung sein. Ich würde mir auch wünschen, dass das Geld mehr wird. Auch das, hoffe ich, wäre im Sinn der Abteilung. Wir werden sicher bei der Budgetdebatte darüber noch näher diskutieren können.

Was nämlich hier die Kritik des Landesrechnungshofes auch anschaulich macht, ist, dass man offensichtlich für den Umgang mit größeren Summen, für den Umgang mit Entschädigungszahlungen, wie sie beim Nationalpark Thayatal angefallen sind, kein Prozedere und auch keine Kultur hat. Da wird nichts im Vorhinein budgetiert. Egal ob jetzt die Einigung mit den Grundbesitzern absehbar war oder nicht absehbar, für Entschädigungszahlungen aus Naturpark- oder Nationalparkansprüchen gibt es keine fixe budgetäre Gepflogenheit und Verankerung. Und es entsteht zumindest bei mir der Eindruck, man hat hier dann einen Auftrag der Landesregierung mehr schlecht als recht versucht im Budget irgendwie unterzubringen. Und finanziert werden musste sowieso alles aus dem Nachtragsbudget.

Ich darf in Erinnerung rufen, das Gesamtbudget der frei verfügbaren Mittel für Naturschutz beträgt ja irgendetwas zwischen 12 und 15 Millionen, wenn ich mich richtig erinnere. Hier ging es allein beim Nationalpark Thayatal um Entschädigungszahlungen in Höhe von zirka 75 Millionen Schilling. Und ganz offensichtlich war man dem nicht gewachsen. Ich würde vorschlagen, dass man hier nicht nur die budgetäre Handhabung verbessert, sondern auch die budgetäre Vorsorge für Entschädigungszahlungen in Zukunft verbessert. Auch vor dem Hintergrund der anstehenden Natura 2000-Nominierungen und Unter-Schutz-Stellungen.

Ich darf dabei vielleicht noch zwei Anmerkungen machen: Das eine, nur einen Summenvergleich. Ich habe in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass nach WWF-Schätzungen die

gesamte Natura 2000-Nominierung in diesem Ausmaß derzeit von zirka 30 Prozent Kosten von zirka 50 bis 100 Millionen Schilling an Ausgleichszahlungen erforderlich machen würde. Dem stelle ich nur jetzt die Zahl von rund 77 Millionen gegenüber, die allein 1998 für den Nationalpark Thayatal ausgegeben wurden. Man könnte zynisch anmerken, im Thayatal gab es den Glücksfall, dass damals Landtagswahlen ins Land standen. Ich hoffe, die Natura 2000-Erledigung lässt nicht bis zur nächsten Landtagswahl auf sich warten.

Ein Missverständnis darf ich vielleicht an dieser Stelle noch aufklären zur Natura 2000. Mehrfach habe ich versucht, es aufzuklären. Ich gebe meine Bemühungen nicht auf. Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, man könnte bei Natura 2000 selbst entscheiden, wieviel man nominieren will oder nicht. Wahr ist vielmehr, Brüssel hält eindeutig fest, jene Gebiete, auf die die Kriterien zutreffen, unterliegen automatisch einem Verschlechterungsverbot. Es gibt einschlägige Präzedenzfälle bereits, wo Spanien das zu missachten versucht hat und geklagt wurde. Wie gesagt, man kann sich ja aussuchen, ob man eine Klage riskieren will.

Und ein letzter Punkt, der aktuell dazu passt: Absolut merkwürdig wird der Umgang mit Naturschutz im Lande Niederösterreich, wenn man sich etablierte Naturdenkmäler und deren Beeinträchtigung anschaut. Es gibt seit zwei oder drei Jahren ein Naturdenkmal in den Welschen Halten, damals eh schon viel zu klein ausgefallen, das jetzt durch die Drainagierungsarbeiten, die die Firma Magna vornimmt, in seinem Bestand gefährdet sein könnte. Eine entsprechende Einschätzung wird zur Zeit vorgenommen. Und das wirklich Skurrile an der Sache ist, dass von den drei in irgendeiner Weise zuständigen Landesräten, für Raumordnung Mag. Sobotka, für Naturschutz Dr. Bauer, für das Wasserrecht Mag. Stadler, offensichtlich keiner zuständig ist! Es ist mir nicht gelungen herauszufinden, wer außer der armen Bezirkshauptmannschaft dieses Schlamassel jetzt irgendwie in den Griff kriegen soll. Und sicherstellen soll, dass das Naturdenkmal erhalten bleibt. Ich würde mir wünschen, dass vielleicht auch da einmal die Effizienz und die Einhaltung von Schutzbestimmungen einer Überprüfung zugeführt wird.

Soviel zum Thema Naturparke. Ich bewege mich geografisch weiter. Weite meine Betrachtungen jetzt auf Zwettl und den Edelhof aus. Da muss ich gestehen, es gab zumindest eine Überraschung in dieser langen Debatte heute. Das war der Herr Abgeordnete Waldhäusl, dessen Sanftheit, Milde und gütige Betrachtung mich schon fast hat überlegen lassen, ist da tatsächlich der Abgeordnete Waldhäusl am Wort oder ist da irgendwie ein Klon oder was ‘reingekommen. *(Abg. Weninger: Den gibt’s nur einmal!)*
Ich habe mir dann auch gedacht, wer würde Waldhäusl klonen wollen? Aber gut! Vielleicht hat ja die neue Situation auf Bundesregierungsebene so besänftigende Auswirkungen. Vielleicht war es auch die Anwesenheit von Direktor Adi Kastner, die ihn so besänftigt hat. Dann würde ich einmal darüber nachdenken wollen, ob man nicht die Anwesenheit von Direktor Adi Kastner häufiger herbeiführen könnte. Jedenfalls denke ich, darf man nicht über die Kritikpunkte hinweggehen. Es ist, glaube ich, bekannt, und ich habe das an dieser Stelle auch immer wieder schon betont, dass das Waldviertel-Management, der Edelhof und die verschiedensten Initiativen, die dort ansässig sind, eine wichtige Rolle für die Regionalentwicklung auch inhaltlich gespielt haben und spielen, die man nicht genug würdigen kann. *(Beifall bei den Abg. Hiller und Moser.)*
Das habe ich immer wieder gemacht. Ich lasse mir gerne jedes Mal dafür Applaus spenden.

Dennoch denke ich, gibt es einige berechtigte Kritikpunkte, die im Sinne einer weiteren Verbesserung umgesetzt werden sollten. Und ich darf mich nur auszugsweise auf zwei Punkte konzentrieren. Das eine am Beispiel der Reithalle. Allein bei diesem Punkt der Reithalle kommen eigentlich schon drei Vereine oder Institutionen so ineinander verschränkt zusammen. Das ist einerseits die Sport-Union Pferde-Sportverein Edelhof. Das ist andererseits der Sportverein der Absolventenverbände der Fachschulen Zwettl und Edelhof. Letztens die Schule selbst. Und allein in diesem kurzen, schmalen Bericht sind dann noch zwei weitere Vereine, nämlich der zur Förderung des Waldviertel Managements und der Saatzuchtverein zum Teil in Personalunion, jedenfalls am selben Ort genannt. Und der Rechnungshof kritisiert in einem Punkt, der ja in der Vergangenheit - und ich beziehe mich bewusst nur auf die sachlich-gerechtfertigte Kritik - mehrfach schon aufgegriffen wurde, dass es rund um den Edelhof, rund um das Waldviertel Management eine Fülle an Vereinskonstruktionen und Plattformen gibt, die in hohem Maße deckungsgleich sind in ihren Spitzenrepräsentanten und zu einiger Verwirrung führen könnten. Beziehungsweise wird vom Landesrechnungshof in den genannten einzelnen Fällen kritisiert, dass es keine vertraglichen Regelungen, keine schriftlichen Vereinbarungen über das Zusammenspiel dieser verschiedenen Vereine gibt. Ich glaube, hier besteht dringender Handlungsbedarf über die hier genannten Beispiele hinaus.

Der zweite Punkt, das eben war die große Milde des Abgeordneten Waldhäusl, dass er die Kompetenzüberschreitungen anspricht. Ich teile die Einschätzung des Rechnungshofes, dass durch die Kompetenzüberschreitungen des ehemaligen Schuldirektors und Schulleiters kein Schaden entstanden ist. Aber ich denke, es wirft ein symptomatisches Licht sowohl auf das Land, als auch auf den Edelhof. Einerseits auf das Land, weil man hier sehr langsam ist manchmal. Also auch in der Umsetzung von Prüfergebnissen sehr langsam war. Was dazu geführt hat, dass der Edelhof hier vorgeprescht ist. Und der Schulleiter seine Kompetenzen überschritten hat. Andererseits sollte und darf eine gute Absicht und ein nicht entstandener Schaden auch nicht tolerieren lassen, dass Kompetenzüberschreitungen und ein zumindest legerer Umgang mit vertraglichen Regelungen toleriert werden. Das heißt, hier gibt es eine ebenfalls dringliche Aufforderung an das Land, einerseits seinen Verpflichtungen rascher nachzukommen, aber auch andererseits an die Leitung des Edelhofs oder allfällig dort ansässiger Vereine, genauer mit Regelungen und Richtlinien umzugehen.

So viel zum Edelhof. Das Nächste auf meiner kleinen geografischen Reise durch die Prüfberichte ist das Regierungsviertel in St. Pölten. Werktags eine sehr nahe Angelegenheit.

Auch hier kein langatmiger Exkurs in alle Details des Berichtes, der ja eine deutliche Sprache spricht. Sondern nur, was ist hier an Eindrücken übergeblieben? Offensichtlich war die Devise beim Regierungsviertel, es muss vor allem rasch fertig sein. Man hat sich dann noch zumindest bemüht darum, günstige Finanzierungsformen zu finden, die der Rechnungshof positiv erwähnt. Aber alles, was an Einsparungsmöglichkeiten im Weg der begleitenden Kontrolle möglich geworden wäre, wurde nur höchst unzureichend genutzt. Und ökologisch war das ganze Ding und ist das ganze Ding ein Flopp. Das muss man ganz offen gestehen.

Der Rechnungshof findet eine sehr deutliche Beurteilung der Heizkosten. Ich sage nur, die liegen dreimal so hoch wie die Prognose war. Über die Wandkonstruktionen, fehlende Wärmedämmung, Materialauswahl und fehlende Bauökologie dabei oder Energiekennzahlen. Nur ein Beispiel: Die Energiekennzahl hier im Regierungsviertel beträgt pro Quadratmeter rund 107kw, während einschlägige Empfehlungen für Bürogebäude im normalen Betrieb, noch gar nicht besonders vorbildliche, im normalen Betrieb bei 65kw pro Quadratmeter liegen. Da sind wir meilenweit darüber.

Und ich nehme einmal an, Sie alle könnten eigentlich noch eine ganze Liste an ähnlichen Mängeln aufzählen. Ich denke nur an die berühmten Heizstrahler. Wir haben im ersten Winter hier die Erfahrung gemacht in den grünen Fraktionsräumlichkeiten, dass wir wochenlang Heizprobleme mit der Haustechnik abzuklären hatten. Und unter intensiver Verwendung der Wintermäntel gearbeitet haben eine Zeitlang. Offensichtlich hat das jetzt dazu geführt, dass man erkannt hat, es stimmen die Fensterflächen, die Kältebrücken, die sich durch die Alujalousien vor dem Gebäude ergeben, in keiner Weise mit der Dimensionierung der Heizkörper überein. Und das führt zu der absurden Situation, dass jenes Land, das im Klimabündnis Vorreiter sein will, jährlich zu Beginn der Heizsaison kleine Heizstrahler an alle Büros verteilt. Ich meine, was so ein kleiner Heizstrahler energiepolitisch bedeutet, brauche ich hoffentlich nicht zu erklären. Was es für ein Wahnwitz ist, ein Gebäude zu bauen, das man dann ohne Zusatzheizstrahler im Winter nicht beheizen soll, spricht, glaube ich, auch für sich.

Vielleicht auch noch einen anderen Mangel oder ein Beispiel für einen anderen Mangel. Weil ich denke, da könnte der Rechnungshof noch sehr viel im Detail nachprüfen. Ich erinnere mich mit fast schon Mitleid an die armen Haustechniker, die im letzten Sommer damit beschäftigt waren, quer durch alle Büros zu ziehen und an jede von diesen Schranktüren im Nachhinein die Griffe noch zu montieren. Weil nämlich die Griffe ursprünglich den Kostenvoranschlag gesprengt hätten. Also das sind wirklich Schildbürgerstreiche, die hier zu bemängeln sind. Eine Mängelliste gibt es überdies noch, die lang und breit ist. Und ein Aspekt, der vielleicht noch hervorgehoben werden muss, er kommt im Bericht zur Sprache bei den Bevorratungsgrundstücken. Ganz offensichtlich ist mit dem Regierungsviertel das nicht geglückt, was man sich ökonomisch erwartet hat und städteplanerisch gehofft hat. Nämlich eine Integration der Stadt St. Pölten und des Regierungsviertels! Wir alle wissen, dass wir hier in einem doch ziemlich scheintoten Eck der Stadt angesiedelt sind. Es wenig Austausch zwischen der Stadt und dem Regierungsviertel gibt. Die Geschäfte hier absterben. Und in Wirklichkeit es kein Wunder ist, dass die Bevorratungsgrundstücke keinen reißenden Absatz finden.

Nun eine letzte Anmerkung noch zum Bericht des Bundesrechnungshofes über die NÖ Verwaltung. Da bin ich jetzt sozusagen im ganzen Bundesland Niederösterreich. Ich finde es bemerkenswert, dass selbst der Bundesrechnungshof inzwischen vorschlägt, man möge sich doch anschauen,

ob nicht bei der Abwasserentsorgung kleinräumige alternative Formen der Abwasserentsorgung zweckmäßig wären. Die Kritikpunkte sind darüber hinaus hinlänglich bekannt in der Abwasserentsorgung. Fehlentwicklungen, Überdimensionierungen, im ländlichen Raum noch immer ein überproportional hoher Anteil an Senkgruben etc. Beachtlich ist eigentlich schon an diesem Bericht nur noch das, was man schon längst nicht mehr beachten sollen müsste, nämlich dass dieselben Punkte sich Jahr für Jahr fortziehen als unendliche Geschichte. Nämlich der Ennser Hafen und die Erfassung der Vorbelastungen für künftige Haushalte. Problem ungelöst. Ein weiteres ungelöstes Problem. Ich bin nämlich im Übrigen der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Marchat.

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beschäftige mich auch mit dem Rechnungshofbericht St. Pölten. Ich möchte aber vorher schon der Frau Kollegin Mag. Weinzinger sagen, also der Herr Abgeordnete Waldhäusl, das ist schon das Original. Das ist kein Klon gewesen. Und zum Abgeordneten Rupp: Lieber Anton! Ich muss dir ja wirklich gratulieren, dass du es schaffst, aus diesem Bericht so viel Positives herauszulesen. Das ist mir leider nicht gelungen! *(Unruhe bei der SPÖ.)*
Da muss man wirklich ein Künstler sein. Der Bericht ist ja für mich wirklich arg. Und ich weiß noch genau, im Jahre 1993 habe ich meine Jungfernrede zu einem Rechnungshofbericht über die Landeshauptstadt St. Pölten gehalten. Und ich habe sie mir deshalb ganz genau angeschaut und habe das verglichen. Und ich muss sagen, es ist nicht besser, es ist noch ärger geworden.

Ich zitiere jetzt ein paar Dinge daraus. Es ist teilweise schon zitiert worden. Aber in einer Landeshauptstadt, wenn der Rechnungshof sagt, es gibt überhaupt keine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung. Es kommt im ordentlichen Haushalt dauernd zu Nachtragskrediten, Aufhebung von Kreditsperren. Es gibt keine zentrale Haushaltsüberwachung. Es entstehen nicht genehmigte Überschreitungen von Haushaltsansätzen. Bitte, das passiert nicht einmal in irgend einer kleinen Landgemeinde!

Der Rechnungshof bemängelt die Ungenauigkeiten bei der Voranschlagserstellung als Folge fehlender Planungsinstrumente. Der Rechnungshof empfiehlt eine Verringerung des Schuldenstandes. Von 1,3 auf 1,8 Milliarden in fünf Jahren, also bitte, das ist ja nicht irgendetwas. Es gibt keine längerfristige Personalplanung. Die Sport- und Kulturförderungen wurden im Wesentlichen nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Dazu haben wir heute schon „Positivbeispiele“, jetzt unter Anführungszeichen, gehört. Siehe FCN St. Pölten, siehe VSE St. Pölten. Förderungsrichtlinien, Subventionskarteien fehlten vielfach. Und für die Wirtschaftsförderung bestand kein Konzept. Und das ist auch Wasser auf meine Mühlen. Der Wirtschaftsstandort St. Pölten ist momentan ein schlechter Standort! Weil man einfach versucht, hier wirklich versucht, weiterhin die alten Technologien zu halten. So sehr zu begrüßen ist, dass man wirklich um jeden Arbeitsplatz kämpft. Das ist wichtig. Man sieht aber, ich nehme her Voith oder Glanzstoff, bei der Voith ist das ärger, dass es immer wieder zu Personalabbau kommt. Und es wird überhaupt hier nicht Vorsorge getroffen, dass man versucht, neue innovative Betriebe anzusiedeln.

Zum Schuldenstand noch einmal, lieber Anton, das muss ich dir auch vorlesen. Du hast gesagt, wir sind im Mittelfeld. Also ich lese da etwas anderes heraus und darum muss ich es auch zitieren. Die Verschuldung je Einwohner stieg entsprechend der Entwicklung des Gesamtschuldenstandes von 27.100 1993 auf 35.400 im Jahre 1998, womit die Landeshauptstadt bei den Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern im obersten Drittel lag. Also irgendetwas ist jetzt falsch. Du sagst, nicht im obersten Drittel, der Rechnungshof sagt im obersten Drittel. Ich glaube notfalls dem Rechnungshof. *(Abg. Rupp: Muss nicht alles stimmen, was da drinnen steht!)*
Nein, wirklich. In dem Fall glaube ich dem Rechnungshof. Und der Rechnungshof empfiehlt ja auch, den Schuldenstand zu vermindern, um mittelfristig über mehr Eigenmittel für die Finanzierung von Investitionen verfügen zu können.

Jetzt weiß ich, dass - ich kann nicht alles schlecht machen - dass wirklich ein großer Brocken des Schuldenstandes immer durch das Spital bestritten wird. Und da ist wirklich die Frage, und das ist eine andere Debatte, ob man nicht wirklich einmal sich einigen könnte, eine einheitliche Trägerschaft zu finden. Weil, und das sage ich als einer, der aus dem Umland von St. Pölten kommt, ich sehe schon ein, dass natürlich das Spital St. Pölten nicht nur für den gesamten Bezirk, sondern wirklich für die ganze Region hier viel leistet. Und dass die Hauptlast davon die Stadt tragen muss. Und das sollte man auch einmal überlegen. Aber hier ist die Stadtverwaltung überhaupt nicht kooperationsfähig. Weil es natürlich darum geht, die Personalhoheit über so viele Leute zu haben. Und über

die Parteibuchwirtschaft im St. Pöltener Spital äußere ich mich jetzt nicht. *(LHStv. Dr. Bauer: Die Gemeindespitäler sind ja auch sehr günstig geführt!)*
Das Spital St. Pölten ist ein hervorragendes Spital, Herr Landesrat! Aber ich sage nur, ich weiß nicht, das wäre jetzt eine Generaldebatte, die einheitliche Trägerschaft. Und es kommen auch immer wieder diese Ideen, das Spital dem Land zu schenken um einen Schilling. Aber wie gesagt, hier ist man überhaupt nicht diskussionsbereit.

Aber jetzt wirklich zu dem Bereich in dem Rechnungshofbericht, der medial den meisten Wirbel gemacht hat, und der natürlich auch von der Optik her ein Wahnsinn ist und der wirklich auch die Verflechtung in dieser Stadt zwischen SPÖ und Magistrat zeigt. Karl Gruber hat einmal gesagt, in St. Pölten heißt das Rathaus „Rothaus". Und so ist es noch immer. Leider! *(Unruhe bei der SPÖ.)* Das hat er eben damals, genau vor sieben Jahren, im Jahr 1993 bei dieser Debatte in der Herrengasse gesagt. Er hat gesagt: St. Pölten war rot, St. Pölten ist rot und St. Pölten bleibt rot. Und das Rathaus heißt Rothaus. *(LHStv. Dr. Bauer: Das wird sich nächstes Jahr bestätigen!)*
Herr Landeshauptmann! Er hat es natürlich so gemeint, dass in St. Pölten alles rot ist. Wenn man eine Wohnung braucht, muss man ein rotes Parteibuch haben. Wenn man Arbeit will beim Magistrat braucht man ein rotes Parteibuch. Aber das ist einmal so. Ich kenne da genug Beispiele.

Aber die Verflechtungen zeigen sich wenn es dann darum geht, dass man die Stadt und damit den Steuerzahler schädigt. Dann ist für mich wirklich der Spaß vorbei. Überhaupt, wenn dieser ARBÖ-Chef niemand geringerer ist als Anton Heinzl - du hast es schon gesagt - der Multifunktionär der SPÖ. Damals Bezirksparteisekretär der SPÖ, ARBÖ-Chef und Stadtrat. *(Abg. Rupp: Und dein Freund ist er auch!)*
Mein Freund, ja. Wir haben ein bisschen Prozess geführt. Aber wir haben sonst an und für sich menschlich kein Problem. Ich habe übrigens den Prozess gewonnen. Ich darf jetzt überall sagen, dass er ein Hinterbänkler ist. Weil er hat das geklagt. Und das habe ich gewonnen. Also jetzt auch Nationalrat-Hinterbänkler. Und dieser Hinterbänkler ist eigentlich ein sehr mächtiger Mann in St. Pölten. *(Abg. Weninger: Es ist „wurscht" wo man sitzt. Da muss man es haben!)*
Du bist ja auch Bezirksparteisekretär, Hannes? Oder warst es einmal? *(Abg. Weninger: Obmann!)* Obmann, gut.

Hier ist nämlich schon Schaden für die Stadt von ungefähr - der Rechnungshof beziffert das - 1,8 Millionen Schilling entstanden. Und eines kritisiere ich nicht, was der Rechnungshof kritisiert. Da gebe ich dir Recht, dass man einer Autofahrerorganisation, ob sie ARBÖ oder ÖAMTC heißt ist egal, diese Grundstücke billig zur Verfügung stellen sollte. Das ist okay. Das kritisiert zwar der Rechnungshof, aber ich sehe das nicht so. Weil ich auch weiß, was diese Organisationen leisten.

Aber eines kann nicht sein: Dass diese Autofahrerorganisation dieses Grundstück mit dem Vorwand, dort ein Prüfzentrum zu errichten, kauft. Das Grundstück aber viel größer dimensioniert kauft, und den Teil, den man nicht braucht, den man vor drei Jahren um 600,- Schilling gekauft hat, um 1.500,- Schilling weiter verkauft. Jeder Private, der das macht, gerät in den Verdacht der Spekulation. Und das ist es, was mich wirklich ärgert. Natürlich, wenn ich auch noch dazu Stadtrat der Stadt St. Pölten bin, dass ich als ARBÖ-Chef gesagt hätte, das geht natürlich so nicht. Dann überlässt man das der Stadt um dasselbe Geld. Und die Stadt soll das Gesamtgrundstück verkaufen. Das wäre eine saubere Lösung gewesen. Und da steht eben dezidiert drinnen: Auf Grund des Unterschiedes zwischen An- und Verkaufspreis erzielte die Autofahrerorganisation aus diesem Grundstücksgeschäft innerhalb von drei Jahren Einnahmen von 1,8 Millionen Schilling. Und das ist es, was wirklich, glaube ich, jedem weh tut. Weil das 1,8 Millionen Schilling sind, die der St. Pöltener Steuerzahler zu bezahlen hat. Und hier wäre der Herr Heinzl wirklich gut beraten gewesen, das nicht zu machen. Aber das wird sicher auch weiterhin ein Thema sein.

Und eines habe ich dann noch: Das ist die Sache Tiefgarage/Amtsgebäude. Ich beschäftige mich nur mit den Genehmigungen, gesetzlich vorgeschriebenen Bewilligungen. Das ist auch wirklich witzig. Wer das nicht gelesen hat. Da steht zum Beispiel: Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung war das Amtsgebäude am Roßmarkt mit dem Aufzug mehr als ein Jahr im Vollbetrieb. Die gesetzlich vorgeschriebenen Benützungsbewilligungen lagen jedoch noch nicht vor. Das muss man sich einmal vorstellen. Ein Amtsgebäude, das nicht einmal Benützungsbewilligungen hat. Ich zitiere da weiter, weil es so interessant ist: Anlässlich einer örtlichen Verhandlung zur Erteilung der Betriebsanlagengenehmigung im Februar 1997 stellten die Sachverständigen eine Reihe von Mängeln, wie zum Beispiel das Fehlen der Abnahmebefunde für die

Brandmeldeanlage, das Brandschutztor, die Aufzugsanlage fest. Sie stimmten dennoch der Weiterführung des seit Oktober 1996 konsenslos laufenden Betriebes zu. Das heißt, die Sachverständigen stimmen zu, obwohl das nicht in Ordnung ist. *(Zwischenruf bei Abg. Rupp.)*
Stell dir vor, das ist ein Gewerbebetrieb! Wenn der die Sachverständigen im Haus hat, ein Gewerbebetrieb. Es sind ja Gewerbetreibende in allen Reihen. Bei all diesen Mängeln, Brandschutz etc. wird beinhart zugedreht. Nur die Stadt St. Pölten hat das weiter betrieben.

Aber es geht noch weiter. Für die Mängelbehebung bzw. die Nachreichung von Befunden legte die Behörde einen Termin mit Ende April 1997 fest. Die vollständige Erfüllung der gewerbebehördlichen Auflagen meldete die Betreibergesellschaft jedoch erst mehr als ein halbes Jahr später. Das heißt, Verfehlung um Verfehlung. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Nein, ich kenne das schon. Weil wirklich oft Unternehmer kommen, und dazu jetzt noch: Gerade die Stadt St. Pölten, es ist in der Praxis in anderen Gemeinden wirklich üblich, dass der Bürgermeister sagt, eine gewisse Zeitspanne gebe ich dir noch als Frist, aber gerade beim Magistrat St. Pölten gibt es hier überhaupt kein Entgegenkommen. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*
Nein! Du kennst die Herren alle, die man dann hinausschickt. Die sind dann überhaupt nicht konsensbereit. Und hier macht man auf einmal diese Ausnahmen. Und der Rechnungshof beanstandet eben die konsenslose Inbetriebnahme der Tiefgarage und des Amtsgebäudes.

Zusammenfassend muss ich wirklich sagen, dass sich seit 1993 nichts geändert hat. Es waren in der Gebarung genau dieselben Vorwürfe damals. Das heißt, die Stadtverwaltung St. Pölten und auch der Gemeinderat mit seiner absoluten Mehrheit nimmt das scheinbar zur Kenntnis, macht aber nichts.

Ich erinnere an eines, um das vielleicht aus 1993 auch noch zu erzählen für jene, die damals nicht da waren. Damals lagen 43 Millionen auf einem Sparbuch am Magistrat, das einfach nicht verbucht war. Wenn das einer mit nach Hause genommen hätte, wär es halt weg gewesen. Ich glaube, die Verantwortlichen in der Stadt St. Pölten, allen voran der Bürgermeister, der ja für die Gebarung auch verantwortlich ist, sind wirklich aufgerufen, das in Ordnung zu bringen. Das ist einer Landeshauptstadt nicht würdig! Und wenn man schon so viele Prüfberichte von Städten da hat, dann ist es, glaube ich, wirklich nicht angenehm, wenn der mit den meisten Verfehlungen und Unzulänglichkeiten aus der Landeshauptstadt kommt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH *(SPÖ)*: Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes oder auf die Prüfberichte des Landesrechnungshofes und sie aus meiner Sicht in den mir wesentlich erscheinenden Punkten interpretieren oder kommentieren, wie man meint.

Und eine der Problemstellungen, die im Rechnungshofbericht massiv kritisiert werden, ist, dass man zum Beispiel in der landwirtschaftlichen Fachschule Edelhof ein Millionenprojekt, nämlich eine Reithalle und eine Saatzuchthalle errichtet hat - es ist ja schon ausgeführt worden, ich darf es nur wiederholen, weil ich doch auf andere Schlussfolgerungen kommen möchte - ohne dass eine schriftliche Vertragsgrundlage gegeben war. Und dass selbst zum Prüfungszeitraum, wesentlich später, immer noch diese Vertragsgrundlage fehlte. Und dass die Fachabteilung zur Nutzung dieses Landesgrundstückes die Zustimmung erteilte, ohne dass Finanzierungskonzepte oder Nutzungskonzepte gegeben waren oder sie darüber verfügte. Und ebenso wenig ist zum Prüfungszeitpunkt eine vertragliche Regelung über die Nutzung der Reithalle durch die Schule oder durch andere Nutzer wie dem Absolventensportverband oder dem Pferdesportverband vorgelegen.

Damit noch nicht genug, und das ist ein Aspekt, der bis jetzt nicht zum Ausdruck gekommen ist. Nicht genug damit. Von der Schule wurden nämlich ohne Genehmigung und ohne Veranschlagung im Schulbudget die Fundamente für die Reithalle errichtet und auch Holz aus schuleigenen Wäldern bereitgestellt. Und das Ganze im Wert von über 520.000,- Schilling. Ich weiß schon, das ist kein Haus, bei den anderen Dimensionen des Landesbudgets. Aber der Rechnungshof stellt eben fest, dass der Schulleiter die Kompetenzen eindeutig überschritten hat. Und dass auch die Fachabteilung LF2 ihre Aufsichtspflicht nicht im erwarteten Ausmaß oder im entsprechenden Ausmaß wahrgenommen hat.

Und meine Interpretation dazu ist, ich halte das für eine sehr vornehme Formulierung des Rechnungshofes, der ja an sich sehr, sehr vornehm und korrekt ist. Denn ist wird ja niemand glauben, dass die Lehrkräfte selbst zur Schaufel oder zur Säge

gegriffen haben oder sich gar zur Mischmaschine gestellt haben und diese Streifenfundamente betoniert haben oder das Holz geschlägert haben. Sondern da hat man ganz offensichtlich die Schüler, und ich sage unter Anführungsstrichen „zur Zwangsarbeit“ verdonnert. Ich weiß nicht, ob das zur Ausbildung ... *(Heftige Unruhe bei Abg. Kurzreiter.)*
Ich habe gesagt, unter Anführungszeichen, Kollege Kurzreiter! Reg dich nicht immer gleich auf! *(Abg. Kurzreiter: Diese Wortwahl ist nicht passend!)*
Die Herren Lehrer werden es sicher nicht gemacht haben, die Arbeit. Und ich frage mich, ob das wirklich unbedingt zur Ausbildung gehört. Und ich vertrete hier auch eine andere Ansicht als du, wenn du mir gestattest das zu sagen. Ich kann das nicht unbedingt mit Bürokratie abtun, dass die ganzen Vertragsgrundlagen fehlen. Zur Bürokratie, da muss die Bürokratie schneller arbeiten. Sondern das sind eben Normen, die es im gesellschaftlichen Leben grundsätzlich gibt. Und an die wir uns alle zu halten haben!

Und es gibt auch Schulen wie Obersiebenbrunn, ich komme noch dazu, die sich an diese Normen hält. Es ist eine der wenigen Schulen, wo es solche Dinge nicht gibt. Das wird auch im Bericht eindeutig festgestellt. Und ich meine halt, und es ist ja nicht das erste Mal dass in den landwirtschaftlichen Schulen immer wieder massive Kritik zum Ausdruck kommt. Ich meine halt, das ist halt ein bisschen ressorttypisch bei Landesrat Blochberger, der halt immer noch glaubt, die landwirtschaftlichen Schulen sind seine Erbhöfe und da kann er schalten und walten wie er gerne möchte.

Ich habe ja eingangs gesagt, ich sehe die Dinge halt etwas anders als manche meiner Vorredner. Und ich bin auch nicht mit der Diktion des Abgeordneten Waldhäusl einverstanden, der gemeint hat, das ist Bürokratie und da kann man darüber hinweg sehen, das ist alles nicht so tragisch. Ich meine aber dennoch, dass wirklich nicht alles zu verteufeln ist. Sondern ich komme schon noch dazu, dass es auch Dinge gibt, die positiv sind.

Auch in der Landesberufsschule Geras zum Beispiel, weil es zu diesen vertraglichen Regelungen dazu passt, ist es so gewesen, dass vertragliche Regelungen, nämlich über die Verrechnung der Heizkosten oder über die Verrechnung der Wasser- und Kanalgebühren, dass bemängelt wurde, dass die gefehlt haben. Und dasselbe gilt auch für den Bau des Landes-Pensionistenheimes Zwettl, wo die Rechtsgrundlage für die gesamten Planungsarbeiten, wie schon ausgeführt wurde, erst neun Monate nach Baubeginn geschaffen wurden. Und erst nach weiteren acht Monaten wurde die Auftragserteilung durch die Landesregierung beschlossen. Bitte, das ist ja doch ein geraumer Zeitraum, wo man im luftleeren Raum agiert hat! Und das ist wirklich nicht ganz einzusehen, dass das toleriert wird. Denn offensichtlich ist das der Schwachpunkt, einer der Schwachpunkte in der Landesverwaltung.

Und jetzt komme ich zu dem, was vielleicht dem Herrn Abgeordneten Kurzreiter gefallen wird. Positiv ist, dass man zum Beispiel beim Landes-Pensionistenheim in kürzerer Bauzeit als vorgesehen fertig geworden ist. Der Wehrmutstropfen ist allerdings, dass es einige Fehlentscheidungen gegeben hat. Nämlich jenen des Fernwärmeanschlusses oder die nicht behindertengerechte Bauausführung. Dass etwa Türschwellen vorhanden sind und dass die Parkanlage über die Außenanlagen nicht behindertengerecht ausgeführt wurde, dass für Rollstuhlfahrer dieser angeschlossene Park im Pensionistenheim Zwettl nicht erreichbar war. Dass die Stadt Zwettl elf Monate für die Erteilung einer Benützungsbewilligung gebraucht hat. Und dass bis zum Prüfungszeitraum, das war in etwa drei Jahre nach der Fertigstellung, immer noch keine Endabrechnung vorgelegen ist. Und das sind wirklich Punkte, die man zumindest, wenn man einen Prüfbericht diskutiert, hier zum Ausdruck bringen darf.

Sehr häufig, und das kritisiert der Landesrechnungshof auch, wird über eine unrealistische Voranschlagserstellung kritisiert oder berichtet im Rechnungshofbericht. Und ich würde also diese unrealistische Voranschlagserstellung im Klartext unter Anführungszeichen ein „frisiertes Budget“ bezeichnen. Denn hier erzeugt man künstliche Mehreinnahmen indem man die Einnahmen im Budget bewusst unterdotiert budgetiert, damit man eine Rechtfertigung für die getätigten Mehrausgaben hat. Und wenn diese Art der Budgetierung nicht ausreicht um durch künstlich erzeugte Mehreinnahmen die Ausgaben zu bedecken, dann greift man nach Verstärkungsmitteln. Und das ist natürlich eine Methode, die nicht unbedingt die „feine englische Art“ ist.

Dieses Kapitel ist zum Beispiel im Bericht über die landwirtschaftliche Fachschule Tullnerbach sehr ausführlich dargelegt und gibt wiederum ein Sittenbild darüber, wie wenig man sich in diesem Ressort um Vorgaben wie Kreditsperre, die ja einen bestimmten Sinn hat, schert. Und ich kann das auch im Detail ausführen. Es haben nämlich nur 15 von 23 Schulen nicht nur die gekürzten, sondern auch die ungekürzten Ausgabenbudgets, also nicht nur die überzogen, die der Kreditsperre unterliegen, sondern sie haben die ungekürzten Ausgabenbudgets überschritten und dafür Verstärkungsmittel

beansprucht. Das geht ja auf Kosten des gesamten Budgets.

Wie gesagt, die einzige landwirtschaftliche Fachschule Obersiebenbrunn hat mit einem gekürzten Budgetansatz das Auslangen gefunden. Das ist sozusagen der Vorzugsschüler unter der landwirtschaftlichen Berufsschulen. Das ist ein beredtes Beispiel. Ich möchte es nur noch verdeutlichen. Die landwirtschaftlichen Fachschulen insgesamt haben zwei Drittel der Verstärkungsmittel für sich beansprucht. Das sind in etwa um die 66 Prozent. Obwohl ihr Anteil, nämlich der Anteil des Budgets der landwirtschaftlichen Schulen am gesamten Ausgabenbudget des Landes nur 1,12 Prozent beträgt. Das heißt, sie haben einen Gesamtanteil am Ausgabenbudget des Landes von 1,12 Prozent und haben zwei Drittel der ganzen Verstärkungsmittel, die als Verstärkungsmittel notwendig waren, für sich in Anspruch genommen. Das heißt, dort fuhrwerkt man wie die Axt im Wald. Man überzieht nach Belieben. Alle anderen halten sich viel, viel genauer an die Vorgaben. *(Abg. Kurzreiter: Sie müssen die 4,8 Millionen, die dem Ganzen an Einsparung gegenüberstehen, abziehen!)*
Wobei das mit den Einsparungen, habe ich gerade ausgeführt, auch unter den Bereich „frisiertes Budget“ fallen könnte. Denn wie gesagt, und das wird ja kritisiert, man setzt die Einnahmen niedriger an, erzielt theoretische Mehreinnahmen, um sozusagen dieses Verhältnis etwas zu kaschieren. Um nicht die Überziehungen, die Mehrausgaben so deutlich zum Ausdruck kommen zu lassen, sondern durch diese künstlichen Mehreinnahmen zu bedecken. *(Weiterhin Unruhe bei Abg. Kurzreiter.)*
Bitte nachlesen! Steht ja nicht zum Spaß im Rechnungshofbericht. *(Abg. Kurzreiter: Aber Sie können doch nicht die Überziehung kritisieren und bei den Einsparungen sagen, die seien unkorrekt oder erschwindelt!)*
Bitte nachlesen! Im Rechnungshofbericht steht es schon so drinnen als Kritikpunkt, dass diese Methode praktiziert wird. Jetzt bestreite ich ja nicht, dass das nicht generell gemacht wird. Aber es ist natürlich schon symptomatisch, dass von 23 Schulen 15 nicht einmal mit dem ungekürzten Budget ausgekommen sind, obwohl es eine Kreditsperre gegeben hat. Sondern sie haben sogar das ungekürzte Budget überzogen. Aber wollen wir uns nicht damit aufhalten, Herr Kollege. Sondern es ist ja auch mittlerweile, was diese Vertragsgrundlagen betrifft, im Nachhinein von der Landesregierung über einen Beschluss vom 29. Februar die Geschichte saniert worden. Das heißt, die Landesregierung hat dem Edelhof die Generalabsolution erteilt, indem man das alles dann geregelt hat.

Ein Problem, das in fast allen Berufsschulen vorkommt, findet sich im Bericht über die Landesberufsschule Geras. Wo es seit Jahren eine Auseinandersetzung mit der Wirtschaftskammer gibt. Nämlich die Auseinandersetzung um die Vorschreibung der kostendeckenden Internatsgebühren. Das ist so, dass mit der wirtschaftlichen Führung der Internate die jeweilige Fachgruppe der Handelskammer, der Wirtschaftskammer, betraut ist und die die Internatskosten vorschreibt. Und das steht im Widerspruch zum § 63 des Pflichtschulgesetzes, wo dieses Recht der Vorschreibung der kostendeckenden Internatsgebühren nur dem Schulerhalter zusteht.

Ich muss aber sagen, nachdem ich mich bei der Abteilung erkundigt habe, dem gewerblichen Berufsschulrat ist mittlerweile gelungen, jährlich die Einschau in die Unterlagen, in die Kalkulationen der Kammer vorzunehmen. Und er hat sich auch davon überzeugt, dass diese Vorschreibung korrekt ist. Dass kostendeckende Beiträge vorgeschrieben werden. Und diese Vorschreibung wird jetzt auch nicht mehr einseitig von der Kammer vorgenommen, sondern wird gemeinschaftlich vorgelegt.

Die Schüler, habe ich gehört, werden eingeladen, das Internat zu besichtigen und da wird ihnen dann auch gleich diese Vorschreibung in die Hand gedrückt. Das heißt, in Wirklichkeit ist es hier wirklich nur mehr das Nachvollziehen als Formalakt, um dem Gesetz Genüge zu tun. Nämlich insoferne als es in der Praxis ja quasi schon gesetzeskonform vorgenommen, praktiziert wird. Und da darf man wirklich dem gewerblichen Berufsschulrat einmal Lob zollen. Und es zeichnet sich auch eine Lösung für eine gesetzeskonforme Vertragstextierung ab. Und damit, glaube ich, ist dieses Problem aus der Welt geschafft. Weil sich dieser Bereich ja schon über Jahre hinzieht ist es wirklich erwähnenswert, wenn diese Thematik geregelt ist.

Dem gewerblichen Berufsschulrat wird nun dieses, wie ich meine, wirklich auch sehr wichtige Thema, auch wenn es von vielen nicht als solches aufgefasst wird, dem gewerblichen Berufsschulrat wird, wie anderen Bereichen auch – und das ist ja auch in einem anderen Bericht des Rechnungshofes, der heute nicht zur Debatte steht, ausführlich behandelt worden – wird also die Einführung einer zentralen Geldverwaltung empfohlen. Da geht es wirklich darum, dass im ganzen Land in den verschiedensten Subkassen Mittel vorhanden sind, die nicht verfügbar sind. Mit einer zentralen Geldverwaltung ist es eben so, dass mit den Hauptkonten des Landes der Zahlungsverkehr gepflogen wird,

dass es ein tägliches Erfassen der Zahlungsströme gibt. Dass es natürlich dadurch zu Vermeidungen von Zinsverlusten kommt, von Liquiditätsengpässen, und auch zur Vermeidung der Notwendigkeit von Zwischenfinanzierungen.

Und diese Empfehlung wird auch der Waldschule Wr. Neustadt gegeben. Wo man allerdings erklärt hat, dass man die Einführung der Direktverrechnung schon in die Wege geleitet hat. Und zur Waldschule darf ich grundsätzlich anführen, dass der Landesrechnungshof der Waldschule ein sehr positives Zeugnis ausstellt. Ich darf zitieren: Diese Behinderteneinrichtung hinterließ einen sehr positiven Eindruck. Und ich bitte um Verständnis, ich sage das wirklich nicht deswegen, weil das ein Ressort eines sozialdemokratischen Regierungsmitgliedes ist. Sondern ich sage das deswegen, weil ich meine, dass die Waldschule als einzige Einrichtung dieser Art in Niederösterreich, die sich nämlich der Betreuung der Schwerstbehinderten widmet, eine ganz besondere Stellung einnimmt. Und dass diese Einrichtung auch eine ganz besondere sozial- und gesellschaftspolitische Bedeutung hat. Und nachdem dort auch Kinder aus anderen Bundesländern sind, glaube ich, ist das auch eine gute Repräsentanz Niederösterreichs im Bereiche der Betreuung schwerstbehinderter Kinder.

Im Bericht über die landwirtschaftliche Fachschule Tullnerbach kritisiert der Rechnungshof zum Einen einmal die großzügige personelle Ausstattung, die angeblich nur in der gleichen Anzahl an Dienstposten in Edelhof und in Hollabrunn noch gegeben ist. Einer besonderen Erklärung, und das ist der Punkt, auf den ich aber im Wesentlichen zu sprechen kommen möchte, würdig sind die vielen Überstunden, die im Küchenbereich verursacht werden. Angeblich durch eine rege Kurstätigkeit und durch ein Vermieten in den Ferienmonaten. Und ich glaube, das Problem könnten wir insofern lösen, dass man halt einmal feststellt, wer denn der Veranstalter ist, wer denn der Verursacher dieser regen Tätigkeit ist. Und dann rechnet man dem die Kosten vor. Aber es wird vom Rechnungshof ausgeführt, würden die Küchenleiterin und die Buffetkraft, und um die geht es, ihren Zeitausgleich, den sie da in den Sommermonaten offensichtlich angespart haben, erworben haben, würden sie diesen Zeitausgleich auf einmal konsumieren, so wären sie fünf bzw. drei Monate vom Dienst abwesend. Also man kann sich vorstellen, welche Zeitansammlung da passiert. Und der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass vier Bedienstete der Wirtschaftsküche zum Zeitpunkt der Prüfung durch den Rechnungshof 1.636,5 Stunden an noch nicht konsumierten Zeitausgleich stehen hatten.

Dieses Überstundenproblem, meine Damen und Herren, wurde schon im Bericht des damals noch Finanzkontroll-Ausschusses 2/1989 aufgeworfen. Ist also seit 1989 ungelöst. Und man hat gemeint, dass man das mit einer neuen Diensteinteilung aus der Welt schaffen kann. Aber damit ist es offensichtlich nicht zu lösen, dieses Problem.

Wobei ich meine, wie gesagt, dass die Lösung eigentlich ganz einfach wäre. Nämlich dass man kostendeckend kalkuliert. Dass man den Sach- und Personalaufwand für diese Veranstaltungen in den Sommermonaten herausrechnet und dem Veranstalter zurechnet. Und dann hat man das Geld, dass man den Bediensteten auch die Überstunden auszahlen kann. Und dann gibt es kein Ansammeln von derart großen und fast unabbaubaren Mehrdienstleistungen und Überstunden. Denn diese Arbeitskräfte sind ja dort nicht in einer überproportionalen Anzahl, sondern deren Arbeitskraft wird ja gebraucht. Da gibt es einen Dienstpostenplan. Und daher ist das Einfachste, nicht diese Überstundenanzahl zustande kommen zu lassen, sondern diese Zeitguthaben, die sich da angesammelt haben, einfach auszubezahlen. Und ich kann mir nicht erklären, warum diese einfache Lösung nicht praktiziert wird.

Bemängelt wird in diesen beiden Berichten in Tullnerbach wie Edelhof auch die fehlende Kostenrechnung in den Schulwirtschaften. Ich weiß schon, das ist ein heikles Thema, weil natürlich Schulwirtschaften nicht nach wirtschaftlichen Prinzipien zu führen sind oder nur am Rand nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen sind. In erster Linie sind das Schulwirtschaften. Und da geht es um die Ausbildung, die im Vordergrund steht. Ich meine allerdings, dass es kein Fehler ist, wenn man Leuten aus der Landwirtschaft, die die Schule besuchen, auch ein gewisses Kostendenken vermittelt. Und vor allem, dass man das Kostenbewusstsein dazu benutzt, um in Form einer Kostenrechnung zu betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu gelangen, die dann natürlich auch beim Führen des eigenen Betriebes wichtig sind, sie richtig zu deuten. Und ich glaube, mit ein bisschen gutem Willen könnte man diese Kostenrechnung, die also fehlt, die noch nicht eingeführt ist, dass man die durchaus schon einführen könnte. Das kann doch kein Mirakel sein!

Der Bereich Naturschutz, meine Damen und Herren, ist einige Male angesprochen worden. Er hat in den letzten Jahren für meine Begriffe eine rasante Entwicklung genommen. Die Kollegin Mag. Weinzinger hat ja schon darauf hingewiesen, dass Niederösterreich bei der Anzahl der Naturparke Vorreiter ist. Wir haben also 21 von 30 Naturparken

in Niederösterreich. Und das ist sicherlich schon auch ein Grund dafür, auch die Federführung für eine qualitative Weiterentwicklung zu übernehmen. Zweieinhalb Millionen Besucher jährlich in den Naturparken bestätigen damit auch, dass die Naturparke erlebbare Kulturlandschaft sind. Dass sie als Naherholungsgebiet angenommen werden und dass sie eine einzigartige Tourismusressource sind.

Das Jahr 1999 war das Jahr der Naturparke. Auch Anlass für die Verantwortlichen, ein wenig in die Zukunft zu schauen. Und natürlich in Richtung höhere Qualitätsstandards zu tendieren. Aber auch in Richtung einer verstärkten, touristischen Nutzung der Naturparke. Das ist ein Weg, der durchaus erfolgversprechend ist. Und wer sich das Tourismusleitbild 2006 zu Gemüte geführt hat, der hat auch schon feststellen können, dass die Naturparke hier im Tourismus auch eine entsprechende Rolle spielen.

Die Finanzierung und die Finanzierungsmöglichkeiten sind natürlich ein leidiges Problem. Aber ich meine auch hier waren die Verantwortlichen relativ kreativ. Jetzt abgesehen einmal von der Sonderförderung 1998. Da hat die Frau Kollegin Mag. Weinzinger, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer ja mittlerweile anwesend ist, die Frage gestellt, wie hat es zu dieser Sonderförderung kommen können. Meinen Informationen nach hat man aus Mangel an genügend Mittel die erste Tranche sehr bescheiden ausfallen lassen. Das heißt, man hat also nicht im üblichen Ausmaß gefördert. Und das hat dazu geführt, dass man den Naturparkbetreibern dann versucht hat eben eine Nachzahlung zukommen zu lassen. Das Ganze ist vielleicht falsch benannt worden und wäre eben als Förderung ‘99 zu bezeichnen gewesen. Faktum ist, dass zu wenig Geld vorhanden war, dass man eben die erste Tranche schmäler ausfallen hat lassen und dann nachgefördert hat. Das Ganze ist eher in der Darstellung vielleicht nicht so über die Bühne gegangen wie es hätte sollen. Aber ich glaube, es gibt keinen Zweifel daran, dass die Naturparkebetreiber das Geld, nämlich um ihre Arbeiten, ihre Investitionen bedecken zu können, sicherlich dringend gebraucht haben.

Weil ich gesagt habe, man war in den Finanzierungsmöglichkeiten und den Finanzierungsideen sehr kreativ: Zu Beginn ist für die Finanzierung der Naturparke ja nur das Naturschutzbudget zur Verfügung gestanden. Mittlerweile gibt es auch Mittel aus dem Landschaftsfonds. Und es werden EU-Mittel angesprochen. Und hinsichtlich der touristischen Nutzung tritt natürlich auch die ECO-PLUS als Projektförderer auf. Diese neuen Finanzierungsquellen sind natürlich immens wichtig, weil es auch um die Realisierung neuer Projekte geht. Und in diesem Lichte, nämlich im Lichte der Aufbringung der finanziellen Mittel für alle die Naturschutzvorhaben ist auch dieser Rechnungshofbericht über die Naturparke und die Entschädigungszahlungen zu sehen.

Es ist in der Diskussion schon ein wenig zum Ausdruck gekommen, es haben sich natürlich die Aufgaben im Naturschutz wesentlich vergrößert. Der Personalstand in der Abteilung ist gleich geblieben. Und um die Vermehrung der finanziellen Mittel hat man sich natürlich sehr bemüht. Aber wenn man die Problematik der Finanzierung Nationalpark Thayatal zum Beispiel diskutiert und sagt, Einmalentschädigungen wären natürlich die Idealform und würden dem Land viel billiger kommen, so stimmt das natürlich. Das ist gar keine Frage. Aber dann müssen wir an den Herrn Landesfinanzreferent herantreten und ihm erklären, dass es da um ein ganz schönes Sümmchen Geld geht, das er eben bei solchen Entschädigungen zu berappen hat. Das heißt, diese Einmalentschädigungen sind davon abhängig, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden aus dem Budget. Und weil der „Figur-Teich“ heute schon angesprochen wurde, der zum Naturdenkmal erklärt wurde, darf ich in dem Zusammenhang sagen, dass es hier um Entschädigungsforderungen von zum Beispiel an die 100 Millionen geht. Also das sind tadellose Beträge, die man zuerst einmal haben muss. Und wenn ich das ins Verhältnis setze zum Naturschutzbudget muss ich sagen, es wird also so schnell mit Einmalzahlungen nicht zu rechnen sein um die Problematik zu lösen.

Meine Damen und Herren! Das war es aus meiner Sicht. Ich darf natürlich feststellen, dass wir Sozialdemokraten den Rechnungshofberichten unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine lange Debatte neigt sich dem Ende zu. Das ist im Vorfeld ja kritisiert worden, dass wir so viele Berichte jetzt gemeinsam diskutieren. Wenn man über die Kapazitäten verfügt, die vielen Details im Auge zu behalten und diejenigen, die die Debatte intensiv verfolgt haben, haben das ganz zweifellos, dann bietet sich auch ein Vorteil aus dieser Zusammenfassung der Berichte, den wir eigentlich im Auge hatten, als wir festlegten, dass wir in Zukunft einen gewissen Rhythmus finden

werden und anstreben im Regelfall, dreimal im Jahr, im Februar, im Mai und im Oktober diese Rechnungshofberichte zu bearbeiten. Der Vorteil, der darin liegt, ist, dass man zwar eine Fülle an Details sieht, die notwendig sind, um sich mit einer Sache sinnvoll auseinander zu setzen. Dass aber strukturelle Prinzipien klarer hervortreten. Und das ist ja unsere Aufgabe hier: Nicht alles nachzubeten was viel besser und konkreter und für den Bürger auch im Detail nachlesbar ja vorliegt, sondern es geht darum, Lehren zu ziehen. Und Lehren für den Landtag, für die Politik insgesamt.

Der erste Punkt, der mir aufgefallen ist und den ich hier nennen möchte ist einfach, dass wir immer wieder das Verhältnis vom Sein und Sollen, von Norm und Realität haben, dass wir als Gesetzgeber oder dass das politische System als Rechtsgeber insgesamt gefragt ist. Und das sieht man bei vielen, vielen Details. Wie ist die Vorschrift? Wie sehr muss die Verwaltung gebunden werden? Und wie weit ist es nicht sinnvoll, das lockerer zu lassen damit die Verwaltung diese Initiativen, die, sage ich, seitens der Regierungsmitglieder da sind, aber auch seitens der Beamtenschaft oder der Institutionen, die hier am Werk sind, dass diese Dynamik nicht über Gebühr gebremst wird.

Und ich glaube, das Beispiel Edelhof, wenn ich das nur ganz kurz beleuchten darf, das ist so eine Art Maria Theresien-Orden, der da heute vergeben wurde. Es hat zwar nicht alles Formale gestimmt, aber Erfolg zieht sozusagen die Belohnung nach sich. Es ist sozusagen gut gegangen. Es ist ein Werk da, das sonst nicht da wäre. Und daher ist sozusagen über alle politischen Lager hier auch Zufriedenheit da. Das war eine sehr interessante Erfahrung. Und ich glaube, auf diesem Weg sollten wir bleiben. Nicht dass wir jetzt alle auffordern, gegen die Vorschriften zu handeln, aber dass wir uns das bei der Normierung immer wieder überlegen. Ich sage öfter an dieser Stelle, der Gesetzgeber muss auch der „Gesetznehmer“ sein. Wir müssen schauen, dass wir nicht aus irgend welchen Anlassfällen alles so regeln, dass sich dann die Verwaltung nur mehr darin verstricken kann.

Erstes Beispiel, habe ich schon genannt, Edelhof. Das zweite Beispiel sind die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, die ärztliche Versorgung. Da gibt es Heime, die haben alle eine Geschichte, die sind alle eingebettet. Jeder kennt seine Pensionisten- und Pflegeheime. Sieht, wie die Leute hingehen und sieht auch, wie die Ärzte aus der Gegend zum Teil die Betreuung vornehmen. Manche haben selbst einen Angestellten. Und natürlich ist das ganz unterschiedlich. Die Persönlichkeiten sind unterschiedlich. Und wenn die Kollegin Rosenkranz dann fordert, sie wünscht sich eine drastischere Formulierung, der Landesrechnungshof hat da gesagt, die ärztliche Versorgung kann im Wesentlichen als gegeben angenommen werden. Das ist keine schwarz-weiße Formulierung. Sondern er anerkennt, dass hier in jedem Fall Bemühen da ist, dass man eine Struktur darüberlegen kann, aber dass es keineswegs im Argen liegt. Sondern dass hier motivierte Leute am Werk sind.

Und daher, glaube ich, sollte man das Problem, das angesprochen wurde, auch nicht mit einem weiteren, detaillierten Gesetz lösen. Dass wir dann sagen, alle Heime scheren wir über einen Leisten, über einen Kamm. Und dann stehen die Leute da in der Praxis und sagen, wie machen wir das jetzt. Sondern da ist eine Verordnung nach dem Sozialhilfegesetz, das wir im Jänner beschlossen haben, sicher der zielführendere Weg. Es ist im Stufenbau der Rechtsordnung sicher nicht die oberste Stufe. Aber das ist ja nicht notwendig. Sie gilt ganz genauso. Sie muss genauso eingehalten werden. Es kommt letztlich auf die Konsequenz an, die der Verordnungsgeber ihr gibt. Und öffentlich ist sie im Landesgesetzblatt allemal. Es kann jeder ‘reinschauen. Und daher sagen wir zu diesem Resolutionsantrag Nein. Wir wollen, dass die Verordnung, die jetzt schon vorbereitet ist auf Grund dieses Gesetzes, das im Jänner, wie gesagt, beschlossen wurde, dass diese Verordnung einfach in Kraft gesetzt wird. Und wir sind ganz sicher, dass damit auch das Ziel, das der Rechnungshof hier auch in Ergänzung zu dem, was die Abteilung ohnehin gemacht hat, vernünftig aufgezeigt hat, dass das optimal erreicht werden kann. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Der Meinung bin ich nicht! Der Rechnungshof hat doch aufgezeigt, dass ein Teil der Amtsärzte die Normen nicht einmal kennt!)*
Eine Verordnung ist im Landesgesetzblatt kundzumachen. Und eine Verordnung hat ganz genau die gleiche Chance auf Kenntnis wie ein Gesetz. Das ist einfach eine Frage auch des Normenmaterials, wie ich angeführt habe. Wir haben eben in Niederösterreich eine Rechtsbereinigung durchgeführt. Und alle Politiker auf Bundesebene könnten froh sein, wenn sie diesen Standard hätten, den wir haben. Dass man alles, was an Normen gilt, in einem einzigen Kasten unterbringt, griffbereit, immer den aktuellen Stand. Also diesen Rechtszustand wie in Niederösterreich, den müssen alle anderen erst erreichen. Und den sollten wir nicht durch Einzelfälle aufweichen und hier diesem Fehler verfallen. Und wenn wir noch ein Gesetz beschließen, ist damit allein auch nicht Gewähr gegeben, dass er es kennt. Fünf Gesetze sind nicht so gut wie eine knappe Verordnung, in der er seine Handlungsanleitung hat. Und diesen Weg wollen

wir gehen. Der ist auch schon vorbereitet. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Gratzer.)*

Das nächste Beispiel für eine dynamische Verwaltung und die Zusammenfassung, die Verletzung von gewissen Verfahrensvorschriften ist das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Zwettl. Ich habe nicht gesagt, dass der Bericht sozusagen ein Musterbeispiel für einen positiven Bericht ist. Sondern ich habe gesagt, dass dieses Heim insgesamt einen positiven Eindruck macht. Und das anerkennt auch der Bericht, glaube ich. Da braucht man nur zu lesen. Dass hier in der formalen Abwicklung Probleme waren, hängt einfach mit der Dynamik des Sozialbereiches zusammen. Für dieses Ambulatorium, das es da gibt, zur Frühförderung und allgemeinen Rehabilitation ist ein anderer Träger gekommen. Jetzt hat man das formal alles anders machen müssen. Die Pläne waren fertig. Jetzt frage ich Sie: Hätte man das alles um ein Jahr verschieben sollen, nur weil der formale Ablauf mit dem realen da nicht mitgekommen ist? Insgesamt steht ein schönes Heim da. Jeder, der es sieht, kann das bestätigen. Und ich glaube auch, natürlich ist das der bekannteste Teil, mit diesen Schwellen. Da kommt halt Wasser vom Hang und man hat höhere Schwellen eingebaut. Das ist, wie im Bericht auch zu lesen ist, in der Praxis völlig zufriedenstellend gelöst. Ich glaube, man sollte, und das macht der Rechnungshof auch und wir sollten es auch tun, die Dinge immer in Summe oder im Gesamten sehen, dann ist auch sozusagen die Begleitung, die wir dieser Arbeit angedeihen lassen, eine positive.

Ich komme schon zum Kernbereich dieser heutigen Berichte, jedenfalls aus meiner Sicht. Das ist das Regierungsviertel in St. Pölten. Was ist da passiert? Wirklich, der Herr Kollege Mag. Riedl hat das schon ein bisschen anklingen lassen, etwas Einzigartiges: Da ist ein riesiges Vorhaben in der Zeit, die vorgesehen war, durchgeführt worden. Vom September 1992, da war der Spatenstich, bis Juli 1997, in fünf Jahren war der letzte Beamte hierher übersiedelt. 4.000 Leute haben fünf Jahre gearbeitet. Eine gewaltige Investition. Und jetzt kommt der Bericht des Rechnungshofes. Fünf Plus insgesamt: Aufbau, Ablauforganisation sind okay. Die begleitende Kontrolle hat sich bewährt – zweites Plus. Die Projektfinanzierung erweist sich als zweckmäßig. Sehr vorteilhafte Finanzierungsform. Einhaltung der budgetierten Gesamtkosten – Punkt vier. Und Ecktermine für die Fertigstellung eingehalten. Fünfmal Plus vom Rechnungshof! Ich glaube, dass das wirklich etwas Einmaliges ist.

Ich erinnere mich gut, Herr Kollege Dkfm. Rambossek, weil du so freundlich jetzt hier herschaust, an die vielen langen Debatten, die wir um die Finanzierung dieses Regierungsviertels geführt haben. Da war der Kollege Treitler noch Finanzsprecher, der damalige Landesrat Mag. Freibauer. Und ich glaube, das, was du heute gesagt hast, klingt schon ganz anders als das, was du in vielen, vielen Reden hier gesagt hast. Ich freue mich über diese Einschätzung. Und ich freue mich, dass wir das hier haben. Und ich glaube, dass heute auch der Zeitpunkt da ist, das einmal hervorzuheben. Und zu sagen, da haben politisch Verantwortliche, nämlich Siegfried Ludwig und Erwin Pröll - der eine für die Planung, der andere für die Durchführung – da haben aber für die Finanzierung der Landesrat und Präsident Mag. Freibauer, da haben Hofrat Dr. Höbart und Dr. Pecker in der Finanzabteilung und haben die Experten von der Hypo ganze Arbeit geleistet. Ein vorbildliches Modell für ganz Österreich! Ich glaube, das ist von dieser Stelle auch ein großes Dankeschön und einen Akt der Anerkennung wert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch ein Punkt, Herr Kollege Marchat, ich kann mich erinnern an deftige Aussagen, diese Sache mit der Vergabe. Ich kann mich erinnern, wir sind ja herum gegangen, wir politisch Verantwortliche. Haben gesagt, das Regierungsviertel, das bringt Beschäftigung für unsere Unternehmen in Niederösterreich. *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Naja, die Leute in der Region haben es schon gesehen. Ist logisch. Aber so ein richtiges Thema war das nicht. Erst wie das aus Brüssel gekommen ist mit der Vergabe, wo es geheißen hat, die EU verbietet dieses Vergabe - es war in der ZiB1 - hat man auf einmal gesagt, ein Wahnsinn, die Niederösterreicher, die bauen da um sechs Milliarden. Und alles geben sie aus für Arbeitsplätze im eigenen Land.

Das war sozusagen der erste Aha-Effekt. Und wenn wir es rückblickend rechtlich betrachten, sehen wir, dass ja nur ein winziger Zeitraum, nämlich vom 27. November 1995 bis 6. Februar 1996 in Diskussion stand. Wir haben ja ein Gesetz gehabt, das Vergabegesetz, mit Gutachten, haben gesagt, was vorher finanziert ist, ein gesamtes Paket, das fällt nicht mehr unter diese EU-Dinge, die wir natürlich gekannt haben. Die EU hat gesagt, nein, wenn man es teilen kann, müssen wir teilen. Okay, wir haben dann geteilt. Es geht also wirklich rückblickend betrachtet um eine Marginalie von insgesamt 360 Millionen bei über 6 Milliarden. Und vom Baustopp und Milliardenschaden für das Land und

was da alles in Diskussion war, weit und breit gar keine Rede. Es steht. Es hat sich bewährt. Und ich glaube, das soll man hier auch einmal mit Freude festhalten.

Ein Punkt, den die Kollegin Mag. Weinzinger lustvoll hier expliziert hat, ist die Ökologie des Landhauses. Und da kann man ja auch sagen, es kommt immer auf den Blickwinkel an. Wenn Sie das Landhaus anschauen hier, kann man sagen, okay, es ist groß, es sind viele Häuser, es ist nicht die unberührte Natur, gar keine Frage. Aber wenn man es näher betrachtet, dann sieht man zum Beispiel, 50 Prozent des Wassers hier ist Zisternenwasser oder Brunnenwasser. Also nicht aus der Stadtwasserleitung. Wir haben eine Stützlüftung für die Büros, keine energieintensive Klimaanlage. Die Luft wird dreimal verwendet. Zuerst für die Büros, dann wird die Wärme rückgewonnen und - direkt in die Abgeordnetenbüros, nein, Kollege Feurer, das hält man aus - dann in die Gänge und zum Schluss in die Garage.

Es gibt eine Solaranlage für das Küchenwasser. Es kommt jetzt, das ist sehr teuer – Fotovoltaik. Das ist eine tolle Energieform, aber im Verhältnis Mittel/Einsatz, Strom/Ertrag relativ noch in der Entwicklungsstufe. Wir bekommen jetzt ein ganzes Haus verkleidet. Das war halt nicht zu Beginn, aber es kommt, Herr Mag. Fasan.

Also die Ökologie ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber sie ist ständig ein Thema. Und Gebäudemanagement und Energieverbrauch: Es ist klar, dass das architektonische Konzept natürlich auch immer etwas nach sich zieht. Wenn ich einen kompakten Baukörper mache, einen Turm, in der Mitte Sitzungssäle ohne Fenster, ist es logisch, dass ich energetisch perfekt bin. Wenn ich ein Haus mache mit vielen Eingängen - hundert Eingänge hat das Landhaus - dann habe ich natürlich ein Problem mit den rollstuhlgerechten Türen, die aufgehen, dass im Winter die kalte Luft hineinkommt. Natürlich war da am Anfang der Energieverbrauch höher. Wir haben auch innen die Belichtung, wo die Decke von oben und das unten direkt in einem Austausch ist. Also die Architektur, die Lebensqualität bringt, die Begegnung ermöglicht, die Kommunikation bringt. Das ist alles ja etwas, was auf der energetischen Seite nicht ideal ist. Da wäre eine Kugel, total isoliert, mit künstlicher Beleuchtung, das Beste. Aber unsere Haustechniker arbeiten an dem Problem. Von den genannten 109 ist man mittlerweile bei 99 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Wenn man das auf die Nettogeschoßfläche umrechnet sind wir schon bei 85. Das heißt, wir sind gar nicht mehr so weit weg von diesem Normwert, der da ist im Einfamilienhaus. Wir bewegen uns zwischen Standardhaus und Niedrigenergiehaus. Ich glaube, das ist eigentlich auch etwas, wo man langsam die Sachen optimiert, die Dinge in den Griff bekommt. 6.500 Notlichter, die die ganze Nacht brennen. Solche Dinge sind durch die Baubehörde dazugekommen. Insgesamt jedoch auch hier kein Grund, die Dinge schwarz zu malen.

Wie ich überhaupt meine, und da bin ich jetzt wieder bei einem größeren Punkt, dass ich natürlich Details herauspicken kann und sagen, die Türschnallen sind schlecht und das Regierungsviertel ist nicht isoliert. Ich glaube, dass wir als Abgeordnete hier die Aufgabe haben, an diesem Landeszentrum zu arbeiten. Wir sollen ja schauen, dass das belebt ist, dass Leute herkommen. Die Kollegin Egerer hat für Blumen im Landhaus gesorgt. Ich selbst habe für die Jugendlichen diese Sportanlage organisiert durch Sponsergelder, um Leben hier hereinzubringen. Dazu sind wir alle aufgerufen, unser Zentrum zu entwickeln. Und nicht zu schauen, dass es nicht funktioniert, und dann hinzuzeigen und zu sagen, schaut an, was da los ist.

Und damit bin ich schon beim allerletzten Punkt – die Grundstücksbevorratung. Da kann man jetzt sagen, das Landhaus ist schuld. Ich glaube, dass auch die Stadtpolitik hier einen gewissen Anteil daran hat. Dass die Grundstücksentwicklung in St. Pölten insgesamt, diese Preisentwicklung, die einmal da war, nicht so fortgeschritten ist. Das ist jetzt vielleicht für den einen oder anderen ein Vorteil. Insgesamt, glaube ich, liefert aber auch der Bericht über die Stadt St. Pölten da gewisse Anhaltspunkte. Ich möchte das gar nicht wiederholen, was da alles schon gesagt wurde zur Finanzgebarung. Auch diese ARBÖ-Sache möchte ich nicht mehr streifen. Aber, Herr Kollege Rupp! Keine längerfristige Personalentwicklung. Du hast gesagt, warum da 100 mehr sind von 700 auf 800. Darf ich dir sagen, im Landesbereich – und das weißt du ja ganz genau – haben wir genau das gleiche Problem. Wir haben auch neue Pensionisten- und Pflegeheime. Wir haben auch neue Kindergärten. In jedem sitzt eine Kindergärtnerin. Wir haben insgesamt aber auf Landesebene jedes Jahr weniger Bedienstete und nicht mehr. Also es geht unter gleichen Voraussetzungen auch anders. Das nur zu deinen Ausführungen. Und das sollten auch die Stadtverantwortlichen in St. Pölten sich einmal überlegen.

Das Gießkannenprinzip und die Wirtschaftsförderung ohne Konzept sind auch ein Punkt. Und ich glaube, dass diese Grundstücksprobleme, die bei der Landeshauptstadt angesprochen sind, ja auch

damit zusammenhängen. Die Betriebsansiedlung in St. Pölten wird hier ausdrücklich kritisiert. Sie ist Chefsache. Das heißt, der Bürgermeister kümmert sich persönlich ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*
In ein paar Fällen mag das ganz großartig sein. Aber auf der anderen Seite sieht man im St. Pöltener Umland auch, wie die Betriebsansiedlungsgesellschaft des Bundes und alle möglichen können da als Beispiele dienen, dass Unternehmen nach St. Pölten wollten und dort nicht so aufgenommen wurden von der ganzen Grundstücksbevorratung und der Wirtschaft und dann eben woanders gelandet sind. Ich fordere daher an dieser Stelle eine aktivere Betriebsansiedlungspolitik. Auch bei der Wohnbaupolitik. Jetzt gibt es einen ersten Schritt mit dem Kremser Berg. Aber das Vernachlässigen des Einfamilienhausbaues seitens der Stadt - Baurechtsaktion hätten wir längst selber machen können - bringt eben diese Probleme mit der 50.000 Einwohner-Grenze mit sich. Und diese Einwohner gehen uns insgesamt natürlich in der Gegend ab. Amtsführende Stadträte, so, wie das sogar in Wr. Neustadt möglich ist, in einer kleineren Stadt, das wäre doch auch für St. Pölten eine Lösung. Ein Mann kann so eine große Stadt nicht allein über seinen Schreibtisch regieren. Hier sollte man Politprofis heranlassen. Auch die Kollegen von den anderen Parteien.

Insgesamt haben die Rechnungshofberichte doch einen ganz schönen und umfassenden Einblick in die Tätigkeiten im Land gegeben. Sie sind ein wichtiges Korrektiv. Es ist natürlich immer leichter, ex post, also von hinten herein, zu sagen, was gescheiter gewesen wäre, als das, so wie es die Regierung und die Mitarbeiter der öffentlichen Stellen zu tun haben, im Vorhinein zu beurteilen, die gescheiteste Lösung zu finden. Das ist ein riesengroßen Unterschied. Und das ist natürlich eine Spannungslage.

Ich glaube aber trotzdem, dass der Rechnungshof und insbesondere unser Landesrechnungshof diese Aufgabe sehr fair und einfühlsam durchgeführt hat. Ich möchte daher an dieser Stelle den Mitarbeitern im Landesrechnungshof ausdrücklich danken. Ich möchte aber auch die Mitarbeiter in der Landesverwaltung erwähnen. Das ist für keinen lustig, wenn die Kontrolle kommt und wenn man die Arbeit hat und in Projekten steckt, wenn man da alles jetzt aufbereiten muss was einmal war vor fünf Jahren. Das ist ein erhöhter Arbeitsanfall. Aber ich glaube, diese Zusammenarbeit funktioniert im Großen und Ganzen sehr gut. Insgesamt, glaube ich, kann man aus diesem Rechnungshofbericht Lehren ziehen. Das wird ständig getan. Man kann aber auch das Resümee ziehen, Niederösterreich ist gut kontrolliert. Anders als das andere sagen hier. Es ist gut kontrolliert und es ist auch im Großen und Ganzen sehr gut regiert. In diesem Sinn nehmen wir die Berichte gerne zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. PIETSCH *(SPÖ)*: Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir haben mehrere Abstimmungen hintereinander durchzuführen. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 464/B-1:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen!

Dazu liegt ein Resolutionsantrag vor. Ich bitte um Aufmerksamkeit, sowohl bei der Regierung als auch bei den Klubobleuten. Wir kommen zu einem Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag zum Thema „NÖ Pensionisten- und Pflegeheimgesetz“:)* Danke. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Gratzer.)*

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 379/B-2/3:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 388/B-2/4:) Ebenfalls einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 408/B-4/1:) Ebenfalls einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 433/B-5/1:) Wiederum einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 446/B-5/2:) Wiederum einstimmig angenommen!

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Honeder, die Verhandlungen zu **Ltg. 445/U-1** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HONEDER *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur geplanten Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes aus dem Jahr 1984.

Schon bei seiner Erlassung war das NÖ Umweltschutzgesetz 1984, LGBl.8050, zukunftsweisend und Vorbild für eine Reihe einschlägiger Regelungen auf Bundes- und Landesebene. In der Praxis haben sich die verschiedenen Regelungen bewährt. In den Bereichen, den Umweltbericht betreffend, die NÖ Umweltschutzanstalt, den Rechenschaftsbericht der NÖ Umweltanwaltschaft und die Umweltschutzorgane sollen durch den vorliegenden Entwurf zum einen Anregungen und Wünsche aus der Praxis und aus dem Kreis der Betroffenen und Interessierten realisiert werden und Klarstellungen erfolgen. Zum anderen soll unter den Gesichtspunkten der Deregulierung und Sparsamkeit vor allem die Frist für den Rechenschaftsbericht der NÖ Umweltanwaltschaft angepasst werden, ohne jedoch inhaltliche Abstriche vorzusehen. Die weiteren Änderungen, die NÖ Umweltschutzanstalt betreffend, tragen den Entwicklungen gesellschaftspolitischer Zielsetzungen Rechnung und sollen die operativen Bereiche der NÖ Umweltschutzanstalt in eine Rechtsform des Privatrechtes überführen. Ich stelle daher namens des Umwelt-Ausschusses folgenden Antrag über die Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 wird genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte darüber einzuleiten und die Abstimmung herbeizuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte auf drei Punkte eingehen, in denen das Umweltgesetz geändert werden soll, auf drei Paragrafen. Ich beginne mit dem § 3a, dem Umweltbericht, dem in der neuen Fassung auch eine Art Umweltvorschau, Umweltziele der Landesregierung beigefügt werden sollen. Und bis zu einem gewissen Grad ist das ja auch schon im letzten Umweltbericht erfüllt worden, den wir im vergangenen November diskutiert haben. Auch da gab es ja bereits eine Art Vorschau der Landesregierung in Umweltfragen. Wie wohl ich schon anmerken möchte dazu, dass hier eher eine Vorschau auf das zukünftige Messen von Umweltdaten und das Erfassen von Umweltdaten gegeben wurde und weniger eine Vorschau auf politische Initiativen in Sachen Umweltschutz. Und das ist auch die gängige Form, in der der Umweltbericht an und für sich verfasst wird. Und die wir Grüne doch kritisieren wollen und wo wir anmerken wollen, was man alles besser machen könnte in diesem Umweltbericht, wenn die Umweltpolitik des Landes tatsächlich eine solche wäre.

Denn der Umweltbericht kann natürlich nur das niederschreiben und das bekannt geben, was man an politischen Maßnahmen geleistet hat. Und da darf ich doch einen kleinen Rückblick mir erlauben. Die Fischer-Deponie harrt nach wie vor ihrer Sanierung. Man ist nicht einmal noch über die Ausschreibung hinausgekommen, weil man offensichtlich eine internationale Ausschreibung nicht zu Wege bringt. Die Grundwassersanierung im Nitrat-belasteten Marchfeld wird nicht angegangen. Statt dessen werden zwischen Ministerium und Landesregierung die Gutachten hin- und hergeschoben. Aber bei der Erlassung der Trinkwasser-Ausnahmeverordnungen, da ist der Landeshauptmann geschwind. Da bewegt er sich in den Top ten der Republik. Da ist er an der Nummer zwei nach Oberösterreich, wie wir wissen.

Oder die Anti-Atom-Politik, die großteils Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Die einen Arbeitskreis Anti-Atom eingerichtet hat. Aber tatsächliche Initiativen sind wenige zu erkennen. In der Frage der Müllvermeidung hat man das Motto „sei g'scheid, vermeid", was schön ist, aber tatsächliche, politische Initiativen, um die ständig anwachsenden Müllberge wieder einzudämmen, dieses Anwachsen wieder einzubremsen, was einmal schon gelang zu Beginn der Neunzigerjahre, das ist nicht zu erkennen. Statt dessen plant man in Niederösterreich drei Müllverbrennungsanlagen mit einer nahezu doppelten Kapazität als Müllanfall in Niederösterreich überhaupt vorhanden ist. Eine und ausgerechnet diejenige der Beinahe-Landesgesellschaft AVN befindet sich pikanterweise im Natura 2000-Gebiet. Und es hat ganze drei Wochen gedauert, bis man seitens der Landesregierung dies überhaupt erst zugegeben hat. Man hat also drei Wochen gebraucht, bis man überhaupt erst gesehen hat, dass das tatsächlich stimmt, was hier Umweltschützer, Bürgerinitia-

tiven, der WWF und auch wir Grüne behauptet haben. Und das ist schon einmal eine gewisse Leistung. Insbesondere dann, wenn in der Umweltverträglichkeitserklärung der AVN sogar Bezug genommen wird auf die Möglichkeit der Lage in Natura 2000-Gebieten. Nur hat man das einfach nicht ernst genommen. Hat man es entweder unabsichtlich, aus Schlamperei, oder aber absichtlich übersehen. Und das ist eine gewisse Leistung.

Mittlerweile, und da möchte ich auch berichten von einem Gespräch mit Landesrat Mag. Sobotka, der diese mysteriöse Aussage im „Kurier“ selbst angeblich nicht getätigt hat. Er wurde nämlich vor einigen Tagen im „Kurier“ zitiert mit der Aussage, es sei eine Verleumdung, zu behaupten, dass die geplante Müllverbrennungsanlage im Natura 2000-Gebiet liege. Er hat diese Aussage, wie er mir bestätigt hat, so selbst nicht getan. Ich nehme das wohlwollend oder mit Freuden zur Kenntnis, dass es nicht so war. Denn es wäre ja geradezu widersinnig, wenn die Umweltanwaltschaft das bestätigt, wenn die Landesregierung das bestätigt, wenn der zuständige Naturschutzsachverständige das bestätigt, auch schon bestätigt, dass er an einer Kompatibilitätserklärung arbeitet, um überhaupt die Natura 2000-Kompatibilität zu prüfen, dass dann der zuständige Landesrat sagt, das stimmt alles nicht. Interessant in diesem Zusammenhang ist aber schon auch eine Aussage der AVN-Sprecherin Felicitas Gruber, die gemeint hat, die Planer werden doch „nicht so blöd sein“ und im Natura 2000-Gebiet eine Müllverbrennungsanlage planen. Ich wage nicht, diese Aussage jetzt zu kommentieren, um den guten Ton zu wahren. Ich glaube nur eines: Im Zuge der Feinabgrenzung wird es nicht möglich sein, dieses Gebiet hinaus zu reklamieren. Denn es ist weder Bauland, noch ist es eine Fichten-Monokultur, noch ist es intensiv genütztes Agrarland. *(Abg. Cerwenka: Es ist ein Maisacker!)*
Ja, es ist ein Maisacker. Es wird aber kein intensiv genütztes Agrarland sein in dem Sinne. Weil Maisäcker wird man nicht derartig betreiben, nehme ich mal an. Schön und gut. So einfach wird das nicht werden, insbesondere wenn es um die Gehölzbestände, um die Lebensraumtypen geht, die dort zu verzeichnen sind. *(Abg. Cerwenka: Kennen Sie das Gebiet?)*
Ich kenne das Gebiet sehr gut, und zwar seit Jahren. Und insbesondere kenne ich auch die Umweltverträglichkeitserklärung und die Kritiken daran. Und das ist das Problem an der Sache. Also hier wird man sich schon anstrengen müssen, wenn man etwas Vernünftiges zu Wege bringen will. Und das kann meiner Ansicht nach nur heißen, grundsätzlich ‘raus aus dem Irrweg der Müllverbrennung. Und das wieder aufnehmen, was der Landesregierung schon vor sechs Jahren vom Zivilingenieursbüro Ringhofer empfohlen wurde, nämlich Restmüllsplitting und weitere Müllvermeidung.

Klimaschutz und Luftreinhaltung. Ein interessantes Kapitel, dass man auf der einen Seite es als Ziel ansieht, 100 Gemeinden ins Klimabündnis zu bringen - was ja mittlerweile, glaube ich, schon gelungen ist - auf der anderen Seite aber mit ständig steigenden CO_2-Werte zu kämpfen hat. Und das nicht zur Kenntnis nimmt. So tut, als wäre das nichts. Die Umweltpolitik des Landes beschränkt sich darauf, nicht Klimapolitik zu machen, sondern Gemeinden ins Klimabündnis aufzunehmen. Ohne dass in der entscheidenden CO_2-Frage etwas passiert. Kein Kyoto-Ziel, kein Toronto-Ziel und derlei mehr. Das kann also die Klimapolitik des Landes nicht sein, wenn man sie ernst nimmt. Und das ist die Crux am Umweltbericht, dass derartige Berichte ständig drinnen stehen, aber eigentlich auch die mangelnden Initiativen der Landesregierung dadurch ausgewiesen sind.

Semmering - ein klassisches Beispiel, auch im Zusammenhang mit Natura 2000. Man schafft es, in ein- und demselben Landschaftsschutzgebiet, in ein- und demselben nominierten Natura 2000-Gebiet einen Eisenbahntunnel zu verteufeln und einen Straßentunnel zu glorifizieren. Das ist Umweltpolitik Marke Pröll! Und man hat sich beeilt, im Rahmen der Natura 2000-Diskussion zu versichern, dass der Semmering-Basistunnel selbstverständlich im Natura 2000-Gebiet drinnen liegt. Und dass daher nicht gerührt wird am Semmering. Und selbstverständlich natürlich auch nicht am Wahrzeichen des Semmerings. Sie kennen das Wahrzeichen am Semmering? Die Erwin Pröll-Aussichtswarte ist das Wahrzeichen des Semmering! *(Unruhe im Hohen Hause.)*
Man sieht sie vom Bindenkogel. Von der 18 Meter breiten Forststraße am Bindenkogel kann man großartig hinüberschauen auf die Erwin Pröll-Aussichtswarte. Es gibt dort eine Umkehrstelle mit gezählten 18 Metern. Ich bin es abgegangen. *(Abg. Waldhäusl: Eine Umkehrstelle ist keine Straße!)* Es ist eine Serpentine! Der Lagerplatz, den möchte ich gar nicht vermessen haben.

Also das ist Umweltpolitik Marke Pröll, dass man in ein- und demselben Landschaftsschutzgebiet, in ein- und demselben Natura 2000-Gebiet auf der einen Seite einen Eisenbahntunnel verteufelt, aber einen Straßentunnel glorifiziert, baut und mitfinanziert. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das haben Sie schon einmal gesagt! Bei der letzten Sitzung haben Sie es schon gesagt! - Abg. Kurzreiter: Das ist doch ganz etwas anderes! – LR Mag. Sobotka: Sie lesen doch so viel. Da müssten Sie den Unterschied kennen!)*

Ich wollte es nur noch einmal wiederholen, Herr Präsident. Das ist schon richtig. Ich habe es jetzt ein bisschen anders formuliert. Aber ich wollte auch sicher gehen. Ich wusste nämlich damals nicht, ob Sie auch anwesend sind. Ich wollte aber sicher sein, dass Sie das auch hören, Herr Präsident! So ist es.

Naturschutz - auch ein Bereich des Umweltberichtes. Meine Damen und Herren! Es ist kein Wunder, wenn man den Naturschutz finanziell aushungert, jahrelang seitens der Volkspartei ein Naturschutzgesetz, ein sinnvolles, strenges Naturschutzgesetz verhindert und aufschiebt, sich im entscheidenden Fall ... *(LR Mag. Sobotka: Wer ist Naturschutzreferent?)*
Was denn sonst, Herr Landesrat? Was geschieht denn seit Jahren? Warum haben wir es denn nicht? Aber ich bitte Sie! Machen Sie es sich nicht zum Usus, den Verantwortungsbereich der gesamten Landesregierung auf Mitglieder abzuschieben, die von Ihnen blockiert werden! *(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPÖ.)*
Herr Landesrat! Das beginnt tatsächlich mit der Zeit eine Unart zu werden, die man hier nicht hinnehmen kann.

Mir kommt diese ganze Natura 2000 - ich konnte das leider nicht anführen in der Aktuellen Stunde, möchte es aber hier im Bereich des Naturschutzes anführen, weil ja der ein Teil des Umweltberichtes ist, der im § 3 des Umweltschutzgesetzes ja auch drinnen steht - mir kommt dieses Lamento der ÖVP in Sachen Natura 2000 ein bisschen so vor, dass man sich jetzt fürchtet vor der eigenen Schneid', die man seinerzeit im Jahr 1996 gehabt hat, als man das nominiert hat. Und jetzt versucht man, eine Art Kampagne gegen den eigenen Beschluss zu starten. Es ist sinnlos! Es macht keinen Sinn! Es wird zu vernünftigen Feinabgrenzungen kommen müssen und die werden die Kriterien der Flora-, Fauna-, Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie einhalten müssen und werden nicht aufgeweicht werden können. Trotz aller Versuche wie auch immer.

Soweit zum Umweltbericht 1999. Die Crux für uns in diesem Umweltgesetz, wo wir nicht mit können, ist die Änderung im § 4, nämlich eine Art, ich möchte es jetzt unter Anführungszeichen stellen „Privatisierung der Umweltschutzanstalt". Also die gesetzliche Möglichkeit für Unternehmensbeteiligungen, für Unternehmensgründungen, die auch interessanterweise vom Gemeindevertreterverband der ÖVP kritisch gesehen wird. Denn auch hier nimmt man Bezug darauf, dass die Umweltschutzanstalt eigentlich zunächst einmal den Gebietskörperschaften zur Verfügung stehen sollte, den Gemeinden zur Verfügung stehen sollte, mit Gutachten zur Verfügung stehen sollte, dem Land zur Verfügung stehen sollte. Und erst in zweiter Linie auch eine Geschäftstätigkeit entfalten kann. Und wer sich die Berichte der Umweltschutzanstalt ansieht, der sieht, dass das hier eine durchaus florierende - Gottseidank, und das nehmen wir äußerst positiv zur Kenntnis - eine florierende Gesellschaft ist, die sehr, sehr positive Arbeit leistet. Und daher bin ich nicht sicher, ob es klug ist, diese Privatisierungen vorzunehmen. Und auch zu „verrechtlichen", dass sich jetzt die Umweltschutzanstalt etwa an der BAWU beteiligt und dort im Rahmen der Müllverbrennung auftritt und das dann zum Geschäftsbereich macht. Das ist etwas, wo wir nicht gut mit können und was auch die Ursache ist, warum wir letztendlich dieser Gesetzesänderung nicht unsere Zustimmung geben wollen.

Abschließend der § 10, der schon interessant ist. Hohes Haus! Es ist möglich, in diesem Haus regelmäßig jährlich einen Sportbericht zu haben und diskutieren zu können. Es ist aber nicht möglich, jährlich einen Umweltbericht diskutieren zu können. *(LR Mag. Sobotka: Das ist ja nicht wahr!)*
Entschuldigen Sie! Erstens einmal: Auch der Umweltbericht wird nicht jährlich diskutiert, aber auch der Bericht der Umweltanwaltschaft wird auch nicht jährlich diskutiert. Also es stimmt schon was ich sage. Weil auch der Umweltbericht, den gibt es nicht regelmäßig. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Den gibt es nicht regelmäßig. Das heißt, es gibt ihn regelmäßig, aber es gibt ihn nicht jährlich. Es stimmt schon. *(LR Mag. Sobotka: Tätigkeitsbericht!)*
Und das war meine Aussage. Es nutzt ja nichts, Herr Landesrat.

Und es ist auch nicht möglich offensichtlich, jährlich einen Bericht der Umweltanwaltschaft zu bekommen und zu diskutieren. Ich kann das verstehen. Denn die Arbeit der Umweltanwaltschaft ist tatsächlich sehr, sehr tiefgehend und sehr, sehr kompliziert. Und es kann auch vom Fristenlauf Komplikationen aufwerfen, wenn man jährlich Daten und Fakten zusammentragen möchte und die dann wiedergeben möchte. Es kann also durchaus sinnvoller sein, den Bericht der Umweltanwaltschaft nicht alljährlich zu geben. Meinetwegen soll die Frist zwei Jahre dauern. Dass man aber überhaupt noch keinen Bericht der Umweltanwaltschaft vorgelegt bekommen hat, obwohl er bisher zumindest jährlich hätte vorgelegt werden sollen gemäß Umweltgesetz, das finden wir schon ein klein wenig merkwürdig. Nun haben wir bei der Umweltanwaltschaft nachgefragt und haben die durchaus schlüssige Information bekommen, dass ganz einfach Personalmangel besteht. Und das können wir nachvollziehen. Wir sehen, dass die Umweltanwalt-

schaft äußerst engagiert arbeitet. Wir sehen, dass dort wirklich rund um die Uhr gearbeitet wird. Dass man hier tätig ist, dass man hier aktiv ist. Es wird dort nicht largiert. Das heißt, es ist durchaus nachvollziehbar, dass eine gewisse Personalnot herrscht. Und daher denken wir, wäre es doch sinnvoll, die Gelegenheit zu nützen und einen Resolutionsantrag zu beschließen, gemeinsam, um das Personalbudget der Umweltanwaltschaft aufzustocken. Und daher darf ich Ihnen folgenden Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen *(liest):*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 445/U-1, Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Umweltschutzgesetz 1984.

Die dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegende Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes sieht unter anderem eine Änderung von § 10 Abs. 6 vor. Hier wird die Wortfolge ‚einmal jährlich' durch ‚alle zwei Jahre' ersetzt. Das bedeutet, dass die bisherige Verpflichtung der Umweltanwaltschaft, der Landesregierung und dem Landtag jährlich einen Bericht vorzulegen, auf zwei Jahre ausgedehnt wird.

Tatsächlich hat aber die NÖ Umweltanwaltschaft in der derzeitigen Legislaturperiode dem NÖ Landtag überhaupt noch keinen Bericht vorgelegt, obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet gewesen wäre. Die Umweltanwaltschaft begründet dieses Versäumnis u.a. mit akuter Personalnot.

Bei der Fülle der anstehenden Umweltprobleme, mit denen sich die Umweltanwaltschaft zu beschäftigen hat, ist diese Begründung durchaus nachvollziehbar. Es erscheint daher dringend notwendig, dass die Umweltanwaltschaft personell besser ausgestattet wird.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung und insbesondere Landeshauptmann Dr. Pröll als Personalreferent werden aufgefordert, eine Personalaufstockung in der NÖ Umweltanwaltschaft um einen Dienstposten unverzüglich vorzunehmen und in den Voranschlag für das Haushaltsjahr 2001 einzuarbeiten."

So schnell wie der Herr Umweltlandesrat Mag. Sobotka und Finanzlandesrat Mag. Sobotka arbeitet, ist es sicher kein Problem, das noch einzuarbeiten. Das ist sicherlich möglich. Und ich denke mir, das wäre eine sinnvolle Ergänzung für die Umweltmaßnahmen des Landes. Eine Ergänzung für die Umweltanwaltschaft, eine Erleichterung der Tätigkeit der Umweltanwaltschaft. Und ich möchte Sie sehr, sehr herzlich einladen, unserem Antrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich mache es etwas kürzer wie mein Vorredner. Denn jene Anregungen, die die freiheitliche Fraktion bei diesem Gesetzesentwurf Ltg. 445/U-1, Umweltschutzgesetz 1984, gemacht haben, die sind im Großen und Ganzen eingearbeitet. Es kommt aber im Anschluss, ohne dass ich jetzt zu weit vorgreife, noch ein Antrag gemeinsam mit den Kollegen Friewald und Feurer, dem ich ebenfalls beigetreten bin.

Im Wesentlichen ist dadurch gewährleistet, dass es Zielvorgaben gibt was die Legislaturperiode betrifft. Das heißt, alle fünf Jahre. Ich darf aber auch den Kollegen Mag. Fasan beruhigen. Es gibt, wenn dieser Antrag, und davon gehe ich aus, weil ihn die drei größeren Fraktionen des Landtages gestellt haben, es gibt dann auch jährlich einen Bericht über die getätigten Maßnahmen. Womit mehr Transparenz da sein wird und auch die laufende Information des Landtages gegeben sein wird in Bezug auf die laufenden Maßnahmen, die einfach getätigt werden in Bezug auf den Umweltschutz. Und was noch positiv sein wird, sollte dieser gemeinsame Antrag ebenfalls angenommen werden, Anzeigen werden bei geringeren Verstößen in Zukunft schneller repariert und damit hinfällig. Wenn sie geringere Verstöße darstellen und nicht etwa so grobe Verstöße, wie sie vom Kollegen Mag. Fasan im Bezug auf die Fischer-Deponie angeführt wurden.

Das heißt in Wirklichkeit mehr Bürgernähe. Das heißt aber auch eine stärkere Transparenz durch einen jährlichen Bericht über die laufenden Maßnahmen. Eine damit verbundene Diskussion. Und endlich das, was wir immer wieder gefordert haben. Nämlich eine klare Zielvorgabe für eine Legislaturperiode von 5 Jahren, wo man, wenn man es ernst nimmt, in Wirklichkeit auch im Umweltschutz sehr viel umsetzen kann. Aber auch die nötige Zeit und in manchen Bereichen den dazu nötigen Geldrahmen hat, den man benötigt. Wir Freiheitlichen werden daher dem Gesetzesentwurf sowie dem gemeinsamen Antrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER *(SPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der vorliegende Antrag sieht eine Änderung des Umweltschutzgesetzes 1984 vor. Auf den ersten Blick scheint es eine kleine Novelle zu sein. Sie ist aber in Anbetracht der zukünftigen Situation der NÖ Umweltschutzanstalt vielleicht doch von größerer Bedeutung. Das meiste wurde hier schon gesagt. Ich möchte auf gar keinen Fall heute zu dieser Stunde eine Debatte über die Umweltprobleme in Niederösterreich führen. Ich glaube, wir haben Gelegenheit dazu, im Rahmen der Budgetdebatte alle diese aufgeworfenen Fragen anzuschneiden.

Es ist also der Umweltbericht bereits angezogen worden. Uns geht es im Wesentlichen darum, dass am Beginn einer Legislaturperiode ein Umweltplan mit den Zielen der Umweltpolitik hier dem Landtag vorgelegt werden soll. Das ist in dem Abänderungsantrag dann enthalten, den der Kollege Friewald einbringen wird. Und es geht uns darum, dass wir dann von diesen Landes-Umweltzielen jedes Jahr uns anschauen, was denn da wirklich erfüllt worden ist. Und das wird in Zukunft im Rahmen dieser Jahresberichte möglich sein.

Ein zweiter Punkt, der ganz wichtig ist, ist die Tatsache, dass der Landesrechnungshof in Zukunft die NÖ Umweltschutzanstalt prüfen wird. Auch dieses ist in dieser Gesetzesvorlage enthalten.

(Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.)

Der dritte Schwerpunkt ist zweifellos die Frage der NÖ Umweltschutzanstalt als solche. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass hier gravierende Änderungen der Rahmenbedingungen in den letzten Jahren vor sich gegangen sind. Das gilt auf der einen Seite für die Labors, wo festzustellen ist, dass eine Reihe von neuen Einrichtungen hier in Österreich geschaffen worden sind. Es geht wirklich um einen Kampf, um die Marktanteile. Und es wird immer schwieriger, auf diesem Markt in dieser Form wie die Umweltschutzanstalt organisiert ist, zu bestehen. Momentan ist es so, dass auf der anderen Seite das Müllgeschäft wirklich gut läuft. Und aus dem Müllgeschäft werden letzten Endes die Abgänge der Labors gedeckt. Es ist daher vorgesehen mit dieser Novelle, dass sichergestellt wird, dass die NÖ Umweltschutzanstalt den operativen Teil des Unternehmens von einer Körperschaft öffentlichen Rechts in eine Rechtsform des Privatrechtes überführen kann. Nicht überführen muss, aber überführen kann. Und ich glaube, es ist richtig, dass damit sichergestellt ist, dass die Umweltschutzanstalt, die an und für sich Privaten am Markt gegenübersteht, mit gleichen Mitteln arbeiten kann. Und diese Chancengleichheit ist etwas, was wir als Sozialdemokraten bereits vor 11 Jahren einmal in einem Resolutionsantrag beantragt haben und was jetzt Wirklichkeit werden soll.

Ich glaube, und weil der Herr Landesrat anwesend ist, dass es letzten Endes darum geht, dass wir unter diesen veränderten Rahmenbedingungen, und ein Meilenstein wird hier zweifellos das Wirksam Werden der Deponieverordnung sein, dass wir versuchen, das Unternehmen Umweltschutzanstalt letzten Endes diesen neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Und ich glaube, wir sind alle zusammen hier im Landtag aufgefordert, da mitzuhelfen, eine vernünftige Lösung für dieses Unternehmen, das sicherlich vieles in den letzten Jahrzehnten für den Umweltschutz in Niederösterreich getan hat, zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass der Antrag und der Abänderungsantrag die Zustimmung findet. Das wird vor allen Dingen dann die Möglichkeit schaffen, dass wir einerseits hinsichtlich des Umweltberichtes doch detailliertere Angaben erhalten, aber auch über Veränderungen hier im Hause diskutieren können. Und andererseits, glaube ich, ist der zweite Schwerpunkt, dass damit die Weichen gestellt sind, dass wir für die NÖ Umweltschutzanstalt einiges bewerkstelligen können, um eben am Markt leistungsfähiger zu sein. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD *(ÖVP)*: Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes. Meine Vorredner haben sehr viele Bereiche angesprochen. Ich möchte eigentlich nur auf einige Sätze des Herrn Kollegen Mag. Fasan eingehen, der mir wohltuend feststellte, dass ein Maisfeld keine intensiv genutzte landwirtschaftliche Fläche ist. Sie wird vernünftig von der Landwirtschaft produktionsmäßig genutzt. Wir finden uns schön langsam. Sie lernen einiges.

Ich glaube aber trotzdem, dass gerade diese Frage am Standort Dürnrohr – und Sie dürfen mir glauben, ich kenne den Standort sehr gut. Ich habe dort bereits als junger Bursch Rüben vereinzelt, nämlich genau auf diesen Feldern. Damals hatten wir diese Felder in Pacht. Und ich kann mich sehr

gut erinnern, dass dort nichts anderes war als Erde, teilweise ein bisschen steiniger Boden, Schotterboden. Aber kein Baum, kein Strauch. Weil dieser Boden bewirtschaftet wird und wurde. Das heißt, wo dort diese relevanten Gehölze, die Sie angesprochen haben, sind, das sollten Sie mir zeigen. Ich lade Sie noch einmal ein, ich habe das schon einmal gemacht, beim Jagdbereich damals, wo ich gesagt habe, Sie sollen mit füttern gehen. Ich würde Sie wirklich einladen, gehen Sie mit mir über das derzeit dort befindliche Maisfeld. Zeigen Sie mir diese schützenswerten Pflanzen. Ich hoffe, Sie meinen nicht unbedingt den Mais. Der natürlich auch eine wertvolle Frucht ist in der Landwirtschaft. Aber ich glaube, man sollte das wirklich auch so sehen, wie es in der Realität und der Natur vorhanden ist.

Wenn die Frage der Berichtslegung von Ihnen angesprochen wurde, die heute in der Änderung dieses NÖ Umweltschutzgesetzes enthalten ist, dann würde ich einen Schritt weiter gehen und die Frage stellen, inwieweit welche Berichte, ob es auch der Sportbericht ist oder andere Berichte, die wir hier erhalten, in dieser Häufigkeit, in der Notwendigkeit und in diesem Ausmaß und in der Art der Erstellung noch notwendig sind. Ich glaube, das sollten wir sehr wohl vernünftig andiskutieren. Gerade in einer Zeit, da wir über die Frage der Budgets, der Personalpolitik nachdenken müssen, ist es wichtig, dass die Leute, die Beamten, vernünftig, effizient ihre Arbeiten leisten. Und nicht Papierstöße produzieren, die wir dann am Tisch liegen haben. Und ich will die Kollegen gar nicht fragen, in welcher Art und Weise und in welcher Häufigkeit man jede Seite studiert.

Es gibt auch neue Medien. Wir haben die Möglichkeit heute, über Computer die Fragen zu debattieren. Jeder, der eine Frage oder eine Erfahrung, einen Bericht haben will, kann sich das auch über die neue Technik selbst holen. Ich glaube, wir sollten uns hier in diesem Haus nicht verschließen vor diesen neuen technischen Möglichkeiten und vor der Arbeitsvereinfachung und Einsparungsmöglichkeit in diesem Bereich. Ich glaube, dass auch das eine Aufgabe ist, mit der sich der Landtag auseinandersetzen soll, und ein wesentlicher Beitrag ist.

Sie haben auch das Klimabündnis angesprochen. Niederösterreich hat sich vorbildlich in der Frage Klimabündnisgemeinden engagiert. Und ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass ich nicht nur da am Rednerpult immer wieder einfordere, dass wir dieses Klimabündnis auch umsetzen, sondern dass ich massiv selbst mit dabei war und jetzt wieder bin beim Umsetzen kleiner, alternativer Heizungsprojekte, die ein kleiner Baustein und ein Beitrag zum weltweiten Klimabündnis und zu diesem Ziel sind. Es ist der Bereich der regenerierbaren Rohstoffe, die hier mit eingegliedert werden können und dazu auch noch Wertschöpfungen bei uns haben. Und ich würde Sie wirklich gerne einladen. Wo haben Sie bereits in einem Projekt vor Ort mitgearbeitet? Wo sind Sie in der Umsetzung mit dabei? Das wäre auch ein Anliegen, um nicht nur hier verbal sich zu äußern. In den Medien festzustellen, wie schlecht die anderen eigentlich sind! Die nämlich tagtäglich mit diesen Dingen beschäftigt sind. Die sich damit auch auseinandersetzen um für die Umwelt in Niederösterreich relevante Dinge auch effizient einbringen zu können.

Ich darf zu dem Antrag auf Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984 folgenden Abänderungsantrag einbringen *(liest):*

„Antrag

der Abgeordneten Friewald, Feurer und Haberler zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984, Ltg. 445/U-1.

Der der Vorlage der Landesregierung in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung beiliegende Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. Z. 1 lautet: ‚1. § 3a lautet: ‚§ 3a Umweltbericht

   (1) Die NÖ Landesregierung hat einmal in der Gesetzgebungsperiode, jedoch spätestens im zweiten Jahr der Gesetzgebungsperiode, einen Tätigkeitsbericht (Umweltbericht) über Maßnahmen des Umweltschutzes zu erstellen und dem NÖ Landtag vorzulegen. Die in einem Kalenderjahr gesetzten Maßnahmen des Umweltschutzes sind in einem eigenen Jahresbericht darzustellen. Die Verpflichtung zur Verfassung eines Jahresberichtes entfällt für jenes Kalenderjahr, in dem der Umweltbericht erstellt wird. Der Umweltbericht ist der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

   (2) Der Umweltbericht hat die Umweltziele des Landes in Form eines Landesumweltplanes zu enthalten.‘‘

2. Z. 10 lautet: ‚10. § 13 lautet: ‚§ 13 Aufgaben der Umweltschutzorgane

   (1) Bei Wahrnehmung schädigender Eingriffe in die Umwelt, durch welche Rechtsvorschriften verletzt werden, hat das Umwelt-

schutzorgan den jeweiligen Verursacher und/oder den Grundstückseigentümer formlos aufzufordern, innerhalb einer Frist von längstens vier Wochen den den Rechtsvorschriften entsprechenden Zustand nachweislich herzustellen.

(2) Wird der Aufforderung nach Abs. 1 innerhalb der festgesetzten Frist nicht entsprochen, so hat das Umweltschutzorgan Anzeige an die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten.

(3) Wenn es sich um einen schwerwiegenden oder wiederholten Eingriff in die Umwelt handelt, so hat das Umweltschutzorgan ohne vorausgehende Aufforderung nach Abs. 1 Anzeige an die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten.

(4) Der Verursacher und/oder der Grundstückseigentümer ist möglichst über die Folgen der Eingriffe in die Umwelt und über die vom Umweltschutzorgan gesetzten Maßnahmen und die Rechtsfolgen zu informieren.'"

Ich darf noch zu dem Antrag des Kollegen Mag. Fasan, der eine Aufstockung im Personalbereich hier eingefordert hat um die Berichtspflicht dementsprechend aufrecht zu erhalten, in aller Form nur ergänzen, dass ich eben glaube, ein Überdenken dieser Berichtspflicht, eine Veränderung in neuen Arbeitsschritten kann hier diese Einsparung ohne weiteres im Arbeitspotentials-Bereich bringen, sodass diese Personalstärke in Ordnung geht und von der Arbeitskapazität her ausreichend ist. Ich glaube deshalb, dass das Überdenken der Berichtspflicht in den anderen angesprochenen Bereichen eine Aufgabe des Landtages für die Zukunft sein sollte. Vielleicht gerade in einer Budgetdebatte, wo wir auch über Einsparungsmaßnahmen diskutieren sollten. Deshalb lehnt auch die ÖVP-Fraktion den Antrag des Abgeordneten Mag. Fasan ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst einmal berichten zum Antrag der Abgeordneten Friewald, Feurer und Haberler. Dieser Antrag betrifft zwei Paragrafen des Umweltschutzgesetzes, gegen die wir nichts einzuwenden haben. Und wir glauben auch, dass das eine Verbesserung darstellt. Wir können diesem Antrag daher unsere Zustimmung geben.

Ich freue mich darüber hinaus, dass der Kollege Friewald auch erkennt, dass ein Maisacker keine intensiv genutzte Landwirtschaft ist. Daher auch kein Grund besteht, bezüglich der Feinabgrenzung der Natura 2000-Gebiete hinaus zu reklamieren.

Ich möchte aber schon die Gelegenheit wahrnehmen darauf hinzuweisen, dass es nicht nur ein Maisacker ist, auf welchem diese Müllverbrennungsanlage geplant wird. Sondern dass es Teil des Natura 2000-Gebietes Tullnerfeld, Donauauen ist. Das ist eben so. Und ich kann Ihnen aus einer Mängelliste zitieren, die die Umweltverträglichkeitserklärung betrifft. Dass man eben dort ganz einfach den Lebensraumtyp 91 EEO zum Beispiel, den Weiden dominierten Auwald nicht berücksichtigt hat, überhaupt nicht kontrolliert hat in der UVE. *(LR Mag. Sobotka: Seit wann kennen Sie den Bescheid? Ist ja interessant! Der ist noch nicht einmal da und Sie zitieren ihn!)*
Herr Landesrat Mag. Sobotka! Ich rede nicht vom Bescheid, sondern ich rede von einer Mängelliste, die wir bezüglich der Umweltverträglichkeitserklärung der AVN erstellt haben. Weil wir draufgekommen sind, dass die AVN eine Umweltverträglichkeitserklärung erstellt hat, die nicht berücksichtigt, dass die Müllverbrennungsanlage im Natura 2000-Gebiet geplant ist. Das ist ja nicht so schwierig. Und weil wir draufgekommen sind, dass auch im Zuge ... *(Abg. Präs. Ing. Penz: Dann schauen wir uns doch an, was der Bescheid ergibt! Sie haben zuerst gesagt, das kommt heraus!)*
Das habe ich nicht gesagt! Nein, also. Sehen Sie, Herr Präsident, das ist der Grund, warum ich manche Dinge doppelt sagen muss. Damit wir beide uns auch wirklich so verstehen. Damit wir beide auch gemeinsam dasselbe meinen. Das ist ein Beispiel.

Oder man hat gewisse durch die Vogelschutzrichtlinie geschützte Vögel dort überhaupt nicht erfasst in der Umweltverträglichkeitserklärung. Und die Landesregierung ist in ihrem Verfahren überhaupt nicht darauf eingegangen, dass dieses Gebiet im geplanten Natura 2000-Gebiet liegt. Das nutzt halt nichts. Das sind halt Versäumnisse. Die sind zwar korrigierbar, in welcher Form oder mit welchen Ergebnissen auch immer, aber ich zeige diese Versäumnisse hier auf. *(LR Mag. Sobotka: Warten wir auf den Bescheid, dann ersehen wir, wie darauf eingegangen wird! Und der Bescheid ist noch nicht da, Herr Abgeordneter!)*
Ja, es nutzt nichts auf einen Bescheid zu warten,

der überhaupt auf Grund eines Verfahrens zustande gekommen ist, das unvollständig ist. Das haben Ihre Beamten zugegeben. Was heißt zugegeben, wir sind ja da nicht vor einem Gericht! Das haben Ihre Beamten bestätigt, dass das nicht gemacht wurde. Und dass das jetzt nachgearbeitet wird. Das ist doch nicht meine Erfindung. Das ist doch die Auskunft der Beamten der Landesregierung. Ich weiß nicht, reden Sie nicht mit Ihren Beamten, wenn es um so heikle Fragen geht, Herr Landesrat? Sie werden sich doch irgendwie verständigen. Das ist doch nicht so eine Schwierigkeit!

Also, das sind einige Beispiele. Man hat unvollständige Vegetationsaufnahmen zum Beispiel gemacht. Man hat Artenlisten von Pflanzen nicht erhoben und derlei mehr. Das sind alles Aufgaben, die man bei einer Natura 2000-Kompatibilität machen müsste. Soweit also nur zur Erklärung, was das bedeutet, wenn man im Rahmen eines Natura 2000-Gebietes ein Projekt machen will.

Und abschließend, weil der Kollege Friewald von Projekten gesprochen hat, die wir Grünen nicht gemacht hätten oder schon gemacht hätten oder machen sollten. Ich darf Sie erinnern, Kollege Friewald, dass die Kollegin Mag. Weinzinger es war, die das Klimabündnis überhaupt erst aufgebaut hat ... *(Abg. Friewald: Welches Projekt?)*
Das „Projekt Klimabündnis“ zum Beispiel. Als Projekt, das heute so groß ist, dass der Landesrat Mag. Sobotka sich rühmen kann, 100 Gemeinden schon dazu gebracht zu haben. Und ich kann Ihnen versichern, ich selbst habe eine ganze Reihe kleiner Umweltprojekte im lokalen, im kommunalen und regionalen Rahmen gemacht. Ich habe an der Gestaltung einer Fußgängerzone wesentlich mitgewirkt. Ich habe ein Radkonzept entworfen für meine Gemeinde. Ich habe im Rahmen einer Umweltgruppe eine ganze ... - auch wenn es dem Bürgermeister Kautz nicht gepasst hat, aber es war so. Ich habe im Rahmen meiner lokalen Umweltgruppe jahrelang Projekte verwirklicht und entwickelt, die zum Schutz der Umwelt in der Gemeinde ausgegangen sind. Und nicht zuletzt habe ich in zehn Jahren als Wohnungsstadtrat eine ganze Reihe konkreter Projekte angegangen und umgesetzt in Zusammenarbeit mit allen Gemeinderatsfraktionen in Neunkirchen. Also Projekte sind von unserer Seite genug ausgegangen. Große Weltprojekte wie das Klimabündnis und kleine, kommunale. Das wollte ich Ihnen nur sozusagen noch einmal mitgeben auf dem Weg! *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Sehr geehrte Abgeordnete! Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. HONEDER *(ÖVP)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Wir kommen somit zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab, dann über den Hauptantrag und dann liegt noch ein Resolutionsantrag vor. *(Nach Abstimmung über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Friewald, Feurer und Haberler betreffend Vorlage der NÖ Landesregierung:)* Danke. Das ist einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Umwelt-Ausschusses, Ltg. 445/U-1:) Das ist mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung Grüne.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 445/U-1, Vorlage der Landesregierung betreffend das NÖ Umweltschutzgesetz 1984. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Resolutionsantrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Und ich ersuche Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zu **Ltg. 456/A-2/14** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich berichte über einen Antrag betreffend Vermarktungsmaßnahmen für das Freizeitreiten in Niederösterreich.

Die Entwicklungen im Tourismus zeigen, dass es nicht mehr ausreicht, dem Gast nur die landschaftlichen Schönheiten anzubieten. So wurden in Niederösterreich im Bereich des Rad- und Golftourismus Maßnahmen gesetzt, um diese Freizeitsportarten auch tourismuswirtschaftlich zu nutzen. Die derzeitigen Aktivitäten im Reittourismus sind aber ausschließlich auf Eigeninitiativen von Reitstallbesitzern zurückzuführen, aus denen sich in der Folge auch Reitvereine und regionale Initiativen wie etwa die „Pferdeplattform Mostviertel“ gebildet haben. Notwendig wird es sein, in den einzelnen Regionen „Leitbetriebe” zu fördern, um ein notwendiges qualitativ hochstehendes Angebot nicht nur im Pferdebereich, sondern auch im Gastronomie- und Beherbergungsbereich zu erreichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle daher

namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Keusch, Hinterholzer, Dkfm. Rambossek u.a., mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, im Sinne der Antragsbegründung notwendige Maßnahmen zu unterstützen, um den Reitsport in Niederösterreich als Beitrag zur touristischen Regionalentwicklung auszubauen, wird genehmigt."

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich darf bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke Herr Berichterstatter! Ich eröffne somit die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Als erste Rednerin hätte ich jetzt natürlich die Chance, den Satz vom Glück der Erde auf dem Rücken der Pferde zu verwenden. Ich möchte es nicht ganz so simpel abhandeln, sondern ein wenig tiefer gehen und auf die Situation des Freizeitreitens in Niederösterreich eingehen.

Punkt 1: Auffällig und deutlich sichtbar ist, dass Reiten, der Faktor Pferd in Niederösterreich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden ist mit einem jährlichen Umsatz von rund 2,5 Milliarden Schilling. Tendenz steigend.

Ebenfalls bekannt, begrüßenswert und wachsend in der Tendenz ist die touristische Nutzung, das Angebot, das im Bereich des Fremdenverkehrs in Niederösterreich aufgebaut worden ist an Reitmöglichkeiten, Reitställen in allen Landesteilen. Besonders dicht im Industrieviertel im Süden von Wien. Aber deutlich darüber hinaus gehend, sodass wir heute von einer weitgehend flächendeckenden Erreichbarkeit von Reitmöglichkeiten für Besucher unseres Landes ausgehen können. Und natürlich nicht nur für die Besucher und Besucherinnen, sondern auch für die Einheimischen.

Das, was jetzt sicher fehlt, und dem kommt dieser Antrag entgegen, ist eine Koordination zwischen den unterschiedlichen Angeboten und eine gemeinsame Vermarktung, um das Angebot, das, was man aufgebaut hat oder was mit viel Eigeninitiative von manchen Reitvereinen oder Reitstallbetreibern aufgebaut worden ist, besser zu vermarkten und dieses Angebot zugänglich und nutzbar zu machen.

In diesem Sinne begrüßen wir natürlich Initiativen, die eine gemeinsame Vermarktung betreiben und die dazu führen, dass man nicht klein-klein und einzeln, jeder für sich, versucht, irgendwo ein paar Gäste zu finden. Sondern dass man hier sich konzertiert zusammentut und auch versucht, damit das Leitbild, das überörtliche Entwicklungskonzept, das unter anderem für Reitwege in Niederösterreich erstellt worden ist, vom Land umsetzen zu können.

Eine Anmerkung sowohl zu diesem Antrag als auch zum Entwicklungskonzept. Noch zu wenig klar ausgeprägt scheint uns dieser Begriff der Leitbetriebe in den einzelnen Regionen zu sein, was sich tatsächlich dahinter verbirgt. Und ob dahinter unter Umständen auch eine Dominanz dann von einem Großanbieter sich verstecken könnte, der zu Lasten von kleinen, regionalen Anbietern geht. Ich glaube nicht, dass dies die Intention des Antrages ist. Ich denke, man sollte nur bei der Ausarbeitung und der weiteren Entwicklung der Kriterien und des Begriffes und der Verankerung von Leitbetrieben dieser Problematik sich bewusst sein. Im Vertrauen darauf, dass es nicht in Richtung Monopolisierung geht, werden wir dem Antrag unsere Unterstützung geben.

Das, was für eine tatsächliche Weiterentwicklung des Reitsports und des Freizeitreitens in Niederösterreich sicher erforderlich ist, ist eine Ausweitung des Reitwegenetzes. Es gibt ja hier die altbekannte Diskussion darüber, wo dürfen die Reiter mit ihren Pferden hin. Parallel zur Diskussion wo dürfen die Mountainbiker hin. Ich denke, hier ist mit gebotener Behutsamkeit gegenüber Grundbesitzern und Waldbesitzern vorzugehen, aber doch zu schauen, dass man Reiter, die ja oft mit weniger Lärm oder Belästigungsentfaltung unterwegs sind, zumindest gleich behandelt wie motorisierte oder mountainbikende Verwender von Wegenetzen.

Und schließlich ein Punkt, der uns aus grüner Sicht besonders wichtig ist und der in den laufenden Debatten oft zu kurz kommt: Man sollte nicht vergessen, dass das Pferd nicht nur ein Wirtschaftsfaktor ist bzw. kein Sportgerät in diesem Sinne, sondern ein Lebewesen, ein Tier mit Anspruch und Bedarf an artgerechten Haltungsmöglichkeiten. Gerade auch in der Reitsportnutzung nicht zuletzt hängt nämlich auch die Qualität des Angebots davon ab. Daher wäre darauf besondere Berücksichtigung zu legen. Wir glauben auch, dass im Sinne dieser Qualität und der artgerechten Haltung, die damit einhergeht, vor allem auch darauf zu achten wäre, dass kleinere, regional gut verankerte dezentrale Reitställe, Reitvereine oder Reitsportzentren entsprechend gefördert werden sollen und im Mittelpunkt der politischen Arbeit in Niederösterreich stehen sollen im Bereich Reiten.

Vor diesem Hintergrund beobachten wir mit einiger Sorge die Entwicklungen im Industrieviertel, wo die größte Dichte an Reitställen und Reitvereinen oder Reitclubs zu finden ist. Ich habe hier eine Überblickskarte, wo man nur auf Grund der dunklen Fläche sieht, dass hier die Dichte am größten ist. Ich kann sie gerne bei Interesse herzeigen. Es ist so etwas schwer zu erkennen. Jedenfalls ist dort der größte Anteil an den Reitsportzentren, die Niederösterreich aufzuweisen hat. Nicht überraschend von der Bevölkerungsdichte bzw. der Nutzungsstruktur auch im Fremdenverkehr. Und gerade dort wird ein geplantes Großprojekt im Pferdesportbereich zu einer zumindest deutlichen Beeinflussung der reiterischen Landschaft führen.

Mit dem Magna-Pferdesportpark, der derzeit ja in der Flächenumwidmungsphase sich befindet, würde ein Großangebot nicht nur im Rennsportbereich, sondern auch im Pferdesportbereich mit einer großen Anzahl an Stellplätzen, die über das in Niederösterreich übliche Maß mehr als eindeutig hinausgeht, dort verankert werden und eine ziemlich starke Konkurrenz für die vorhandenen Einrichtungen entstehen. Und in spannender Weise gibt es hier Raumverträglichkeitsgutachten von der Firma Regio Consulting. Eines aus dem Jahr 1997, eines aus dem Jahr 1999, die im Zuge des ursprünglichen Projektes Magna Globe Resort Park, das hier einen angeschlossenen Pferdesportpark hatte und jetzt ohne die Kugel den Pferdesportpark Ebreichsdorf als Projekt unverändert ausgegliedert erstellt worden sind und die zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen, die ich für beachtlich halte. Ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen, in dem auch auf diese beiden Gutachten eingegangen wird und dann auch noch hervorheben, wo die Unterschiede im Wesentlichen liegen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan zu Ltg. 456/A-2/14 betreffend Erhaltung der Vielfalt an Pferde- und Reitsportangeboten im Industrieviertel.

Die Region südlich von Wien, insbesondere die Bezirke Baden, Mödling und Wr. Neustadt, verfügen über ein umfangreiches Angebot an Reitställen und Pferdesporteinrichtungen. Neben der Trabrennbahn in Baden sind vor allem die Reitställe, welche Dressur- und/oder Springreiten anbieten, zu nennen. Zu jenen Reitställen Niederösterreichs mit mehr als 50 Einstellpferden zählt etwa der Reithof Schloss Ebreichsdorf.“ -

Ich unterbreche kurz. Das sind bereits große Reitställe, wenn man mehr als 50 Einstellpferde in Niederösterreich zu verzeichnen hat. Ich fahre fort mit der Verlesung: -

„Für die weitere Entwicklung des Pferdesports und des Freizeitreitens in Niederösterreich und für eine bessere touristische Nutzung des Reitsports ist die Erhaltung eines vielfältigen und auch geografisch breit gestreuten regionalen Angebotes wichtig. Die Erhaltung dieser Vielfalt sollte auch bei der Entscheidung über einschlägige neue, größere Projekte in diesem Bereich Berücksichtigung finden. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten ‚Pferdesportparks‘ der Firma Magna am Standort Ebreichsdorf darf daher die Auswirkungen auf die regional bereits bestehenden Reitställe nicht außer acht lassen.

Die Raumverträglichkeitsgutachten über den ursprünglich geplanten ‚Magna Globe Resort Park‘ mit seinem Pferdesportpark bzw. das nunmehr aktuelle Projekt ‚Pferdesportpark Ebreichsdorf‘ stammen zwar vom selben Gutachterbüro regional consulting, kommen aber 1997 respektive 1999 zum selben Punkt zu bemerkenswert unterschiedlichen Einschätzungen.

So lautet der Punkt ‚3.5. Auswirkungen auf den Fremdenverkehr‘, Unterpunkt 3.5.1. ‚Pferderennsport und Reitsport‘ 1997 folgendermaßen:“ -

Und ich zitiere hier wortwörtlich das Gutachten. -

„‘Laut Projektangaben der Fa. Magna sind 4mal wöchentlich Renntage vorgesehen, was pro Jahr theoretisch 52 x 4, das sind 208 Renntage, praktisch vermutlich aber um die 150 Renntage bedeutet. Das sind ca. doppelt so viele wie in der Krieau (78 Renntage) und ca. 50 mehr als in Summe von Freudenau, Krieau und Baden. Auch wenn es keine empirischen Daten über den österreichischen Rennsportmarkt gibt, ist zu vermuten, dass im Galoppbereich die Freudenau (mit 17 Renntagen) tendenziell vom Markt verschwinden wird und auch die Trabrennbahnen Baden und Krieau unter massiven wirtschaftlichen Druck geraten werden bzw. in ein weit niederrangigeres Marktsegment ausweichen werden müssen. Aus fachlicher Sicht ist zu vermuten, dass das Projekt geeignet ist, den Pferderennsport in Ostösterreich zu monopolisieren. Das geplante Reitsportzentrum wird mit den geplanten 720 Stellplätzen die Zahl der bestehenden Stellplätze in niederösterreichischen Reitställen mehr als verdoppeln. Speziell für die Anbieter von

Turnier- bzw. Springreiten und die Betreiber von kleineren Bahnen und Turnier- und Springplätzen wird sich die wirtschaftliche Situation verschärfen. Besonders betroffen ist davon der Reithof Schloss Ebreichsdorf.'" -

Soweit eine sehr klare Einschätzung der Folgen, die im Jahr 1997 gesehen wurden. Ich fahre mit der Verlesung fort: -

„1999 hält das Raumverträglichkeitsgutachten zum selben Punkt ‚Auswirkungen auf den Fremdenverkehr' im Unterpunkt 3.5.1. ‚Pferdesport' folgendes fest:

‚Laut Projektangaben der Fa. Magna Grundstücksentwicklungs Ges.m.b.H. sind in der Hauptsaison (Mai – September) 4 mal, in der Nebensaison (Oktober – April) 2 – 3 Renntage pro Woche vorgesehen, was pro Jahr durchschnittlich um die 170 Renntage bedeutet. Das sind ca. doppelt so viele wie in der Krieau (78 Renntage) und ca. 60 mehr als in Summe von Freudenau, Krieau und Baden."' –

Zwischenbemerkung: So weit ungefähr ident. Jetzt wird die Formulierung eine deutlich andere. Ich fahre fort in der Verlesung des Zitats: -

„'Aufgrund der Tatsache, dass zum österreichischen Pferderennsport keine empirischen Daten verfügbar sind und dieser Wirtschaftsbereich als ein nicht transparenter Marktbereich eingestuft wird, ist zu vermuten, dass durch die Errichtung eines ‚Pferdesportparks Ebreichsdorf' sowohl ein nicht näher quantifizierbarer wirtschaftlicher Druck in den Konkurrenzeinrichtungen in Wien/Freudenau, Wien/ Krieau wie auch in Baden generiert und dadurch eine dementsprechende Marktveränderung erreicht werden kann, als auch bei dementsprechender Unternehmensstrategie dementsprechende positive Effekte in den Konkurrenzeinrichtungen erzielt werden können."' –

Ich unterbreche. Ich denke, die Anhäufung von „dementsprechend" und vagen Formulierungen lässt bereits eine Absicht dahinter vermuten. Ich fahre fort in der Verlesung des Zitats: -

„'Aus fachlicher Sicht kann somit vermutet werden, dass eine Pferdesporteinrichtung in der vorliegenden Größenordnung geeignet ist, einerseits den Pferderennsport in Ostösterreich tendenziell zu monopolisieren, andererseits aber – aufgrund von Hinweisen aus Fachkreisen auch positive Impulse (z.B. Bereitstellung von Rennpferden auf Konkurrenzbahnen) gegenüber den bestehenden Konkurrenzeinrichtungen im regionalen Einzugsbereich bewirken können."' – Zitatende. Keinerlei Erwähnung mehr der kleinen regionalen Reitställe, Reitclubs oder des Reitclubs im Schloss Ebreichsdorf. Diese sind offensichtlich hier unter den Tisch gefallen. Weiter in der Verlesung der Resolution: -

„Für das Projekt ‚Pferdesportpark Ebreichsdorf' wurde von der Gemeinde Ebreichsdorf eine Flächenumwidmung vorgenommen, die nun in 2. Instanz vom Land Niederösterreich zu bestätigen bzw. für nicht zulässig zu erklären ist, wobei die Raumverträglichkeit des Projektes ein wichtiges Entscheidungskriterium ist.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Überprüfung der Raumverträglichkeit des Projektes ‚Pferdesportpark Ebreichsdorf' und dem diesbezüglich laufenden Flächenumwidmungsverfahren den wirtschaftlichen Auswirkungen des geplanten Projektes auf die Reitsportanbieter der Region und auf die Erhaltung eines vielfältigen und breit gestreuten Angebots an Reitställen und Reitsportzentren gebührende Aufmerksamkeit zu schenken."

Ich ersuche Sie, dieser Resolution Ihre Zustimmung zu geben, wenn Ihnen an einer vielfältigen Landschaft von Reitställen und Reitzentren gelegen ist und das als Raumverträglichkeit von Ihnen auch mit definiert wird. Es ist eine sehr weiche Formulierung, die wir aus unserer Sicht gewählt haben, dass wir die Landesregierung auffordern wollen, diesem Aspekt Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist - vielleicht nur als Ergänzung - im Raumverträglichkeitsgutachten, die ja für größere Projekte der Flächenumwidmung verbindlich sind, fixer Bestandteil dieses Gutachtens, dass man die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Projektes erhebt. Also offensichtlich ist das kein Novum, das wir hier einfordern, sondern gängige Praxis, dass diese wirtschaftlichen Auswirkungen auch in diesem Fall Aufmerksamkeit erhalten. Welchen Schluss man daraus zieht, ist damit noch nicht vorgegeben. In keinem Fall würde ich darin irgend welche Präzedenzen für andere Bereiche sehen. Das heißt, unser Anliegen ist es, in Gesamt-Niederösterreich und daher auch im Industrieviertel eine vielfältige Landschaft an Pferdesportmöglichkeiten für die Bevölkerung, für Gäste in Niederösterreich vorzusehen. Und in diesem Sinne ist auch unser Resolutionsantrag zu verstehen. Ich hoffe, dass er zumindest bei den Vertretern von Baden, von Mödling oder auch Wr. Neustadt, als der direkt betroffenen Region, Unterstützung findet, vielleicht auch eindeutig darüber hinaus. Und bin im Übrigen der Meinung, in

Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich glaube, wir müssen ganz einfach erkennen, dass die bisherigen Bestrebungen im NÖ Tourismus wie Destinationsmanagement, Clusterbildung zukünftig ganz einfach nicht ausreichen werden, um konkurrenzfähig zu bleiben und im globalen Wettbewerb der Tourismusanbieter mitmischen zu können. Es wird daher der Entwicklung neuer Kooperationsformen bedürfen. Soweit ich informiert bin wird hier auf Grund des Tourismusleitbildes 2006 in der Tourismusabteilung bereits gearbeitet. Wir werden bei diesen Kooperationsformen ein besonderes Augenmerk auch auf die Verbindung von Tourismus- und Umweltaspekten zu richten haben. Wir werden, wie es im Tourismusleitbild 2006 vorgesehen ist, Mut zur Lücke beweisen müssen und, ausgehend von der Intention, ein optimales Wertschöpfungswachstum zu erreichen, Marktnischen für chancenreiche Angebotsbereiche zu nützen haben.

Und unter diesem Aspekt hat es mich eigentlich einigermaßen verwundert, dass ich dem Tourismusleitbild entnehmen musste, dass Reiten in Niederösterreich allerdings kein touristisches Landesleitthema darstellt und daher aus der Sicht des gesamten Landes Niederösterreich im quantitativen Sinne in den nächsten Jahren nicht zu forcieren ist. So steht es im Tourismusleitbild. Ich meine, dass hier eine falsche Richtung eingeschlagen wird. Dass es für einen Aufwind, insbesondere im Tagestourismus und bei den Kurzurlaubern zu wenig sein wird, in den nächsten Jahren nur Einrichtungen im Bereich des Reitens in jenen Regionen zu stärken, die in den letzten Jahren in diesem Bereich bereits eine gewisse Schwerpunktsetzung vorgenommen haben.

Hohes Haus! Völlig unakzeptabel erscheint mir aber das Faktum, dass in der Prioritätenliste für die Umsetzung des Leitbildes Niederösterreich 2006 für Reitinfrastrukturen als Zeitziel 2003 genannt wird. Dies vor allem deshalb, weil der Reitsport in Niederösterreich einen Boom erlebt. Derzeit, wie mir die Statistik Auskunft gegeben hat, sind rund 21.000 Pferde registriert. Es sollen rund 35.000 bis 38.000 Personen regelmäßig den Reitsport pflegen. Frau Kollegin Mag. Weinzinger hat es erwähnt, auch ich stimme dem zu: Schätzungen zu Folge werden um den Pferdesport jährlich 1,5 bis 2,5 Milliarden Schilling umgesetzt. Ein Betrag, der im Tourismus hinsichtlich der Wertschöpfung ganz einfach nicht vernachlässigt werden kann.

Ich meine daher, dass dem Reittourismus in Niederösterreich eine besondere Chance eingeräumt werden soll. Dass es gilt, die Ausflugsziele für Tagesausflügler zum Teil auch zu Reiterzielen zu entwickeln. Und dass Angebotsbereiche vom Sport- und Freizeitreiten bis hin zu touristischen Paketen für Familien und andere innovative Ideen durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen und zu vermarkten sind. Und diesen Gedanken kommt der vorliegende Antrag sehr entgegen.

Abschließend noch eine Bemerkung von mir. Ich meine, dass sich die Tourismuspolitik in unserem Land in allen Belangen insbesondere einen Grundsatz zu eigen machen sollte: Im Tourismus liegt die Zukunft in der Einmaligkeit des Angebotes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH *(SPÖ)*: Geschätzte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Reiten als Freizeiterlebnis erfreut sich immer größeren Zulaufes. Der Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat von einem Boom geredet. Ich meine auch, dass Freizeitreiten, Reiten boomt. Vielleicht noch nicht in der endgültigen Ausprägung. Ich bin überzeugt, dass hier noch Möglichkeiten sind, diesen Trend zu verstärken. Faktum ist auf jeden Fall, dass jene Bevölkerungsgruppe, die sich aktiv oder passiv für Reiten interessiert, immer größer wird und sich quer über alle Bevölkerungs- und Altersgruppen erstreckt.

Reiten hat sich von einer Elitesportart wie Tennis und Golf zu einer echten Trendsportart entwickelt, die von immer breiteren Bevölkerungsschichten betrieben wird. Und ich meine, dass Reiten dennoch aus Kostengründen immer noch ein wenig elitär ist. Faktum ist aber, dass das Reiten immer mehr Jugendliche in seinen Bann zieht, dass der Trend zum eigenen Pferd zunimmt. Und insbesondere das Freizeitreiten, das Reiten in der Natur sich immer stärkerer Beliebtheit erfreut.

Ich meine, meine Damen und Herren, dass unsere Kulturlandschaften, der Donauraum zum Beispiel, aber auch das Mostviertel mit der Baumblüte oder das Weinviertel mit den typischen Aktivitäten im touristischen Bereich, aber auch das Wiener Umland, sich ganz hervorragend für den Reittou-

rismus eignen. Und dass es natürlich eine stärkere touristische Nutzung der vorhandenen Ressourcen, nämlich das Reiten in allen Ausprägungen, Freizeitreiten, Wanderreiten, der Reitsport, wünschenswert wäre und natürlich auch möglich ist. Und hier liegt, so meine ich, dennoch ein wirtschaftlich interessantes Tourismuspotential brach.

Freizeitreiten könnte zu einem Wirtschaftszweig mit einer nicht zu unterschätzenden regionalwirtschaftlichen Komponente ausgebaut werden. Und daher meine ich, es muss ein Anliegen der Politik sein, auch auf diesem Sektor einen Impuls zur Stärkung der regional-wirtschaftlichen Eigendynamik zu setzen und die vorhandenen Reitinitiativen zu fördern.

Und ich darf bei der Gelegenheit an die Adresse der Frau Kollegin Mag. Weinzinger meinen, das, was sie als Szenario hier entwickelt hat, nämlich Reiten, Reitsport im Bereich von Wien, ist schon klar, das ist typisch für dieses - Sie haben es selbst dargelegt - für dieses sehr dicht bevölkerte Gebiet. Dort ist Reiten auch ausgeprägt zum Unterschied von den anderen Teilen Niederösterreichs. Und es war in der Landeskorrespondenz nachzulesen, das Weinviertel setzt auf Reiten, für das Mostviertel, aber auch für den St. Pöltener Zentralraum, würde ich meinen, treffen diese Ihre Feststellungen bei weitem nicht zu. Hier bedarf es noch einer entsprechenden Entwicklung. Hier fehlt mir auch ein wenig das Engagement des Landes. Und ich kann nicht ganz verstehen, warum die vielen positiven Signale, die aus diesem Bereich kommen, wie zum Beispiel die Zunahme der Schülerzahlen in den landwirtschaftlichen Schulen, in denen Pferdewirtschaft als Unterrichtsfach in die Ausbildung aufgenommen wurde, oder die Reitexpertise, das Diskussionspapier, das die ECO-PLUS erstellt hat, oder auch das Tourismusleitbild 2006, warum diese Signale nicht längst aufgenommen wurden und man entsprechend tätig geworden ist auf diesem Sektor. Auch wenn, und darauf hat der Herr Kollege Dkfm. Rambossek massiv Bezug genommen, im Tourismusleitbild 2006 das Reiten als ein Nischenangebot positioniert wird. Man stellt dort aber auch fest, dass die bestehenden Angebote auf der regionalen Ebene abzusichern sind. Und die Clusterbildung und/oder Vernetzung mit anderen Freizeitstrukturen zu stärken ist. Diese regionalen Initiativen sind aufzunehmen, sind zusammenzuführen, sind weiter zu betreuen. Und dort, wo es möglich ist, ist diese Entwicklung fortzuführen und sind die weißen Flecken, die wir auf diesem Sektor auf der Landkarte noch haben, auch reittouristisch zu beackern.

Und als erster Schritt, meine Damen und Herren, ist es natürlich notwendig, eine Infrastruktur für ein professionelles Reitsportangebot zu errichten. Nämlich Pferdeeinstellmöglichkeiten, im Gastronomie- und Beherbergungsbereich etwas zu tun, den Ausbau, die Instandhaltung und die entsprechende Beschilderung von Reitwegen vorzunehmen, Rastplätze, Labestellen für Ross und Reiter zu errichten und, und, und. Natürlich ist eine professionelle Bewerbung dieses Reitangebotes ganz, ganz wichtig. Und ich bin überzeugt, in Niederösterreich gibt es genügend Fachleute, die über so profunde Spezialkenntnisse verfügen, um das Freizeitreiten zu einer Toptourismussparte zu entwickeln und auch entsprechend zu etablieren, woraus die jeweilige Region einen entsprechenden wirtschaftlichen Nutzen ziehen kann. Freizeitreiten soll ja nicht nur Selbstzweck sein. Natürlich soll es Vergnügen für die sein, die diesen Sport ausüben. Aber es soll natürlich als Parallelerscheinung auch für die Region zu einer Wertschöpfung, wie es schon ausgeführt wurde, führen. Die Regionen sollen einen wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen können.

Der vorliegende Antrag, meine Damen und Herren, um den es heute geht, soll dazu die Initialzündung sein. Ich möchte klarstellen, dass ich schon erwarte, dass diese von uns entrierte Initiative nicht auf die lange Bank geschoben wird. Sondern dass die Tourismusabteilung reagiert. Sie ist aufgefordert, ein Reitkonzept zu erstellen und die Umsetzung umgehend in Angriff zu nehmen. Die vorhandenen Einzelinitiativen von Reithöfen, Reitvereinen, auch von den Reitplattformen überregional zu erfassen und strukturell weiter zu entwickeln.

Wenn ich zu Ihrem Antrag bei Gelegenheit gleich Stellung nehmen darf, Frau Kollegin Mag. Weinzinger: Es tut mir leid, ich habe es vorhin schon versucht darzustellen, ich kann auf Grund dieser speziellen Situation im Umland von Wien, diese Ihre Sorge, dass damit das andere Reitpotential eingeschränkt wird, dass diese große Konkurrenz gegeben ist, ehrlich gesagt nicht nachvollziehen. Weil ich meine, dass das, was im Entstehen ist, auf völlig anderer Ebene liegt als das, was unter dem Ausbau des Freizeitreitens, des Reittourismus unserer Vorstellung nach sich entwickeln soll. Dass das dort ein völlig anderes Projekt ist. Und daher können wir dieser Ihrer Initiative nicht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. HEURAS *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Das herrliche Land Niederösterreich mit seiner landschaftlichen Vielfalt und Schönheit ist natürlich nicht nur für die Radfahrer interessant oder für die Wanderer, sondern auch besonders reizvoll und interessant für das Freizeitreiten und für die Reiter insgesamt. Und vor allem bietet der Reitsport etwas, was nur sehr, sehr wenige Spotarten in sich haben: Der Reitsport vernetzt sehr viele Bereiche. Er vernetzt und verbindet die Wirtschaft mit der Landwirtschaft, mit Gastronomie und Tourismus. Und das ist nur wenigen Sportarten vorbehalten.

Dazu sprechen die Zahlen in Niederösterreich für sich. Wir haben schon gehört, zirka 40.000 üben in Niederösterreich den Reitsport aus, schaffen damit 6.000 Arbeitsplätze. Die Anzahl der Reitställe hat sich in den letzten 20 Jahren verachtfacht. Niederösterreich ist zudem das Bundesland mit dem größten Pferdebestand mit zirka 21.000 Pferden. Und das bedeutet einen Umsatz von zirka zwei Milliarden Schilling pro Jahr.

Ich möchte nochmals auf die Chancen hinweisen, die vor allem für die Landwirtschaft auch gegeben sind, Alternativen zu sehen, Nischen zu besetzen. Aber auch eine Chance für die Wirtschaft. Denn jeder Reiter weiß, was mit der Reiterei an Begleiterscheinungen einhergeht. Welche zusätzlichen Artikel und Utensilien man braucht, deren Erwerb massiv auch die Wirtschaft belebt, von der Gastronomie und vom Tourismus ganz zu schweigen.

Es ist schon gesagt worden, dass die größte Region oder die dichteste Region die Region um Wien ist. 50 Prozent aller Reiter kommen aus Wien. Positiv für Niederösterreich ist die Tatsache, dass die Wertschöpfung in Niederösterreich bleibt. Es haben sich auch mehrere Plattformen gebildet, die Plattform Waldviertel, Weinviertel, Mostviertel, der Voralpenraum, die bereits sehr sehr intensiv und engagiert an einer Intensivierung und Verdichtung des Netzes arbeiten. Ich glaube aber auch, dass ein gewisser Nachholbedarf noch da ist. Im Mostviertel etwa, weil dort noch Ballungsräume vorhanden sind wie Steyr, Linz, die oberösterreichischen Ballungsräume. Es muss im Interesse des Landes Niederösterreich sein, vor allem auch diese Wertschöpfungsmittel ins Land Niederösterreich zu holen. In dankenswerter Weise haben sich engagierte Reitbetriebe bereit erklärt und gefunden, hier engagiert zu arbeiten und haben Plattformen gegründet.

Wenn hier gesagt wurde, dass das Land Niederösterreich bzw. wenn das Land Niederösterreich und die Tourismusabteilung doch ein wenig kritisiert wurde, so möchte ich schon darauf verweisen, dass die ECO-PLUS zum Beispiel massiv auch das Reiten und die Reitinitiativen unterstützt. Seien es die Netze, die Beschilderungen, die Vermarktung, verschiedene andere Dinge. Zum Beispiel wurde die Reitregion Voralpen mit 11 Millionen unterstützt. Und zudem stehen Berater zur Verfügung, die Reitinitiativen ... *(Abg. Keusch: Das ist aber die einzige! Das war das Pilotprojekt!)*
Nein, ich bin noch nicht fertig. Die Reitregion Voralpen wurde mit 11 Millionen unterstützt. Und wie gesagt, dazu stehen Berater zur Verfügung, die bis zu 70 Prozent gefördert werden.

Ganz besonders erwähnen möchte ich eine Initiative. Und zwar ist das die Initiative INCENTIVE 2001, die eigentlich das, was dieser Antrag fordert, macht, umsetzt und tut. Und zwar nicht nächstes Jahr, sondern das ist bereits geschehen bzw. ist geplant. Ich darf nur ganz kurz schildern was dahinter steckt. Die Initiative INCENTIVE 2001 unterstützt die Projektgestaltung ARGE Pferdeland Niederösterreich. Im Rahmen dieses Projektes fand bereits am 1. April 2000 ein Startworkshop statt in Altlengbach. Ziel ist es, die Ausgangssituation abzuklären, die Klärung einer möglichen weiteren Zusammenarbeit und die damit verbundene weitere Vorgangsweise. Ziel ist die Gründung einer ARGE Pferdeland Niederösterreich. Und Inhalt dieser ARGE soll eine gemeinsame Angebots- und Marketinggestaltung sowie Kriterien der Pferderegionen und –betriebe sein. Und am 12. Mai, das ist morgen, am 12. Mai findet das nächste Workshop statt, wo bereits dieser ARGE-Vertrag unterzeichnet werden soll und gemeinsame Qualitätskriterien der Pferderegionen und –betriebe erarbeitet werden sollen. Und geplant ist außerdem ein gemeinsames Marketingkonzept für das Jahr 2001.

Ich glaube daher, dass diese Initiative und diese Aktion bereits sehr weit die Intention dieses Antrages erfüllt und genau auf dem Weg sich befindet, der hier eingefordert wird.

Grundsätzlich glaube ich, dass man schon sagen kann, dass alle jene, die aufs Pferd setzen, sicherlich gut im Sattel sitzen. Weil sie damit auch den Standort Niederösterreich sichern, und zwar in landwirtschaftlicher, in wirtschaftlicher, touristischer und gastronomischer Hinsicht. Und auch, was die Lebensqualität in diesem Bundesland betrifft.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Antrag der Frau Kollegin Mag. Weinzinger. Der Antrag geht dahin, die anderen Betriebe mit zu berücksichtigen. Ich möchte dazu nur so viel sagen, dass die Flächenwidmung nicht dahingehend prüft und

auch kein Verfahren dahingehend prüft, ob andere Betriebe gefährdet sind. Weil dies doch einen gewissen Eingriff in die Gewerbefreiheit bedeuten würde. Und das ist Kompetenz des Bundes. Abgesehen davon: Bereits einmal wurde im Zuge eines Raumordnungsverfahrens vom Verfassungsgerichtshof eine derartige Bestimmung aufgehoben, sodass diese Sache oder dieser Resolutionsantrag alleine schon aus rechtlichen Gründen ein gewisses Problem darstellt. Wir können daher diesem Resolutionsantrag nicht beitreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Herr Kollege Mag. Heuras! Ich stelle eindeutig fest, dass ich nicht die Tourismusabteilung kritisiert habe, sondern positiv hervorgehoben habe, dass die Arbeiten zur Entwicklung neuer Kooperationsmodelle zum Wohle des NÖ Tourismus bereits in Angriff genommen wurden. Ich stelle aber auch fest, dass ich sehr wohl gesagt habe, dass das Reiten kein Landesleitthema mehr ist wie es im Tourismusleitbild 2001 enthalten war und dass mich das sehr verwundert. Und ich habe Kritik an derjenigen Firma geübt, die den Auftrag erhalten hat, dieses Tourismusleitbild zu erstellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Sehr geehrte Abgeordnete! Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. RUPP *(SPÖ)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Er verzichtet. Daher kommen wir nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 456/A-2/14:)* Einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Erhaltung der Vielfalt an Pferde- und Reitsportangeboten im Industrieviertel. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Dieser Antrag wurde abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen somit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Für diesen Tagesordnungspunkt wäre Herr Abgeordneter Mag. Wilfing als Berichterstatter vorgesehen. Er musste jedoch wegen eines plötzlichen Todesfalles innerhalb der Familie das Hohe Haus verlassen. Mir liegt jetzt der Vorschlag vor, dass die Berichterstattung der Herr Abgeordnete Mag. Heuras, der ebenfalls Mitglied dieses Ausschusses ist, übernimmt. Gibt es dagegen in diesem besonderen Fall einen Einwand? Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich Herrn Abgeordneten Mag. Heuras, die Verhandlungen zu **Ltg. 458/A-1/24** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. HEURAS *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher, Mag. Heuras, Mag. Motz, Friewald, Weninger, Erber, Kautz und Dr. Michalitsch betreffend vergünstigter Postversand.

In den letzten Wochen wurde heftig über die im Postgesetz vorgesehene Möglichkeit betreffend begünstigte Zustellung von Zeitschriften und Zeitungen diskutiert. Durch eine vom Nationalrat beschlossene Änderung des Postgesetzes wurde entgegen ursprünglichen Absichten eine verminderte Tariferhöhung mit unterschiedlichen Stufenlösungen für gemeinnützige Vereine und Kaufzeitungen bzw. politische Parteien und Gebietskörperschaften geschaffen, die vorerst bis Ende 2001 gelten soll. Durch den Wegfall dieses begünstigten Zeitungstarifes würden vor allem diese kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen Organisationen stark beeinträchtigt. Betroffen wären vor allem auch ehrenamtlich geführte Vereine sowie sozial und kulturell tätige Einrichtungen. Daneben aber könnte auch das Vereinsleben im ländlichen Raum schwer gefährdet sein. Ich stelle daher namens des Verfassungs-Ausschusses folgenden Antrag *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher u.a., mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, beim Bund vorstellig zu werden, um im Sinne der Antragsbegründung zu erreichen, dass bei einer Reform des Postzeitungsdienstes die bisherigen begünstigten Posttarife für Zeitungen und Zeitschriften so weit als möglich bestehen bleiben, wird genehmigt."

Frau Präsidentin! Ich bitte um Einleitung der Debatte und Beschlussfassung.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich freue mich, dass sich der Landtag, nachdem wir uns schon bei der letzten Sitzung mit dem heißen Eisen Zivildiener beschäftigt haben, jetzt mit dem ebenfalls heißen Eisen Posttarife beschäftigen wird und damit zwei Bereiche abgehandelt sind, die für die vielen Organisationen, die gemeinnützig arbeiten, für die zivile Gesellschaft in Niederösterreich und darüber hinaus in Gesamt-Österreich von höchster Relevanz sind.

Die Frage ist eigentlich bei den Posttarifen eine ganz simple. Wer profitiert von der Abschaffung der Posttarife oder der Einschränkung der Posttarife? Das sind ganz eindeutig einerseits die Post, die ein Einsparungsziel hat, das offenbar ist. Andererseits vor allem aber große Zeitungen, die leichter Möglichkeiten der Hauszustellung wahrnehmen können und insbesondere hier wieder der Zentralraum, der auf Grund der geografischen Dichte der Haushalte bei einer Hauszustellung deutlich privilegiert wäre. Während bei einer Kostenwahrheit von Zeitungsabos vermutlich der Preis eines über eine Hauszustellung gelieferten Abos in Wien ganz anders wäre als etwa im nördlichen Waldviertel. Das wäre eine Frage, die man sich auch einmal überlegen müsste, wohin so etwas führen kann in punkto Gleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen geografischen Lagen.

Und das Zweite, was auch ganz klar ist, was auf der Strecke bleibt, das ist die Vielfalt an Zeitungen, die mediale Vielfalt. Weil mit einer teuren Hauszustellung ab einer bestimmten Größe das erst sich rentiert. Und damit gerade kleinere Zeitschriften oder Zeitungen auf der Strecke bleiben. Vor allem aber zählen zu den Verlierern einer Einschränkung der vergünstigten Posttarife die vielen ehrenamtlichen Initiativen, Vereine, privaten Organisationen unterschiedlichster Größenordnung. Ob das eine kleine lokale Kulturinitiative ist oder etwa das Rote Kreuz oder ähnliche Organisationen, die zu ihrer unabhängigen, eigenständigen Finanzierung über weite Strecken auch auf unabhängige Informationsträger und Spendenaufrufe angewiesen sind.

Das heißt, wenn man im Interesse der zivilen Gesellschaft, der Vielfalt an Vereinen oder Organisationen aktiv werden will, dann kann das nur über ein Beibehalten der begünstigten Posttarife gehen. Und in diesem Sinne begrüßen wir den vorliegenden Antrag, dem wir zustimmen werden.

Wir hoffen, dass diesem Antrag auch Erfolg auf Bundesebene beschieden ist. Sie gestehen mir zu, dass ich das ein wenig skeptisch betrachte. Nach den jüngst gemachten Erfahrungen im Bereich der Zivildiener, wo die Debatten und vielleicht auch frommen Wünsche wenig gefruchtet haben und es hier zu radikalen Einsparungen gekommen ist. Wir werden sehen, ob die nächsten Tage der Budgetdebatte noch Klarheit darüber bringen, wie das Bundesbudget bei weniger Zivildienern, die eingesetzt werden, gleichzeitig zu mehr Geldeinnahmen von den Trägerorganisationen dieser Zivildiener kommt. Also ob es da noch irgendwo eine schleichende Erhöhung auch gibt. In jedem Fall ist eine Belastung von Vereinen und Organisationen im gemeinnützigen Bereich damit bereits gegeben. Und man sollte danach trachten, dass nicht diese zusätzliche Belastung durch einen Wegfall der vergünstigten Posttarife noch erhöht wird.

Im Gegenteil! Man sollte sich eigentlich bemühen, der Zivilgesellschaft bessere Möglichkeiten der selbstorganisierten Arbeit zu geben. Es gibt seit Jahren eine Diskussion in Österreich, wo wir hinter den vergleichbaren europäischen Ländern nachhinken, was die Absetzbarkeit, die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden zumindest an bestimmte Einrichtungen und Organisationen anlangt, was sicher zu einer Belebung, zu einem richtigen Schub und Boom für viele Organisationen im gemeinschaftlichen Interesse führen würde. Ich würde anregen, dass man sich darüber verstärkt Gedanken macht, wie man der Zivilgesellschaft mehr Luft und mehr Spielraum einräumt statt sie hier einzuengen und zu belasten, wie das derzeit der Fall ist.

Wie gesagt, wir begrüßen diesen Antrag, stimmen ihm zu. Und ich bin im Übrigen der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mayerhofer.

Abg. MAYERHOFER *(FPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren! Zum Antrag des Herrn Klubobmann Mag. Schneeberger sagen wir, selbstverständlich treten wir dem bei. Selbstverständlich haben wir keine Freude, da hat die Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger wirklich Recht, weil ich meine, dass das doch eine erhebliche Einschränkung für bestimmte Vereine etc. sein wird.

Selbstverständlich ist die Enttäuschung bei allen nur erdenklichen Organisationen auch sehr groß. Wenn man den Umfang der Verteuerungen, die dort Platz greifen in Betracht zieht. Jede Interessensgemeinschaft, sei es auf politischer Ebene, sei es auf kirchlicher und Religionsgemeinschaften im Allgemeinen, und da wieder diejenigen, die über

keine oder wenige Mittel verfügen, trifft das bis ins Mark. Aus demokratiepolitischer Hinsicht ist das ein Schlag ins Gesicht, insbesondere für kleine, politische Gruppierungen, die nicht imstande sind, ihre Themen großartig unter Anwendung von Lobbies im ORF gut zu platzieren. Einen besonderen Eingriff bedeutet das auch für die Vereine, bei dem der Nutzen, glaube ich, in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Schaden steht. Vorwürfe, dass mit dieser Maßnahme eine Einschränkung der Meinungsvielfalt einhergeht, sind leider nicht ganz von der Hand zu weisen.

Ursprünglich wollte man diese Bezuschussung durch den Bund sofort einstellen. Löblicherweise konnte diese Maßnahme bis 2001 hinausgeschoben werden. Ein Kompromiss, der in Anbetracht der angespannten Budgetsituation hingenommen werden sollte und eingegangen werden sollte. Und wenn jetzt besonders auf der linken Seite der Aufschrei kommt, so möge man sich darauf besinnen, dass auch diese Maßnahme auf Grund einer bestimmten Tatsache notwendig ist, nämlich des Diktates der leeren Kassen, wie überall.

Zum Glück steht auch hier die Tatsache dagegen, dass das Internet vieler Orts schon die Aufgaben der Zeitungen übernimmt. Und steht zu hoffen, dass die Generation nach uns das im wesentlich verstärkten Ausmaß in Anspruch nehmen wird und so die Zeitungen sukzessive, zumindest zum Großteil, ablösen wird. Die Informationsgesellschaft wird sich ganz einfach anderer Methoden bedienen.

Diese Maßnahme, auch das Ende dieser Maßnahmen, die Bezuschussung war ja bekannt. Und es verwundert schon, dass der ehemalige Verkehrsminister da nicht schon entsprechende Maßnahmen vorgesehen hat, um den Vereinen, um den Organisationen das nahezulegen, sich um Alternativmaßnahmen und alternative Möglichkeiten des Versendens von Zeitungen und Schriften umzuschauen. Wir bedauern die Maßnahme, aber wissen, dass sie doch wegen der angespannten Budgetlage notwendig war und ist und stimmen dem Antrag zu. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. WENINGER *(SPÖ)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich bin sehr glücklich darüber, dass der Verfassungs-Ausschuss einstimmig zu der Überzeugung gekommen ist, diesen Antrag zu formulieren und zu verabschieden. Und wenn der Kollege Mayerhofer wirklich fast körperlich leidet unter den Maßnahmen, die die österreichische Bundesregierung den österreichischen Vereinen, Institutionen etc. antun will, dann bestätigt das die Notwendigkeit dieses Antrages und der Diskussion heute im Landtag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber trotzdem versuchen, zu differenzieren. Weil gerade Niederösterreich doch das Land der Freiwilligen, der Vereine, der Organisationen ist und kaum ein Anlass - berechtigterweise - ausgelassen wird, all diesen Menschen den Dank auszusprechen. Und in der gleichen Zeit stimmen die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, die NÖ Nationalratsabgeordneten und die NÖ FPÖ-Abgeordneten im Parlament, mit der Maßnahme, die Postzeitungstarife für diese Vereine und Institutionen zu verteuern, gegen diese Interessen.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir diesen Antrag beschließen. Ich möchte aber trotzdem differenzieren, dass wir hier nicht Sand in die Augen streuen dürfen. Wir dürfen nicht hier im NÖ Landtag Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung mit Krokodilstränen beweinen und gleichzeitig die Mitglieder der beiden angesprochenen Parteien im Wien im Parlament das Gegenteil beschließen lassen. Deshalb möchte ich den Appell, den Antrag, den wir heute beschließen, auch so verstanden wissen, dass nicht nur der Landtag appelliert, die Landesregierung möchte an die Bundesregierung herantreten. Sondern dass diejenigen, die die politische Verantwortung in diesen Parteien, die derzeit in der Bundesregierung an der Macht sind, tragen, auch auf ihre Mandatare Einfluss nehmen, gegen solche Entwicklungen im Parlament aufzutreten. *(Beifall bei der SPÖ. – Unruhe bei der FPÖ.)*
Wir müssen es namhaft machen! Der Nationalrat Windholz stimmt im Parlament anders, diametral gegen das, was du als mein Vorredner hier vom Rednerpult im NÖ Landtag sagst. Ich weiß, dass das nicht mein Problem ist. Der designierte Landesparteivorsitzende nickt. Liebe Freunde! Es ist eine wesentliche Frage ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben insgesamt ungefähr 10.000 Zeitungen in Österreich angemeldet, die bisher unter dieses ermäßigte Zeitungsporto gefallen sind. Wo Organisationen, Vereine, aber auch Gemeinden und Parteien ihre Mitglieder informieren, wo die Öffentlichkeit informiert wird. Die Kollegin hat es bereits angesprochen, wo über diese Information finanzielle Unterstützung lukriert wird im Sinne von Spendensammlungen. Was ist das vorrangige Ziel, das zumindest artikuliert wird? Es ist ein Sparvolumen von zirka 900

Millionen Schilling, das erreicht werden soll. Dem gegenüber steht aber im Sinn einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung, dass im gesamten Bereich dieser Druckwirtschaft und im grafischen Gewerbe ungefähr fünf Milliarden jährlich an Auftragsvolumen vorhanden ist. 900 Millionen Schilling Einsparungen bei den Postzeitungstarifen steht einem Auftragsvolumen von 5 Milliarden gegenüber. Das heißt, dass hier auch in gesamt-volkswirtschaftlicher Betrachtung gesehen wird, dass das ein wirtschaftlicher Flopp ist. Daher stellt sich die Frage, wenn es wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, was sind die Ziele, die dahinter stehen? Und da sind wir bei der Debatte, die wir bei der letzten Sitzung des Landtages bereits diskutiert haben: Das ist die gesellschaftspolitische Strategie dieser Bundesregierung. Es ist die Strategie dieser Regierung, zu differenzieren und zu spalten. Man will neue Abhängigkeiten schaffen, man will Kriterien schaffen, wann welche Zeitungen unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit bekommen, durch Subventionen am Leben erhalten zu werden. *(Abg. Haberler: Man darf nicht von sich auf andere schließen, Herr Kollege!)*

Es sollen Abhängigkeiten geschaffen werden. Es soll Linientreue erzwungen werden. Es sollen unliebsame Kinder mundtot gemacht werden. Das ist die Strategie, die diese blau-schwarze Bundesregierung bei all ihren Maßnahmen in den ersten 100 Tagen eindeutig durchgezogen hat. Und das finden wir auch in diesem Bereich offen wider. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Tatsache: Es gibt ja ein Papier, wo sich ÖVP und FPÖ nach der Beschlussfassung im Parlament und wahrscheinlich in Erkennung des Widerstandes auch in den eigenen Reihen zu einem Kompromiss durchgerungen haben, der aber natürlich noch nicht Gesetzeskraft hat. Und da steht es ja eindeutig, dass alle Zeitungen der viel geliebten Vereine und Organisationen in den nächsten beiden Jahren je 15 Prozent mehr Zeitungsporto zahlen müssen. Das heißt, am 1. Juli dieses Jahres um 15 Prozent mehr und 2001 noch einmal 15 Prozent mehr. Für politische Parteien und Gemeinden ist die Belastung so vorgesehen, dass das um 50 bis 100 Prozent teurer wird. Die Diskussion um die Kaufzeitungen hat bereits die Kollegin Mag. Weinzinger angesprochen.

Meine Damen und Herren! Hat die ÖVP keine politischen Zeitungen in den Orten? Haben ÖVP-Bürgermeister keine Gemeindenachrichten, wo sie ihre politischen Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln wollen? Hier wird schlussendlich wieder der Steuerzahler belastet, weil Gemeindezeitungen natürlich aus Gemeindebudgets bezahlt werden. Meine Damen und Herren! Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass diese Bundesregierung angetreten ist unter dem Motto „alles muss besser und billiger werden“ und in Wirklichkeit hat sie es geschafft, dass binnen 100 Tagen alles schlechter und teurer wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Unruhe bei der ÖVP.)* Kollege Schwarzbauer, es tut mir leid, wenn du meinen Ausführungen nicht folgen kannst. In Wirklichkeit ist die Abschaffung des ermäßigten Postzeitungsversandes ein demokratiepolitischer Fehlschlag. Es ist demokratiepolitisch bedauerlich. Und wie ich versucht habe zu beweisen, auch wirtschaftspolitisch unsinnig. Hier wird nur minimal beim Budget gespart, aber es wird ganz massiv bei der Demokratie gespart. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das sagt gerade er! - Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Weninger hat gemeint, Demokratie kann man nicht einsparen. Er unterstellt der neuen Bundesregierung damit, bei der Frage der Kosteneinsparung des begünstigten Zeitungsversandes eine gesellschaftspolitische Strategie, Abhängigkeiten zu schaffen, Linientreue zu erzwingen, wie er wörtlich gemeint hat. Nun, das muss man wirklich beantworten. Reden wir doch heute über die Ursachen dieser von der Bundesregierung als notwendig gesehenen Maßnahme. Die Ursache, Herr Kollege Weninger, das kann man wirklich nicht negieren und wegstecken, das ist ganz einfach das finanzielle Desaster 30-jähriger Regentschaft roter Finanzminister. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*
Und da denke ich zurück an den Beginn meiner politischen Tätigkeit. Vom angeblich besten Finanzminister aller Zeiten, dem viel gepriesenen Hannes Androsch über den weniger bedeutsamen Herbert Salcher bis zu Vranitzky, Klima, Staribacher möchte ich Ihnen heute ersparen, bis hin zu Edlinger. Die rote Ahnengalerie ist das personifizierte Symbol der Pleite unseres Staatshaushaltes! *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Mayerhofer u. Gratzer.)*

Wenn diese roten Ahnengalerie die Ursache für die Pleite unseres Staatshaushaltes ist, dann wissen wir, warum diese neue Bundesregierung in die Zwangslage gekommen ist, rundum einsparen zu müssen. Und hier geht es um einen sehr großen Posten. Wenn nämlich die Post angibt, 1,3 Milliarden Schilling Abgang aus diesem Titel zu haben, so

hat der Bund bisher 900 Millionen Schilling, also eine knappe Milliarde, zugeschossen. Und wir haben erst heute, in den Tageszeitungen kann man es lesen, in den letzten Tagen erfahren von der jüngsten EU-Kritik, dass dies angeblich noch immer zu wenig ambitioniert sei, all diese Einsparungsmaßnahmen. Auf Grund der Budgetsituation nach den roten Finanzministern in den letzten 30 Jahren.

Uns können Sie doch nicht unterstellen eine gesellschaftspolitische Strategie um Abhängigkeiten zu schaffen! Ja, wer war es denn als gerade die Österreichische Volkspartei, die für die tausenden ehrenamtlichen Mitarbeiter so viel getan hat? Unser Landeshauptmann hat erst das Jahr der Freiwilligen geschaffen, um hier auch an jene zu denken, die tagaus, tagein immer wieder für die anderen Menschen unentgeltlich da sind. Wir, gerade die NÖ Volkspartei, haben immer diese Menschen unterstützt und sind für sie eingetreten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das neue Modell, das hier ausgearbeitet wurde, ist sicherlich nicht dazu da, uns zu begeistern. Ich brauch es im Detail nicht zu wiederholen. Es wurde heute schon ausgeführt. Es wird künftig drei Arten geben, nämlich Verkaufszeitungen, sonstige Zeitungen von Vereinen und so weiter und Zeitungen von Parteien und Gebietskörperschaften. Ich glaube, wir können sehr froh sein, dass auf Grund des Verhandlungsgeschicks unserer Mandatare im Hohen Haus hier diese erste radikale Lösung weggekommen ist und wir zumindest eine Verschnaufpause bekommen haben. Unser gemeinsames Anliegen ist es natürlich, und so verstehen wir als Österreichische Volkspartei wie auch als NÖ Volkspartei unseren Appell an die Bundesregierung, dass wir mit dieser neuen Lösung, die nach der Übergangsphase kommen soll, eine Lösung zustande bringen, die befriedigend für alle ist. Die die monetären Probleme des Bundes auch entsprechend berücksichtigt, wie auch natürlich für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vereinen, in den Non Profit-Organisationen und so weiter entsprechend tragbar ist für die Zukunft. Daher wird die NÖ Volkspartei diesem Antrag die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Mag. HEURAS *(ÖVP)*: Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Er verzichtet. Daher kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 458/A-1/24:)* Mit Einstimmigkeit beschlossen!

Wir gelangen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich ersuche Herrn Abgeordneten Ing. Gansch, die Verhandlungen zu **Ltg. 463/A-6/7** einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Ing. GANSCH *(ÖVP)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich berichte über die Anfrage gemäß § 96 betreffend den Landtagsabgeordneten Dirnberger. Professor Bernd Marin hat mit Schriftsatz vom 4. April 2000 Strafantrag gegen den Abgeordneten zum NÖ Landtag Alfred Dirnberger wegen §§ 111, 115 Strafgesetzbuch erhoben. Der Sachverhalt liegt Ihnen vor. Die Äußerung liegt Ihnen schriftlich vor. Der Privatkläger bringt vor, dass diese Äußerungen seine Ehre verletzen und beantragt somit die Bestrafung des Herrn Alfred Dirnberger wegen § 111 Strafgesetzbuch, § 115 Strafgesetzbuch. Das gefertigte Gericht beehrt sich anzufragen, ob im Sinne der Artikel 96 und 57 eine Entscheidung des NÖ Landtages erfolgt, nach welcher die Verfolgung des Beschuldigten Alfred Dirnberger zu unterbleiben hat oder abzubrechen ist, oder ob die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abgeordneten Dirnberger erteilt wird. Ich stelle den Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten Alfred Dirnberger *(liest):*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Anfrage des Landesgerichtes für Strafsachen Wien wird nicht stattgeben."

Ich ersuche die Beschlussfassung herbeizuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Danke, Herr Berichterstatter! Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vor. Daher kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 463/A-6/7:)* Mit Einstimmigkeit beschlossen! Ich darf für das Protokoll festhalten, dass Herr Abgeordneter Dirnberger nicht an der

Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen hat.

Wir kommen nunmehr, wie angekündigt, zum Dringlichkeitsantrag. Und ich ersuche den Herrn Klubobmann Mag. Schneeberger nunmehr um seinen Bericht zu diesem Geschäftsstück **Ltg. 468/A-1/26**. Bitte schön, Herr Klubobmann.

Berichterstatter Abg. Mag. SCHNEEBERGER *(ÖVP)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Ich darf den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Sacher, Marchat, Mag. Freibauer u.a. einbringen *(liest):*

„Die Gefertigten stellen den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Niederösterreichische Landtag

1. lehnt entschieden alle Maßnahmen ab, die dazu führen, dass Österreich als EU-Mitglied oder einzelne Gruppen von Österreichern, einzelne Gesellschafts- und Wirtschaftszweige bzw. Betriebe oder sonstige Institutionen benachteiligt werden.

2. Der NÖ Landtag fordert alle Organe der Republik auf, die Präambel zum Regierungsübereinkommen einzuhalten und dem Geist und Buchstaben nach zu erfüllen, und

3. ersucht schließlich die NÖ Landesregierung, im eigenen Bereich und bei der Bundesregierung dahin zu wirken, dass weiterhin alle Rechte und Pflichten innerhalb der Europäischen Union wahrgenommen und allen Aktionen und Äußerungen entschieden entgegen getreten wird, die die gegen Österreich gerichteten Maßnahmen verstärken und den europäischen Gedanken bei der österreichischen Bevölkerung in Misskredit bringen könnten.“

Ich darf anführen, dass sich ein Fehlerteufel eingeschlichen hat. Insofern als bei der Vervielfältigung des Dringlichkeitsantrages die erste Seite falsch kopiert wurde. Und zwar müsste im dritten Absatz der Antragsbegründung anstelle der Worte „zur Europäischen Union“ die Formulierung „zu einem gemeinsamen Europa“ lauten. Weiters ersuche ich den Schreibfehler „Parlamentsparteien“ statt „Parlamentspartei“ zu berichtigen. Frau Präsidentin! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und eine Abstimmung durchzuführen.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Ich danke für diesen Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER *(Grüne):* Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf vorweg vielleicht zu einer Frage Stellung nehmen, die zwischendurch schon gestellt wurde, nämlich warum sind die Grünen nicht auf dem Dringlichkeitsantrag als Antragsteller drauf? *(Abg. Marchat: Das wäre ja ein Hohn!)*
Nein, das hat eine ganz simple Begründung. Wenn ich die Kollegen von der FPÖ ... *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*
Können wir vielleicht diese Debatte ..., ich versuche sie sachlich und korrekt zu führen, lassen Sie mir zumindest einmal die simpelsten Dinge ausführen, bevor Sie Unterstellungen pflegen!

Warum also sind die Grünen nicht als Antragsteller auf diesem Dringlichkeitsantrag? Das hat eine ganz praktische Erklärung in der gewählten Vorgangsweise. Wir haben diesen Antrag gut eine Stunde vor Sitzungsbeginn erst erhalten mit dem Verweis, es seien keine Formulierungsänderungen mehr möglich und es sollte eine Antwort innerhalb von zirka 10 Minuten von unserer Seite kommen. Das war bei einer derartig brisanten Materie eine Vorgabe, die man schwer erfüllen kann. Wir haben den einen oder anderen Formulierungsvorschlag. Daher konnten wir diesem Antrag als Antragsteller nicht beitreten. Ich werde diese Vorschläge dann auch in weiterer Folge vorbringen.

Das Zweite: Wir haben dem Antrag als Dringlichkeitsantrag der Dringlichkeit zugestimmt. Man könnte zwar anmerken, das Thema ist ja nicht erst heute aufgetaucht, wird auch morgen nicht erledigt sein. Also es wäre durchaus Zeit oder Möglichkeit gewesen, vorab oder für die nächste Sitzung das vorzubereiten. Wir glauben aber, dass es ein derart wichtiges Thema ist und dass eine sinnvolle und vernünftige Initiative zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich und den EU 14 getroffen werden sollte und haben daher einer Dringlichkeit gerne zugestimmt.

Nun zum Antrag selbst bzw. dem Umfeld, in das er eingebettet ist. Eine entscheidende Frage bei einem Antrag wie diesem, und er steht ja in einer gewissen Tradition vorangegangener Anträge der Regierungsparteien bzw. der Oppositionsparteien auf Bundesebene, wo es zu keiner Einigung gekommen war, das heißt, eine Gretchenfrage bei solchen Anträgen ist, ist das ein Antrag, der sich primär einer außenpolitischen Motivation verschrieben hat oder ist das ein innenpolitischer Antrag? Bei einem außenpolitisch motivierten Antrag sollte

und müsste die Stossrichtung sein, nicht nur Absichtserklärungen von sich zu geben, sondern konkret nachzuweisen, warum die Maßnahmen gegen Österreich zumindest für die Zukunft nicht fortgeführt werden sollen. Dass der Anlass der Kritik, der bei den EU-14 bestanden hat, sei es jetzt - das wird eher eine Regierungsmeinung sein - unberechtigt sei, nicht mehr bestehen würde, aufgehoben werde, wie auch immer die Einschätzung ist. Und der in einer gewissen Weise auch nicht nur ein Abschotten gegenüber der Argumentation der EU-14 ist, sondern auch zumindest Verständnis für manche Irritationen über manche Äußerungen erkennen lässt, um eine Glaubwürdigkeit des Anliegens an die EU-14 und damit eine vertrauensbildende Maßnahme zu signalisieren. Es kann ja nicht genug sein, bei einem solchen Antrag zu einer derartig wichtigen Materie sich nur gegenseitig im Inland auf die Schulter zu klopfen, diese Schultern zu schließen oder sich gegenseitig zu bestätigen, dass das alles eine unerquickliche Entwicklung sei, was hier als Maßnahmen der EU gegen Österreich gesetzt wurde.

Wenn es allerdings ein innenpolitisch motivierter Antrag wäre, dann könnte man ihm unterstellen, und dieser Verdacht lag zumindest in der gestrigen Debatte im Parlament mehr als nahe, dass mit diversen Appellen an Schulterschlüsse gegen EU-Maßnahmen man versucht, von anderen innenpolitischen Themen wie der Budgetdebatte abzulenken. Zum Beispiel von einer Frage, die die Gemeinden oder Länder sehr massiv betreffen wird, über die wir heute kaum noch diskutiert haben, nämlich dass die Länder und Gemeinden einen Überschuss von 0,5 Prozent zur Erreichung der Maastricht-Ziele erwirtschaften sollen. Und das unter den geänderten Voraussetzungen Getränkesteuer & Co. Also das wäre eine nicht ganz uninteressante Debatte. Die Frage ist, soll davon abgelenkt werden oder nicht?

Wenn ich mir jetzt den vorliegenden Antrag anschaue, muss ich gestehen, tu ich mir schwer, ihn einzuordnen. Er hat ein bisschen etwas von einem Zwitterwesen der Interpretationsmöglichkeiten. Manchen Punkten könnte man uneingeschränkt zustimmen, mit anderen, zum Beispiel dem völligen Fehlen jeglichen Anfluges auch nur von Selbstkritik kann man doch nicht ganz zufrieden sein. Und wir haben uns daher die Mühe gemacht, trotz der knappen Zeit, unsere konkreten Vorschläge auszuarbeiten.

Wir würden von grüner Seite gerne einem ernst gemeinten außenpolitisch motivierten Vorstoß einer gemeinsamen Initiative im Sinne einer Allianz der Vernünftigen mit konkreten Maßnahmen eine Zustimmung geben. Was wir sicher nicht tun werden, ist, uns in einem innenpolitischen Schulterschluss vereinnahmen zu lassen um abzulenken von anderen Dingen und gleichzeitig dabei negative Signale an die EU-14 zu schicken. Es gab ja leider in den vergangenen Tagen und Wochen genügend negative Signale, die eher zu einem Fortbestand der Maßnahmen führen bei gleichzeitigen Bemühungen einzelner Regierungsmitglieder, zu einem Ausstieg aus diesen Maßnahmen und Sanktionen zu kommen. Das heißt, wir möchten jetzt gerne folgenden Abänderungsantrag zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag einbringen und ich darf ihn verlesen bzw. die einzelnen Punkte auch noch ergänzend begründen in meinen Ausführungen *(liest):*

„Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan zu Ltg. 468/A-1/26, Dringlichkeitsantrag betreffend das Verhältnis zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Mitgliedsländern.

Um eine außenpolitisch erfolgversprechende und fundierte Offensive zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich und den 14 EU-Mitgliedsländern zu erreichen, sind Schritte erforderlich, die einerseits Verständnis für einige der Irritationen von EU-Mitgliedsländern aufgrund von anti-europäischen oder beleidigenden Äußerungen von Vertretern einer Regierungspartei zeigen, andererseits konkrete Vorschläge für die weitere Vorgangsweise auf EU-Ebene einbringen.“ -

Eine Fußnote: Also der Appell, es sollen keine Maßnahmen mehr gesetzt werden, wird gerade auch für diplomatische und außerpolitische Verhandlungen zu wenig sein. –

„Die Gefertigten stellen daher folgenden Abänderungsantrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1) Absatz 1 des vorliegenden Dringlichkeitsantrags“ – in der Begründung, ist gemeint – „wird folgendermaßen abgeändert: Die Bildung der derzeitigen österreichischen Bundesregierung unter Beteiligung der FPÖ hat die übrigen EU-Mitgliedsstaaten zu Maßnahmen gegenüber der österreichischen Bundesregierung veranlasst. So wurden bilaterale offizielle Kontakte auf politischer Ebene ausgesetzt, österreichische Botschafter werden in den EU-Hauptstädten nur noch auf technischer Ebene empfangen. Dem Regierungsübereinkommen von ÖVP und FPÖ wurde eine Präambel vorange-

stellt, in der die Bundesregierung ihre Haltung zur Demokratie, zur Achtung der Grund- und Freiheitsrechte sowie zum Friedensprojekt Europa und zur Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union bekräftigt." -

Als Erläuterung dazu: Sie sehen, dass wir uns weitgehend an den vorliegenden Text gehalten haben mit zwei Ergänzungen. Einerseits wird dezidiert genannt die Bildung der Bundesregierung unter Beteiligung der FPÖ. Das ist uns deswegen wichtig, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, die EU-14 hätten ohne einen konkreten Anlass nur auf die Bildung irgendeiner Regierung mit ihren Maßnahmen reagiert. *(Abg. Marchat: Was ist denn der Anlass?)*
Der Anlass, der auch deutlich ausgeführt wurde immer wieder von den EU-14 ist die Einschließung einer Partei wie der FPÖ, die die EU-14 als Tabubruch gewertet haben und daher Maßnahmen verhängt haben. Ich versuche jetzt bewusst keine persönlichen Wertungen dazu zu geben. Die sind bekannt. Aber ich denke, man sollte zumindest genügend Gradlinigkeit haben, den Anlass, nämlich zumindest die Partei als solche zu nennen. Wir haben, wie Sie merken, auch Abstand davon genommen, dieser Partei Qualifikationen beizufügen. Das Zweite, was in diesem Absatz ergänzt wurde, ist einfach eine Ausführung, welcher Art diese Maßnahmen waren, damit das einfach auch konkret benannt ist. Ich fahre fort im Verlesen des Abänderungsantrages: -

„2) Absatz 2 des vorliegenden Dringlichkeitsantrags" – gemeint ist ebenfalls die Begründung – „lautet neu: Der Niederösterreichische Landtag hält fest, dass er sich voll und ganz mit dem Inhalt dieser Präambel identifiziert, Verstöße gegen diese Präambel durch zumindest einzelne Äußerungen der letzten Wochen von maßgeblichen Politikern verurteilt, aber auch alle Bemühungen, auch der im Parlament vertretenen Parteien, anerkennt, eine Änderung des Verhaltens der übrigen EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen." -

Auch hier als Erläuterung: Ergänzt wurde, dass man sich nicht nur zur Präambel bekennt, sondern dass man auch eindeutig sich distanziert von jenen Äußerungen der vergangenen Wochen. Und deren gab es ja einige, insbesondere bei Vertretern der FPÖ, die im Widerspruch zu dieser Präambel stehen. Dass man auch sagen kann, man bekennt sich nicht nur konsequenzlos, sondern man zieht zumindest die Konsequenz, sich gegen die Präambel verletzende Äußerungen zu richten und diese zu verurteilen. Ich verweise, falls da Zweifel bestehen sollten, nur auf einschlägige Äußerungen zur EU-Osterweiterung, zu der man sich in der Präambel bekannt hat bzw. zur EU als solcher, zur Europäischen Union und Gemeinschaft. –

„3) Absatz 5" – das heißt, Absatz 4 bleibt gleich – „des vorliegenden Dringlichkeitsantrags lautet neu: Der Niederösterreichische Landtag ist der Auffassung, dass Österreich und seine Bevölkerung nicht benachteiligt werden sollen..." –

Das ist der einzige Unterschied in dieser Abänderung. Dass statt des Wortes „dürfen" ein „sollen" eingefügt wird. Auch das mit einer Überlegung im Hintergrund, dass man nicht generell davon ausgehen kann, wenn man das in der abstrakten Formulierung so hat, dass Maßnahmen oder Sanktionen nie passieren dürfen, als gäbe es eine naturgesetzliche Ebene hier oder eine grundsätzliche a priori-Verurteilung. Klar ist aber, dass es aus unserer Sicht nicht erwünscht ist. Dass sie nicht stattfinden sollen. Was auch beinhaltet, dass entsprechende Anlässe nicht geboten werden sollen. Ich verlese nicht weiter, weil der Absatz ident geblieben ist. Ich fahrt fort mit unserem Abänderungsantrag in Punkt 4 und komme nun zum eigentlichen Text des Antrages, auch des Dringlichkeitsantrages hier: -

„4) Punkt 1. des Antrags wird unterteilt in Punkt 1 a) und Punkt 1 b) und lautet neu:" -

Also vorab war: Der NÖ Landtag –

„1a) lehnt entschieden alle Maßnahmen ab, die dazu führen, dass einzelne Gruppen von Österreichern, einzelne Gesellschafts- und Wirtschaftszweige bzw. Betriebe oder sonstige Institutionen benachteiligt werden.

1b) tritt entschieden für die Ausarbeitung eines allgemein anwendbaren rechtsstaatlich geordneten Verfahrens auf EU-Ebene ein, mit dem drohende bzw. schon erfolgte Verletzungen der Grundwerte der Europäischen Union (besonders Verstöße gegen Art.6 und 7 des EUV) durch die Regierung eines jetzigen oder künftigen Mitgliedslandes zu ahnden sind und fordert die Entwicklung eines Verfahrens und von Kriterien zur Beendigung der Maßnahmen der EU-14 gegen die österreichische Bundesregierung." –

Wieder meine Erläuterung: Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass wir differenzieren zwischen Bevölkerung und Bevölkerungsgruppen, Wirtschaft & Co. und der österreichischen Bundesregierung. Und hier glauben, dass es notwendig ist, in Sachen Regierung einerseits so eine Art Aus-

stiegsszenario jetzt zu entwickeln, wie sowohl die EU als auch Österreich in einem gemeinsamen Prozess ein Verfahren entwickeln, um aus der Situation herauszukommen. Weil der einfache Appell an die EU „jetzt reichts“ von unserer Seite nicht ausreichen wird. Und andererseits generell für derartige Fälle in Zukunft ein Verfahren auf EU-Ebene zu entwickeln. Dass diese Zukunft gar nicht so fern sein könnte, zeigen die Entwicklungen in Italien. In konsequenter Weise müsste die EU im Falle einer Regierungsbeteiligung von Berlusconi oder Lega Nord ganz ähnliche Maßnahmen setzen, wie sie sie gegen Österreich gesetzt hat. Und wir sind der Meinung, dass das nicht spontan, willkürlich oder wie immer passieren soll. Sondern dass es hier ein gültiges Verfahren auf EU-Ebene braucht. Ich fahre fort im Abänderungsantrag: -

„5) An Punkt 3 des Antrages“ – also 2 bleibt – „wird angefügt: Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung ersucht, zu überprüfen, inwieweit die Abhaltung einer Volksabstimmung diesen Zielen dienlich ist.“ –

Auch hier zur Erläuterung: Es wird ja im Punkt 3 dazu aufgefordert, dass Aktionen und Äußerungen entschieden entgegengetreten werden soll, die die gegen Österreich gerichteten Maßnahmen verstärken und den europäischen Gedanken bei der österreichischen Bevölkerung in Misskredit bringen könnten. Eine Volksabstimmung, wie sie zuletzt diskutiert wurde, hat ja bereits bei den EU-14 gewisse Irritationen ausgelöst, wird eindeutig als eine Drohgebärde und nicht als eine Annäherung und ein Versuch um einen Kompromiss interpretiert und kann zumindest aus unserer Einschätzung nicht unbedingt als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den EU-14 qualifiziert werden. In jedem Falle sind wir sehr sanft sowieso in der Formulierung mit der Aufforderung, es solle zumindest geprüft werden, ob eine Volksabstimmung dazu dient, das Vertrauen der EU-14 in Österreich zu erhöhen und das Vertrauen oder den Gedanken, den europäischen Gedanken in der österreichischen Bevölkerung nicht in Misskredit zu bringen. Schließlich 6. Punkt unseres Abänderungsantrages: -

„6) Anschließend an Punkt 3 des Antrags wird folgender Punkt 4 angefügt: spricht sich für die Erarbeitung einer Europäischen Grundrechtscharta aus und fordert die Landesregierung auf, im eigenen Wirkungsbereich sowie gegenüber der Bundesregierung geeignete Schritte für eine diesbezügliche Initiative auf EU-Ebene zu setzen.“

Auch hier ist der Hintergedanke jener, dass man nicht immer wieder sich auf den Geist der EU, die Grundrechte, das Verständnis über Grundrechte im luftleeren Raum berufen kann. Hier ist die EU auch in der Vergangenheit schon säumig gewesen, was von grüner Seite mehrfach kritisiert wurde im Erstellen eines gemeinsam erarbeiteten, verbindlichen Grundrechtskataloges, also einer Grundlage, auf der man dann auch konsequent sagen kann, da hat jemand dagegen verstoßen. Und daher ist ganz unzweifelhaft nachzudiagnostizieren der Verstoß und daher auch Maßnahmen oder Sanktionen. Das ist ja das Problem jetzt, dass ein solcher Grundrechtskatalog als Bezugsebene nicht vorhanden ist. Und keine klaren Spielregeln definiert sind, wie Sanktionen oder Maßnahmen gehandhabt werden sollen. Wir wünschen uns hier für die Zukunft eine deutlich andere Grundlage wie mit so etwas umgegangen werden soll.

Ich hoffe, Sie werden anerkennen, dass wir uns mehr als bemüht haben, hier sachlich und konstruktiv zu formulieren. Keine zusätzliche Polemik in eine aufgeheizte Situation zu bringen. Und ich hoffe daher, dass diesen Abänderungen von Ihrer Seite die Zustimmung verliehen werden kann. Jedenfalls dann, wenn das tatsächliche Interesse eines solchen Antrages ist, konkrete Initiativen, so mit Hand und Fuß, die was bringen sollen außer einer innenpolitischen Akzeptanz für bestimmte Initiativen zu setzen. Und wenn es außenpolitisch etwas bringen soll, halte ich diese Abänderungen von unserer Seite für unabdingbar. Und würde sogar meinen, es braucht zusätzliche Schritte und Maßnahmen – einige sind ja in der Diskussion, wir konnten sie leider in der Kürze der Zeit nicht umfassend behandeln.

Das Zweite, was mir wichtig ist dabei und hier komme ich auf einen Punkt, der nicht ganz so sachlich abgehandelt werden kann, ist, was in den vergangenen Wochen oder auch in der aktuellen Diskussion nach wie vor präsent ist. Wo ich glaube, dass eine Bundesregierung, die eine Annäherung an die EU-14 und an einen gemeinsamen Konsens im Sinne der Regierungspräambel versucht, und dass die anderen Parteien außerhalb der Regierung, aber auch andere Akteure sich eindeutig distanzieren sollten von bestimmten Äußerungen, wie sie in der Vergangenheit gefallen sind, die buchstäblich Öl ins Feuer gegossen haben. Es gibt hier eine ganze Reihe an Äußerungen, die seitens FPÖ-Vertretern immer wieder getroffen werden, im ausländerfeindlichen und rassistischen Bereich anzusiedeln. Ich darf nur Hilmar Kabas nennen aus dem Jahr 2000, also ganz aktuell. Und ich spiel‘ jetzt wirklich nicht auf seine „Hump-Dump-Affäre“ an. Die spricht für sich selbst, denke ich. Aber wenn Hilmar Kabas, immerhin Chef der FPÖ in Wien, in

der Presse vom 27. Jänner sagt, und das wurde ja dann in anderen Medien aufgegriffen: In Favoriten hat man tatsächlich Schwarzafrikaner gesehen, die mit Aktentaschen gegangen sind. Die haben sehr adrett ausgeschaut. Die Dealerszene ist in der Hand von Schwarzafrikanern. Hier wurde von Fachleuten gesagt, das habe vor allem zwei Gründe. Die Schwarzafrikaner sieht man als Süchtiger sehr gut. Andererseits wird, falls die Polizei einschreitet, erfolgreich die Rassismuskeule angewandt. Das sind Aussagen, von denen ich mich eindeutig distanzieren möchte. Und ich glaube, wenn man dem Ausland signalisieren will, dass das nicht die österreichische Einstellung zu Ausländern und Ausländerinnen ist, dann sollten sich mehr als nur einige Grüne von diesen Äußerungen distanzieren.

Wir haben daher und bewusst als gesonderten Resolutionsantrag zumindest zu einem Teilbereich von Äußerungen, die wir im Hinblick auf eine EU-Normalisierung für bedenklich erachten, einen Resolutionsantrag noch ausgearbeitet *(liest):*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Weinzinger, Mag. Fasan zum Dringlichkeitsantrag betreffend das Verhältnis zwischen Österreich und den übrigen 14 EU-Mitgliedsstaaten, betreffend Verurteilung verunglimpfender Äußerungen von FPÖ-PolitikerInnen gegenüber der EU und von Politikern aus den Staaten der EU sowie die Hetzkampagne gegen Superintendentin Gertraud Knoll.“ –

Als Erläuterung: Der Hintergrund, denke ich, liegt auf der Hand. Man kann hier der Kritik der EU nicht entgegentreten wenn man gleichzeitig nur in diesem engen Ausschnitt Äußerungen und Aktivitäten unkommentiert stehen lässt. Und wir möchten Sie auffordern und einladen, mit der Zustimmung zu diesem Resolutionsantrag zumindest einigen der eklatanteren Äußerungen eine klare Absage zu erteilen. Ich bringe den Antrag zur Verlesung: -

„In der jüngsten Zeit wurden von FPÖ-PolitikerInnen Aussagen getätigt, die im krassen Widerspruch zu der Präambel im Regierungsübereinkommen stehen. Es sind dies Aussagen, die keine klare Distanzierung von der EU-verunglimpfenden Haltung der FPÖ ausdrücken. Unter dem Eindruck der Sanktionen der EU-14 sind Wortspenden, die sich in beleidigender Weise gegen Staatschefs von befreundeten Nachbarländern richten, nicht dazu angetan, die EU-Staaten davon zu überzeugen, dass sich die FPÖ in ihrem Wesen geändert hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der NÖ Landtag verurteilt alle die EU und Politiker aus EU-Ländern verunglimpfenden Äußerungen von FPÖ-PolitikerInnen sowie Hetzkampagnen wie die gegen die evangelische Superintendentin Gertraud Knoll, und fordert diese PolitikerInnen auf, sich glaubwürdig und eindeutig von diesen Aussagen, insbesondere von den nachstehend angeführten Zitaten zu distanzieren:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Beschluss zu fassen, in dem diese Äußerungen ebenfalls verurteilt werden.“ –

Und hier nun die Zitate, um die es geht. –

„(Infrastrukturminister Michael) Schmid gründete als steirischer FPÖ-Chef ein Anti-EU-Osterweiterungskomitee. Im Interview identifiziert er sich nach wie vor mit den Inhalten dieses Komitees und wird diese auch in seiner jetzigen Funktion vertreten. Den Satz ‚In der Erweiterung der EU liegt auch Österreichs Zukunft‘ aus der Präambel der österreichischen Bundesregierung würde Schmid nicht ohne weiteren Kommentar unterschreiben. (ZIB2-Interview mit Infrastruktur-Minister Schmid, zitiert nach ‚profil‘ 11/00 vom 13. 3. 2000).

FPÖ-Aschermittwochtreffen in Ried im Innkreis

Der oberösterreichische Landesparteiobmann Landesrat Dr. Hans Achatz (...) bezeichnete die Vorgangsweise der EU gegen Österreich als Rückschlag für die demokratische Entwicklung in Europa: ‚Das ist politischer Rassismus.‘ Dem gegen Österreich erhobenen ‚Gezeter‘ der Staats- und Regierungschefs stehe die Mehrheit der Völker Europas aber verständnislos gegenüber, sagte Achatz. (8. März 2000, Quelle: FPÖ-Homepage)

Kärntens FPÖ-Landeshauptmann Dr. Jörg Haider hielt seine von harter Kritik an EU und SPÖ dominierte Rede nach dem Wechsel an der FPÖ-Führungsspitze erstmals als ‚einfaches FPÖ-Mitglied‘, wie Haider selbst sagte. Er werde nicht schweigen, betonte Haider, denn vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung sei es wichtig, zu zeigen, dass er und die FPÖ ‚eine Stimme der schweigenden Mehrheit‘ seien, wenn versucht werde, die Freiheit und Souveränität von und in Österreich zu reduzieren: ‚Da werden wir nicht mit uns spaßen lassen‘, sagte Haider. (8. März 2000, Quelle: FPÖ-Homepage).

Zu den Sanktionen der EU gegen Österreich erklärte Haider, weder Österreich noch die FPÖ habe sich etwas vorzuwerfen. Nicht Österreich habe den EU-Vertrag gebrochen, sondern die EU. Österreich werde sich seine Rechte nicht nehmen lassen: ‚Es gibt keine Besatzungsmächte mehr in Österreich.' Zur Kritik des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac sagte Haider, Chirac sei ‚kein Filialleiter in Österreich': ‚Dieses Österreich braucht keinen Westentaschen-Napoleon des 21. Jahrhunderts.' (8. März 2000, Quelle: FPÖ-Homepage)

In der Plenartagung des Europäischen Parlaments fragte sich der FPÖ-Abgeordnete Peter Sichrovsky, ‚wann das ‚antifaschistische Kasperltheater' gegen sein Land zu Ende sein werde'. (Bulletin Quotidien Europe vom 16. März 2000)

Haider: EU provoziert Austrittsüberlegungen

Der scheidende FPÖ-Chef Jörg Haider stellt in einem Interview in der neuesten Ausgabe der Info-Illustrierten ‚News' einen Austritt Österreichs aus der EU zur Diskussion. Wörtlich meinte der Kärntner Landeshauptmann: ‚Die EU provoziert, dass sich erstmals ein Mitglied einen Austritt aus der EU überlegen muss.' Gefragt, wie dieser Austritt funktionieren könnte, sagte Haider: ‚Es wäre interessant zu prüfen, ob man mit der Einstellung der EU-Zahlungen nicht auch schon die Mitgliedschaft zurücklegt.' In diesem Zusammenhang unterstützte Haider auch die Andeutung von Finanzminister Karl-Heinz Grasser (F), wonach man die Beitragszahlungen an die EU verzögern könnte: ‚Karl-Heinz Grasser und ich haben hier sicher keine Meinungsverschiedenheit.' Die österreichische Regierung werde sich überlegen müssen, ‚ob sie diesem EU-Theater noch länger zuschaut.' (APA, 19. April 2000)

Der von Dr. Jörg Haider autorisierte Satz heißt im Wortlaut: ‚Langsam ist es so, dass Österreich das einzige Land ist, das anständig ist in der EU. Die, die korrupt sind, werden belohnt, und das anständige Österreich wird bestraft.' (fpd-OTS, 19.4.2000)" – *(Abg. Dr. Prober: Frau Kollegin! Was soll das eigentlich?)*
Darf ich meinen letzten Punkt eines Resolutionsantrages, den es uns freisteht einzubringen, fertig verlesen, Herr Abgeordneter? Der letzte Punkt:

„Hetzkampagne gegen Superintendentin Gertraud Knoll

‚Eine Plattform evangelischer Christen, bei der sich mehrere FPÖ-Abgeordnete engagieren, sammelt Unterschriften gegen Knoll, Aktionen werden über die Parlaments-Homepage der FPÖ koordiniert.' (Der Standard, 22. März 2000)

Freiheitliche Politiker verstärkten ihre Angriffe gegen die burgenländische Superintendentin Gertraud Knoll: ‚Ideologisch ist Gertraud Knoll voll zu den Linksaußen zu rechnen und daher als Superintendentin fehl am Platz', sagte der burgenländische Landtagsabgeordnete Eduard Nicka in dem am Montag erscheinenden Magazin ‚Format'. (APA, 26.3.2000)

Auch der Sprecher der burgenländischen ‚Unabhängigen Plattform Evangelischer Christen', das FPÖ-Mitglied Klaus Fischl, will weiter Unterschriften gegen Knoll sammeln: ‚Unsere evangelischen Gemeinden werden von Getraud Knoll vernachlässigt. Statt dessen geht sie mit Kommunisten und gewalttätigen Extremisten auf Demos.' (APA, 26.3.2000)"

Ich komme zur Frage „Was soll das?", die mir aus dem Publikum gestellt wurde. Ich gebe die Frage zurück und sage: Ist das Ihre Interpretation der Übereinstimmung und der vollen Rückendeckung für den Inhalt der Präambel samt ihrem Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Osterweiterung, zu Ihrer Einhaltung der Menschenrechte und gegen Rassismus? Wenn Sie glauben, das stimmt überein mit der Präambel, gibt es keinen Handlungsbedarf. Wenn Sie glauben, das stimmt nicht überein mit der Präambel, ersuche ich Sie um Zustimmung zur Resolution. Ansonsten wäre es nämlich schwierig, zu argumentieren, warum der Dringlichkeitsantrag glaubwürdig und ernst gemeint ist, wenn man nicht bereit ist, sich zu den Dingen, die man im Antrag selbst postuliert – nämlich der Präambel der Regierung – wenn man nicht bereit ist, sich gegenüber Äußerungen, die klar dagegen verstoßen, sich davon zu distanzieren. Das war zumindest ... *(Abg. Marchat: Was hat die Gertraud Knoll mit der Präambel zu tun?)*
Haben Sie schon etwas von Menschenrechten, Verleumdung und Verhetzung gehört, Herr Klubobmann Marchat? Auch dazu spricht die Präambel eine relativ deutliche Sprache. *(Abg. Präs. Mag. Freibauer: Es gibt nicht nur die zwei Alternativen, die Sie aufzeigen! Es gibt nicht nur ein Entweder – Oder!)*
Es gibt die Alternative, so wie ich sie Ihnen anbiete! Es ist niemand gezwungen, sie aufzugreifen. Ich bin auch nicht gezwungen, Ihre Meinung zu teilen. So weit sind wir zum Glück auch noch nicht.

Das, was ich allerdings wichtig finde: Es geht hier im Dringlichkeitsantrag um eine Initiative, die von Glaubwürdigkeit getragen sein soll. Die konkrete Schritte vorlegen soll, wenn sie nicht ein in-

nenpolitisches Spielchen zum Ablenken von anderen Themen sein soll. Ich bin gerne bereit, und wir als Grüne sind gerne bereit, uns sinnvollen und erfolgversprechenden, ernst gemeinten, glaubwürdigen Initiativen anzuschließen. Wir werden sicher nicht bereit sein, innenpolitische Ablenkungsmanöver und unglaubwürdige Lippenbekenntnisse zu unterstützen. In diesem Sinn ersuche ich Sie dringend um Unterstützung unserer Abänderungsvorschläge zum Dringlichkeitsantrag. Und ersuche Sie auch um Zustimmung zur Resolution. Im Übrigen bin ich der Meinung, in Niederösterreich fehlt eine Demokratiereform und fehlt eine echte Kontrolle. *(Beifall bei den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Es wird Sie nicht erstaunen, Frau Kollegin Mag. Weinzinger, dass unser Ansatz zu diesem Thema ein völlig anderer ist. Das, was Sie hier in diesem Abänderungsantrag vorgeführt haben, ist genau das, was unserer Meinung nach nicht unerheblich zu der jetzigen Situation beigetragen hat. Sie suggerieren hier nämlich, als ob es berechtigte Gründe für die Sanktionen gäbe. Wir stellen dazu ganz im Gegenteil fest: Es gibt keine irgendwie gearteten berechtigten Gründe, die die EU-14 veranlasst haben können, so gegen Österreich vorzugehen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)*
Wenn es dennoch dazu gekommen ist, so haben ganz genau jene einen nicht kleinen Anteil daran gehabt, die das Bild Österreichs im Ausland zugunsten ihrer parteipolitischen Machtspielchen so verzerrt haben, dass man dort zumindest in Teilen der Meinung sein konnte, man sei berechtigt, hier so vorzugehen.

Der Sinn unseres Antrages ist vielmehr, klarzustellen, dass es keinen Anlass gibt. Dass Österreich sich nichts vorzuwerfen hat. Und dass Österreich auch ruhig, klar, sachlich, aber dennoch bestimmt alle seine Rechte ausschöpfen wird, damit diese Sanktionen ein Ende haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie darüber rätseln, welche Bestimmung dieser Antrag hat, eine innenpolitische oder eine außenpolitische, dann ist das eigentlich ganz klar. Denn es ist ein großer Erfolg auch nach außen hin, wenn hier klargestellt wird, dass dieser Landtag in seiner übergroßen Mehrheit, und dafür ist den NÖ Sozialdemokraten wirklich auch Respekt zu zollen, sich eindeutig dazu bekennt, dass dieses Land keinen weiteren Schaden erleiden soll. Das ist bis jetzt so nicht üblich gewesen. Es ist eine ehrbare Lösung von Ihnen. Es ist aber auch eine kluge und pragmatische. Und es wird Ihre Bundespartei gut daran tun, Ihrem Beispiel zu folgen. Denn wer ein bisschen ein politisches Gspür hat, weiß, dass Sie irgendwann jetzt einmal einen Ausgang aus dieser Situation brauchen. Dass diese Situation anfängt, Ihnen zu schaden. Wobei diese Situation natürlich dem Land in erster Linie geschadet hat.

Zu Ihrem Resolutionsantrag: Hier sieht man schon ganz deutlich, wie verschieden Werte gewertet werden. Für Sie scheint Rede- und Meinungsfreiheit einfach überhaupt kein Gewicht zu haben. Wenn ich mir vorstelle, dass man das alles hier bereits inkriminiert und nicht mehr sagen kann, dann möchte ich wissen, welche Zensurbehörde Sie eigentlich einrichten wollen. Wenn das, was hier an absolut harmlosen Äußerungen in Ihren Augen bereits nicht mehr politisch korrekt ist, dann frage ich mich, wie weit das eigentlich gehen soll. Können Sie mir bitte sagen, was schlimm daran ist, wenn jemand festhält, dass nicht Österreich sich etwas zu Schulden kommen lassen hat, sondern dass die EU-14 hier ohne rechtliche Grundlage gegen Österreich vorgegangen ist? Warum soll man das nicht sagen können? Darf ich wissen, warum es nicht sein soll, dass jemand eine kritische Haltung zur EU-Osterweiterung hat? Es kann doch nicht einfach so sein, dass jedes Thema, das vermutlich kontroversiell wird, nicht mehr diskutiert werden kann. Dass Demokratie sich sozusagen nur mehr auf Konsensthemen beschränkt. Und das, was wirklich die Lebensfragen eines Volkes betrifft, das kann halt einfach nicht mehr gesagt werden. Ich wiederhole es noch einmal, es wird Sie nicht überraschen, wir können beiden Anträgen nichts abgewinnen.

Dass dieses Thema heute hier diskutiert wird, ist gut. Andererseits ist es natürlich bedauerlich, dass es so weit gekommen ist, dass dieses Thema hier diskutiert werden muss. Wie ist es so weit gekommen? Am 3. Oktober hat es eine demokratische Wahl in Österreich gegeben, aus der drei Parteien annähernd gleich stark hervorgegangen sind. Es hat Verhandlungen gegeben, die damit geendet haben, dass es zu einem Wechsel gekommen ist. Es ist eine Partei aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden und eine andere Partei, die in den letzten 13 Jahren in Opposition war, ist in die Regierungsverantwortung eingetreten. So weit, so normal. Und so würde man es auch in jedem demokratisch gesinnten, fundierten Land gesehen haben.

Es ist keine Frage, der Wechsel ist für jene, die auf Zeit die Regierungsverantwortung verlassen

müssen, schmerzhaft. Dennoch bleibt festzuhalten: Demokratie ist geradezu Wechsel. Und ich meine, es ist auch einer der großen Vorzüge von Demokratie, dass sie den Wechsel geradezu in ihrem Programm hat, nicht nur ermöglicht. Denn Macht verschleißt. Macht macht faul. Macht macht dick, behäbig. Es ist gut, wenn nach einer bestimmten Zeit eine neue Kraft die Gelegenheit hat, sich zu beweisen, bis es wieder zu einem Wechsel kommen wird.

Ich glaube, als Demokrat muss man vor allem eines lernen: Manchmal hat man gewonnen und wird mit der Gestaltungsmöglichkeit belohnt. Manchmal hat man verloren und muss das nicht ganz so einfache Rollenspiel der Opposition lernen. So ist das. Und so muss es auch gesehen werden. Ich bin mir natürlich vollkommen darüber im Klaren, dass dieser Prozess nicht immer ganz einfach geht. Aber es ist vollkommen illegitim, ihn gar nicht erlernen zu wollen. Und wenn Sie mich fragen, wo ich meine Grenzen in der Meinungsfreiheit sehe, dann meine ich, dass sie absolut überschritten waren im Fernsehauftritt des Herrn Voggenhuber. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)*
Der hat sich in die Öffentlichkeit gestellt und hat dort laut, betont genießerisch gesagt: Jörg Haider ist ein Faschist und die FPÖ, eine Regierungspartei in Österreich, ist eine neofaschistische Partei! Stellen Sie sich einmal vor - es geht mir gar nicht so sehr um die Emotionen, die das bei uns erweckt hat – stellen Sie sich einmal vor, was jemand beispielsweise in Frankreich, der über Österreich nicht ausreichend informiert ist, davon halten muss, wenn ein österreichischer Politiker dies öffentlich sagt.

Wenn man also fragt, wie es zu diesem verzerrten Bild von Österreich kommt, das, wie ich meine, ja nicht in den einzelnen Ländern durchgehend besteht, sondern sich auf einzelne Gruppen dort beschränkt, wenn man also fragt, wie diese Gruppen für sich das Recht in Anspruch nehmen, Österreich zu diskreditieren, dann kann ich sagen, weil solche Meldungen – und der Gipfelpunkt war die Aussage Ihres Parteifreundes Voggenhuber – getätigt worden sind. Diese Leute haben Österreich einen wirklichen Schaden verursacht!

Und es ist absolut heuchlerisch zu sagen, die Sanktionen richten sich gegen die Regierung. Das kann ja gar nicht sein! Eine demokratisch gewählte Regierung kann niemals von dem Land, in dem sie demokratisch gewählt wird, getrennt gesehen werden. Diese Sanktionen richten sich selbstverständlich gegen Österreich und nicht gegen die Regierung allein! Das ist also per Definitionem einer Demokratie eigentlich gar nicht möglich.

Wenn man nicht Österreicher wäre, wäre man in letzter Zeit gerne Italiener gewesen. Dort hat sich ja ein Nämliches ereignet: Es ist zu einem Mitte-Rechts-Wahlsieg gekommen. Und als dort der deutsche Bundeskanzler Schröder gemeint hat im Überschwang des Mächtigkeitsgefühls, das man gegenüber Österreich gewonnen hat, man könne auch mit Italien in dieser Weise verfahren, da hat ihn D'Alema, der immerhin eigentlich als Kommunist begonnen hat, sofort in die Schranken gewiesen. Er hat ihm erklärt, dass diese Sache eine italienische ist und dass sie ihn eigentlich nichts angeht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Der Kommunist D'Alema hat für sein Land so gesprochen und hat das so gesehen. Und das, meine ich, ist eine vollkommen richtige Ansicht. Das Gemeinwesen ist, schon der Ausdruck sagt es, mehr als seine Parteien. Man sollte niemals das Interesse seiner Partei in rechthaberischer Weise und in wirklich landesschädlicher Weise über das Wohl des Gemeinwesens stellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Zerrbild, das durch Aussagen wie die des Herrn Voggenhuber und ähnlicher in Europa entstanden ist, hat ja dort kaum gegriffen, wo auf Grund der traditionellen und geografischen Verbundenheit und Nähe man Österreich gut kennt. Wir kennen die Reaktionen aus Bayern, wir kennen sie aus Ungarn. Wir wissen, dass sich vor allem die kleineren Länder - natürlich aus Angst davor, dass man ebenso mit ihnen verfährt - schon lange überlegen, wie sie aus dieser Gasse wieder herauskommen können. Es sind in letzter Zeit deutliche Anzeichen zu sehen gewesen, dass sich die Situation entspannt. Und ich meine, das, was Sie hier als Abänderung vorgeschlagen haben, würde übrigens das Gegenteil bewirken und jenen Kräften Auftrieb geben, die sich sagen, jetzt werden wir es doch noch zusammen bringen und diese Regierung, so wie das manche auch sagen, aus dem Amt jagen.

Noch einmal zum Grundsätzlichen: Demokratie ist unteilbar! Wer glaubt, unter welchem Vorwand auch immer, sie partiell verweigern zu können, hat aufgehört, ein Demokrat zu sein. Zudem: Demokratie beschränkt sich selbst. Sie legt die Spielregeln fest und verzichtet darauf, in gouvernantenhafter Art und Weise Zensuren zu verteilen. Sie überlässt das dem Souverän, dem Demos, dem Volk. Wer vor dem Souverän besteht, der wird mit der Zuteilung temporärer Macht beauftragt, die Gestaltung des Landes in die Hand zu nehmen.

Demokratie garantiert, und darüber sind wir uns, hoffe ich denn doch, in einem Punkt einig, ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit für den Einzelnen und auch für das Gemeinwesen. Wer sich also mit der unerträglichen Arroganz von Eliten, die sich,

denke ich doch, eher selbst so genannt haben, für sich beansprucht und glaubt, dem dumben Volk vorschreiben zu müssen, welche demokratischen Ergebnisse es erzielen soll, der beschädigt Demokratie in ihrem innersten Kern. Ich finde, dass dieser Antrag, der hier vorliegt, der ursprüngliche Antrag, ein erfreuliches Zeichen demokratischer Kultur und eine deutliche Parteinahme für unser Land ist. Und werden ihn so wie er ist unverändert gerne tragen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP. - Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Motz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. MOTZ *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Wenn wir auf sachlicher Ebene heute die Thematik der außenpolitischen Isolation Österreichs hier diskutieren wollen, dann müssen wir in dieser Frage eine ganzheitliche Sicht einnehmen. Und der Frau Kollegin Rosenkranz, der muss man sagen, dass es halt nicht angeht, zwischen dem zu trennen, nämlich einerseits der Sprache und der Agitation in Österreich und auf der anderen Seite den Ausdrücken und den Eindrücken, die wir gegenüber den EU-Organen vermitteln.

Wer also den Berichten der Außenministerin Ferrero-Waldner vom informellen EU-Außenministerrat auf den Azoren genau zugehört hat, der weiß, dass die schwierigste Hürde dort es war, dass sich die Regierung gerade in der jetzigen Lage dazu entschlossen hat, eine Volksbefragung in den Raum zu stellen. Und hier einen gewissen Druck zu erzeugen. Laut Ferrero-Waldner ist es damals sehr schwer zu vermitteln gewesen, dass überhaupt ein Interesse der Regierung besteht, einen Ausweg zu finden. Und auch andere maßgebliche ÖVP-Politiker, etwa der Erhard Busek oder der Franz Fischler bestätigen, dass dieser Kurs der Bundesregierung zu keiner Lösung führen kann.

Ich begrüße daher ausdrücklich das sehr positive Ergebnis, das Ferrero-Waldner hier eingefahren hat. Sie fährt einen vernünftigen Kurs und verfolgt offenbar eine ehrliche Auswegstrategie. Umso überraschender erscheint es, wenn heute in der „Presse“ auf Seite 3 zu lesen ist, ich zitiere: Den Stellenwert von VP-Außenministerin Benita Ferrero-Waldner hingegen hat Wolfgang Schüssel selbst völlig überraschend in einem TV-Interview am Dienstag reduziert. Ihr sei für die Aktivitäten gegen die EU-Sanktionen zu danken. Aber jetzt müssen die Profis in der Regierung tätig werden. Ferrero galt bis zu diesem Zeitpunkt als Profi-Außenpolitikerin, ist zu lesen. Zitatende. Ich meine, dass vielmehr der Rest der Koalition in dieser Frage gut beraten wären, dem Beispiel Ferreros zu folgen, mit ihr an einem Strang zu ziehen und kontraproduktive Drohgebärden in diesem Bereich künftig zu unterlassen.

Denn das Problem hat eine außen- und eine innenpolitische Seite. Während sich die Außenministerin sichtbar im Ausland bemüht, eine Auswegstrategie zu finden, betreibt der Rest der Koalition im Inland eine – und das Wort ist sehr treffend – eine Krafthosenpolitik, meine Damen und Herren, um es in den Worten von Gusenbauer hier zu wiederholen, eine Krafthosenpolitik also. Die FPÖ fährt nach wie vor einen antieuropäischen Kurs. Und auch der sogenannte Aktionsplan, der letztendlich noch unter Ideenführerschaft Haiders entstanden ist, war doch ein Schuss ins eigene Knie. Denn die Reaktionen der EU-Partner haben in dieser Frage gezeigt, dass es eben keine gute Idee war, der portugiesischen Präsidentschaft die Rute ins Fenster zu stellen und eine Volksbefragung anzukündigen. Und abzulehnen ist es in dem Zusammenhang auch, wenn sich der diesbezügliche Verdacht erhärten sollte, dass ein FPÖ-Mandatar den Bundespräsidenten beleidigt, der wie auch die SPÖ seit Monaten bemüht ist, hier in dieser Frage einen Ausweg aus der Krise zu finden. Und in diesen Reigen hat ja auch die Drohung des neuen FPÖ-Generals Sichrovsky gepasst als er gemeint hat, „in aggressiver Weise den Gegner jetzt bloßstellen zu wollen“. Das ist doch ein unfassbarer Skandal, der Österreich zu diesem Zeitpunkt wieder schweren Schaden zugefügt hat.

Die FPÖ hat ja offenbar schon wenig Hemmungen in letzter Zeit an den Tag gelegt, führende europäische Staatsmänner zu beleidigen. Wenn nun Sichrovsky ankündigt, überhaupt keine Hemmungen mehr in Zukunft zu haben, so heißt das wirklich Entsetzliches. Und man wird sich überlegen müssen, wie man diesem Mann Einhalt bieten kann. Hier wird entweder unter der Duldung oder sogar unter Zusammenarbeit mit ÖVP-Regierungsspitzen ein Paket der Schadensmaximierung geschnürt, das einem wirklich Angst und Bang werden lässt. Auch die Tatsache, dass damals kein deutlicher Aufschrei aus den ÖVP-Reihen zu vernehmen war bzw. wie Haider gesagt hat, das sogar mit dem Bundeskanzleramt abgesprochen war, lässt leider den Schluss zu, dass bei dieser Schadensmaximierungsinitiative auch die ÖVP in gewisser Weise involviert ist.

Und ein weiteres besonderes Schmankerl war es auch, als uns der Bundeskanzler Schüssel den portugiesischen Ratspräsidenten ausdrücklich hingewiesen hat, dass der Parteitag der FPÖ und die dabei anstehenden Änderungen in der FPÖ eine

Möglichkeit für die EU-14 wären, sich davon zu überzeugen, dass es nun zu einer Änderung in deren Haltung kommen würde. Denn was ist darauf geschehen? Was hat man befürchten müssen? Es ist genau das eingetreten, dass alle europäischen Partner sehr genau sich diesen Parteitag angeschaut haben. Und wortwörtlich dort erkennen mussten, dass sich rein gar nichts geändert hat.

Es ist also eine Illusion zu glauben, dass die EU-14 nur das zur Kenntnis nehmen, was ihnen beim Ministerrat vermittelt wird. Die 14 nehmen auch sehr wohl das zur Kenntnis, was in Österreich täglich in unserem Land vertreten wird und was auch hier geschrieben wird.

Dr. Schüssel behauptet nun, wir bräuchten eigentlich gar kein Monitoring, weil das doch den Geruch in sich trage, dass wir nun überwacht würden. Beim Antritt der blau-schwarzen Bundesregierung war aber er es, der gesagt hat, dass es hier eine kurze Überprüfungsphase geben wird, die bis längstens zum Ende der portugiesischen Ratspräsidentschaft dauern sollte. Also ein Widerspruch in sich, meine Damen und Herren.

Ich meine, in der EU gibt es auch sehr viele, die heute schon bereit sind, darüber nachzudenken, wie es zu einem Ende der Sanktionen kommen kann. Denn die Existenz von Fremdenfeindlichkeit ist auch in anderen Staaten Europas zu einem Problem geworden. Wir verfolgen die brennenden Asylantenheime. Wir verfolgen die Ausländerpolitik in gewissen Kreisen in Südspanien. Den EU-Partnern ist wohl bewusst, dass auch ein grundsätzlicher Umgang mit der Frage, mit dieser Frage hier gesucht werden muss. Mit rhetorischen Kraftakten allein, glaube ich, lässt sich das Thema sicherlich nicht angehen.

Selbst in Paris, wo doch viele immer Frankreich eine sehr radikale Haltung unterstellen, ist eine Bereitschaft vorhanden, darüber nachzudenken, wie man diese schwierige Situation Österreichs nun bewältigen kann. Die richtige Antwort darauf ist ein sehr sorgfältiger und bedachter Dialog. Und deshalb begrüße ich auch den Vorschlag von Alfred Gusenbauer, der für einen formalisierten Mechanismus eingetreten ist innerhalb der EU. Der nun alle Länder gleich behandeln will, alle Länder gleich beobachten könnte in Zukunft. Es ist ja durchaus möglich, dass diese gleiche Situation auch in anderen Ländern eintritt. Denn auch dort gibt es Parteien, die ähnliche Inhalte wie die FPÖ hier in unserem Land vertreten. Entscheidend ist also die Gleichbehandlung aller Staaten in der EU. Und es ist ein festgelegter, formalisierter Mechanismus durchaus etwas Sinnvolles und Wichtiges.

Die österreichische Regierung macht im Moment viele Ankündigungen nach außen. Ich glaube aber, sie mobilisiert im Inneren in Wahrheit gegen Europa. Und die FPÖ exponiert sich in einzelnen Wortmeldungen laufend weiter. Hier sind Überprüfungsmechanismen durchaus angebracht, die zeigen, ob die Regierung tatsächlich mit den Meinungen ernst macht und die Inhalte der Präambel der Regierungserklärung, so wie sie die beiden Parteivorsitzenden unterzeichnet haben, auch in der innenösterreichischen Innenpolitik umsetzen möchte.

Ich muss in dem Zusammenhang eines auch ansprechen, weil diese Taktik, die die ÖVP und die FPÖ in der Bundesregierung verfolgen, eine sehr offensichtliche ist. Die momentane Vorgehensweise von Khol, Westenthaler und Co. im Zusammenhang mit den EU-Maßnahmen ist eine Verschleierungstaktik, ein Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Belastungspolitik, die diese blau-schwarze Regierung den Österreichern und Österreicherinnen beschert. Der Koalition fällt offenbar hier nichts Besseres ein. Sie investiert ihre Kräfte, ihr Kraftpotential in ein Ablenkungsmanöver. Die Koalition will sich aber nicht mit den sozial Schwächeren auseinandersetzen. Sie setzt sich nicht auseinander mit kleinen Pensionisten. Sie setzt sich nicht auseinander mit Kleinverdienern, bei denen sie doch deutlich abkassiert. Um dieses abkassierte Geld dann den Unternehmern, den Bauern und den besser Verdienenden zuzuführen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren! Und da können Sie noch so laut schreien wie Sie wollen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kurzreiter: Jetzt hören Sie aber auf! Das darf ja nicht wahr sein!)* Diese unsoziale Politik soll vor dem Hintergrund der außenpolitischen Isolation möglichst unbemerkt durchgezogen werden. Und im Unterschied zu Gusenbauer, der international hier eine Tour des Dialogs gestartet hat, der bemüht ist, Brücken zu bauen und der in vielen Einzelgesprächen an einem Ende der internationalen Isolation arbeitet, hat die Koalition auch etwas gemacht. Sie hat einen Aktionsplan beschlossen, der sich aber als Aktionismus ohne eigentlichen Plan herausgestellt hat. Dieser Aktionsplan soll also offenbar zu einer weiteren Verhärtung der Fronten beitragen. Und hier zeigt sich halt der Unterschied. Die Koalition arbeitet einzig und allein für sich selbst, während die sozialdemokratische Opposition für Österreich arbeitet. Und wir versuchen eben, Österreich aus dieser internationalen Sackgasse herauszuführen, in die Sie sie getrieben haben.

Das Instrument der Volksbefragung, um noch einmal darauf zurückzukommen, ist in der Angelegenheit der EU-Maßnahmen absolut verfehlt. Weil damit den Österreicherinnen und Österreichern

etwas vorgegaukelt werden soll. Dass sie selbst nämlich über die EU-Maßnahmen und deren Ende abstimmen könnten. Und dieses demokratiepolitisch sehr wichtige Instrument einer Volksbefragung soll nicht ein Instrument der Volksbenutzung werden zwecks Absegnung parteipolitischer Interessen. Ich wehre mich dagegen, dass man die Volksbefragung zu so einem Machtinstrument missbraucht.

Indem der Bundeskanzler die Forderungen von Haider vollinhaltlich übernommen hat, hat man auch erkennen können, wer in Wahrheit am Ballhausplatz nach wie vor das Sagen hat. Es war aber Ihr Parteifreund Erhard Busek, der durchaus treffend vorgeschlagen hat - auch heute in der „Presse“ nachzulesen - das Geld, das eine Volksbefragung kosten würde, eher einem anderen Zweck zuführen, nämlich einem Zweck der Imageverbesserung bei unseren Nachbarländern.

Und schließlich hat es vergangenen Freitag dann noch einen Sonderministerrat gegeben. Auch sehr interessant, der Ministerrat 14a. Mit dieser Ministerratsitzung 14a wurden, glaube ich, zwei wesentliche Chancen wieder vertan. Nämlich erstens einmal eine klare Distanzierung von den Äußerungen eines Jörg Haider vorzunehmen und zweitens sich als Regierung zu präsentieren, die bereit ist, eine klare Distanzierung von der freiheitlichen Politik einmal vorzunehmen und nicht williger Vollstrecker aller Haider-Zurufe zu sein. Und der Aktionsplan EU, dieser Aktionsplan, den die Regierung beschlossen hat, wird die EU kaum beeindrucken. Sondern es ist im Gegenteil eher zu befürchten, dass weitere negative Reaktionen ausgelöst werden könnten. Dieses Papier ist kein Lösungsansatz und kein wie von unserer Partei, von den Sozialdemokraten geforderter eigenständiger Beitrag zur De-Isolation. Sie wären gut beraten, diese Ablenkungsstrategie, die ich angesprochen habe, nun zu beenden. Und endlich ernsthaft daran zu gehen, Österreich aus dieser internationalen Sackgasse hinauszuführen, nicht länger mit Ignoranz und Realitätsverweigerung Österreichs Zukunft in Europa zu gefährden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Regierung endlich die Ursachen für die Maßnahme der EU-14, nämlich die europafeindlichen Aussagen von einzelnen FPÖ-Politikern erkennt und sich einmal davon auch deutlich distanziert.

Nicht Muskelspiele sind hier gefragt, sondern ein vernünftiger Dialog, darauf kommt es an. Der informelle Rat hat uns außerdem gezeigt, dass die bilateralen Maßnahmen der EU-14 nicht unbedingt dazu geführt haben, dass die EU-Institutionen nun plötzlich funktionsuntüchtig werden. Nein, es war genau das Gegenteil der Fall. Die Institutionen funktionieren weiterhin sehr gut.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu einem umfassenden, funktionierenden Europa, zu seinen Institutionen. Österreich und seiner Bevölkerung darf durch die Maßnahmen kein Schaden zugefügt werden. Es muss vor allem alles daran gesetzt werden, dass der europäische Gedanke bei der österreichischen Bevölkerung keinen Schaden erleidet. Wir werden aus diesem Grund daher den vorliegenden Antrag in seiner Fassung unterstützen.

Zum Resolutionsantrag der Grünen möchte ich ausführen, dass der Antrag eine Unzahl von Zitaten verwendet. Und ich muss sagen, so verlockend es gewesen wäre, diesem Antrag spontan zuzustimmen, erfordert es doch eine Vorbereitungszeit. Die haben Sie für unseren Antrag auch gefordert. Wir fordern das gleiche Recht für uns ein. Ich glaube schon, dass der Antrag etwas Wahres in sich hat. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Schittenhelm.

Abg. SCHITTENHELM *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Vor fast genau sechs Jahren, am 12. Juni 1994 haben sich zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung für den Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen. Wir haben uns damals mit diesem Beitritt auch bereit erklärt, alle Rechte und Pflichten, die damit verbunden sind, nicht nur wahrzunehmen, sondern auch zu erfüllen. Und wir haben dies bis zum heutigen Tage getan. Wir erwarten aber dies auch von unseren Partnern in der Europäischen Union.

Ich kann mich noch gut daran erinnern an die intensive und wirklich auch tolle Wahlwerbung der damaligen Bundesregierung, um die Österreicherinnen und Österreicher zu motivieren zu diesem Ja zu Europa. Allen voran Alois Mock, der schon 1989 mit dem Brief nach Brüssel seine Einstellung und damit auch die Einstellung der Volkspartei dokumentiert hat, wie wir zu Europa stehen. Und mit dabei war von der ersten Minute an unser heutiger Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Und ich habe, so wie viele von Ihnen, auch diese Werbekampagne mitgetragen. Aus tiefster Überzeugung. Denn ich war und bin fasziniert von einem gemeinsamen Europa, das auf die Solidarität der Staaten achtet. Einem Europa der Vielfalt, in seiner Geschichte, Kultur und Tradition. Einem Europa, das für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht. Einem

Europa der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit. Und ich habe mich eigentlich gefreut und freue mich noch auf ein Europa, das nach außen hin stark und einig ist. Und ein Europa, das nach innen frei, vielfältig und tolerant ist. Und daher überrascht es mich und macht es doch auch betroffen, dass sich die Situation in dieser Form geändert hat. Denn damals, bis zu dieser Entscheidung, bis zum Beitritt, hat es ja viele, schwierige, zähe Beitrittsverhandlungen gegeben zu den verschiedensten Themenbereichen. Ich nenne hier nur die Landwirtschaft. Wir haben jeden Abend über unseren Fernseher gesehen, wie unsere Politiker draußen gekämpft haben um jeden Punkt, um jeden Beistrich. Aber ein Thema war kein Thema: Die politische Parteienlandschaft in Österreich. Diese wurde nicht hinterfragt. Und wir haben heute, sechs Jahre nach dem Beitritt, dieselbe politische Landschaft in Österreich. Es sind uns nur die Liberalen abhanden gekommen. Es ist niemandem aufgefallen. Aber das kann es ja wohl nicht gewesen sein. Warum hat man damals nicht gesagt, Österreich hat eine politische Kraft im Lande, die rechtsradikal ist und daher ist ein Beitritt zu dieser Europäischen Union mit diesen Wertevorstellungen nicht möglich? Es war damals kein Thema! *(Unruhe bei LHStv. Dr. Bauer.)*

Alle politischen Kräfte, Parteien, demokratische Parteien Österreichs sitzen im Landtag, im Parlament. Und man muss doch bitte davon ausgehen, in realistischer Weise, dass diese Parteien auch irgendwann einmal, das ist ja auch die Zielsetzung jeder Partei, in einer Regierung vertreten sind. Doch es war damals bei den Beitrittsverhandlungen kein Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher stellt sich der Normalbürger die Frage: Wieso und warum diese Sanktionen? Was ist denn passiert? Und ich schließe mich hier den Worten meiner Kollegin Rosenkranz an. Es hat, wie in jedem anderen demokratischen Land auch, Wahlen gegeben. Am 3. Oktober letzten Jahres. Ganz normal. Und es gibt seit 100 Tagen eine neue Bundesregierung.

Der Unterschied ist der, dass es eine andere Konstellation der Koalitionspartner ist. Und der Unterschied ist der, und das ist auch der einzige, dass der Bundeskanzler seit 30 Jahren nicht aus den Reihen der Sozialdemokraten kommt, sondern aus jener der Österreichischen Volkspartei. Und man hat von der ersten Minute an, noch vor Regierungsbildung, von der Straße her versucht, diese Regierung zu verhindern. Durch Druck von innen, von der Straße. Das hat diese Regierungsbildung nicht beeinträchtigen können. Dann hat man versucht, den Druck von außen, über das Ausland zu machen. Und diese Sanktionen, und ich möchte schon auch darauf hinweisen, der Ordnung halber, dass diese Sanktionen bereits vor der Regierungsbildung von ÖVP und Freiheitlichen nicht nur angesetzt wurden, sondern auch sofort in Kraft getreten sind.

Es ist daher sehr, sehr verwunderlich, dass man gerade einem Wolfgang Schüssel, unserem heutigen Bundeskanzler, unterstellt, nicht europatreu zu sein. Erst vor einem Jahr, als Österreich den Vorsitz, die Rats-Präsidentschaft innehatte, hat er höchstes Lob bekommen. Alle, die hier tätig waren, aber vor allem auch der damalige Außenminister und heutige Bundeskanzler. Alle unsere Mitgliedspartner in der Europäischen Union haben die Arbeit Österreichs gelobt. Haben die demokratische Funktionalität Österreichs gelobt. Haben unser Volk, haben uns gelobt. Wir haben uns sehr geschmeichelt gefühlt. Haben wir uns geändert in diesem Jahr? Sind die Österreicherinnen und Österreicher anders geworden?

Daher machen diese Sanktionen betroffen, sind schmerzlich und diskriminierend. Nicht nur für die Bundesregierung, wie viele meinen, die es besser wissen sollten, sondern diskriminierend für das ganze Land und für die Menschen in diesem Land! *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und Abg. Gratzer.)*
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Vorgangsweise und diese Sanktionen sind durch nichts gerechtfertigt und durch nichts entschuldbar!

Eines muss uns in der heutigen Stunde klar sein und wir sollten uns auch danach richten: Österreich war immer dann erfolgreich in all seinem Tun, wenn man die Anstrengungen gemeinsam unternommen hat. Über Parteigrenzen hinweg. Und daher wäre dieses Gemeinsame, dieser rot-weiß-rote Schulterschluss so wichtig gewesen im Parlament vor wenigen Tagen. Als Signal an das Ausland, an die Europäische Union. Als Signal aber auch vor allem an die Österreicherinnen und Österreicher. Schaut her, wir gehen gemeinsam. Wir lassen uns das nicht sagen, mögen auch die einen oder anderen Fehler passiert sein. Nein, diese Gemeinsamkeit wurde von Rot und Grün abgelehnt!

Und während unsere Außenministerin Dr. Ferrero-Waldner, es wurde schon gesagt, in wirklich exzellenter Art und Weise ihrer Diplomatie durch viele, viele Gespräche – natürlich macht der Ton die Musik – hier doch einen kleinen Erfolg verbuchen konnte - einen kleinen, ich sage das ganz bewusst, eine kleine Mauer aufgebrochen hat im Reigen der 14 -, fährt auf der anderen Seite wenige Tage nachher der Vorsitzende der SPÖ nach Paris, um zu helfen. Wir alle sind dafür. Nur, wenn diese

Hilfe so aussieht, dass er sich dort nicht dafür einsetzt, dass die Sanktionen aufgehoben werden - nein, das machen wir nicht - sondern lediglich sagt, die Sanktionen dürfen nicht verschärft werden, und gleichzeitig den Vorschlag macht, dass die EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ich wiederhole, für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Arbeit der Regierung und des Parlaments und auch das Verhalten der Österreicher beobachten und bewerten soll, dann kann ich hier dem gar nichts mehr hinzufügen. Es ist diese Art von Hilfe nicht wünschenswert, ja sie ist kontraproduktiv. *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und Abg. Gratzer.)*

Hoher Landtag! Dass aber die Vernunft die Oberhand erhält, das ist doch auch wiederum ein Zeichen dafür, ... *(Abg. Sacher: Ich würde Sie bitten, die Gemeinsamkeit nicht zu provozieren!)*
Ja, das tue ich auch nicht. Aber es ist auch angebracht, der Wahrheit die Ehre zu geben!

Die Vernunft hat aber doch mittlerweile die Oberhand erhalten. Es sind diese ungerechtfertigten Sanktionen nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand als absurd zu bezeichnen und werden so bezeichnet, sondern mittlerweile werden aus allen Ecken Europas die Rufe nach Aufhebung dieser Sanktionen laut. Und wenn man erst vor wenigen Tagen Nenning in der „Presse“ gelesen hat, der auch darauf verwiesen hat, dass wir alle gut daran tun würden, uns dafür gemeinsam einzusetzen, dass diese Sanktionen aufgehoben werden, so spricht das wohl für sich. Und wenn der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Klose, sagt, weg mit den Sanktionen, die Sanktionen gegen Österreich widersprechen dem Geist und den Buchstaben des EU-Vertrages, so wissen wir, dass hier die Vernunft siegen wird. Auch aus Finnland kommen Signale. Ministerpräsident Lipponen hat hier ebenfalls, ein Sozialdemokrat, schon angekündigt, dass er Ende dieser Woche versuchen wird, mit den 13 Gespräche zu führen um beim nächsten EU-Gipfel im Juni die Sanktionen ganz einfach aufzulösen. Und auch Dänemark ist für ein Ende der Sanktionen. Und auch die schwedische Außenministerin erklärt diese Sanktionen für gescheitert. Daher kann es doch bitte nicht so schwer sein, diese Sanktionen, die innerhalb von drei Tagen beschlossen wurden, doch auch in einer derart kurzen Frist wieder aufzuheben.

Und eines noch dazu: Wenn man davon spricht, ja das kann man nicht so rasch machen, denn dann verlieren wir das Gesicht, dann sollten wir schon auch darauf verweisen, dass auch wir, dass auch Österreich ein Gesicht hat. Es ist nicht nur das Gesicht der Bundesregierung, es ist nicht nur das Gesicht der Politiker. Es ist das Gesicht der Menschen in diesem Land, das es auch zu wahren gilt. Wir haben die Aufgabe und auch die Verpflichtung, das in den Vordergrund zu stellen. Und ich meine daher, dass dieser gemeinsame Antrag heute hier im NÖ Landtag auch zeugt von der Qualität der Abgeordneten hier im Haus, wenn wir diesen blau-gelben Schulterschluss für die niederösterreichische Bevölkerung und letztendlich für Österreich gemeinsam tragen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und Abg. Gratzer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Zu Wort gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Bauer.

LHStv. Dr. BAUER *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Sozialdemokratie hat sich dazu bekannt, dass wir das gemeinsam tragen. Weil ich der Auffassung bin und die gesamte Sozialdemokratie, dass es darum geht, zu unterscheiden zwischen dem Österreich, das wir sind, nämlich ein demokratisches Österreich, auf das wir alle gemeinsam stolz sind, und jenen Aussagen, die halt von anderen kritischer bewertet werden als das vielleicht in Österreich üblicherweise erfolgt.

Und es ist nicht so, Frau Abgeordnete, ich habe da sehr aufmerksam zugehört. Es ist eine Art der Bildung von Legenden, die wir so nicht hinnehmen können. Es erscheint immer wieder dieses Bild, dass wir hinausgefahren seien und hätten sozusagen etwas organisiert gegen dieses österreichische Volk. Wir, die wir in einem besonderen Maße in dieser Zweiten Republik unseren Beitrag geleistet haben. Als Regierungspartei, als zweitstärkste Partei, als Partei mit 30-jähriger Verantwortung an erster Stelle. Und ich glaube, wir sollten uns auch - niemand sollte das - wir sollten uns nichts wegnehmen lassen von dem, was wir gemeinsam erreicht haben.

Was mich so stört in diesen ganzen Diskussionen ist, dass wir Gefahr laufen, nicht auf das stolz zu sein, was wir in 55 Jahren gemeinsam uns geschaffen haben. Auf unsere Stellung auch in diesem Europa, die wir uns erarbeitet haben. Aber ich sage noch etwas: Wir sind es nicht gewesen, die hinausgefahren sind! Sondern diese Reaktion Europas war eine spontane auf Grund der Vorgänge in Österreich. Und nicht wir haben sozusagen diese Stimmung hineingetragen in dieses Europa. Sondern in Wirklichkeit war es so, dass dieses Europa, selbst kämpfend gegen einen bestimmten Anteil von rechtspopulistischen Parteien und Rechtspopulismus, eine große Befürchtung hat. Nämlich, wenn das salonfähig wird, dass das

auch in anderen Staaten Europas zu einem Europa führen kann, das wir einfach nicht wollen. Nämlich zu einem Europa, das nicht diese Gemeinsamkeit aufweist. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Kurzreiter: Das rechtfertigt diese Maßnahmen nicht!)*

Genau darum geht es, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich unterstelle, und sage das sehr deutlich, jede Partei, die hier sozusagen Regierungsfunktion innehat, muss sich dessen bewusst sein, welche Äußerungen, auch wenn man an Biertischen manchesmal Applaus erntet damit, man in einem größeren Europa nicht tätigen darf. Und dass man vor allem den Umgang mit anderen Staaten so organisiert und so zivilisiert gestaltet, dass andere Staaten nicht letztlich daran Anstoß nehmen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich sage das sehr deutlich: Wir haben uns dazu entschlossen, dass wir mitstimmen. Aus dem Grund, weil ich auch weiß, was es heißt, hier aus Staatsverantwortung heraus zu handeln. Aber wenn jemand diese Staatengemeinschaft als einen aufgeregten Hühnerstall bezeichnet, die da herumflattern, obwohl der Fuchs noch gar nicht drinnen ist, um das in Erinnerung zu rufen, so ist das eine Sprache, die nicht hingenommen werden kann! *(Beifall bei der SPÖ.)*
Und das bedeutet, liebe Abgeordnete, eine zweite Legendenbildung, die ich hier aufzeigen und gegen die ich antreten möchte. Es ist so, dass die Präambel des Bundespräsidenten sicher vieles ausgeräumt hat. Aber diese Unterschrift, die darunter gesetzt wurde, wurde in Worten nicht eingehalten. Sondern in Wirklichkeit hat man die Politik so fortgesetzt, die Sprache weiter so gewählt, dass sich die anderen Staaten weiter provoziert gefühlt haben. Gegenüber Belgien, wo man gleich bis hin zu ja fast mit Kriminellem in Verbindung stehende Staatsmänner gesehen hat. Und ich sage das in Richtung Volkspartei. Die Volkspartei und die Sozialdemokratie haben eine Zweidrittelmehrheit als Zustimmung erhalten. Wenn Sie genau beobachten, sind es gerade die konservativen Staaten, die hier eine ganz besonders starke Linie vertreten. Und es geht nicht an, dass man einem Chirac einfach so als Westentaschennapoleon bezeichnet! Er ist der Repräsentant eines großen Volkes. Und es geht auch nicht an, und diese Sprache setzt sich in Österreich fort, auch wenn man dann nicht genau weiß, was man gesagt hat, gegenüber dem eigenen Staatsoberhaupt. Denn niemand wird doch sagen, dass der Herr Kabas der deutschen Sprache nicht mächtig ist und daher die Buchstaben so versetzt, dass er nicht weiß, wie er den Bundespräsident bezeichnet hat. Das setzt sich ja alles fort, wenn eine Sprache, die, einmal so geübt, immer wieder auch angewendet wird.

Und jetzt zum Letzten: Nicht wir fahren herum zu den konservativen Parteien und sagen ihnen, sie sollen Sie ausschließen. Das beraten die Gremien der konservativen Parteien. Und die konservativen Parteien in Europa haben doch in Wirklichkeit vorgehabt oder zumindest einem Prüfungsverfahren unterzogen den Ausschluss der Österreichischen Volkspartei. Dass ihr zuvor gekommen seid, liegt ja daran, dass ihr die Verhältnisse ganz gut kennt, weil ihr wart ja Gründungsmitglied, und daher eure Mitgliedschaft ruhen lässt. Und nur aus dem Ruhen der Mitgliedschaft konnte kein Ausschluss erfolgen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich sage das in aller Angemessenheit, weil ich meine, man sollte sich klar darüber sein, dass man nicht hier eine Art Legendenbildung betreiben kann, die so nicht richtig ist. Ich wollte das richtig stellen. Ich bekenne mich zu dieser Republik, zu diesem demokratischen Österreich. Und ich sage noch etwas dazu: Ich bin ein begeisteter Österreicher, ein patriotischer Österreicher. Aber mein Patriotismus schließt die anderen Völker nicht aus! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Die Rednerliste ist erschöpft. Wird seitens des Herrn Berichterstatters ein Schlusswort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Mag. SCHNEEBERGER *(ÖVP)*: Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. PENZ: Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan abstimmen. *(Nach Abstimmung über den genannten Abänderungsantrag:)* Das ist die Minderheit. Dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ und Abg. Gratzer.)*

Ich lasse nunmehr über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abstimmen und weise besonders darauf hin, dass der Berichterstatter auf den Schreibfehler im vorletzten Absatz aufmerksam gemacht hat. Statt „Parlamentspartei“ muss es nämlich „Parlamentsparteien“ heißen. Und im letzten Absatz finden wir eine inhaltliche Änderung. Anstelle der Wörter „zur Europäischen Union“ heißt es richtigerweise „zu einem gemeinsamen Europa“. *(Nach Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag:)* Ich stelle die Stimmenmehrheit fest. Der Antrag ist somit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzer; Ablehnung Grüne.)*

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Weinzinger und Mag. Fasan betreffend Verurteilung verunglimpfender Äußerungen von FPÖ-PolitikerInnen gegenüber der EU und von PolitikerInnen aus den Staaten der Europäischen Union sowie die Hetzkampagne gegen Superintendentin Gertraud Knoll abstimmen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! *(Zustimmung Grüne; Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Gratzer.)*

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.
(Ende der Sitzung um 23.33 Uhr.)